

**Politische Geschichte  
der  
Gegenwart**

von

**Wilhelm Müller,  
Profeffor in Lübingen.**

**XI.**

**Das Jahr 1877**

 **Springer**

# Politische Geschichte

der

## Gegenwart

von

Wilhelm Müller,  
Professor in Tübingen.

XI.

Das Jahr 1877.

Mit einer Chronik der Ereignisse des Jahres 1877 und einem alphabetischen Verzeichnisse der hervorragenden Personen.

---

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1878.

ISBN-13: 978-3-642-98383-2 e-ISBN-13: 978-3-642-99195-0  
DOI: 10.1007/978-3-642-99195-0

---

Das Recht der Uebersetzung ist vorbehalten.

---

Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1878

## V o r r e d e .

---

Der russisch-türkische Krieg und die französische Krisis sind die beherrschenden Thatsachen des Jahres 1877. Kaum irgend ein Staat Europa's konnte sich dem überwältigenden Einflusse derselben entziehen. Je weniger er dies vermochte, desto weniger Interesse bot die Geschichte des Entwicklungsganges seines innern Lebens. Dies zeigte sich hauptsächlich an der Geschichte Englands und Oestreich-Ungarns, wo die Ministerien, die Parlamente und die Volksversammlungen sich vorzugsweise mit dem Orient beschäftigten. Der Darstellung dieser wichtigen Thatsachen ist denn auch der gebührende Raum gegönnt worden. Das Jahrbuch, von dem hier der elfte Band erscheint, ist seinem ursprünglichen Charakter treu geblieben. Es ist weder eine Chronik, noch enthält es bloßes Raisonnement, sondern es ist eine nach den Principien der pragmatischen Geschichtschreibung angelegte, für einen größeren Leserkreis bestimmte Zusammenstellung und Darstellung der Ereignisse des vergangenen Jahres, wobei es dem Verfasser besonders darauf ankam, keine wichtige Thatsache unerwähnt zu lassen und jedem Ereigniß die richtige Stellung und die durch den Zusammenhang gebotene Beleuchtung zu geben. Für die Uebersichtlichkeit und für die Bequemlichkeit des Nachschlagens ist wohl durch die fortlaufenden Ueberschriften, durch das Inhaltsverzeichnis, das alphabetische Verzeichniß und die Chronik ausreichend gesorgt.

Der Verf. bittet, S. 216 Z. 14 v. oben statt „17. Juni“ lesen zu wollen „17. Mai“.

Tübingen, den 18. Mai 1878.

**W. Müller.**

## Inhaltsverzeichnis.

(Wo dem Datum keine Jahreszahl beigelegt ist, ist das Jahr 1877 gemeint.)

	Seite		Seite
Das Deutsche Reich S. 1—105.		Gesetz über elsass-lothr. Landes-	
Militär-Dienstjubiläum des Kai-		gesetzgebung . . . . .	24
sers 1. Jan. . . . .	1	Antrag Winterer's . . . . .	26
Reichstagswahlen 10. Jan. . . . .	2	Gesetz über d. Sitz des Reichsge-	
Thronrede bei Eröffnung des		richts . . . . .	26
Reichstags 22. Febr. . . . .	4	Botum des Bundesraths . . . . .	27
Präsidentenwahl . . . . .	4	Preuß. Jahrbücher über dieses	
Budgetvorlage . . . . .	5	Botum . . . . .	28
Berathung des Reichshaushalts-		Debatte im Reichstag . . . . .	29
etats . . . . .	6	Der Reichstag entscheidet für	
Bismarck gegen Richter's Antrag	7	Leipzig . . . . .	34
Bismarck über Steuerreform . . . . .	8	Patentgesetz . . . . .	35
Bismarck über Reichsministerien . . . . .	9	Gesetz über Erhebung einer Aus-	
Etat des Auswärtigen Amtes . . . . .	12	gleichsabgabe . . . . .	35
Die dreizehnten Hauptleute . . . . .	12	Gesetz über Untersuchung v. See-	
Moltke über d. franzöf. u. deutsche		unfällen . . . . .	35
Militärbudget . . . . .	13	Freundschaftsvertrag mit Tonga	35
Weitere Mittheilungen über die		Antrag auf Abänderung der Ge-	
franzöf. Streitkräfte . . . . .	17	werbeordnung . . . . .	36
Verstärkung der Besatzung der		Schutzöllnerischer Antrag . . . . .	36
Reichslande . . . . .	18	Antrag Krüger's . . . . .	36
Pferdeausfuhrverbot . . . . .	19	Anträge der Socialisten . . . . .	36
Reden gegen u. für d. Bismarck's-		Raffirmation der Wahl Hafenclever's	36
sche Politik . . . . .	19	Der Fall Kantecki . . . . .	37
Matrifularbeiträge . . . . .	21	Bismarck's Entlassungsgesuch . . . . .	37
Stellung der reichsländischen Ab-		Urtheile der auswärtigen Presse	38
geordneten im Reichstag . . . . .	22	Gründe des Rücktrittsgesuches . . . . .	39
Berathung des elsass-lothr. Bud-		Beurlaubung des Reichskanzlers . . . . .	40
gets . . . . .	23	Reichstagsdebatte über Bismarck's	
		Entlassungsgesuch . . . . .	40

	Seite		Seite
Differenzen zwischen Bismarck u. Stosch . . . . .	43	Altkatholikenkongreß in Mainz . . . . .	67
Schluß des Reichstags 3. Mai . . . . .	44	Politische Zustände in Elsaß- Lothringen . . . . .	67
Eröffnung des preuß. Land- tags 12. Jan. . . . .	44	Landesausschuß u. Bezirkstage . . . . .	68
Thronrede u. Präsidentenwahl . . . . .	45	Kaiser Wilhelm in Straßburg . . . . .	69
Das Budget . . . . .	45	Kaiser Wilhelm in Mex . . . . .	71
Reichensperger's Antrag bezüglich der Leitung des Religionsunter- richtes . . . . .	45	Volljährigkeit des Prinzen Wil- helm . . . . .	73
Reichensperger's Antrag bez. der Pfarrdotalgüter. . . . .	46	Rede des Kaisers bei Einführung seines Enkels in das Garde- regiment . . . . .	73
Debatte über d. Dispositionsfonds . . . . .	46	Prinz Heinrich tritt in die Ma- rine ein . . . . .	75
Berathung des Kultusetats . . . . .	47	Fürstliche Verlobungen . . . . .	75
Gesetz über Umwandlung des Ver- liner Zeughauses . . . . .	48	Feier d. Geburtstags des Kaisers . . . . .	75
Gesetz über Theilung der Provinz Preußen . . . . .	49	Reisen des Kaisers . . . . .	77
Eisenbahn-Tarif . . . . .	50	Kaiser in Ems . . . . .	77
Interpellation über d. sequestrirte Vermögen des Königs Georg . . . . .	51	Kaiser in Gastein u. Ischl. . . . .	77
Debatte über Berlin-Dresdener Bahn . . . . .	52	Kaiser bei Krupp in Essen . . . . .	77
Lübecker Schiedsspruch . . . . .	53	Kaiser am Rhein . . . . .	77
Neue Session des Landtags 21. Okt. . . . .	53	Kaiser in Karlsruhe u. Baden- Baden . . . . .	77
Minister Culenburg beurlaubt . . . . .	54	Beforgnisse des Kaisers wegen des Socialismus u. der religiösen Spaltungen . . . . .	78
Debatte über Bismarck's u. Culen- burg's Beurlaubung . . . . .	55	Stellung des Kaisers zu Rußland . . . . .	78
Anträge der Fortschritts- u. der Centrumpartei . . . . .	56	Die Korvette „Bismarck“ . . . . .	79
Ablehnung der Anträge . . . . .	58	Bismarck in Rissingen . . . . .	79
Birchow für Erspaznisse im Mili- tärwesen . . . . .	59	Württemb. Geistliche bei Bismarck Bismarck in Gastein . . . . .	79 80
Interpellation über Verwendung des Welfenfonds . . . . .	60	Zusammenkunft Bismarck's mit Andrassy in Salzburg . . . . .	80
Petri über d. große Schicksals- tragödie . . . . .	62	Gerüchte von einer neuen Kanz- lerkrisis . . . . .	81
Klerikales Geplänkel . . . . .	64	Hermann und Hegel . . . . .	81
Vertagung des Landtags 20. Dec. . . . .	65	Berliner Synode u. Hoßbach . . . . .	81
Vorladung des Kardinals Ledo- chowski . . . . .	65	Berhandlungen zwischen Bismarck u. Bennigsen . . . . .	82
Absetzung des Bischofs von Lim- burg . . . . .	66	Die Times über Bismarck . . . . .	83
Altkatholische Synode in Bonn . . . . .	66	Beziehungen Deutschlands zu Frankreich u. Italien . . . . .	84
		Bennigsen in Rom . . . . .	84
		Crispi in Berlin . . . . .	84
		Beziehungen Deutschlands zu Rußland . . . . .	85

	Seite		Seite
Prinz Neuß Botschafter in Kon-		Eröffnung des Landtags . . . . .	101
stantinopel . . . . .	85	Berathung des Militäretats . . . . .	102
Kongresse verschiedener Art . . . . .	86	Interpellation über Wahlgesetz . . . . .	103
Statistik des Socialismus . . . . .	86	Debatte über Gesandtschaften . . . . .	103
Landtagswahlen in Sachsen . . . . .	87	Debatte über d. Dispositions-	
Verhandlungen über Eisenbahnen		fonds . . . . .	103
u. Gesandtschaften . . . . .	88	Debatte über d. Ordens-Fonds	103
Beschimpfung des preuß. Richter-		Debatte über d. Forstschule . . . . .	104
standes . . . . .	89	Antrag auf Erhöhung der Volks-	
Tod des Großherzogs v. Hessen	89	schullehrer-Befoldungen abge-	
Bischof Ketteler vor Gericht . . . . .	89	lehnt . . . . .	104
Ketteler stirbt . . . . .	90	Finanzminister Riedel . . . . .	104
Reichstagswahlen in Baden . . . . .	90	Freih. v. Stauffenberg legt sein	
Regierungsjubiläum des Groß-		Landtagsmandat nieder . . . . .	105
herzogs . . . . .	90		
Großherzog zum Generalinspektor		Rußland, Türkei u. Grie-	
ernannt . . . . .	91	chenland S. 105—204.	
Landtagswahlen . . . . .	91	Gothe über d. orient. Frage . . . . .	105
Eröffnung des Landtags . . . . .	92	Konferenz in Konstantinopel . . . . .	106
Adressdebatte . . . . .	92	Ultimatum der Großmächte . . . . .	109
Aufhebung des Instituts der Lehr-		Die Pforte beruft den Großen	
frauen . . . . .	93	Rath . . . . .	110
Reichstagswahlen in Württem-		Letzte Konferenzsitzung . . . . .	111
berg . . . . .	93	Abreise der Botschafter u. Be-	
Elben verdrängt . . . . .	93	vollmächtigten . . . . .	112
Eröffnung des Landtags . . . . .	94	Abjagung u. Verbannung Midhat	
Kammer-Fractionen . . . . .	94	Pascha's . . . . .	112
Upanage des Prinzen Wilhelm . . . . .	95	Ehem Pascha Großvezier . . . . .	113
Berathung des Budgets . . . . .	95	Friedensvertrag zwischen Türkei	
Debatte über d. Gesandtschaften . . . . .	95	u. Serbien . . . . .	113
Berathung des Steuergesetzes . . . . .	96	Die Unterhandlungen mit Mon-	
Gesetz über die Rechtsverhältnisse		tenegro zerschlagen sich . . . . .	113
der Volksschullehrer . . . . .	97	Eröffnung des türk. Parlaments	114
Todesfälle im königl. Haus . . . . .	98	Gortschakow's Rundschreiben an	
Vermählung des Prinzen Wilhelm	98	d. Großmächte . . . . .	115
Säkularfeier der Universität . . . . .	98	Unbegreiflichkeiten der englischen	
Reichstagswahlen in Baiern . . . . .	98	Thronrede . . . . .	116
Spaltungen im Lager d. Patrioten	98	Beaconsfield u. Gladstone . . . . .	117
Sigl und Jörg . . . . .	99	Orientdebatte im engl. Parlament	118
Nuntius Masella . . . . .	100	Verhandlungen zwischen Rußland	
Vakante Bischofsstühle . . . . .	100	u. England . . . . .	119
Papst Pius über d. deutschen		Savjet Pascha's Depesche über	
Attila . . . . .	100	Reformen . . . . .	119
Münchener Magistrat verbietet		Diplomatische Rundreise des Ge-	
die Papst-Procession . . . . .	101	nerals Ignatjew . . . . .	120

	Seite		Seite
Unterzeichnung des Londoner		Die Pforte protestirt dagegen . . .	142
Protokolls . . . . .	122	Einmarsch der russ. Armee in	
Erklärungen Schuwalow's und		Rumänien . . . . .	143
Derby's . . . . .	122	Die Eisenbahnbrücke bei Bar-	
Werthlosigkeit des Protokolls . . .	123	boschi . . . . .	143
Welchen Nutzen hat Rußland		Türk. Donauflotte u. russische	
v. d. Protokoll? . . . . .	124	Torpedos . . . . .	144
Die Pforte lehnt das Proto-		Kaiser Alexander u. Gortschakow	
koll ab . . . . .	125	in Plojesti . . . . .	144
Englands Politik der freien Hand	126	Aufstellung der russ. Armee an	
Lagarde Botschafter in Konstan-		d. Donau . . . . .	145
tinopel . . . . .	126	Abdul Kerim's Unterlassungs-	
Englands Vertrag mit Khelat . . .	127	sünden . . . . .	145
Kriegsrath in Petersburg . . . . .	127	Unterredungen Schuwalow's mit	
Kaiser Alexander in Kischeneu . .	127	Derby u. Schreiben Gortscha-	
Gortschakow's Rundschreiben		kow's 8. Juni . . . . .	146
24. April . . . . .	127	Uebergang der Russen über die	
Kriegsmanifest des Kaisers		Donau bei Galatz . . . . .	151
24. April . . . . .	129	Uebergang bei Simniha . . . . .	151
Savfet Pascha's Antwort auf		Proklamation des Kaisers an	
Gortschakow's Schreiben . . . . .	130	die Bulgaren . . . . .	152
Derby's Antwort auf Gortscha-		Großfürst Nikolai in Tirnowa . .	152
kow's Schreiben . . . . .	131	Einnahme der Festung Nikopoli . .	152
Derby's Schreiben v. 6. Mai . . . .	131	Uebergang der Russen über den	
Schuwalow bei Bismarck . . . . .	132	Schipta-Paß . . . . .	152
Gortschakow's Antwort an Derby		Panik in Konstantinopel . . . . .	153
18. Mai . . . . .	132	Mehemed Ali Befehlshaber der	
Parlamentsdebatte über d. Glad-		Donauarmee . . . . .	154
stone'schen Resolutionen . . . . .	134	Wechsel im türk. Ministerium . .	154
Neutralisirung des Suezkanals . . .	136	Prinz Reuß protestirt gegen d.	
Die Times über d. britischen		Bedrohung der Christen . . . . .	154
Interessen . . . . .	137	Midhat's Name taucht wieder	
Rumäniens Stellung z. Türkei . . .	138	auf . . . . .	154
Protest gegen den Namen „Otto-		Aufregung in London . . . . .	155
manen“ . . . . .	138	Englische Flotte in d. Besika-Bai . .	155
Das Ministerium Bratiano . . . . .	139	Anfrage wegen Dardanellen u.	
Russisch-rumänische Konvention . .	140	Gallipoli . . . . .	155
Mobilisirung der rumän. Armee . . .	140	Deftreich will keine Allianz mit	
Notenwechsel zwischen Pforte u.		England . . . . .	156
Rumänien . . . . .	140	Zurückhaltung des engl. Kabinet's .	156
Eröffnung der rumän. Kammern . . .	140	Englische Stimmen gegen Inter-	
Abbruch der diplomat. Bezie-		vention . . . . .	156
hungen . . . . .	141	Erster Angriff auf Plewna	
Rumänien erklärt sich für unab-		19. Juli . . . . .	157
hängig . . . . .	141	Die Türken nehmen Lowatz . . . .	157



	Seite		Seite
Osman Pascha von Wididin nach Plewna . . . . .	158	Totleben trifft vor Plewna ein	175
Unzulänglichkeit der russ. Streitkräfte . . . . .	159	Die Westseite von Plewna . . . . .	175
Zweiter Angriff auf Plewna 30. Juli . . . . .	160	Die russ. Westarmee unter Gurko	176
Abreise des Großfürsten von Tirnowa . . . . .	160	Stobelew erstürmt den „Grünen Hügel“ . . . . .	177
Weitere russ. Armeecorps mobilisirt . . . . .	160	Osman lehnt die Aufforderung zur Kapitulation ab . . . . .	177
D. rumän. Armee vereinigt sich mit d. russ. . . . .	161	Osman's Durchbruchversuch	178
Fürst Karl Oberbefehlshaber d. Cernirungsarmee . . . . .	161	Kapitulation von Plewna . . . . .	179
Die Russen nehmen Lomax . . . . .	162	Trophäen und Konsequenzen . . . . .	180
Dritter Angriff auf Plewna 11. Sept. . . . .	162	Suleiman zieht sich über den Lom zurück . . . . .	180
Suleiman Pascha in Montenegro	163	Kaiser Alexander kehrt nach Petersburg zurück . . . . .	181
Die Montenegriner nehmen Niksich u. den südlichen Küstenstrich . . . . .	164	Fürst Karl in Budapest . . . . .	181
Suleiman zieht nach d. Schipka-Paß . . . . .	164	Neue Vertheilung der russ. Streitkräfte . . . . .	181
Kämpfe im Schipka-Paß . . . . .	165	Neuer Operationsplan . . . . .	181
Ein voreiliges Telegramm . . . . .	166	Gurko's Uebergang über d. Etropolit-Balkan . . . . .	182
Operationen am Lom-Fluß unter Mehemed Ali . . . . .	166	Serbien rüstet sich aufs neue zum Kampf . . . . .	183
„Seitenstück zur Beresina“ . . . . .	167	Unterhandlungen Serbiens mit Rußland . . . . .	184
Suleiman nimmt Elena . . . . .	168	Milan's Proklamation an d. serbische Volk . . . . .	185
Lage in der Dobrudscha . . . . .	168	D. Sultan erklärt Milan für abgesetzt . . . . .	186
Der Feldzug in Armenien . . . . .	169	D. serb. Armee überschreitet die Grenze . . . . .	186
Die Russen nehmen Ardahan u. Bajazid . . . . .	169	Kreta erklärt sich f. unabhängig	187
Niederlage der Russen bei Sewin	169	Aufstände in Thessalien u. Epirus	187
Allgemeiner Rückzug der Russen	170	Kriegsrüstungen in Griechenland . . . . .	188
Aufstände in Abchasien und Daghestan . . . . .	170	Das Ministerium Komunduros	188
Sieg der Russen am Madschadagh . . . . .	171	Das Ministerium Deligeorgis . . . . .	189
Einnahme der Festung Karz . . . . .	172	Das Ministerium Kanaris . . . . .	190
Beaconsfield über Englands Neutralität . . . . .	172	Griechisch-türkischer Notentwechsel	190
Derby über d. Ausdehnung der britischen Interessen . . . . .	174	Kanaris stirbt . . . . .	191
Gladstone gegen das Ministerium	175	Die Entscheidung steht bevor . . . . .	192
		Lage in Aegypten . . . . .	192
		Verzweifelte Lage der Pforte . . . . .	192
		Aleko Pascha über d. türk. System	193
		Verhandlungen im türk. Parlament . . . . .	193

	Seite		Seite
Türkische Note über russ. Grausamkeiten . . . . .	194	Früherer Irrthum der Republikaner . . . . .	210
Berichte Wellesley's . . . . .	194	Bericht über die Stellung der Kirche zum Staat . . . . .	211
Genfer Konvention . . . . .	194	Interpellation über die clerikale Agitation . . . . .	212
Note des Prinzen Reuß wegen Freilassung der Mörder von Saloniki . . . . .	195	Antwort Jules Simon's . . . . .	212
Eröffnung des türk. Parlaments	195	Gambetta über die Ultramontanen . . . . .	212
Die Pforte wünscht die Vermittlung der Großmächte . . . . .	195	Der Papst beklagt sich über Jules Simon . . . . .	214
Stimmen in England für u. gegen d. Krieg . . . . .	196	Schreiben Mac Mahon's an Simon . . . . .	214
Telegramm der Schwiegermutter an d. Schwiegervater . . . . .	197	Jules Simon reicht seine Entlassung ein . . . . .	215
Oesterreich's Stellung zur orientalischen Frage . . . . .	198	Tagesordnung der Republikaner	216
Türkenschwindel in Ungarn . . . . .	199	Das Kabinet Broglie . . . . .	217
Russenfreundlichkeit in Agram	200	Bertragung der Kammern . . . . .	218
Erklärungen in den Parlamenten Ungarn-Einfall in Rumänien beabsichtigt . . . . .	202	Manifest der Republikaner . . . . .	218
Polenschwärmerei . . . . .	202	Die geheime Regierung im Elysée	219
Vorsichtsmaßregeln d. Regierung	202	Die wahren Gründe der Entlassung Simon's . . . . .	220
Toast des Kaisers Franz Josef	203	Präfektenschub . . . . .	220
Erklärung Andrássy's in d. Delegationen . . . . .	203	Botschaft des Marschalls an d. Senat . . . . .	221
Frankreich S. 204—233.		Der „Pfaffenreich“ vom 16. Mai	222
Stellung des Ministeriums Jules Simon . . . . .	205	Auflösung der Abgeordnetenkammer . . . . .	223
Eröffnung der Kammern . . . . .	205	Eröffnung des Wahlfeldzugs . . . . .	223
Cassagnac's Verurtheilung . . . . .	205	Das juristische Comité . . . . .	223
Antrag auf Herabsetzung der militär. Dienstzeit . . . . .	205	Politische Rundreise des Marschalls . . . . .	223
Eisenbahndebatte . . . . .	206	Se soumettre ou se démettre	224
Amendement zum Preßgesetz	207	Verurtheilung Gambetta's . . . . .	224
Manifest des Grafen Chambord	208	Thiers' Tod und Leichenbegängniß	224
Die „katholische Versammlung“ in Paris . . . . .	208	Mac Mahon's Wahlmanifest . . . . .	224
Petition zum Zweck der Befreiung des Papstes . . . . .	209	Gegenmanifeste . . . . .	225
Bischöfliches Schreiben an den Marschall . . . . .	210	Mac Mahon's zweites Manifest	225
Ein päpstlicher Kanzler der Universität zu Lille . . . . .	210	Resultat der Wahlen . . . . .	226
		Die Generalratswahlen . . . . .	226
		Eröffnung der Kammern . . . . .	226
		Parlamentarische Untersuchungskommission . . . . .	227
		Rücktritt d. Ministeriums Broglie	227
		Das Ministerium Rochebouët . . . . .	228

	Seite		Seite
Die Kammer lehnt jeden Verlehr mit demselben ab . . . . .	228	Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts . . . . .	241
Der Marschall wendet sich an Dufaure . . . . .	229	Schluß des Parlaments . . . . .	242
Batbie soll ein Auflösungsministerium bilden . . . . .	229	Konvention mit Aegypten . . . . .	242
Militärkomplot . . . . .	230	Vertrag mit Dahomey . . . . .	242
Deputationen bei Mac Mahon . . . . .	231	Besuch der Königin bei Beaconsfield . . . . .	242
Das Ministerium Dufaure . . . . .	231	Ausgleichsverhandlungen i. D. Oestreich . . . . .	242
Botschaft an die Kammern . . . . .	232	Die Bankfrage . . . . .	243
Versöhnliche Dekrete . . . . .	232	Ungarische Ministerkrisis . . . . .	243
Präfektenschub . . . . .	233	Kompromiß zwischen d. Ministerien . . . . .	244
Botschafter in Berlin . . . . .	233	Das Abg.-Haus über d. Bankfrage . . . . .	244
Italien S. 233—238.			
Gesetz über Mißbräuche der Kultusbeamten . . . . .	233	Das Quotenverhältniß . . . . .	245
Der Senat verwirft das Gesetz . . . . .	234	Die Achtzig-Millionen-Schuld . . . . .	245
Gesetz über obligatorischen Elementarunterricht . . . . .	234	Verhandlungen über Handelsvertrag mit Deutschland . . . . .	245
Inkompatibilitätsgesetz . . . . .	234	Provisorische Zustände . . . . .	246
Bericht über das Budget . . . . .	235	Betheiligung an d. Pariser Weltausstellung . . . . .	246
Gesetz über Erhöhung der Civilliste . . . . .	235	D. Herrenhaus lehnt d. Ehegesetz-Novelle ab . . . . .	246
Beziehungen zu Frankreich . . . . .	235	Anerkennung der Altkatholiken . . . . .	246
Feier des Verfassungsfestes . . . . .	235	Katholische Kongresse . . . . .	247
Altentwürfe über die orientalische Krisis . . . . .	236	Landtage der Kronländer . . . . .	247
Ministerkrisis . . . . .	236	Austritt der Altcechen aus d. Reichsrath . . . . .	247
Neues Ministerium Depretis . . . . .	237	Budget im Reichsrath . . . . .	248
Die Abg.-Kammer beschließt Abschaffung der Todesstrafe . . . . .	237	Delegationen in Wien . . . . .	248
Allokutionen des Papstes . . . . .	237	Volljährigkeit des Kronprinzen Rudolf . . . . .	248
Protest des ital. Justizministers . . . . .	237	Die Schweiz S. 248—251.	
Empfang der Wallfahrer . . . . .	238	Berathungen d. Bundesversammlung . . . . .	248
Bischofsjubelium . . . . .	238	Volksabstimmung . . . . .	249
England u. Oestreich S. 238—248.			
Kaiserproklamation in Delhi . . . . .	238	Bundespräsident . . . . .	249
England annectirt d. Transvaal-Republik . . . . .	239	Vertheilung der Departements . . . . .	249
Antrag auf Wiederherstellung des irischen Parlaments . . . . .	241	Verhandlungen über d. Gotthardbahn . . . . .	250
		Das katholische Nationalbisthum . . . . .	251
		Klerikalismus in Tessin . . . . .	251

	Seite		Seite
Spanien u. Portugal		Memorandum des Ministeriums	257
S. 251—253.		Provisorisches Finanzgesetz . . .	257
Utte der Intoleranz . . . . .	251	Verhandlungen im Reichstag . . .	257
Konflikt mit den baskischen Pro-		Kompromiß . . . . .	258
vinzen . . . . .	252	Wechsel im Kriegsministerium . .	258
Amnestiedekret . . . . .	252	Militärkredit in Schweden . . .	258
Verschwörungen . . . . .	252	Militärkredit in Norwegen . . .	258
Die Cortes . . . . .	252		
Verhältnisse in Kuba . . . . .	253	Amerika S. 258—265.	
Ministerwechsel in Portugal . .	253	Streit um d. Präsidentschaft in	
		den Vereinigten Staaten . . .	258
Belgien u. Holland		Die Fünfzehnerkommission . . .	259
S. 253—256.		Gayes als Präsident proklamirt	259
Vermehrung der Klöster . . . . .	253	Botschaft des Präsidenten . . .	259
Interpellation über d. Ansprache		Das neue Ministerium . . . . .	260
des Nuntius . . . . .	254	Silber- und Goldwährung . . . . .	261
Gesetz über Abstellung von Miß-		Kämpfe mit den Indianern . . . .	261
bräuchen bei d. Wahlen . . .	254	Arbeiteraufstände . . . . .	261
Kommission für Erforschung des		Präsident Porfirio Diaz in	
inneren Afrika . . . . .	255	Mexiko . . . . .	262
Socialdemokratische Kongresse .	255	Rechenschaftsbericht des Präsi-	
Gesetz über Abänderung d. Wahl-		denten v. Venezuela . . . . .	262
gesetzes in Holland . . . . .	255	Der Bischof von Bolivien . . . . .	263
Wahlstieg der Liberalen . . . . .	255	Eröffnung der Kammern in Bra-	
Eröffnung der Generalstaaten . .	256	silien . . . . .	263
Ministerwechsel . . . . .	256	Schluß der Kammern . . . . .	263
		Reise des Kaisers . . . . .	264
Skandinavien S. 256—258.		Konflikt Nicaragua's mit dem	
Parlamentarischer Konflikt in		Deutschen Reiche . . . . .	264
Dänemark . . . . .	256	Die deutschen Kriegsschiffe sind	
Manifest der Opposition . . . . .	256	bereit . . . . .	265

## Das Deutsche Reich.

Das neue Jahr begann mit einer erhebenden Feier. Am 1. Januar 1877 waren es siebenzig Jahre, daß Kaiser Wilhelm in die preußische Armee eingetreten ist. Es war in jener trübsten Zeit, als die Monarchie Friedrichs des Großen von dem Machtpruch Napoleons abhieng und die königliche Familie in Königsberg sich befand. Dort erhielt der noch nicht ganz zehnjährige Prinz Wilhelm am 1. Januar 1807 von seinem Vater das Officierspatent und trat in das erste Garderegiment zu Fuß ein. Von Königsberg 1807 bis Versailles 1870 und bis zum Siegeseinzug in Berlin 1871 waren es viele lange Jahre, und welterfchütternde Thatfachen lagen dazwischen. Kaiser Wilhelm wünschte diesen Tag in stiller Zurückgezogenheit zu feiern. Aber der Wunsch der deutschen Armee, ihrem obersten Kriegsherrn, welcher sie von Sieg zu Sieg geführt hat, an diesem Tage ihre Glückwünsche und ihre Huldigungen darbringen zu dürfen, war ein so berechtigter, daß Kaiser Wilhelm einer äußeren Feier sich nicht entziehen konnte. Mehrere deutsche Fürsten, die Generalfeldmarschälle, sämtliche kommandirenden Generale und andere hohe Officiere hatten sich in Berlin eingefunden. Deputationen verschiedener Art erschienen vor dem Kaiser, überreichten ihm Adressen und sinnige Geschenke. Glänzend war der Empfang der Generale im Ritteraal. Die ruhmreichen Heerführer in drei Feldzügen standen als lebendige Erinnerungen an große Ereignisse vor ihrem kaiserlichen Führer. In ihrem Namen begrüßte der Kronprinz als Generalfeldmarschall des Deutschen Reiches den königlichen Vater als „das Vorbild aller soldatischen Tugenden und den Schöpfer jener neuen Ordnungen, die Preußens Ruhm erhöhen, Deutschlands Größe neu und fest begründen halfen.“ Der Kaiser sagte in seiner Antwort: „Meine Stellung brachte es mit sich, daß der größte Theil meines

Lebens der Armee gewidmet war. Darum gebührt aber auch allen denen, welche mich auf meiner militärischen Laufbahn begleitet und meine Bemühungen unterstützt, meine Erkenntlichkeit, deren ich mich stets gerne erinnere. Denn der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer der Armee verdanke ich die Stellung, die ich jetzt einnehme. Von Fehrbellin an bis auf die neuesten, glorreich beendeten Kriege stehen die Thaten der brandenburgisch-preussischen Armee unauslöschlich in den Annalen der Weltgeschichte, und was Preußen geworden ist, ist es hauptsächlich durch seine Armee geworden.“

Ein minder erfreuliches Bild als die Feier dieses Militärdienstjubiläums boten die Reichstagswahlen vom 10. Januar, an welche sich 60 bis 70 Stichtwahlen am 19. und 22. Januar angeschlossen. Dank der politischen Unreife eines sehr großen Theiles der Wähler, Dank der Allianz mit der Socialdemokratie, welche die Ultramontanen ohne irgendwelche Gewissenskrupel eingiengen, Dank den unbefriedigenden Zuständen unserer Volkswirtschaft, Dank der Zerrissenheit und dem Doktrinarismus der liberalen Elemente war das Resultat der Wahlen nicht im Sinne einer Verstärkung der Reichsmacht. Und die Zahl der von reichsfeindlichen Wählern gewählten Abgeordneten war noch nicht einmal das Bedenklichste an der Sache; weit bedenklicher war das ungeheure Anwachsen der reichsfeindlichen Minoritäten in den einzelnen Wahlkreisen, das stärkere Hervortreten des Partikularismus in einzelnen Ländern, unter welchen auch Württemberg anzuführen ist. Hier galt es, diejenigen Abgeordneten der vorigen Session, welche dem Projekt des Reichseisenbahngesetzes günstig waren, zu beseitigen und Partikularisten von guter Farbe an ihre Stelle zu setzen, deren Eintreten in die freikonservative Partei theilweise großes Aufsehen erregte. Sachsen wählte 7 Socialisten, darunter Bebel in der Haupt- und Residenzstadt Dresden; Berlin war durch 2 Socialisten und 4 Fortschrittsmänner vertreten. Nach den amtlichen Angaben waren 8,943,012 Wahlberechtigte. Stimmen wurden abgegeben 5,557,767, wovon 5,535,778 gültig waren. Diese vertheilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: konservativ 538,739, deutsche Reichspartei 426,468, nationalliberale Partei 1,594,142, Gruppe Löwe 119,473, Fortschritt 438,190, Centrum 1,416,803, Polen 219,159, Socialisten 485,122, Volkspartei (Demokraten) 57,147,

Partikularisten 112,496, elsässische Protestler 106,171, unbestimmt 11,191, zersplittert 10,677. Ueberblicke man die Parteifarben der Gewählten, so erhielt man folgendes Ergebniß: Nationalliberale 128, Centrum 98, deutsche Reichspartei (Freikonservative) 37, Konservative (Alt-, Neu- und Deutschkonservative) 36, Fortschrittspartei 33, Polen 14, Socialisten 13, Gruppe Löwe 11, Demokraten 3, Wilde 7. Dazu kamen die Resultate der elsäß-lothringischen Wahlen. In Niederelsäß wurden die Unversöhnlichen vollständig aus dem Felde geschlagen und in 5 Wahlbezirken Autonomisten (Mitglieder der elsässischen Landespartei) gewählt, in dem 6. Wahlbezirk und in den 9 Wahlbezirken des Oberelsäß und Lothringens wurden Klerikale und Protestler gewählt. Daß sogar in der Stadt Straßburg die Protestpartei unterlag und ein Autonomist gewählt wurde, war als ein Sieg der Reichsregierung anzusehen. Fragte man nach Verlust und Gewinn, so hatten die Nationalliberalen 20, die Fortschrittspartei 3 Sitze verloren, dagegen die Konservativen 16, die deutsche Reichspartei 5, die Socialisten 4 Sitze gewonnen; das Centrum blieb, die 5 Hospitanten miteingerechnet, in der nämlichen Stärke, wie in der vorigen Session. Die absolute Mehrheit im Reichstag, welcher 397 Abgeordnete zählt, beträgt 199. Bisher hatten die liberalen Fraktionen (Nationalliberale, Gruppe Löwe, Fortschritt) diese Mehrheit; durch die neuen Wahlen hatten sie sie verloren und zählten zusammen nur noch 172 oder, mit Hinzurechnung der 5 Autonomisten und der 3 nationalgesinnten Wilden, 180. Bezeichnete man diese drei liberalen Parteien als reichsfreundliche und rechnete man zu diesen auch die konservativen Parteien, so konnte die Reichsregierung, wenn nur die Freikonservativen dazu gezählt wurden, auf eine Mehrheit von 217, die „vereinigten Konservativen“ mitgerechnet, auf eine Mehrheit von 253 Stimmen zählen. Die Opposition, welche sich aus Centrum, Polen, Dänen (1), Socialisten, Demokraten, elsäß-lothringischen Protestlern und Klerikalen zusammensetzte, verfügte über 139 Stimmen. Dabei ist übrigens zu bemerken, daß die Opposition ihrer 139 Stimmen weit sicherer war als die Reichsregierung der 253. In den äußeren Fragen mochte die reichsfreundliche Mehrheit so ziemlich zusammenhalten; in den inneren Fragen aber konnte die Reichsregierung nicht auf sämtliche Mitglieder der konservativen Parteien, noch weit weniger auf die

Fortschrittspartei, auch nicht auf den linken Flügel der National-liberalen zählen. Die Stellung der Reichsregierung war somit gegenüber einer solch unberechenbaren Mehrheit eine äußerst schwierige.

Am 22. Februar wurde der Reichstag vom Kaiser mit einer Thronrede eröffnet. Als hauptsächlich Gegenstände der Berathung wurden hervorgehoben: die Feststellung des Haushaltsetats für das Jahr 1877—1878, wobei eine Erhöhung der Matrikularbeiträge in Aussicht genommen wurde; ein Gesetz über den Sitz des Reichsgerichtes; ein Patentgesetz. Die Behauptung, daß die Unsicherheit der inneren Zustände des Reiches einen wesentlichen Antheil an den Ursachen des materiellen Nothstandes habe, wurde zurückgewiesen und auf die Organisation des Reiches und auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes als auf eine starke Schutzwehr gegen die Gefahr hingewiesen, welche der Sicherheit und der regelmäßigen Entwicklung unserer Rechtszustände durch die anarchischen Bestrebungen bereitet werden könnten. Eine Bedrohung Deutschlands durch auswärtige Gefahren, „welche aus der noch ungelösten orientalischen Krisis hervorgehen könnten,“ vermochte die Thronrede nirgends zu finden. Sie hatte schwache Hoffnung, daß die Pforte auf eine andere Weise als durch Waffengewalt bewogen werden könne, die Reformen bezüglich der Behandlung ihrer christlichen Unterthanen auf eine ehrliche Weise zur Ausführung zu bringen, glaubte aber, daß, auch wenn es zum Kriege komme, der Friede unter den europäischen Großmächten nicht gestört werde, und versicherte, daß die Regierung wie bisher, so auch ferner bemüht sein werde, „in einer Frage, in welcher die deutschen Interessen ihr eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, ihren Einfluß zum Schutze der Christen in der Türkei und zur Wahrung des europäischen Friedens, insbesondere aber zur Erhaltung und Befestigung ihrer eigenen guten Beziehungen zu den ihr verbündeten und befreundeten Regierungen aufzuwenden.“ In der ersten Sitzung, welche noch am 22. Februar stattfand und von dem Alterspräsidenten v. Bonin eröffnet wurde, waren 262 Abgeordnete anwesend. Das Haus war somit beschlußfähig und konnte gleich am 23. Februar zur Präsidentenwahl schreiten. Zum Präsidenten wurde gewählt, mit 249 Stimmen gegen 47 oder, da 43 Stimmzettel unbeschrieben waren, gegen 4, v. Forckenbeck, zum



ersten Vicepräsidenten mit 210 Stimmen gegen 87 Freiherr Schenk von Stauffenberg, zum zweiten Vicepräsidenten mit 178 Stimmen gegen 32 (67 Stimmzettel waren unbeschrieben oder ungiltig) Fürst von Hohenlohe-Langenburg. Diese Wahlen erfolgten auf Grund einer Verständigung der Nationalliberalen mit den konservativen Parteien, ohne daß die Fortschrittspartei, welche indessen eine der beiden Vicepräsidentenstellen mit einem ihrer Mitglieder besetzt hatte, zu der Besprechung zugezogen worden war. Die heftigen Vorwürfe, welche letztere den Nationalliberalen wegen ihrer Haltung bei der Berathung der Reichsjustizgesetze gemacht hatte, schnitten das Tafeltuch zwischen beiden sonst so nahe stehenden Parteien so ziemlich entzwei. Forckenbeck und Stauffenberg gehörten der nationalliberalen, Fürst Hohenlohe der deutschen Reichspartei an; ersterer war Oberbürgermeister in Breslau, die beiden anderen waren Süddeutsche, Vertreter eines bairischen und eines württembergischen Wahlbezirks. Diese auf 4 Wochen gültige Präsidentenwahl wurde am 23. März für die weitere Dauer des Reichstages durch einfache Acclamation bestätigt.

Die Sitzungen des Reichstags dauerten vom 22. Februar bis zum 24. März und vom 10. April bis zum 3. Mai; die Osterfeiertage machten eine Vertagung von mehr als zwei Wochen nöthig. Zu dem von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsetats für 1877 bis 1878 waren die Ausgaben auf 542,903,370 M., und zwar auf 414,746,930 M. an fortdauernden und auf 128,156,440 M. an einmaligen Ausgaben, die Einnahmen auf 542,903,370 M. festgestellt. Unter den Einnahmen erschienen die Matrikularbeiträge mit einem Mehr von etwa 24 Mill. M., welche Summe somit das ungedeckte Deficit des Stats bedeutete. Diefelbe wurde durch verschiedene Ersparungen und durch Benutzung anderer Cassenbestände auf 6 Mill. M. vermindert, so daß die Matrikularbeiträge nur um wenig erhöht werden mußten. Im Zusammenhang mit der Berathung über den Entwurf des Haushaltsetats stand die über einen Antrag des Abgeordneten Richter (Hagen). Derselbe schlug vor, auf den Reichsinvalidenfonds nicht nur sämtliche Pensionen für Angehörige der vormalig schleswig-holsteinischen Armee, für invalide Militärpersonen und Militärbeamte der Landarmee und Marine von 1870 und 1871 und für die Hinterbliebenen

der im letzten Kriege gefallenen Militärpersonen zu übernehmen, sondern auch aus den Beständen dieses Fonds die Summe von 55,350,553 M. zur Schuldentilgung und zur Deckung der einmaligen Ausgaben der Marine-, Post- und Telegraphenverwaltung zu verwenden und aus den Zinsen des zur Errichtung des Reichstagsgebäudes reservirten Fonds fortan allgemeine Ausgaben zu bestreiten.

In der Sitzung vom 10. März fand die erste Berathung des Gesetzes über den Reichshaushaltsetat statt. Die Fragen über die Matrikularbeiträge, über Steuerreform, über indirekte und direkte Steuern, über Reichsinvalidenfonds, über Reichsministerien wurden berührt. Die Debatte wurde vom Präsidenten des Reichskanzleramtes, Minister Hofmann, eröffnet. Derselbe erklärte, die Mindereinnahmen hätten wesentlich darin ihren Grund, daß, während im vorigen Etat 34 Mill. M. an Ueberschüssen aus den früheren Jahren hätten eingestellt werden können, der jetzige Etat nur 10 Mill. an solchen Ueberschüssen aufweise. Die verbündeten Regierungen hätten nun vorgeschlagen, die Mehrerfordernisse durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu decken, da der Reichstag in früheren Jahren sich gegen die Schaffung neuer indirekter Steuern erklärt habe, so lange nicht der Plan zu einer umfassenden Steuerreform vorgelegt werde. Uebrigens seien die Matrikularbeiträge, selbst wenn sie erhöht würden, nicht so hoch, wie in manchen früheren Jahren. Lascker sprach die Hoffnung aus, daß bei der Berathung des Stats mancher Einnahmeposten werde erhöht, mancher Ausgabeposten werde vermindert werden können, so daß eine Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht nothwendig würde. Am liebsten würde er die Matrikularbeiträge ganz beseitigen und die Einnahmen des Reiches lediglich auf Einführung direkter oder indirekter Steuern gründen. Dazu aber müßte die Regierung zuallererst einen Plan zur Steuerreform vorlegen, und zu einem solchen würde man zunächst einen verantwortlichen Reichsfinanzminister bedürfen. Mit dieser Behauptung war der Abgeordnete Richter (Hagen) einverstanden und knüpfte daran eine Kritik der Finanzverwaltung. „Was uns jetzt geboten wird, ist nicht parlamentarische Regierung, sondern Anarchie. Der ganze Parlamentarismus, das ganze konstitutionelle System wird durch das Verfahren der Regierung auf den Kopf gestellt.“ Die ganze Rechnung

der französischen Kriegskontribution sei so wenig aufgeklärt, daß man gar keine Idee davon habe, wie viel davon vielleicht noch in irgend einem Winkel vorhanden sei. Er werde also auf eine Erhöhung der Matrikularbeiträge gar nicht eingehen, und hätte gewünscht, daß die Regierung das Budget so zeitig vorgelegt hätte, daß zu dessen Berathung hinreichende Zeit übrig wäre.

Inzwischen war der Reichskanzler Fürst Bismarck eingetreten. Er entgegnete zunächst den Vorwürfen Richters. Daß das Budget nicht gleich beim Beginn des Reichstags vorgelegt worden sei, daran sei die Schwierigkeit, dasselbe zu Stande zu bringen und mit den einzelnen Ressorts sich zu verständigen, vorzugsweise schuld. Mit dem Vorschlage Richters, den Reichsinvalidenfonds anzugreifen, d. h. vom Kapital zu zehren und die Wege zu betreten, welche große und befreundete Nachbarreiche, nicht zum dauernden Heil ihrer Finanzwirthschaft, betreten hätten, sei er nicht einverstanden. Richter hätte noch viel weiter gehen und den Vorschlag machen können, sämtliche Staatseisenbahnen unter den Hammer zu bringen, die Staatsdomänen und Forste zu verkaufen, kurz das ganze Nationalvermögen budgetmäßig aufzubrauchen, nur um einige Zeit gar keine Matrikularumlagen zu brauchen. „Ich glaube, daß, wenn die österreichische Monarchie, nicht die jetzige Verwaltung, sondern die damalige, welche das Geschäft des Verkaufs der Staatseisenbahnen an die französische Gesellschaft gemacht hat, dies rückgängig machen könnte, wenn dies Geschäft nicht nöthig gewesen wäre und man sich an die Steuerkraft des Landes gewendet hätte, die österreichischen Verhältnisse, nicht nur die finanziellen, auch die wirthschaftlichen, auch die Verhältnisse des gegenseitigen Vertrauens in Geldsachen günstiger in Oestreich lägen. Der Reichsinvalidenfonds ist durch ein Gesetz zu einem bestimmten Zweck geschaffen, und ich bitte Sie dringend, seine Verwendung auf diesen Zweck zu beschränken und ihn dafür bestehen zu lassen, sowohl für die gegenwärtigen als auch, was Gott verhüte! für die zukünftigen Invaliden, die uns etwa erwachsen könnten. Gönnen Sie dem Reiche dieses Kapitalvermögen! Es sind auch Kriege möglich, in denen man keine Kontributionen hat, und bei denen man auf das, was man hat, eben angewiesen bleibt. Ich kann nur erklären, daß ich mich, soviel in meinen schwachen Kräften liegt, dagegen wehren werde, daß auf diese Weise der erste, bereitetste Kapitalbestand des Reiches

angegriffen werde, um laufende Ausgaben zu bestreiten.“ Damit, sagte Bismarck, handle er durchaus im Sinne des § 70 der Reichsverfassung, welcher vorschreibe, daß „zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen dienen sollten, und daß, soweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt würden, jene, so lange Reichssteuern nicht eingeführt seien, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen seien, die bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben würden.“ Da liege also ganz klar der Hinweis, was das Reich thun solle, wenn seine Geldmittel zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichten, und daran müsse er sich halten. Es bleibe allerdings der Ausweg, die Matrikularbeiträge durch Steuern zu ersetzen. Aber mit Steuervorlagen habe die Regierung keine ermutigenden Erfahrungen im Reichstag gemacht. Es sei ihr immer entgegengehalten worden, man wolle keine Steuervermehrung, man wolle eine Steuerreform. Er selbst wolle das nämliche, könne das aber nicht allein machen und ausarbeiten, sondern brauche die verfassungsmäßige und gesetzliche Zustimmung anderer Faktoren. Bis jetzt sei er nicht im Stande gewesen, die Frikktion, welche sich außerhalb dieses Hauses der Verständigung über den Entwurf einer Steuerreform entgegenstelle, zu überwinden. Der Reichstag unterschätze überhaupt die Frikktionen, unter denen ein Minister zu arbeiten habe, bevor er vor denselben treten könne und das erste Wort spreche. „Ich weiß etwas davon; denn meine, wie ich glaube, ursprünglich kräftige Konstitution ist dabei zu Grunde gegangen; meine Arbeitskraft ist aufgebraucht zum großen Theil. Ich müßte, wenn ich meiner Pflicht halbwegs genügen könnte, 10 bis 15 Stunden den Tag arbeiten können. Das habe ich lange Zeit gethan; aber die Länge hat die Last, und jede Natur, sie mag noch so kräftig, noch so arbeitslustig sein, wird dabei aufgerieben, und namentlich diejenigen Herren, die einen so großen Antheil an dem unnützen Verbrauch ministerieller Kraft haben, sollten einem doch Mangel an Arbeitskraft und Rücksichtslosigkeit nicht gerade vorwerfen. Nun, ich erkläre also, daß wir vorderhand innerhalb des Reichskanzleramtes und in den Behörden,

mit Zuziehung der preussischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt sind, eine Steuerreform vorzubereiten, und ich habe die Hoffnung, daß Sie, und zwar in dem von Richter getadelten Sinne, bei einer Verstärkung der indirekten Steuern uns zur Seite stehen werden. Wir hoffen, sie Ihnen in der nächsten Reichstagsession vorzulegen.“

Uebergehend auf die von Lascker angeregte Frage der verantwortlichen Reichsministerien, warnte der Reichskanzler, die Bedeutung derselben nicht zu überschätzen. Ein Reichsfinanzminister, wenn er nur Reichsminister und nicht zugleich Minister eines Partikularstaates, und zwar des preussischen, wäre, würde gar keine Vorlagen machen können. Solche Reichsminister würden im Durchschnitt nur sein, wie jene hochgestellten ostasiatischen Persönlichkeiten, die ein großes Ansehen haben, äußerlich, aber keine Machtvollkommenheit; der Taikun würde immer in dem Partikularstaate stecken. Sie hätten in keinem Partikularstaate eine bestimmte Wurzel, keinen bestimmten Vortrag bei dem Souverän, kein berechtigtes Mitvotiren bei allen materiellen Sachen, die in diesem Partikularstaate vorkommen, sondern sie würden ganz allein auf die Reichsgewalt in Berlin angewiesen sein, und das eigentlich praktische Leben würde außerhalb ihrer Betheiligung sich bewegen, und zwar im rein partikularistischen Sinne. So würde dieser Reichspräsident gegenüber, die wurzellos in dem mächtigsten Partikularstaate sein würde, der Ring des Partikularismus sich ganz festschließen, Preußen an der Spitze, und der erste und mächtigste Widersacher des Reichsministers würde der preussische Finanzminister sein. Die Richtigkeit dieser Darstellung habe sich bei der Schaffung des Reichseisenbahnamtes gezeigt, dessen Präsident schon nach zweijährigem Dienste den Reichskanzler gebeten habe, ihm eine, wenn auch geringer besoldete, Stelle im preussischen Staatsdienst zu geben. Er selbst habe den Haupteinfluß, welchen auszuüben ihm vergönnt sei, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preussischen Macht gefunden. Er habe einmal die Sache versucht und eine Zeit lang aufgehört, preussischer Ministerpräsident zu sein, in dem Gedanken, daß er als Reichskanzler stark genug sei. Darin habe er sich vollständig geirrt. Nach einem Jahre sei er reuevoll wiedergekommen und habe gesagt, entweder wolle er ganz abgehen oder im preussischen Ministerium wieder das Präsidium haben.

Es habe etwas Verführerisches, sich ein Reichsministerium zu denken, das im Reiche, innerhalb der Grenzen und Kompetenzen, welche die Verfassung dem Reiche zuweise, dieselbe Machtvollkommenheit ausüben und dieselbe Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber tragen würde, wie ein Ministerium im Einzelstaate dies thut und trägt; aber er glaube, daß der Reichstag über die Entwicklung, die das nehmen würde, sich täusche. „Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus ist bei uns sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen, die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll, oder ob es ein gesunder, naturgemäßer Entwicklungsgang ist. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in 3 Jahren oder selbst in 10 Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Ueberlassen Sie unseren Kindern auch noch eine Aufgabe; sie könnten sich sonst langweilen in der Welt, wenn gar nichts mehr zu thun ist.“

Nachdem die konservativen Abgeordneten Maltzahn-Gülz und Kleist-Regow für indirekte Steuern, der freikonservative Abgeordnete Lucius gegen Richters Antrag sich ausgesprochen und der Abgeordnete von Meh, Besançon, die Annexion von Elsaß-Lothringen als die Hauptursache aller finanziellen Bedrängnisse bezeichnet und die Zustände in Meh aufs schwärzeste geschildert hatte, wurde am 12. März die erste Berathung geschlossen. Der Antrag des Abgeordneten Rickert, die hauptsächlichsten Mehrforderungen der Militär- und Marineverwaltung und sämtliche außerordentliche Eri-genzen an die Budgetkommission zu verweisen, wurde fast einstimmig angenommen. Der nämlichen Kommission wurde am 12. März auch Richter's Antrag bezüglich des Reichsinvalidenfonds überwiesen. Lasker erklärte, daß er von diesem Antrag nur den ersten Theil, welcher von den Pensionen der Militärpersonen handle, annehmen könne, im übrigen aber den Reichsinvalidenfonds in seiner ganzen Totalität aufrecht zu halten bemüht sein werde. In diesem Sinne entschied denn auch am 24. April der Reichstag auf den Vorschlag der Kommission. Auch bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über den Staatshaushaltetat am 13. März war vorzugsweise von Reichsministerien die Rede. Auf die Bemerkungen des Abgeordneten Hänel erwiderte Bismarck,

daß er die Zweckmäßigkeit derselben zwar zugebe, aber zunächst fragen müsse, mit welchen Attributen sie ausgestattet sein sollten, ob die einheitliche Verantwortlichkeit eines Premierministers beibehalten werden oder ob, wie im preussischen Ministerium, 3 bis 4 gleichberechtigte Minister neben einander fungiren sollten. Gegen das letztere sprach er sich entschieden aus, hob aber auch die verfassungsmäßigen Schwierigkeiten, welche der Errichtung von Reichsministerien entgegenständen, hervor. Denn es sei ja klar, daß der Bundesrath zu Gunsten der Reichsministerien Rechte aufgeben müßte, die ihm verfassungsmäßig verbürgt seien, nur mit seiner Zustimmung modificirt werden könnten und bekanntlich bei dem Widerspruch von nur 14 Stimmen nicht abgeändert werden dürften. Daß diese 14 Stimmen zum Widerspruch gegen eine Einrichtung, durch welche der Einfluß einer einzelnen Regierung wesentlich beeinträchtigt würde, sich so, wie die Sachen heute liegen, unbedingt finden würden, sei sicher. Die Schlußworte seiner Rede lauteten: „Ich glaube, ein Rückblick auf die Vergangenheit wird Ihnen zeigen, daß die junge deutsche Einheit in 10 Jahren und namentlich in den 5 Jahren, seitdem wir das Reich in seiner Vollständigkeit haben, in ihrem Wachsthum Fortschritte gemacht hat, auf die wir früher nicht gehofft hatten. Verlassen wir nicht der Theorie zu Liebe den Weg, der uns praktisch weiter geführt hat, und wollen wir schneller vorwärts kommen, so ist das beste Mittel hiezu das Zusammenhalten und das einheitliche Wollen des Reichstags und der verbündeten Regierungen, auch das Zusammenhalten des Reichstages in sich in höherem Maße, daß, — wie ich ja im Willen von jedem überzeugt bin, aber der Zorn des Kampfes führt unter Umständen weiter — stets die Interessen für das Ganze über die Interessen der Verbände der Gesinnungsgenossen dominiren, und wenn dies geschieht und der Reichstag mit den verbündeten Regierungen oder doch wenigstens mit dem kaiserlichen Antheil innerhalb der Regierungssphäre einig ist und die Führung vorsichtig vorwärts geht, dann kommen wir zu einem Ziele, welches allen billigen und verständigen Wünschen unserer Mitbürger entsprechen wird.“ Darauf folgte die Berathung des Etats des Reichskanzleramtes, welche am 14. März fortgesetzt wurde. Für die Bewilligung der Mittel zur Errichtung eines chemischen Laboratoriums, welches allgemein verbreitete Nahrungsmittel und Ge-

tränke hinsichtlich ihrer Echtheit untersuchen sollte, mußte der Reichskanzler selbst eintreten. Bei der Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes am 14. März wurde die beantragte Erhöhung des Gehalts des Botschafters in London (Graf Münster), von 120,000 auf 150,000 M., trotz der eingehenden Begründung des Staatsministers v. Bülow mit 157 gegen 147 Stimmen abgelehnt, da nicht bloß das Centrum, die Fortschrittspartei und die Socialdemokraten, sondern auch die Gruppe Löwe und 6 Nationalliberale dagegen stimmten. Der Botschafterposten in Petersburg (v. Schweinitz), für welchen 31,700 M. mehr als bisher gefordert wurden, schien das gleiche Schicksal zu haben. Bismarck trat persönlich für die Mehrforderung ein, indem er nachwies, daß die Verhältnisse in Petersburg noch schwieriger seien als in London, sofern dort die Preise namentlich für alles, was zum Luxus gehöre, viel höher seien als in allen anderen Hauptstädten, und sofern der Botschafter in enger Verbindung zum russischen Hofe und den nahen Verwandten des Hofes stehe. Trotz der Gegenreden der Abgeordneten Richter und Schorlemer-Mst wurde die Erhöhung des Gehalts für den Petersburger Botschafterposten mit 163 gegen 148 Stimmen bewilligt. In der nämlichen Sitzung wurde auch der Antrag Richter's, daß dem Reichstag Nachweisungen über die Restbestände vorgelegt werden sollten, besprochen und an die Budgetkommission verwiesen.

Bei der Berathung des Militäretats handelte es sich namentlich um eine Mehrausgabe von etwa 465,000 M. für die Errichtung von 122 Hauptmannsstellen erster Klasse (105 im preussischen, 9 im sächsischen, 8 im württembergischen Militäretat). Die Budgetkommission konnte den von militärischen Fachmännern mitgetheilten Motiven ihre Billigung nicht versagen. Die Zahl der Infanteriebataillone war in anderen großen Staaten bedeutend vermehrt worden. Frankreich hatte damals 171 Feldbataillone mehr als das deutsche Heer; somit mußte man auch in Deutschland auf Einrichtungen denken, welche es möglich machten, im Beginn einer Mobilmachung umfassendere Reserveformationen als früher zu machen. Da es aber für diese, über die bisherige Zahl hinaus aufzustellenden, Reservebataillone an aktiven Kommandeuren fehlte, und da die, im Vergleich mit fremden Armeen, ohnedies schwachen Cadres der deutschen Regimenter solche Kommandeure



um so weniger liefern konnten, als sie bei der Mobilmachung aus der Zahl ihrer Officiere bereits für die Ersazbataillone viele abzugeben haben, so mußte jetzt schon darauf Bedacht genommen werden, daß für den Fall eines Krieges das feste Gefüge der untersten taktischen Einheiten gewahrt bliebe. In der Sitzung vom 24. April erstattete der Abgeordnete Wehrenpennig Bericht über die der Budgetkommission zugewiesenen Theile des Stats der Militärverwaltung und theilte mit, daß die Kommission beantrage, von den ordentlichen Ausgaben 1,014,347 M., von den außerordentlichen 455,000 M. zu streichen und bei den außerordentlichen Bauten 2 Mill. M. auf die Anleihe zu übernehmen, so daß bei dem Militäretat eine Gesamterleichterung von 3½ Mill. M. herbeigeführt würde. Die Erigenz von 12,000 M. für die Errichtung eines Festungsgouvernements in Köln neben der dortigen Kommandantur gab dem demokratischen Abgeordneten Payer Veranlassung, sich in allgemeinen Betrachtungen über die Höhe der Militärlasten zu ergehen, welche, wenn sie auch nicht die alleinige Ursache unserer wirthschaftlichen Krisis seien, doch in einem gewissen Zusammenhang mit derselben ständen. Der Reichstag war anderer Ansicht und bewilligte die Position. Gegen die Mehrforderung zur Errichtung der 122 Hauptmannsstellen erhob sich zuerst im Namen des Centrums Graf Ballestrem, hervorhebend, daß der 13. Hauptmann im Regiment erst mit dem Beginn der Mobilmachung Beschäftigung finden werde, im Frieden aber zur Ausbildung der Officiersaspiranten kein Bedürfnis sei. Ihm entgegenete kein Geringerer als der Generalfeldmarschall Graf Moltke. Lautlose Stille trat ein; die Abgeordneten drängten sich nach der Mitte des Saales zum Redner hin, in athemloser Spannung lauschend.

Moltke sprach folgendes: „Die in Rede stehende Maßregel wird zum Theil beanstandet, wohl nicht, weil man die Maßregel an sich nicht für eine zweckmäßige und gute hält, sondern weil sie allerdings eine neue Steigerung des Militärbudgets in sich schließt. Es ist uns schon bei der ersten Berathung und auch jetzt gesagt worden, daß es principiell unzulässig sei, Officiersstellen im Frieden zu bewilligen für Officiere, welche erst im Kriege nothwendig würden. Darauf ist nun doch einfach zu erwidern, daß alle Officiersstellen im Frieden bestehen, weil die Officiere im Kriege notl-

wendig sind. Von jener Seite des Hauses sind wir hingewiesen worden auf den sehr viel schwächeren Friedensetat der französischen Bataillone; aber man hat es unterlassen, zugleich hinzuweisen auf die sehr viel größere Zahl dieser schwachen Bataillone. Die Summe dieser Bataillone mit den zugehörigen anderen Waffen beträgt im Frieden 487,000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen größeren Bevölkerung doch nur wenig über 400,000 M. unterhält. Schwache Bataillone sind an sich durchaus militärisch nichts Wünschenswerthes. Ich glaube, daß nirgends mehr als in Frankreich selbst die einsichtigeren Militärs Bedenken tragen, ob mit Kompagnien von 50, von 40 Mann neben dem unvermeidlichen Garnisonsdienste auch noch eine wirkliche Ausbildung der Truppen in allen Dienstfächern möglich sei. Aber freilich, wenn man mit 1092 Bataillonen ins Feld rücken will und davon 641 im Frieden unterhält, so kann man sie wohl nicht sehr stark machen, wenn die Kosten nicht ins Unersehliche übergehen sollen. Das französische Militärbudget übersteigt mit seinen schwachen Bataillonen das deutsche mit starken um mehr als 150 Millionen jährlich, abgesehen von bedeutenden Nachforderungen und einem exorbitanten Extraordinarium. Ob eine Nation, selbst eine so reiche wie die französische, eine solche Last für alle Zukunft auf sich nehmen will, oder ob es nur geschieht für einen bestimmt vorhergesehenen Zweck und bis zu einem vielleicht nicht zu ferne gesteckten Ziele, das mag dahingestellt bleiben. Es ist uns dann noch gesagt worden bei der ersten Berathung, daß eine absolute Regierung unter den bestehenden politischen Verhältnissen wahrscheinlich die Armee eher reduciren als vermehren würde. Ich theile die Hoffnung und den Wunsch des Redners nach dauerndem Frieden; aber die Zuversicht theile ich nicht. Glücklicherweise werden die Zeiten sein, wo die Staaten nicht mehr in der Lage sein werden, den größten Theil ihrer Einnahmen zu verwenden bloß auf die Sicherheit ihrer Existenz, wo die Regierungen nicht nur, sondern auch die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet, als er einbringt; denn materielle Güter mit Menschenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn sein. Aber was diesem Fortschritt der ganzen Menschheit entgegensteht, das ist das gegenseitige Mißtrauen, und in diesem Mißtrauen liegt eine stete und große Gefahr. Ich meine, die Stärke

Deutschlands besteht in der Homogenität seiner Bewohner. Aber wir haben ja auch an unserer Grenze Reichsangehörige, die nicht deutscher Nationalität sind. Das ist ein geschichtliches Ergebnis von hundertjährigen Kämpfen, von Feldzügen und Friedensschlüssen, Siegen und Niederlagen. Denn die Grenzen eines großen Staates lassen sich nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen konstruieren. Nun, diese nichtdeutschen Reichsangehörigen haben ja neben den Deutschen mit gleicher Tapferkeit gekämpft; aber daß nicht alle ihre Interessen mit den unsrigen zusammenfallen, davon haben wir ja in diesem Hause mehr hören müssen, als uns irgend lieb sein konnte. Wie sollten wir nun so thöricht sein, durch Gebiets-erweiterung uns zu schwächen, anstatt uns zu stärken? Ich meine, die Friedenstendenz von Deutschland liegt so offen auf der Hand, ist so in der Nothwendigkeit begründet, daß nachgerade die ganze Welt davon überzeugt sein müßte. Nichts destoweniger aber können wir nicht verkennen, daß namentlich bei unseren westlichen Nachbarn ein starkes Mißtrauen gegen uns vorwaltet. Wenn Sie die französischen Blätter lesen, selbst die tonangebenden, so finden Sie doch darin, gelinde ausgesprochen, eine große Abneigung gegen uns. Ich will nicht von Hohn, Spott und Geringschätzung sprechen, die sich darin kundgaben; denn dafür liegt kein vernünftiger Grund vor; das ist auch nur angeblich. Was aber die französische Presse nicht ausspricht und was die Wahrheit ist, das ist die Besorgniß, daß, nachdem Frankreich so oft und wiederholt über das schwache Deutschland hergefallen ist, nunmehr das starke Deutschland, auch ohne Grund und Anlaß, auf einmal über Frankreich herfallen werde. Daraus erklären sich viele Thatfachen; daraus erklärt sich die Riesenarbeit, die Frankreich gethan hat, indem es in einer kurzen Reihe von Jahren mit großer Sachkenntniß und größter Energie seine Armeeorganisation durchgeführt hat; daraus erklärt sich, daß seit dem letzten Friedensschluß bis auf heute ein unverhältnißmäßig großer Theil der französischen Armee zwischen Paris und unserer Grenze steht, namentlich Kavallerie und Artillerie, in einem möglichst gut vorbereiteten Stande und unmittelbar an unserer Grenze, ein Verhältniß, das nach meiner Auffassung früher oder später nothwendig einmal eine Ausgleichungsmaßregel von unserer Seite herbeiführen muß. Es ist das dann auch ein beachtenswerther Umstand, daß in Frank-

reich, wo die Parteien, die sich ja wohl in jedem Lande finden, doch wohl noch schärfer einander gegenüberstehen als bei uns, daß alle diese Parteien vollkommen einig sind in einem Punkte, nämlich darin, alles zu bewilligen, was für die Armee gefordert wird, während wir hier doch mühsam kleine Statspositionen retten müssen. In Frankreich ist die Armee der Liebling der Nation, ihr Stolz und ihre Hoffnung; man hat in Frankreich der Armee ihre Niederlage längst verziehen. Ich will nicht sagen, daß man bei uns die Siege der Armee vergessen hat; aber wenn man doch bei der nächsten Veranlassung dieselbe Leistung noch einmal fordern wird, so sollte man nicht so karg sein in Bewilligung derjenigen Mittel, die dazu nöthig sind, daß die Armee sich unter jetzt schwierigen Verhältnissen fortentwickelt. Es scheint ja, daß unsere Nachbarn bei einem künftigen Kriege den Erfolg ihrer Waffen sehen in einer überwältigenden Anzahl, und das ist gewiß ein Moment, welches schwer ins Gewicht fällt. Wir verlassen uns mehr auf eine sorgfältige Ausbildung unserer Truppen und auf ihre innere Tüchtigkeit. Die Franzosen sind uns überlegen in einem Punkte ganz entschieden, darin, daß sie für alle ihre zahlreichen Formationen für den Krieg bereits im Frieden die Cadres besitzen. Es wird Ihnen nun hier eine Maßregel vorgeschlagen, die freilich nur in geringerem Grade den Mangel bei uns bessern soll. Man hat uns gesagt, daß durch die Schaffung der dreizehnten Hauptleute die Zahl der Armee überhaupt gar nicht vermehrt wird; das ist vollkommen richtig. Allein es bringt eine Anzahl Officiere in diejenige Stellung früher hinein, welche sie im Kriege ausfüllen sollen. Es ist doch ganz natürlich, daß jemand, der plötzlich unter den allerschwierigsten Verhältnissen, vielleicht abgerufen aus einem ganz anderen Lebensberufe, an die Spitze einer Truppe gestellt wird, daß der im ersten Augenblicke mit einer Befangenheit auftritt, und das verbreitet sich unausbleiblich von oben durch alle Reihen nach unten. Unsicherheit im Befehlen erzeugt Unzuverlässigkeit im Gehorsam. Es wird nun durch Schaffung der dreizehnten Hauptleute möglich werden, ältere Officiere schon frühzeitig in solche Uebungen hineinzubringen für den Fall, wo es nothwendig ist, daß der Betreffende sich in dieselben vorher einleben kann. Sie brauchen wirklich nicht zu besorgen, daß die dreizehnten Hauptleute spazieren gehen. Es ist vollauf zu thun. Ich

meine, daß namentlich diejenigen Herren, welche an den Commissionsberathungen theilgenommen haben, überzeugt worden sind, daß wir in der That eine sparsame Militärverwaltung haben, die wirklich nur fordert, was dringend wünschenswerth ist. Ich empfehle Ihnen die Annahme.“ Troß dieser Rede stand der Abgeordnete Richter von seiner Opposition gegen die Errichtung der 122 Hauptmannsstellen nicht ab und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Militärverwaltung sehr wohl Ersparnisse machen könne, ohne, wie der Vorredner anzunehmen schein, die Tüchtigkeit des Heeres zu schwächen. Die Position wurde mit allen Stimmen gegen die des Centrums, der Fortschrittspartei und der Socialdemokraten bewilligt.

Daß Moltke diese, allgemeines Aufsehen erregende Rede nicht bloß um der dreizehnten Hauptleute willen, für welche die Mehrheit so ziemlich gesichert war, gehalten hat; daß er diese Erklärungen nur im Einverständniß mit Bismarck und Kameke abgegeben hat; daß das Wesentliche und Interessanteste seiner Rede nicht sowohl an den Reichstag als nach Paris adressirt war, darüber war jedermann einverstanden. In Paris entstand zunächst große Beunruhigung über diese Rede, als ob sie der Vorläufer einer Kriegserklärung wäre; sobald aber der Wortlaut bekannt wurde, kam man auch dort zu der Einsicht, daß die Rede für Frankreich durchaus nichts Bedrohliches enthalte. Das aber verschwieg die französische Presse, daß Moltke offen davon gesprochen hatte, die Anhäufung französischer Truppen müßte Ausgleichungsmaßregeln nach sich ziehen. Damit wollte er wohl dem französischen Volk bemerklich machen, daß man in Deutschland nicht bloß die Entwicklung der Heeresorganisation, sondern auch die Aufstellung der einzelnen Truppentheile mit sehr aufmerksamen Augen beobachte und jederzeit von der Dislokation jedes Bataillons und jeder Schwadron genau unterrichtet sei. Die Erklärungen Moltke's wurden durch die fast gleichzeitigen Mittheilungen des Großen Generalstabs über das „Wehrwesen Frankreichs“ noch ergänzt. Darin hieß es: „Die gesamte Landkriegsmacht Frankreichs (einschließlich der für den Landdienst bestimmten vier Marine-Infanterie-Regimenter) beträgt ungefähr 1,750,000 Mann. An dem Vorhandensein ausreichender Menschenkraft zur Aufstellung einer solchen Heeresstärke ist nicht zu zweifeln. Es werden jährlich 165,000 Mann

eingestellt (in Deutschland nur 142,000). Rechnet man (um dem unvermeidlichen Abgang gerecht zu werden) nur je 142,000 Mann für die 14 Jahresklassen der aktiven Armee, ihrer Reserve und der eigentlichen Territorialarmee, so ergibt sich bereits eine ausgebildete Menschenmasse von rund 2,000,000 Mann. Dahinter stehen aber noch 6 Klassen Reserve der Territorialarmee, welche auf mindestens 600,000 Mann anzuschlagen sind. Wenn die Ausföhrung des neuen französischen Rekrutirungsgesetzes einmal erst ihren zwanzigjährigen Turnus durchlaufen hat, wird Frankreich über eine Menschenkriegskraft von nicht weniger als rund 3,400,000 M. verfügen.“ Vergleichen wir damit die durch das Reichsmilitärgefetz von 1874 festgestellte Kriegsstärke der deutschen Armee, welche 1,329,600 Mann beträgt, somit um 430,400 Mann geringer ist als die französische Kriegsstärke und auch durch Aufstellung von vierten Feld- und Landesvertheidigungs-Bataillonen, wozu die Vorbereitungen getroffen sind, auf höchstens 1,800,000 Mann gebracht werden kann, so ist es fast unbegreiflich, wie von mancher Seite fortwährend die Reducirung des Präsenzstandes oder der Präsenzzeit verlangt wird.

Wie sehr militärische Ausgleichungsmaßregeln an unserer Westgrenze nothwendig waren, konnte man daraus sehen, daß die in Chalons und in Besançon stehenden französischen Armeecorps in kriegsmäßiger Formirung gehalten wurden, und daß in unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze, in Commercy, Luneville, St. Mihiel, Nancy, Verdun, Pont à Mousson, Belfort, Epinal, Sedan, große Kavalleriemassen concentrirt waren, zusammen 12 Regimenter, kriegsmäßig formirt mit zugetheilten Batterien, welche letztere auch aus anderen Militärbezirken dahin verlegt wurden. Diese Truppenanhäufung, durchschnittlich einen Tagemarsch von der deutschen Grenze entfernt, hatte keinen Sinn, wenn nicht die Franzosen einen Ueberfall entweder beabsichtigten oder befürchteten. Daß letzteres grundlos war, konnte ihnen jedermann, sie selbst mit eingeschlossen, sagen. Diesen 12 Kavallerieregimentern standen in Elsaß-Lothringen nur 7 gegenüber, und in der Festung Metz, wo begreiflicherweise beim nächsten Kriege die ersten Kanonenschüsse fallen werden, waren nur 4 Infanterieregimenter auf dem Friedensfuß, also etwa 6000 Mann. Hier mußte geholfen, die wichtige Festung mit ausreichenden Kräften versehen werden. Durch

einen kaiserlichen Erlaß vom 26. Mai wurde bestimmt, daß, da die gegenwärtige Besatzung der Reichslande selbst den Anforderungen des Friedensdienstes nicht zu genügen vermöge, die dortigen Truppen um 2 Regimenter Kavallerie, 1 Regiment Infanterie, 1 Jägerbataillon, 1 Bataillon Fußartillerie vermehrt und auch von der gegenwärtigen Besatzung Abtheilungen nach Mez verlegt werden sollten. Diese Festung erhielt nun eine Garnison von 6 Infanterieregimentern, 2 Reiterregimentern, einer Abtheilung Feldartillerie, 1 Regiment, 3 Bataillonen und 3 Kompagnien Festungsartillerie und einem Pionierbataillon. Damit war zwar die Stärke des französischen Gegenüber nicht vollständig ausgeglichen und sehr bescheiden und sparsam zu Werke gegangen; doch zu Besorgnissen war kein Anlaß mehr. An diese Ausgleichungsmaßregel reihte sich das Pferdeausfuhrverbot vom 7. Juli, dessen Spitze gleichfalls gegen Frankreich gerichtet war. Aber auch dieses Verbot war nur eine defensive Maßregel, da seit Beginn des Jahres in Deutschland bedeutende Pferdeankäufe auf französische Rechnung gemacht und allein in der Provinz Posen 1500 Pferde von Straßburger Lieferanten aufgekauft und von da nach Frankreich geführt wurden. Mit Recht fürchtete das deutsche Kriegsministerium, daß durch eine so umfangreiche Ausfuhr von Pferden die Kriegstüchtigkeit der deutschen Armee für etwa eintretende Fälle gefährdet werden könnte, und veranlaßte deßhalb das Verbot.

Bei der dritten Berathung des Budgets am 26. April verwerthete der klerikale Abgeordnete Jörg seine kulturhistorischen Kenntnisse und Anschauungen. Er brachte den eben ausbrechenden orientalischen Krieg zur Sprache und verwies dabei fortwährend mit viel Selbstgefälligkeit auf seine Reichstagsrede vom 6. November 1876. Seine diesmalige Rede gipfelte darin, daß er das türkische Regiment auf der Balkanhalbinsel als unverbesserlich bezeichnete, die Durchführung des bisher festgehaltenen Princips, wonach die verschiedenen Racen im türkischen Reiche einander gleichgestellt sein sollten, für unmöglich erklärte und eine befriedigende Lösung der orientalischen Frage nur darin fand, daß ein abendländisches christliches Regiment an der Stelle des türkischen eingesetzt werde, wobei er ausdrücklich bemerkte, daß er Rußland nicht zum Abendland rechne. In der Kompetenz der vereinigten Staaten Europa's wäre es wohl gelegen, in der Türkei im großen

das zu thun, was im kleinen in Belgien und Griechenland gethan worden sei. An die Stelle der türkischen Herrschaft solle eine christliche, aber ja keine russische treten. Daß das deutsche Reich direkt bei der orientalischen Frage nicht betheiliget sei, könne er schon als Abgeordneter von Baiern, das ein Donaufstaat sei und bleibe, nicht zugeben. Bei einer richtigen Behandlung der orientalischen Frage könnte auch das sociale Problem gelöst werden und zwar durch Mittel internationaler Natur, durch Verwirklichung der bisher nur von den Socialisten verfolgten Idee eines Völkerbundes. Bismarck hätte besser daran gethan, diesem Ziele nachzustreben, als den Kulturkampf zu eröffnen, seit dessen Beginn die Socialdemokratie und der wirtschaftliche Nothstand in stetem Wachsen sei. Wenn Graf Moltke in seiner Rede vom 24. April von dem Mißtrauen Frankreichs gegen Deutschland gesprochen habe, so sei es dringend nothwendig, daß dieses Mißtrauen, bevor es die Völker verzehre, beseitigt würde. Aber es liege in der Natur der Dinge und in der moralischen Ordnung, daß man den ersten Schritt zur Beseitigung nicht dem Geschlagenen zumuthe, sondern der Sieger müsse den ersten Schritt thun. Dieser Gedanke wurde von dem Abgeordneten Bayer mit Freuden aufgenommen und Deutschland die Rolle zugewiesen, zuerst abzurüsten oder wenigstens die Rüstungen nicht noch höher zu schrauben. Der Abgeordnete Lasker konstatarie, daß alle Parteien in dem vollkommensten Zutrauen zu der auswärtigen Politik des Reichskanzlers übereinstimmten; daß dieser seine Zusage, zur Lokalisierung des Krieges beizutragen, so viel er könne, sicher erfüllen werde; daß zwischen der Politik Bismarcks und Moltke's nicht der geringste Gegensatz obwalte; daß Moltke's Rede durchaus als eine Friedensrede aufzufassen sei, welche zur Beseitigung des ganz unverständlichen, durch nichts hervorgerufenen Mißtrauens der Franzosen beitragen werde. Niemals werde Deutschland seine Friedensmission vergessen, welche nicht heiße: Neutralität unter allen Umständen, sondern Neutralität verbunden mit Wachsamkeit für die Interessen Deutschlands. Diese bedingte Friedensmission werde nach der Ansicht aller Parteien vollständig repräsentirt durch den Reichskanzler. Deshalb sei Deutschland beruhigt, während der große Konflikt an der Grenze zweier Kulturen ausbreche. Nicht weil seine Partei gleichgiltig sei gegen die auf dem Spiele stehen-



den Interessen, oder weil sie gering über die Verwicklungen im Orient denke, schweige sie, sondern weil sie glaube und die Nation es verstehe, daß Deutschland ruhig sein dürfe. So lange dies der Fall sei, seien wir in der glücklichen Lage, nicht erst durch unsere Verhandlungen das Vertrauen hervorrufen zu müssen, welches allgemein bereits vorhanden sei. Windthorst erklärte sich einverstanden mit den Ausführungen Jörg's, zeigte keine Sympathie für die Türkei, aber auch keine dafür, daß Rußland Konstantinopel und einen großen Theil der europäischen Türkei für sich nehme, und hielt, falls dies geschehen würde, die Interessen Deutschlands für verlegt, das, sowie auch Oestreich, nicht vom Schwarzen Meere abgeschnitten werden dürfe. Moltke dankte dem Abgeordneten Lasker, daß er seine Rede richtig verstanden und den Sinn derselben besser dargestellt habe, als er es vermochte. „Wenn ich gesagt habe, daß in Frankreich große Truppenmassen sehr nahe an unserer Grenze stehen, so hätte ich gleich hinzufügen sollen, daß im Gegensatz hiezu unsere Regimenter gleichmäßig durch das ganze Reich vertheilt seien. Wenn ich gesagt habe, daß daher früher oder später eine ausgleichende Maßregel unsererseits zu treffen sei, so habe ich diese nur als solche bezeichnen wollen, die durchaus keinen offensiven oder aggressiven Charakter trage, und deßhalb habe ich auch gesagt, daß ich unsere Politik so verstehe, daß sie nothwendig eine friedliche sein müsse, ohne daß wir deßhalb auf jede Aktionsfreiheit verzichten könnten.“ Am Schlusse dieser Sitzung genehmigte der Reichstag das Staatsgesetz, in welchem die Ausgaben auf 540,536,915 M. und zwar 412,713,516 M. an fort-dauernden, 127,823,399 M. an einmaligen Ausgaben, und die Einnahmen auf 540,536,915 M. festgestellt waren. Die Matrikularbeiträge, von der Regierung auf 97,892,346 M. veranschlagt, wurden vom Reichstag auf 81,044,171 M. festgesetzt. Davon hatte Preußen 36,375,264 M., Baiern 19,717,313 M., Sachsen 4,008,861 M., Württemberg 6,874,942 M., Baden 5,048,550 M., Hessen 1,210,308 M., Elsaß-Lothringen 3,041,087 M. zu bezahlen, während von den übrigen Staaten keiner eine Million zu bezahlen hatte. Darauf wurde ohne weitere Debatte Richter's schon mehrfach erwähnter Antrag und der Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine-, Post- und Telegraphenverwaltung definitiv genehmigt.

An die Berathung des Reichshaushaltsetats reihte sich die des Landeshaushaltsetats von 1878 für Elsaß-Lothringen. Dieselbe beruhte auf den Berathungen und Beschlüssen des Landesausschusses und wurde dadurch wesentlich gefördert, daß die reichsländischen Abgeordneten selbst auch eine Wahl in die für diesen Etat bestimmte Kommission annahmen, während die Abgeordneten der früheren Sessionen niemals eine solche Wahl angenommen und dann bei den Berathungen im Reichstage alle möglichen Ausstellungen gemacht hatten. Von den fünf Autonomisten wurden Kessel, North und Schneegans, von den zehn Klerikalen und Protestlern Grad und Jaunez gewählt. Letztere wollten, als sie erfuhr, daß die Autonomisten eine Wahl annehmen, diesen nicht allein das Feld und ebendamit den Vorzug, die Interessen des Landes gewahrt zu haben, überlassen. Von sämtlichen reichsländischen Abgeordneten trat keiner in eine der Reichstagsfraktionen ein. Die Klerikalen und Protestler bildeten eine besondere Gruppe, standen aber aufs beste mit dem Centrum, stimmten mit diesem und hospitierten bei dessen Fraktionsitzungen; die Autonomisten, welche sich am meisten der nationalliberalen Partei näherten, bildeten gleichfalls für sich eine Gruppe und betrachteten nach wie vor als ihre oberste Aufgabe die Vertheidigung und Wahrung der Interessen Elsaß-Lothringens. In Sachen der Optanten hatten die fünf Autonomisten am 3. März eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Sie wünschten, daß nicht nur allen denjenigen Optanten, welche vor dem 1. Januar 1851 geboren und bereits vor dem 21. Mai 1871 in die französische Armee eingetreten waren, sondern auch den später geborenen, welche im französischen Heere gedient hatten, auf ihr Gesuch hin die Naturalisation gewährt würde. Es wurde ihnen bald darauf die Mittheilung gemacht, daß die reichsländische Bevölkerung von den neuen, nach Straßburg abgegangenen Instruktionen befriedigt sein werde. In der nämlichen Angelegenheit hatte Jaunez eine Audienz beim Kronprinzen und eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Herzog. Als aber die 5 Protestler, Dollfuß, Besançon, Abel, Germain, Jaunez, am 4. März auch um eine Audienz bei dem Kaiser baten, wurde ihnen vom Reichskanzleramt am 8. die Antwort ertheilt, daß der Kaiser es nicht für angemessen halte, ihnen eine Audienz zu bewilligen, daß es ihnen aber, falls sie gegen die reichsländische

Verwaltung Klagen vorzubringen hätten, freistehende, dieselben schriftlich einzureichen.

Die drei Beratungen des elsäß-lothringischen Budgets erfolgten am 11. April, am 28. April und am 3. Mai. Bei der Generaldebatte gab Unterstaatssekretär Herzog eine ausführliche finanzielle Uebersicht; der klerikale Abgeordnete Gerber klagte über die den reichsländischen Beamten gewährten Ortszulagen und über die großen Ausgaben für die Schule; der Autonomist Schneegans dagegen sprach seine Ueberzeugung dahin aus, daß man für die Schule nicht genug thun könne. Bei der zweiten Berathung beschwerte sich Gerber über die Exigenzen für geheime Ausgaben und für das literarische Bureau und über die reichsländischen Preßverhältnisse, und wurde von Windthorst unterstützt, welcher von der deutschen Kaplanpresse gerne auch ein Filial in den Reichslanden errichtet hätte, ein neues Preßgesetz forderte und mit den effektvollen Worten schloß: „Diese Wirthschaft kann nicht länger so fortgehen.“ Gegenüber dem Antrage der 15 elsäßischen Abgeordneten, daß möglichst bald Municipalwahlen in Straßburg vorgenommen, und daß in Straßburg, Kolmar und Metz möglichst bald Bürgermeister aus der Mitte des Municipalrathes eingesetzt werden möchten, bemerkte der Unterstaatssekretär Herzog, daß die Regierung diesen Wunsch theile, aber unter den keineswegs normalen Verhältnissen noch keine Aenderung treffen könne. Der Antrag wurde abgelehnt, jedoch an die Regierung das Ersuchen gestellt, in der Stadt Straßburg sobald als möglich Municipalwahlen vorzunehmen. Ein Antrag des klerikalen Abgeordneten Winterer auf Wiedereinführung des „Akademischen Rathes“ auf Grund des Unterrichtsgesetzes von 1850 wurde, als mit dem jetzigen Stand der Gesetzgebung unvereinbar, abgelehnt. Der Antrag der Budgetkommission, für ein Kollegienhaus in Straßburg aus Reichsmitteln einen Beitrag von 2,300,000 M. bereit zu stellen und zu diesem Behufe eine erste Rate von 600,000 M. in den nächsten Etat aufzunehmen, wurde angenommen und sodann sämtliche Positionen des Stats genehmigt, in welchem Einnahmen und Ausgaben auf 39,353,315 M. festgestellt waren.

In der Sitzung vom 17. März wurde der von der Regierung vorgelegte und von dem elsäß-lothringischen Landesauschuß im Jahre 1876 bereits angenommene Gesekentwurf über die dortige

Landesgesetzgebung vorgelegt. Dem Entwurfe gemäß sollten Landesgesetze für Elsaß-Lothringen mit Zustimmung des Bundesrathes und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden können, wenn der durch den kaiserlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 eingesetzte Landesausschuß denselben zugestimmt habe. Unterstaatssekretär Herzog erklärte, daß der Landesausschuß den Entwurf einstimmig gutgeheißen, aber allerdings nur als Abschlagszahlung, als Etappe zum förmlichen Landtag betrachtet habe. Der Entwurf solle einerseits die Wirksamkeit des Landesausschusses erweitern, andererseits die Mitwirkung des Reichstages bei der elsäß-lothringischen Gesetzgebung vermindern und dadurch eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung der gesetzgeberischen Arbeit herbeiführen. Die Mitwirkung des Reichstags würde von nun an nur dann nothwendig sein, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landesausschusse und dem Bundesrath beständen; doch würde es der Regierung auch ferner freistehen, diese Mitwirkung direkt in Anspruch zu nehmen, falls die Umstände es wünschenswerth erscheinen ließen. Das Recht der vollständigen Autonomie jedoch könne die Regierung dem Landesausschusse so lange nicht einräumen, als der größte Theil der Bevölkerung auf der Gefinnung beharre, welcher sie im Jahre 1874 Ausdruck gegeben habe. Elsaß-Lothringen sich selbst überlassen, würde nichts anderes heißen, als die Reichslande vom Reiche losreißen. Der klerikale Abgeordnete Simonis wollte überhaupt von dem Landesausschuß nichts wissen, da er nicht unmittelbar vom Volke, sondern aus der Mitte der zur Ablegung eines politischen Eides verpflichteten Bezirksräthe gewählt sei. Ein Theil der Bevölkerung seufzte heute noch unter dem eisernen Joch der Diktatur. Der Abgeordnete Gerber drückte sich weniger drastisch aus, bestritt aber gleichfalls dem Landesausschuß jeden gesetzlichen Boden und verlangte nicht eine provisorische, sondern eine definitive Regelung der Verhältnisse. Die Abgeordneten Bergmann und Schneegans sprachen sich für den Gesetzentwurf aus, obgleich derselbe nicht gerade ihr Ideal sei, und bezeichneten den Landesausschuß als die richtige und ehrenhafte Vertretung des Landes. Die Reichslande müßten etwas mehr praktische Politik, mehr Opportunitätspolitik treiben, anstatt immer nur zu sagen, sie wollten entweder alles oder nichts. Der Abgeordnete v. Stauffenberg konstatarie, daß die Verhält-

nisse seit 1874 sich doch wesentlich gebessert hätten. Damals hätten die Herren den Protest erhoben und darauf sämlich das Haus verlassen; heute sehe er zu seiner Freude, daß keiner der Herren das Haus verlassen habe, und daß sie sich alle auf den Boden der Thatsache, daß sie Mitglieder eines deutschen Reichstages seien, gestellt hätten. Dem Gesetzentwurf wünschte er eine modificirte Fassung, namentlich in der Richtung, daß die Rechte des Reichstages, besonders in Bezug auf die Initiative, festgestellt würden. Unter allen Umständen müsse der Schwerpunkt der ganzen Beschlusfassung und Gesetzgebung in dem Landesauschuß, über dessen bisherige Thätigkeit er sich sehr günstig aussprach, verbleiben. Von dem Tage an, an welchem dieser Gesetzentwurf Gesetz geworden sei, sei der erste Schritt zur autonomen Entwicklung des Landes geschehen, ein Schritt, der, wenn das Land ihn im richtigen Sinne auffasse, in keinem Falle mehr zurückgethan werden könne.

Bei der zweiten Berathung am 20. März lagen verschiedene Abänderungsanträge vor. Angenommen wurde bei dieser und der dritten Berathung am 23. März der von Hänel gestellte und von Stauffenberg etwas verbesserte Antrag, wonach der Gesetzentwurf folgende Fassung hatte: 1. „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, einschließlich des jährlichen Landeshaushaltsetats, werden mit Zustimmung des Bundesrathes vom Kaiser erlassen, wenn der Landesauschuß denselben zugestimmt hat. 2. Die Erlassung von Landesgesetzen im Wege der Reichsgesetzgebung bleibt vorbehalten. Die auf Grund dieses Vorbehalts erlassenen Landesgesetze können nur im Wege der Reichsgesetzgebung aufgehoben oder abgeändert werden. 3. Die Rechnungen über den Landeshaushalt werden dem Bundesrathe und dem Landesauschuß zur Entlastung vorgelegt. Versagt der Landesauschuß die Entlastung, so kann dieselbe durch den Reichstag erfolgen. 4. Bis zur anderweitigen Regelung durch Reichsgesetz bleiben im übrigen die Bestimmungen des kaiserlichen Erlasses vom 29. Oktober 1874 in Geltung.“ Gegen diese Fassung des Gesetzentwurfes sprachen die ultramontanen Abgeordneten Schorlemer-Mst und Gerber. Letzterer wollte an die Stelle des Landesauschusses einen Landtag gesetzt sehen und beantragte daher, den Entwurf in der Weise zu fassen, daß „die Landesgesetze für Elsaß-Lothringen der Genehmigung

einer aus direkten allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Landesvertretung bedürften,“ während ersterer den Antrag stellte, den Reichskanzler aufzufordern, daß er in der nächsten Session den Entwurf eines Landesverfassungsgesetzes für Elsaß-Lothringen vorlege. Andere beantragten die Oeffentlichkeit der Sitzungen des Landesauschusses. Alle diese Anträge wurden abgelehnt und der von den Nationalliberalen, der Fortschrittspartei und den beiden konservativen Fraktionen vereinbarte Kompromißantrag, wie er oben angegeben ist, genehmigt. Stauffenberg machte darauf aufmerksam, daß durch den Kompromißantrag sowohl die Rechte des Reichstages gewahrt seien, als auch der in das Gesetz eingefügte Erlaß vom 29. Oktober 1874 ebendadurch ein integrierender Theil dieses Gesetzes werde. Der von dem ultramontanen Abgeordneten Winterer gestellte Antrag, daß das Gesetz vom 30. December 1871 über die Einrichtung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen baldmöglichst abgeändert werden solle, wurde in der Sitzung vom 17. März abgelehnt. Dieser Antrag, welcher schon im Jahre 1874 von dem Abgeordneten Gerber gestellt und damals in der Sitzung vom 3. März abgelehnt worden war, bezweckte hauptsächlich die Aufhebung derjenigen Befugnisse des Oberpräsidenten, wodurch derselbe bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit zum sofortigen, nöthigenfalls diktatorischen Einschreiten ermächtigt war. Die Begründung Winterers bot nichts neues als das Kuriosum, daß er die politischen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen als „Helotenzustände so schlimmer Art, wie sie selbst in der Türkei nicht beständen“, bezeichnete.

Das größte Aufsehen unter allen Entscheidungen des Reichstags erregte dasjenige Votum, welches über den Sitz des Reichsgerichts entschied. Der Bundesrath hatte ein schlimmes Beispiel gegeben. Da durch das Gerichtsverfassungsgesetz vom 24. Januar 1877 vorgeschrieben war, daß der Sitz des Reichsgerichts durch Gesetz bestimmt werden solle, so war die Entscheidung der Frage den Händen der Reichsregierung entwunden und in die des Bundesrathes und des Reichstags gelegt. Begreiflicherweise wünschte die Reichsregierung, daß die Wahl auf Berlin falle. Die Hauptstadt des deutschen Reiches, in welcher der Kaiser, die Reichsregierung, der Bundesrath und der Reichstag sich befanden, war doch offenbar ebendamit auch der für den Sitz der obersten Justizbe-

hörde passendste Ort. Aber war denn Berlin in irgend welcher förmlichen Weise von der Volksvertretung als Hauptstadt des deutschen Reiches erklärt, wie Rom als Hauptstadt Italiens? Dies war nicht der Fall, wengleich das Parlament dort tagte. Aber letzteres hing mit der Frage von dem Sitze der politischen Reichsbehörden zusammen, und da war Berlin schlechterdings nicht zu umgehen. Anders stand es mit dem Reichsgericht. Alle Gegner der Reichsregierung sahen in dieser Frage eine willkommene Gelegenheit, jener einen Schlag zu versetzen, und sie gaben sich dabei noch den Schein, als ob sie dies im Interesse des Reiches thäten. Das Wort des Reichskanzlers von der rückläufigen Reichsflut sollte sich bewahrheiten, der Partikularismus einen Sieg über die Reichsidee verfechten und Preußen gezeigt werden, daß es, wenn auch der mächtigste Staat des deutschen Reiches, doch in demselben ein Glied wie jedes andere sei. So gut Bundestag und Reichstag gegen Sachsen etwas entscheiden konnten, so gut auch gegen Preußen. Daß letzteres bei der Gründung des Reiches den größten Theil der Arbeit auf die eigenen Schultern genommen hat, galt in manchen Kreisen als eine Legende von zweifelhaftem Werth. Diese Kreise hätten aber nicht gegen den Wunsch des Kaisers und der Reichsregierungentscheiden können, wenn ihnen nicht der deutsche Doktrinarismus und der Mangel an politischer Schulung, wie er sich selbst in den Reihen der nationalen Parteien bemerklich machte, zu Hilfe gekommen wäre. So geschah denn das Unerwartete. Die Bundesräthe, von ihren Regierungen in obigem Sinn instruiert, eröffneten den Reigen.

In der Sitzung vom 28. Februar beschloß der Bundesrath mit 30 gegen 28 Stimmen, daß das Reichsgericht in Leipzig seinen Sitz haben solle. Für Leipzig stimmten Sachsen und die thüringischen Staaten, Baiern, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Reuß; die Minderheit von 28 Stimmen, welche für Berlin stimmte, bestand aus Preußen, Baden, Hessen, Waldeck, Anhalt und den drei Hansestädten. Preußen war also majorisirt, wie ihm dies bei dem alten Bundestag so oft widerfahren war. Die 25 Mitglieder des neuen Bundesstaates haben im Bundesrath zusammen 58 Stimmen, und von diesen hat Preußen nur 17, obgleich seine Bevölkerung mehr als die Hälfte der Bevölkerung des ganzen Deutschen Reiches beträgt. Ob Preußen,

wenn es in Versailles das Votum vom 28. Februar vorausgesehen hätte, mit 17 Stimmen sich begnügt hätte, ist fraglich. Sieht man sich die Zahlenverhältnisse näher an, so findet man, daß die 17 Staaten, welche für Leipzig stimmten, zusammen 12 Millionen Seelen, aber im Bundesrath zusammen 30 Stimmen haben, während die 8 Staaten, welche für Berlin stimmten, zusammen 29 Millionen Seelen haben, im Bundesrath aber zusammen nur über 28 Stimmen verfügen. Also formell standen allerdings im Bundesrath 30 gegen 28; wenn man aber nach der materiellen Bedeutung dieser 30 und dieser 28 fragte, so standen sich 12 Mill. und 29 Mill. gegenüber, und die materielle Mehrheit wurde von der materiellen Minderheit majorisirt. Die „Preussischen Jahrbücher“ sagten hierüber in ihrem März-Heft: „Die formale Stimmvertheilung im Bundesrath schließt die Möglichkeit nicht aus, daß eine Mehrheit von 30 Stimmen durch Regierungen zu Stande gebracht wird, die von den 41 Millionen Deutschen thatsächlich nur 9 Millionen hinter sich haben. Dieser Widerspruch zwischen der materiellen Bedeutung und dem formalen Recht der Staaten war eine der Krankheiten des Frankfurter Bundestags. Wenn die Einrichtung gleichwohl in die Reichsverfassung hinübergenommen wurde, so rechnete man darauf, daß die einzelnen Regierungen, belehrt durch den Gang der Geschichte, das formale Recht mit Weisheit gebrauchen würden. Aber die Periode dieser weisen Mäßigung scheint leider sechs Jahre nach der Stiftung des Reiches bereits abgelaufen zu sein. Man redet von der größeren Unabhängigkeit eines Gerichts, welches der Hoflust entrückt sei, und verweist auf die Erfahrungen der preussischen Konfliktzeit, auf die Entscheidungen des Obertribunals in dem Twesten'schen Proceß und in der Frage der Stellvertretungskosten. Aber nicht der örtliche Sitz, sondern die Organisation des Obertribunals trug Schuld an dieser traurigen Vergangenheit. Es war die Zeit, wo die Justizverwaltung Hilfsrichter einschleiben, die Majorität in den Abtheilungen künstlich schaffen konnte.“ Diese Vorgänge in den fünfziger und sechsziger Jahren waren schuld, daß auch noch im Jahre 1877 „für viele gutdeutsche Kreise auf dem Reichsgericht mit dem Sitz Berlin wenigstens der Schein einer nicht völlig unabhängigen Rechtsprechung ruhte.“ Wenn aber von den Partikularregierungen die Hoflust und die Einflüsse derselben so sehr ge-



fürchtet wurden, warum verlegten sie selbst nicht ihre obersten Gerichte von München, Dresden u. s. w. in kleinere, noch unschuldsvolle Städte?

Die Reichsregierung war in der eigenthümlichen Lage, dem Reichstag einen Gesetzentwurf, gegen dessen Fassung sie gestimmt hatte, zur Annahme vorschlagen zu müssen. Derselbe enthielt den bundesrätlichen Vorschlag, Leipzig zum Sitz des Reichsgerichts zu wählen, und als „ausschlaggebendes“ Motiv die Erwägung, „daß das oberste Reichsgericht, welches durch das Gesetz vom 12. Juni 1869 für Handelsfachen geschaffen wurde und dessen Zuständigkeit im Laufe der Zeit bereits durch spätere Gesetze mehrfach erweitert worden ist, dort seinen Sitz habe und überwiegende Gründe, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen, sich nicht ergeben hätten.“ Die nationalliberale Presse fand diese Motive sehr schwach, ja geradezu nichtsagend. Der Gesetzentwurf durchlief die drei Lesungen am 19., 21. und 24. März. Der Präsident des Reichsjustizamtes, Friedberg, hatte die nicht beneidenswerthe Aufgabe den Gesetzentwurf dem Reichstag zu empfehlen, und entledigte sich derselben in der Weise, daß er erklärte, man könne gute Gründe für Leipzig, aber auch gute Gründe für Berlin anführen. Für Leipzig sprachen die Abgeordneten Frankfurter, Reichensperger, Stephani, Demmler, für Berlin Gneist, Kleist-Regow, Treitschke, Löwe, Grävenitz und der preussische Justizminister Leonhardt. Der fortschrittliche Abgeordnete Frankfurter gab zu, daß in den neuen Justizgesetzen wesentliche Garantien für die Unabhängigkeit der Richter geschaffen worden seien, fügte aber hinzu, daß man solcher nicht genug schaffen könne, und daß durch die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig diese Unabhängigkeit jedenfalls nicht geschädigt werde. Wenn aber das Reichsgericht nach Berlin verlegt werde, so werde es nur als Fortsetzung des preussischen Obertribunals erscheinen. Reichensperger äußerte sich in ähnlichem Sinne, der sächsische Abgeordnete Stephani warf den Preußen Partikularismus vor, wenn sie immer an Berlin festhielten; der socialdemokratische Abgeordnete Demmler warnte vor dem glatten Parquetboden des Hofes. Für Berlin sprach zuerst Gneist. Die Wichtigkeit des Reichsgerichts erläuternd, sagte er, daselbe sei zunächst Staatsgerichtshof für die Verbrechen des Hoch- und Landesverraths und als solcher zur

Entscheidung schwerwiegender Verfassungsfragen berufen; es sei Verwaltungskompetenzhof, welcher einen Theil der Landeskompetenzhöfe absorbire und in folgerichtiger Weiterbildung sie alle aufzehren werde; es sei oberster Staatsgerichtshof über die Reihe der staatsrechtlichen Fragen, welche in dem Strafgesetzbuch entschieden seien und in Form strafgerichtlicher Entscheidung hier zum endgiltigen Austrag kommen; es sei vor allem Kompetenzgerichtshof für die Gesamthätigkeit der Beamten des Reiches, indem es endgiltig im Straf- und Civilproceß entscheide, ob die Reichsbeamten innerhalb ihrer Zuständigkeit gehandelt hätten. Darauf suchte er die Gründe der Gegner zu widerlegen und konstatarie, daß noch nie der Fall vorgekommen sei, daß der Sitz des obersten Reichsgerichts an einem andern Orte als an dem Sitz der Reichsregierung sich befunden habe. Kleist-Nezow erinnerte an seine Prophezeiung im Herrenhause im Jahre 1867, daß Preußen, wenn es im Bundesrathe nur 17 Stimmen habe, von den anderen Staaten in mancher Frage werde majorisirt werden. Für Leipzig ließen sich allerdings manche Gründe anführen; aber dieselben betreffen mehr Nebenpunkte, vorübergehende Verhältnisse, Stimmungen der Antipathie und Sympathie. Die Konsequenzen des gegen Berlin geäußerten Mißtrauens würden dahin führen, daß nicht bloß das oberste Reichsgericht nicht nach Berlin verlegt, sondern auch nicht der Reichstag dort gelassen werde, ja nicht einmal der Kaiser. Es sei eine Herabwürdigung des ganzen Richterstandes, wenn man sage, die Elite desselben müsse nach Leipzig gesendet werden, um vor Korruption gesichert zu sein. Treitschke fragte, ob man wieder in die Tage des alten Bundestages zurückkehren wolle, wo Preußen nicht mehr galt als Waldeck oder Schwarzburg-Sondershausen. „An dem Mißverhältnisse der realen Macht und des formalen Rechtes ist der selige Bundestag zu Grunde gegangen, und wenn die Herren im Bundesrathe denselben abschüssigen Weg gehen wollen, so wird sich bald zeigen, daß Preußen nicht dazu angethan ist, um majorisirt zu werden; denn Preußen hat in Interessenfragen der Kleinstaaten diesen die größte Rücksicht erwiesen und erwartet in dieser Frage etwa den zehnten Theil der Rücksicht, die es stets gegen seine Genossen genommen. Ohne diese bundesgenössische Rücksicht ist das Deutsche Reich heute nicht zu regieren.“ Gegen den hauptsächlichsten Einwand, daß

das Reichsgericht in Berlin nicht den Schein der Unabhängigkeit in der Meinung des deutschen Volkes besitzen würde, erwiderte er, das oberste Gericht im Königreich Hannover sei nicht in der Stadt Hannover, sondern in Celle gewesen, und doch habe es den Staatsstreichen des welfischen Hauses nicht den geringsten Widerstand geleistet, während in Kurhessen das in Kassel befindliche oberste Gericht dem Despotismus des Kurfürsten gegenüber Jahrzehnte lang die eigentliche Stütze des Landrechts gewesen sei. Wenn es überhaupt möglich sei, deutsche Richter von oben zu beeinflussen, so werde der Arm stark genug sein, um von Berlin bis nach Leipzig zu reichen. Gegen das Ueberhandnehmen der Centralisation brauche man in Deutschland nicht zu reden. „Wir haben in Deutschland so wenig Centralisation, daß wir für unser deutsches Staatsleben 22 Metropolen besitzen, und wir wissen, daß auch nicht die kleinste dieser 22 Metropolen für die praktische deutsche Politik zu entbehren ist. Das lehrt der Verlauf des Schicksals gerade dieses Gesetzes. Wenn der nationale Geist in Deutschland von der preussischen Seite stark genug gewesen wäre, um auf die Metropole von Schwarzburg-Sondershausen einen fühlbaren Druck auszuüben, so würden wir hinsichtlich dieses Gesetzes im Bundesrathe Stimmgleichheit gehabt haben, bei der nach der Verfassung das Präsidium entscheidet, und wir würden also einen Gesetzentwurf von ganz entgegengesetztem Inhalt vorgelegt erhalten haben. Mit andern Worten, es ist die Macht von Bückeburg und Detmold angesichts der vorliegenden Thatsachen noch immer eine so große, daß wir gar keinen Grund haben, vor einer natürlichen Centralisation uns zu fürchten. Wir brauchen die Einheit, und darum ist das Reichsgericht in des Kaisers Hauptstadt eine neue feste Klammer der nationalen Macht und Einheit.“ Löwe erklärte, die ganze Leitung des Reiches müsse nach einem einheitlichen Sinne geschehen; auch die deutsche Rechtsprechung müsse aus einem einheitlichen Geiste hervorgehen; dies könne am besten geschehen, wenn sie im Geiste des Parlaments vollzogen werde; der Richter könne diesen Geist dann am besten studiren, wenn er am Sitze des Parlaments verweile. In ähnlicher Weise sprach sich v. Grävenitz für Berlin aus. Der Justizminister Leonhardt erklärte, daß keiner von allen deutschen Staaten bei der Aufrechthaltung des obersten Gerichtshofes so sehr interessirt sei als Preußen, und

dennoch sei Preußen die einzige Stimme gewesen, welche im Bundesrath sich gegen den Vorschlag erklärt habe, daß es den Bundesstaaten gestattet werden solle, einen obersten Gerichtshof beizubehalten, und die preußische Regierung habe keinen Anstand genommen, offen zu erklären, daß sie nicht daran denke, einen obersten Gerichtshof beizubehalten, freilich in der Voraussetzung, daß das Reichsgericht nach Berlin verlegt werde. Werde diese Annahme nicht verwirklicht, so stehe die Frage für Preußen anders. Ob es möglich sei, ein Reichsgericht in Leipzig mit den hervorragendsten Capacitäten zu besetzen, sei ihm zweifelhaft, da die Mitglieder des Obertribunals einen Ruf an das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig nicht hätten annehmen wollen. Letzteres sei ein Specialgerichtshof, das Reichsgericht ein allgemeiner deutscher Gerichtshof; jener werde ohnedies am 1. Oktober 1879 hinfällig, daher von einer Verlegung desselben von Leipzig nach Berlin keine Rede sein könne. Schließlich berief er sich auf die Autorität des Obertribunalraths Waldeck, welcher erklärt habe, es sei gar nicht denkbar, daß, wenn ein oberster Gerichtshof für ganz Deutschland errichtet würde, dieser einen andern Sitz haben könnte als in Berlin. Der sächsische Justizminister Ubben, zu einer Aeußerung darüber veranlaßt, ob Sachsen, falls das Reichsgericht nach Leipzig verlegt würde, seinen obersten Landesgerichtshof aufrecht zu halten gedanke, erwiderte, daß in diesem Falle die sächsische Regierung bei den Vorlagen zur Ausführung der Justizgesetze an die Landesvertretung einen Antrag auf Beibehaltung eines obersten Landesgerichtshofes nicht stellen werde.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes am 21. März lagen zwei Anträge vor. Den einen Antrag stellten Gneist, Löwe und Genossen, den andern Lascker. Nach jenem sollte der Gesetzentwurf lauten: „Das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Berlin“; nach diesem sollte bestimmt werden, daß derjenige Staat, in welchem das Reichsgericht seinen Sitz erhalte, ein oberstes Landesgericht nicht beibehalten dürfe. Für Leipzig sprachen die Abgeordneten Lascker, v. Hellborn, Bölk und der bairische Bevollmächtigte Kiedel; für Berlin die Abgeordneten Bethusy-Huc, Bamberger, der Justizminister Leonhardt und der Unterstaatssekretär Friedberg. Lascker glaubte nicht, daß durch die Wahl Leipzigs der preußische Partikularismus werde genährt werden; denn Preußen habe keine

Spur von Partikularismus; Preußen sei eben Deutschland. Heldorf sprach die Befürchtung aus, daß die Richter in Berlin leichter vom Parteileben mitbewegt würden als an einem anderen Orte. Bölk würde, wenn er dächte, daß die centrale Bedeutung des Reiches durch die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig leiden würde, der erste sein, der für Berlin votirte; aber der oberste Gerichtshof sei kein Machtmittel und solle keines sein; er solle vielmehr aus der Machtsphäre hinausgerückt werden. Sobald es sich je um die deutsche Machtfrage handeln werde, würde an eine Majorisirung Preußens im Bundesrathe nie gedacht werden. Riedel bezeichnete das Gerücht, daß eine Coalition der Mittelstaaten gegen Preußen stattgefunden habe und eine Demonstration gegen Preußen beabsichtigt worden sei, als falsch. Die bairische Regierung habe in dieser Frage mit keiner anderen Regierung verhandelt. Politische Gründe hätten bei dieser Frage nicht obgewaltet. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Reichsoberhandelsgericht hätten Baiern und den übrigen Regierungen Leipzig als den geeignetsten Ort für das Reichsgericht erscheinen lassen. Graf Bethusy-Huc knüpfte an sein Votum für Berlin die Frage, ob nicht durch den Mangel an einer Hauptstadt, an einem einheitlichen Brennpunkt, die deutschen echt nationalen Zwecke, wenn auch nicht verloren gegangen, so doch auf Jahrhunderte verkümmert worden seien, und ob nicht Frankreich durch den Umstand, daß es ein Centrum hatte, auf dem sein nationales Leben sich entwickelte, den großen Vorzug erworben und sich erhalten habe, unter allen Umständen, unter den verschiedensten Regierungsformen, immer dasselbe geblieben zu sein, eine einig und untheilbare Nation. Bamberger bezeichnete die politische Seite der Frage als die Hauptsache und zweifelte nicht daran, daß die Gegner Berlins von politischen Motiven geleitet würden. Das Reichsgericht nicht nach Berlin zu verlegen, sei der erste Schritt, die deutsche Reichshauptstadt „abzutakeln.“ Die innere Entwicklung Deutschlands verlange, daß die Nation aus dem Krähwinkelleben, das sie bis 1866 geführt habe, herausgerissen werde, damit der Austausch der Geister sich hebe, was ohne einen Brennpunkt nicht möglich sei. Wenn der Fall „Zweiten“ nicht in den Annalen des preussischen Obertribunals stände, so hätten wir vielleicht heute diese Frage im Reichstage nicht. Leonhardt und Friedberg suchten

noch einmal den preussischen Standpunkt zu rechtfertigen. Nach dem Schluß der Debatte wurde zuerst der Antrag Laskers mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf wurde über das Amendement Gneist-Löwe namentlich abgestimmt. Von den anwesenden 355 Abgeordneten stimmten 142 mit Ja, also für Berlin, 213 mit Nein, also für Leipzig. Die Vorlage des Bundesrathes, daß Leipzig der Sitz des Reichsgerichts sein sollte, wurde darauf angenommen. War Preußen im Bundesrath mit 2 Stimmen majorisirt worden, so entschied im Reichstag eine Mehrheit von 71 Stimmen für Leipzig. Nicht nur daß das Centrum, die Polen, die Elsäßer, die Socialisten, die Fortschrittspartei in geschlossener Phalanx gegen Berlin stimmten: auch von der nationalliberalen, der freikonservativen und konservativen Partei stimmten starke Bruchtheile dagegen (von den Nationalliberalen 31, von den Freikonservativen 13). Ganze Landsmannschaften stimmten für Leipzig: außer einigen Pfälzern sämtliche Baiern, außer dem Fürsten von Hohenlohe-Langenburg sämtliche Württemberger, die Sachsen und Thüringer aus allen Fraktionen. Der Partikularismus hatte gesiegt. Die Reichsflut war rückläufig. Bei der dritten Berathung am 24. März wurde der aufs neue gestellte Antrag Gneist-Löwe wiederum abgelehnt und die Vorlage definitiv angenommen. Daß der Reichskanzler bei keiner der drei Berathungen anwesend war, sich also an dem Kampfe gar nicht betheiligte, der von Anfang an verfahrenen Sache ihren Lauf vollends ließ, war auffallend und gab zu allerhand Vermuthungen Anlaß. Nach einer Ausführung der Provinzial-Correspondenz „lag die Ursache des bedenklichen Ausgangs diesmal vor allem im Bundesrath, dessen Entscheidung das Reichspräsidium in die Unmöglichkeit versetzte, seine volle Autorität für die Vertretung seiner Auffassung einzusetzen. Die Voraussetzungen, auf welchen die Regierungseinrichtungen des Reiches beruhen, und unter welchen allein eine segensreiche Wirksamkeit derselben denkbar ist, waren in diesem Falle augenscheinlich nicht vollauf beherzigt und gewahrt und auf diese Weise die wichtige Angelegenheit von vorn herein dem Reichstage gegenüber in eine schiefe, unnatürliche Lage gebracht worden.“ Daraus entstand jene Zersplitterung der sonst zur Regierungspolitik stehenden Parteien und in Folge dessen jene unnatürliche Mehrheit. Unter den außerhalb des Reichstags stehenden

nationalen Parteien war das Urtheil vorherrschend, daß mit diesem Botum ein politischer Fehler gemacht worden sei, der in keinem der anderen großen Kulturstaaten gemacht worden wäre. Die Klärung der Lage und die Einsicht in dieselbe war vielleicht für künftige Fälle ein günstiges Moment. Am 11. April wurde das Gesetz vom Kaiser unterzeichnet und vom Reichskanzler kontrafignirt.

An diese Gesetzentwürfe, welche alle eine mehr oder weniger politische Färbung hatten oder annahmen, reihten sich andere, welche mit der Politik wenig oder nichts zu schaffen hatten. Das Patentgesetz, welches den staatlichen Schutz auf neue Erfindungen, die eine gewerbliche Verwerthung gestatteten, ausdehnte, wurde am 3. Mai definitiv angenommen und die Mittel zur Einrichtung eines Patentamtes bewilligt. Der Gesetzentwurf über Erhebung einer Ausgleichsabgabe für importirtes Eisen wurde, als der bisherigen Handelspolitik widersprechend, am 27. April mit 211 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Untersuchung von Seemfällen wurde am 30. April, derjenige über den Freundschaftsvertrag des Deutschen Reiches mit dem Könige von Tonga (Freundschaftsinseln), wodurch der deutschen Flotte eine Kohlenstation eröffnet werden sollte, wurde am 20. April angenommen. Die Vorlage über die Erwerbung von zwei in Berlin gelegenen Grundstücken, welche zum Parlamentsbau geeignet waren, wurde am 3. Mai, die über die Verwendung eines Theiles des Reingewinnes aus dem Generalstabswerk am 2. Mai, die über die Eisenbahn von Teterchen bis zur Saarbahn am 3. Mai genehmigt. Der Gesetzentwurf über eine zu Kasernierungszwecken zu machende Anleihe wurde durch die Beschlüsse der Budgetkommission ohne formelle Verwerfung thatsächlich bei Seite gelegt, und es sollten nur die bereits in den Etat aufgenommenen Exigenzen für einzelne Bauten dem Reichstag vorgelegt werden. Das Gesetz über Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über den Rechnungshof kam auch in dieser Session nicht zu Stande, daher, wie bisher, der preussischen Oberrechnungskammer provisorisch die Controle des Haushalts bis zum März 1878 übertragen wurde. Außerdem beschäftigte sich der Reichstag mit verschiedenen Anträgen, welche aus der Mitte des Hauses selbst hervorgingen. Am meisten Zeit beanspruchte die Berathung der von

verschiedenen Fraktionen gestellten Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung, welche, mit Ausnahme des Antrags des Centrums, der abgelehnt wurde, am 18. April alle an eine besondere Kommission verwiesen wurden. Sie kamen von da an den Reichstag nicht mehr zurück; doch waren die Debatten für die Reichsregierung, welche eine Vorlage zur Gewerbeordnung zu machen versprach, instruktiv. Der schutzzöllnerische Antrag Varenbüler, welcher eine kommissarische Untersuchung der Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirthschaft verlangte und vor Beendigung dieser Untersuchung und Feststellung der sich aus derselben ergebenden Resultate keine Handelsverträge abschließen lassen wollte, wurde am 28. April nach längerer Berathung von den Antragstellern wieder zurückgezogen, ebenso am 16. April der von Schulze-Delitzsch beantragte Entwurf eines Gesetzes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Der von dem Dänen Krüger gestellte Antrag bezüglich der Ausführung des Artikels 5 des Prager Friedens, seit einem Jahrzehnt im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus vielfach verhandelt, wurde am 19. April abgelehnt; nur die Polen, die Socialisten, ein Theil des Centrums und der Elsaß-Lothringer stimmten für Krüger. Die verschiedenen Anträge der Socialisten, welche Einstellung des Strafverfahrens gegen Liebknecht, Bebel und Hasenclever bezweckten und von Klerikalen und Demokraten, darunter Jörg, Majunke und Bayer, unterzeichnet wurden, erhielten am 27. Februar und 8. März die Genehmigung des Reichstags. Die Wahl Hasenclevers, welcher im sechsten Berliner Wahlkreise mit einer Mehrheit von 21 Stimmen gewählt worden war, wurde wegen Unregelmäßigkeiten in der Sitzung vom 18. April für ungültig erklärt. Der socialistische Abgeordnete Most schloß seine Bertheidigungsrede mit den Worten: „Die Arbeiterbataillone stehen gerüstet.“ Mitglieder der Fortschrittspartei beklagten sich sehr über den Terrorismus, welchen die Socialisten bei Wahl- und Volksversammlungen, besonders in Berlin, ausübten, worauf Most erwiderte, daß die Socialisten stets nur sachlich zu Werke giengen. Hasenclever wurde übrigens am 15. Juni im sechsten Berliner Wahlkreis, Dank der Wahlenthaltung von 40 Procent der Wähler, mit 12,752 gegen 11,652 Stimmen, welche der fortschrittliche Kandidat Ludwig Löwe erhielt, wiedergewählt. Man konnte sich der Befürchtung nicht



verschließen, daß durch diese Wahlagitationen und durch andere socialistische Mittel die Massen in Berlin allmählich in einer Weise aufgehetzt würden, die bei irgend welchem Anlaß zu einer gewaltfamen Erschütterung führen mußte. Der Antrag Rittingshausens bezüglich der Kölner Festungswerke wurde am 2. Mai abgelehnt, jedoch die Bitte an den Reichskanzler gerichtet, den Bedürfnissen der Gemeinde Köln möglichst Rechnung zu tragen. Der von nationalliberaler Seite gestellte Antrag in Betreff des Zeugniszwanges wurde am 3. Mai vom Reichstag angenommen, jedoch vom Bundesrathe später abgelehnt. Derselbe war eine Folge des Falles „Kanteki“. Der Abgeordnete Komierowski hatte am 13. März eine Interpellation über die Fortdauer der „Inhaftirung“ des Redakteurs Kanteki gestellt, welchem zur Last gelegt wurde, daß er ein die Briefe Ledochowski's betreffendes Postgeheimniß, das einem katholischen Geistlichen durch einen Postbeamten und durch jenen dem Redakteur verrathen worden war, in seiner Zeitung veröffentlicht und den Verräther nicht genannt hatte.

Mitten in die Reichstagsession hinein fiel die Nachricht, der Reichskanzler habe am 27. März dem Kaiser sein Entlassungsgesuch übergeben und wolle sich von den Staatsgeschäften vollständig zurückziehen. Die Nachricht erregte in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen und an den meisten Orten schmerzliche Empfindungen. Man war es nachgerade gewohnt, Deutschlands Politik in so guten Händen zu wissen, und fühlte sich, mochte sich auch im Westen ein bedrohlicher Punkt zeigen oder auf der Balkanhalbinsel der Kampf zweier unversöhnlicher Racen toben, so sicher in dem Gedanken, daß Deutschland in keinen Kampf, der nicht seine Interessen schädige, hineingezogen, daß aber, wenn dies der Fall sei, der Kampf mit Aufbietung aller nationalen Kraft durchgeführt werde. Wer wollte, wer konnte nach Bismarck uns dieses Sicherheitsgefühl einflößen, diese Sicherheit uns geben? Auch war das Deutsche Reich zwar konstituiert, aber zusammengewachsen zu einem einheitlichen, unauflösliehen Bau war es noch nicht. Es fehlte immer noch an der Organisation der obersten Gewalten, an einem Reichsministerium, dessen Mitglieder dem Reichskanzler gerade so subordinirt waren, wie die englischen Kabinettsmitglieder dem Premierminister. Die Einrichtung dieser Aemter sollte nicht nach Bismarck und ohne Bismarck, sondern mit und durch Bismarck vor sich

gehen; dann nur glaubte man, ohne Mißgriff, ohne unsicheres Experimentiren den Ausbau vollenden und die neuen politischen Gestaltungen auf Jahrzehnte hinein feststellen zu können. Und nicht bloß in Deutschland, auch in anderen Ländern erregte die Nachricht von Bismarcks Rücktritt schlimme Befürchtungen. Die ministerielle Presse in Wien bezeichnete das Ereigniß als eine „bare Unmöglichkeit“, und das verbreitetste Journal des Kaiserstaates sagte: „Aus dem politischen Mechanismus Europa's ist das Haupt hinweggenommen, und nun kann sich die Maschine in neuer Gangart versuchen.“ Die Deakistischen Blätter sprachen dem Fürsten geradezu das Recht ab, im jetzigen Augenblicke, wo Rußland die orientalische Frage mit Kanonen lösen wollte, zurückzutreten. Der russische „Golos“ schrieb: „Der Kanzler des Deutschen Reiches ist die bedeutendste Persönlichkeit in der Geschichte unserer Zeit; sein Zurücktreten von den Geschäften, selbst ein nur zeitweiliges, muß als ein die Welt interessirendes Faktum angesehen werden.“ Die „Times“, voll Sorge über den bevorstehenden Krieg, sagte: „Nächst der Frage: warum ist Bismarck zurückgetreten? erhebt sich die nicht minder wichtige: wann wird er zurückkehren? Es hängt das von den unberechenbaren Elementen der orientalischen Frage ab. Wenn trotz Protokoll Krieg im Südosten ausbrechen sollte, so muß Fürst Bismarck wieder an das Staatsruder zurücktreten. Er weiß, was er will und wie er es auszuführen hat.“ In Paris sagte man: „Einem Bismarck ist es allenfalls erlaubt, zu sterben, aber nimmermehr sich bei Lebzeiten von der Regierung zurückzuziehen.“ Man begriff dort, daß die starke Heeresmacht Deutschlands in der klugberechnenden Hand Bismarcks viel weniger eine Bedrohung für Frankreich sei, als wenn der Ehrgeiz und die Eroberungssucht über jene zu gebieten hätten.

Fragte man nach den Gründen des Entlassungsgesuches, so bezeichnete sich Fürst Bismarck selbst als „einen kaputen Mann“, der seinen Abschied erbeten habe, „um noch einige Jahre leben zu können“, da bei Weiterführung der Geschäfte die Arbeitslast ihn „bald völlig ruiniren würde“! Es war begreiflich, daß eine fünfzehnjährige Ministerthätigkeit, welche mit so großen Schwierigkeiten verknüpft und von so ungeheuren Erfolgen begleitet war, welche mit dem preußischen Konflikt anfieng, mit Königgrätz und Nikolsburg fortfuhr und mit Versailles schloß, um bald darauf den

Kulturkampf zu eröffnen, Anstrengungen erforderte, denen auch die stärkste Konstitution nicht auf lange Zeit gewachsen ist. Cavour war an zerrüttetem Nervensystem gestorben; auf was sollte Bismarck warten? Trotz aller Anstrengungen und Ermattung scheint es aber doch sicher zu sein, daß Bismarck die Rücktrittsgedanken zurückgewiesen hätte, wenn er nicht für seine großen Reformpläne bei seinen preussischen Kollegen theilweise gar zu wenig Verständnis und noch weniger guten Willen gefunden hätte, und wenn nicht sehr einflußreiche Persönlichkeiten am Hofe, welche ihr Pygmäenthum nicht verschmerzen konnten, beständig seine Wege zu durchkreuzen und mit Nadelstichen ihn zu reizen versucht hätten. In einem solch kleinen Kriege wollte er seine Kräfte nicht vollends aufbrauchen; er wollte nicht „auf Hasen jagen statt auf Bären“; von seinem Ruheplatz aus wollte er zusehen, wie die Pygmäen sich vergebens abmühten, die Keule des Herkules in die Hand zu nehmen. Aber Kaiser Wilhelm, der Rathlosigkeit seiner Minister vom Jahre 1862 wohl noch gedenkend und alles dessen, was Bismarck für ihn, für Preußen und für das Reich geschaffen, recht wohl bewußt, erklärte, daß er, der achtzigjährige Mann, von seinem ersten Rathgeber sich nicht trennen werde, und soll das Entlassungsgesuch mit dem Worte „niemals“ beantwortet haben. Diesem unerfütterlichen Vertrauen, diesem entschiedenen Wunsche konnte Bismarck, der treue Diener seines allergnädigsten Herrn, nicht widerstehen. Er entschloß sich, noch einmal den Versuch zu machen, ob die aufreibenden Friktionen sich überwinden ließen, ob seine Reformpläne auf weniger Widerstand stießen, ob Gesundheit und Kraft, dem Throne und dem Vaterlande zum Nutzen, noch weiteren Anstrengungen gewachsen seien. Gewisse Bedingungen wird der Reichskanzler für den Fall seines Verbleibens wohl gestellt haben. Worin sie bestanden, wird sich zeigen, sobald er die Geschäfte wieder im vollen Umfang übernimmt. Zunächst handelte es sich darum, den Reichskanzler von allen Geschäften abzulösen und durch einen etwa einjährigen Urlaub ihm Gelegenheit zur Kräftigung seines Nervensystems zu geben. Dabei mußte aber auch sogleich die Frage aufgeworfen werden, wer während dieses Urlaubs die völlige Stellvertretung des Kanzlers übernehmen könnte. Weder fand sich hiefür sofort der rechte Mann, noch war eine solche Stellvertretung verfassungsmäßig zulässig. Um sie möglich zu

machen, hätte es eine neue Vorlage und die Durchsetzung derselben beim Bundesrath und Reichstag bedurft, wozu ebendamals die Frist zu kurz zugemessen war. So kam man denn auf das schon mehrmals angewandte Auskunftsmittel, daß der Reichskanzler einen mehrmonatlichen Urlaub erhielt, und zwar in der Weise, daß derselbe auch während seiner Beurlaubung jeden kaiserlichen Erlaß selbst kontrafignirte und trotz der Stellvertretung die volle Verantwortlichkeit und die oberste Leitung der Reichsangelegenheiten in den Händen behielt, so daß in dem Gesamtverhältniß des Kanzlers zu der parlamentarischen Vertretung keine juristisch anfechtbare Aenderung eintrat. Die laufenden Geschäfte hatte, während der Beurlaubung des Reichskanzlers, bezüglich der inneren Angelegenheiten des Reiches der Präsident des Reichskanzleramtes, v. Hofmann, bezüglich der äußeren Angelegenheiten der Staatsminister von Bülow als Stellvertreter zu besorgen. Als Vicepräsident des preußischen Ministeriums war der Finanzminister Camphausen ja schon seit dem Jahre 1873 aufgestellt.

Von diesen Veränderungen und davon, daß ihm der Zustand seiner Gesundheit nicht gestatte, sich an den bevorstehenden Beratungen des Reichstages zu betheiligen, machte der Reichskanzler in einem Schreiben vom 11. April dem Reichstags-Präsidenten Forckenbeck Mittheilung. Darauf richtete der Abgeordnete Hänel die Bitte an das Präsidium, daß ein Schreiben von so großer staatsrechtlicher Bedeutung auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gestellt werden möchte. Die Sitzung vom 13. April beschäftigte sich mit der Sache. Hänel nannte das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers ein europäisches Ereigniß, und sagte, daß jenes zu keiner unglücklicheren Stunde hätte kommen können, da der orientalische Krieg vor der Thüre stehe und auch unsere inneren Verhältnisse, namentlich die wirthschaftlichen, die starke Hand des Kanzlers bedürften. Es sei daher ein Zeichen hoher Regentenweisheit, daß das Abschiedsgesuch nicht angenommen und nach jedem Auskunftsmittel, welches einen Wechsel vermied, gegriffen worden sei. Aber eben diese Auskunftsmittel in diesen Kanzlerkrisen zeigten die völlige Unhaltbarkeit der Organisation der obersten Reichsregierung. Nichts habe mehr eine Verurtheilung dieses Organismus bieten können, als die Aufnahme, welche die verschiedenen Vorschläge, die Person des Reichskanzlers zu ersetzen, ge-

funden hätten. Es seien die höchsten Würdenträger darunter, jeder ausgezeichnet durch besondere Vorzüge. Und doch würde keiner im Stande gewesen sein, einigermaßen diesen großen Namen zu ersetzen. Eben dies dränge aber auch den Gedanken auf, daß wir uns der größten Gefahr aussetzten, wenn wir nicht bei Zeiten an die Schaffung eines Reichsministeriums dächten. Bennigsen glaubte, daß der Reichstag dem Reichskanzler nur dankbar dafür sein könne, daß er bei diesem Zustande seiner Gesundheit, bei den Schwierigkeiten, welche sein Amt mit sich bringe, doch sich habe bewegen lassen, sein Rücktrittsgesuch zurückzunehmen angesichts der äußeren und inneren Verwicklungen. Das deutsche Volk und seine Vertretung erinnern sich wohl in der jetzigen orientalischen Krisis, welche Stellung sich das Deutsche Reich, sein Kaiser und sein Kanzler, innerhalb weniger Jahre in der europäischen Politik verschafft habe. „Ist es nicht ein würdiges Urtheil gewesen, das wir in diesen Wochen gelesen, daß, wenn es irgendwie gelingen sollte, den ausbrechenden Kampf im Orient zu isoliren und ihn nicht zu einem allgemeinen europäischen Brande werden zu lassen, gerade die bewährte friedliche Politik Deutschlands, vor allem des deutschen Kanzlers, das Schwergewicht in die Waagschale legen müßte, und daß hier die Entscheidung gefunden werden muß, wenn überhaupt der Friede Europa's erhalten werden soll? Ist das nicht eine wunderbare Entwicklung und Fügung in den Zuständen Deutschlands, in der Stellung und dem Einfluß, welchen Deutschland sich erworben hat, daß, nachdem noch nicht ein Duzend Jahre hinter uns liegen, wo Deutschland in furchtbarer Anspannung aller Kräfte, in den gewaltigsten Anstrengungen und Leistungen militärischer Energie sich eine Stellung verschafft hat auf kriegerischem Wege gegen Oestreich, gegen Frankreich, daß nach kurzer Zeit eine Politik, die im ersten Augenblicke nach solchen Ereignissen und Erfolgen bei den anderen Kabinetten mehr Staunen und Furcht hervorrief, als irgend einen anderen Eindruck, daß es gelungen ist, nach solchen Ereignissen dem Auslande das Gefühl beizubringen, daß man es in dem neuen Deutschland nicht mit einer vorzugsweise militärischen oder kriegerischen Macht zu thun hat, sondern mit der Macht einer Nation, welche sich die Aufgabe gestellt hat, innerhalb der wiedergewonnenen alten Grenzen mit dem erstarkten Einflusse, der dem deutschen Volk zukommt, nun auf diesem Boden

friedlich das weiter zu gestalten, was ihm von der Natur und der Vorsehung bestimmt ist, und auch andere Mächte in ihrem Besitze und ihrer Entwicklung ungestört zu lassen? Wer hat im Jahre 1866, wer hat noch im Jahre 1871 erwarten können, daß nach wenigen Jahren die Stellung Deutschlands, sein Einfluß in Europa gerade in dieser Linie liegen würde? Daß dies geschehen ist, das ist das Verdienst des deutschen Kaisers und seines Kanzlers, und dafür, meiner Meinung nach, ist das Gefühl in Deutschland vor allem und auch im übrigen Europa so lebhaft, daß die Lücke, die durch das Ausscheiden des Kanzlers gerissen worden ist, nach allen Seiten als eine ereignißvolle empfunden worden ist.“ Gegenüber der Erklärung Hänel's, daß seine Partei anfangs die Absicht gehabt habe, eine auf die Schaffung von Reichsministerien hinzielende Resolution einzubringen, jedoch aus praktischen Gründen den Plan aufgegeben habe, bemerkte Bennigsen, daß auch die national-liberale Partei die Nothwendigkeit, diese Fragen ihrer endlichen Regelung entgegenzuführen, zugebe, daß sie aber nicht ohne, sondern nur mit dem Kanzler diese Fragen zu lösen vermöge. Solche Dinge könnten nicht aus der Initiative des Reichstags allein hervorgehen, sondern nur im vollen Einverständniß mit dem Kanzler. Im Bundesstaate, wo es sich besonders auch darum handle, wie das Verhältniß der neu zu ordnenden Reichsregierung zu den einzelnen deutschen Staaten, zu dem Bundesrath, zu gestalten sei, sei die Lösung dieser Frage schwieriger als im Einheitsstaate. „Ich zweifle nicht, daß Einrichtungen gefunden werden können, welche es gerade dem Reichskanzler erleichtern, sich denjenigen Aufgaben zu widmen, für welche er nun einmal von der Natur und der Geschichte durch das Vertrauen seines Monarchen und das Zutrauen des deutschen Volkes vor allen Dingen berufen ist, die Leitung der großen Politik Deutschlands, die Stellung Deutschlands zu den übrigen Mächten Europa's, die Abwendung oder Milderung von europäischen Krisen, daß er gerade in dieser seiner wesentlichen Aufgabe durch Aenderungen in den jetzigen Einrichtungen des Deutschen Reiches mehr Muße, mehr Freiheit, mehr Arbeitszeit gewinnen könnte, als ihm bisher verstattet war. Mit ihm zusammen wollen wir hoffen, können wir diese Fragen ordnen, wenn er von seinem Urlaub zurückkehrt.“ Zum Schluß wies Bennigsen darauf hin, daß die Besorgnisse der deutschen Re-

gierungen, es möchte der Einheitsstaat beabsichtigt sein, durch die Haltung des Kanzlers völlig beseitigt, das Mißtrauen in Vertrauen umgewandelt sei, und darauf, daß die Regelung des Reichsfinanzwesens das dringendste Bedürfnis sei, welches wohl dadurch, daß die verantwortliche Verwaltung der Reichsfinanzen und die der preussischen Finanzen in einer Person vereinigt würden, am besten befriedigt werden könne. Windthorst fand es bedenklich für das Deutsche Reich, wenn die Person des Reichskanzlers so gänzlich unentbehrlich sei, wie die beiden Vorredner andeuteten, und glaubte, daß die Kräfte der deutschen Fürsten und des Reichstags das Reich vor allen Gefahren zu schützen vermöchten. „Im übrigen ist mir Fürst Bismarck in dem Kulturkampfe lieber als die preussische Bureaucratie. Ich muß daher auch die Behauptung, daß über den Rücktritt des Fürsten Bismarck Freude im ultramontanen Lager herrsche, zurückweisen. Es kommt für mich nicht darauf an, wer geht, sondern, wer kommt.“ Kleist-Nezow hätte gewünscht, daß die Frage von der Einsetzung eines verantwortlichen Reichsministeriums bei dieser Gelegenheit nicht aufgeworfen worden wäre, zumal da ein solches nicht zu der Stellung des Bundesrathes und seiner Ausschüsse passe und die Schwierigkeiten, mit denen der Reichskanzler zu kämpfen habe, noch vermehre. Graf Bethusy-Huc, hauptsächlich auf den Standpunkt Bennigsen's sich stellend, sprach das Vertrauen aus, daß der Reichskanzler, dessen bisherige Politik nach allen Seiten energisch und thatkräftig gewesen sei, auch für die zukünftige Politik und Verwaltung des Reiches das Richtige werde vorgeschlagen haben.

Das Rücktrittsgesuch des Fürsten Bismarck wurde vielfach in Verbindung gebracht mit den Differenzen, welche jener mit dem General v. Stosch, dem Chef der Admiralität, gehabt hat. Diese Differenzen bestanden schon längst und hatten ihren Grund in einer Kompetenzstreitigkeit. Da die Indienststellung der Kriegsschiffe in Friedenszeiten nur im Interesse des diplomatischen Dienstes geschieht, so beanspruchte der Reichskanzler das Recht, allein alle für die Schiffsbefehlshaber nöthigen Befehle zu ertheilen, während Stosch als Chef der Marineverwaltung und andere höhere Militärs dies nicht für vereinbar mit dem militärischen Dienst hielten und es durchzusetzen wußten, daß die Kommandeure der Kriegsschiffe nur den Befehlen ihrer militärischen Vorgesetzten

zu folgen hatten. Dies konnte freilich dazu führen, daß die Politik des Reichskanzlers nicht immer streng befolgt wurde, eine Folge, welche während der spanischen Wirren wirklich eingetreten sein soll. Abfichtlich, hieß es, um einen Bruch herbeizuführen, habe Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 10. März diese Differenzen enthüllt. Er sagte damals: „nachdem er im vorigen Jahre einen Monate langen und mit vielem dialektischen Aufwand geführten Kampf gehabt habe, um die Marineverwaltung zur Herabsetzung ihrer Exigenzen zu bewegen, habe er freilich nicht erwarten können, daß die Autorität oder die Ueberredungsgabe des Abgeordneten Richter um so viel stärker als die seinige auf die Marineverwaltung wirken würde, daß bereits in der ersten Sitzung diese letztere Verwaltung einsah, daß sie mit einem noch geringeren Satz auskommen könnte, als dem von ihm schließlich bewilligten und im Anfang bestrittenen.“ Durch diese Aeußerung sich gekränkt fühlend, reichte Stosch seine Entlassung als Chef der Admiralität ein. Darauf übergab der Reichskanzler dem Kaiser eine Denkschrift über die betreffenden Vorgänge, und General Stosch, welchem dieselbe zur Gegenäußerung mitgetheilt wurde, reichte eine Rechtfertigungsschrift ein. Auf diese Schriftstücke hin stimmte der Kaiser, bezüglich des sachlichen Anlasses dieser Differenz, der Auffassung des Reichskanzlers bei und suchte den General Stosch, dessen Verdienste um die Marine allgemeine Anerkennung fanden, dadurch zu beruhigen, daß er auf Grund dieser Berichte seine Ueberzeugung dahin aussprach, der Reichskanzler habe in jener Reichstagsrede den General nicht verletzen wollen. Daher nahm der Kaiser das Entlassungsgesuch nicht an, und Stosch bestand nicht auf demselben. Damit war der letzte Zwist erledigt, die tieferen Gründe desselben nicht beseitigt, und so mochten diese Differenzen dazu beigetragen haben, den bereits vollen Becher zum Ueberlaufen zu bringen. Fürst Bismarck, welcher an seinem Geburtstage, am 1. April, von allen Seiten mündliche und schriftliche Glückwünsche und kostbare Geschenke erhalten hatte, reiste am 16. April auf seine Besitzungen nach Lauenburg ab. Der Reichstag wurde am 3. Mai geschlossen.

Der preussische Landtag war vor dem Beginn des Reichstags, schon am 12. Januar, eröffnet worden und tagte bis zum 3. März. Die von dem Kaiser gehaltene Thronrede erwähnte von Gesetzentwürfen nur die über den Staatshaushaltsetat und über die



Umänderung des Zeughauses in Berlin, welche letzterer schon den vorigen Landtag beschäftigt hatte. Das Herrenhaus wählte noch am gleichen Tage sein Präsidium. Zum Präsidenten wurde gewählt der Herzog von Ratibor, zum ersten Vicepräsidenten v. Bernuth, zum zweiten Oberbürgermeister Hasselbach. Das Abgeordnetenhaus wählte am 15. Januar zum Präsidenten v. Bennigsen, zum ersten Vicepräsidenten den fortschrittlichen Abgeordneten Klotz, zum zweiten den freikonservativen Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc. Nach der Uebersicht über die Finanzlage, welche Camphausen am 16. Januar gab, waren für das Jahr 1877—1878 die Einnahmen auf rund 651 Mill. M., die ordentlichen Ausgaben auf 631, die außerordentlichen Ausgaben auf 20 Mill. M. berechnet. Die Berathung des Stats nahm den größten Theil dieser siebenwöchigen Session in Anspruch. Daß der Kulturkampf nicht in Vergessenheit gerieth, dafür sorgten die Anträge des Centrums, welches theils die Berathung des Kultusetats dazu benützte, theils in selbständiger Weise vorgieng. Der Antrag Reichenspergers, welcher eine Aenderung des ministeriellen Erlasses vom 18. Februar 1876 über die Leitung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen verlangte, stand am 24. Januar auf der Tagesordnung. Nachdem Reichensperger seinen Antrag begründet und es als einen unbegreiflichen Irrthum bezeichnet hatte, den Religionsunterricht für Staatssache zu halten, die Leitung desselben den staatlichen, nicht den kirchlichen Behörden zu überlassen, ergriff Kultusminister Falk das Wort. Er vertheidigte den Erlass von 1876 und erklärte, daß der Religionsunterricht, wie jeder andere Unterricht, im Auftrag des Staates, nicht der Kirche, ertheilt werden müsse; daß die Geistlichen sowohl den Unterricht der hiezu aufgestellten Lehrer beaufsichtigen, als auch selbst denselben ertheilen dürften, sobald sie sich den Anordnungen des Staates fügten. Aber nur wenige machten von dieser Erlaubniß Gebrauch. Das Centrum führe den Frieden auf den Lippen und rufe draußen die Socialdemokraten zur Bundesgenossenschaft auf; es wolle nur in dem Falle Frieden, wenn es den Staat unter seine Füße gebracht habe; dazu aber biete er nicht die Hand. Nach längerer Debatte, an welcher sich Windthorst (Bielefeld), Schorlemer-Alst, Megidi und Wehrenpennig theilnahmen, wurde die von letzterem beantragte einfache Tagesordnung mit allen Stimmen gegen die des Centrums und

der altkonservativen Abgeordneten angenommen. Ein anderer Antrag Reichensperger's, wonach die Regierung aufgefordert wurde, diejenigen Pfarrdotalgüter, welche der Oberpräsident der Rheinprovinz, auf Grund des Sperrgesetzes, mit Beschlagnahme belegt hatte, der Kirche als der rechtmäßigen Eigenthümerin zurückzugeben, wurde, da die Regierung dieses Eigenthumsrecht bestritt, am 7. Februar an die Justizkommission verwiesen.

Die erste Berathung des Budgets erfolgte am 19. Januar. Die Debatten über den Dispositionsfonds von 93,000 M. für allgemeine politische Zwecke am 31. Januar und über den Fonds von 120,000 M. zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei am 9. Februar wurden sehr lebhaft geführt. Beide Exigenzen wurden gegen die Stimmen des Centrums, der Fortschrittspartei und der Polen genehmigt. Bei der Debatte vom 9. Februar wies Schorlemer-Mst die Aufforderung des Ministers Eulenburg, es sollten sämtliche Parteien geschlossen gegen die Socialdemokraten auftreten, zurück, beklagte sich über Absetzung von Beamten, sah bereits das letzte Band zwischen Regierung und Bevölkerung zerrissen und hatte den Eindruck, als stände er unter einer Fremdherrschaft. Der Abgeordnete Richter (Hagen) und der Minister Eulenburg stritten sich darum, ob die Socialdemokratie durch das Verwaltungssystem des Ministeriums gefördert werde, oder ob sie das Produkt falscher Parteibestrebungen, des Ultramontanismus und der Berliner Fortschrittspartei, sei. Miquel wollte mit der Bewilligung der Exigenz kein Vertrauensvotum geben, da kein Ministerium ohne einen solchen Fonds auskommen könne. Wehrenpfennig wandte sich vorzugsweise an die Ultramontanen, denen er vorwarf, daß sie die Gerichte, die Gesetze, den ganzen nationalen Staat auf eine Art schmähen, wie dies selbst die Socialdemokraten nicht thun. Windthorst (Meppen) nahm den Angriff auf. Er sprach von Gesetzen als von solchen, die formell das Ansehen der Gesetze haben, in der That aber nichts anderes seien, als Willkürmaßregeln, und zog sich dadurch einen Ordnungsruf zu. Die Behauptung, die Socialdemokratie sei aus dem Ultramontanismus entstanden, nannte er eine Kinderei; nur durch die Kirche könne jene überwunden werden; dabei dürfe aber nicht vergessen werden, daß das Programm der Socialdemokratie ein sehr großes Maß vollkommen berechtigter Ansprüche enthalte. Bei der

Berathung des Kultusetats wurden von den Ultramontanen die schon so oft geäußerten Behauptungen und Klagen wiederholt und viel von der gestörten Ruhe des Landes gesprochen. Minister Falk ersuchte die Gegner, sich mit ihren Klagen an ihre Bischöfe zu halten und, falls ihnen die Ruhe des Landes wirklich so sehr am Herzen liege, doch selbst einmal mit der Beruhigung der Bevölkerung anzufangen, statt dieselbe durch Wort und Schrift aufzureizen. In der Sitzung vom 27. Februar sprach Schorlemer-Mst von dem Terrorismus, welchen die Regierung gegen die Katholiken übe, von der Erbitterung des Volkes gegen die Regierung, ja von den dunklen Schatten, welche sich auf das Verhältniß zwischen Volk und Dynastie legten, und Dauzenberg rief aus: „Die Behörden haben alle Scham verloren.“ Sybel erwiderte ihnen: „Bei dem ganzen Kampf handelt es sich um die Frage, wer die Kompetenz des Staates festzustellen hat. Sie meinen, der Staat dürfe dies nicht allein thun, und Sie sträuben sich gegen die Gesetze, weil sie der Papst nicht anerkennt. Fühlen Sie denn nicht, welche Herabwürdigung Ihrer Nation in einem solchen Verhältniß liegt? Sie vindiciren einem auswärtigen Oberhaupte das Recht, in die preußische Gesetzgebung einzugreifen. Sie machen den preußischen König und den deutschen Kaiser zum Vasallen eines Fremden. Ehe diese Frage entschieden, ist an eine Versöhnung nicht zu denken. Das deutsche Volk weiß, von welcher Seite der erste Schritt zur Versöhnung gethan werden muß.“ In der Debatte vom 28. Februar sagte Lasker dem Centrum die Mitwirkung zur Revision der Maigesetze zu, sobald jenes seiner Partei die Ueberzeugung beibringe, daß durch diese Gesetze in das Gebiet des Religionsunterrichts und des Gewissens eingedrungen worden sei. Schorlemer-Mst wagte die Behauptung aufzustellen, daß seiner Partei aller Hader und jedes Gefühl der Abneigung gegen andere Konfessionen fern stehe. Virchow fand Lasker's heutiges Auftreten zu sentimental und hoffte alles von dem künftigen Unterrichtsgesetz. Für die vielfachen Quälereien, welche aus den Maigesetzen hervorgegangen seien, machte er nicht den Minister Falk verantwortlich, sondern jene Kategorie von Beamten, welche als „Streber“ schon aus der Konfliktzeit bekannt seien. Minister Falk verwahrte sich dagegen, daß es Pflicht der Regierung sei, mit Revisionsvorschlägen entgegenzukommen, zumal da die kleri-

kale Partei dieses Hauses bis heute an dem Standpunkt festgehalten habe, daß sie die Beseitigung des Ganzen verlange, aber keine Revision. „Wie würde denn ein solcher Schritt der Regierung aufgefaßt worden sein? Als Rückzug der Regierung, und dann würden ihre Gegner gesagt haben, jetzt wollen wir erst recht alle unsere Forderungen durchsetzen. Die Regierung aber wird sich durch solche nach Frieden schmeckende Reden, wie sie heute durch eine milde Stimmung hervorgerufen worden sind, nicht beeinflussen lassen, sie wird nicht eher dazu schreiten, das große Revisionswerk vorzunehmen, bis sie andere und in anderer Weise sich zeigende Beweise erhalten hat, daß mit Abschwächung einzelner Härten dem Kampfe für immer ein Ende gemacht werden kann.“

Der Gesetzentwurf über die „anderweitige Einrichtung des Zeughauses zu Berlin“ forderte für diesen Zweck die Summe von 4,330,000 M. Schon im vorigen Jahre war er eingebracht worden unter dem Titel „Verwandlung des Zeughauses zu Berlin in eine Ruhmeshalle für die preussische Armee“, und damals wurden 6 Mill. Mark gefordert. Sowohl die Errichtung einer Ruhmeshalle, als die Höhe der Summe hatten Anstoß erregt. Anders stand es jetzt. Die Motive wiesen darauf hin, daß der Wunsch wohl berechtigt sei, das Andenken an die Thaten der preussischen Armee bei den kommenden Geschlechtern wach zu erhalten und ihnen diese nicht bloß in den Geschichtsbüchern zu überliefern, sondern auch zur lebendigen Anschauung zu bringen durch Sammlung aller Gegenstände, welche auf die Entwicklung des brandenburgisch-preussischen Kriegswesens Bezug haben, und der Trophäen preussischen Kriegsrühms; die meisten Nationen Europa's hätten einen ähnlichen Gedanken bereits verwirklicht. Die geforderte Summe sollte aus dem preussischen Antheile an der französischen Kriegskostenentschädigung entnommen werden, dessen Rest gerade noch hiefür ausreichte. Dieser Antheil betrug 316,022,621 M., und davon waren für Eisenbahnzwecke verwendet oder bestimmt 218,004,437 M., zur Tilgung von Staatsschulden 78,559,437 M., zur Deckung anderer außerordentlicher Verpflichtungen des Staates und zu Nothstandsbeihilfen 14,845,000 M. Somit blieb, nachdem dieser Milliardenantheil so überwiegend zu produktiven und steuererleichternden Zwecken verwendet worden war, noch ein Rest von 4,614,013 M. verfügbar, welchen zur Errichtung eines Central-

museums deutscher Waffen zu verwenden das Königreich Preußen sich doch wohl erlauben durfte. Die erste Berathung des Gesetzentwurfs fand am 20. Januar, die letzte und die Annahme desselben am 8. Februar statt. Die Gegner verschanzten sich hinter allerhand Vorwänden. Der ehemalige Rundschauher Gerlach glaubte, es sei jetzt keine Zeit zum „Rühmen“, sondern zur Buße, namentlich zur Buße über die Annerionen; der klerikale Abgeordnete Biesenbach sprach von der schweren Noth der Zeit. Beiden erwiderte am 20. Januar Wehrenpfennig in einer Rede voll Patriotismus. Die Hannoveraner Brüel und Windthorst erklärten am 6. Februar, daß sie für die Vorlage nicht stimmen könnten, falls in die Sammlung auch solche Trophäen aufgenommen würden, welche der ehemaligen hannoverschen Armee im Jahre 1866 abgenommen worden seien. Daß dies der Fall sein werde, versicherte der Kriegsminister v. Kameke und begründete es. Der Abgeordnete Götting, gleichfalls Hannoveraner, wollte die hannoverschen Fahnen ohne Schmerz im Zeughaus sehen; denn die Geschichte des welfischen Hannover habe sich in einer Weise erfüllt, wie es nicht anders möglich und wie es verdient gewesen sei. Der Antrag des fortschrittlichen Abgeordneten Berger, den Bau zu vereinfachen und nur 2,900,000 M. zu bewilligen, wurde verworfen. Die verlangte Summe und zwar für das laufende Etatsjahr 1 Mill. M. wurde bewilligt. Am 8. Februar fand noch eine heftige Scene zwischen Götting und Windthorst statt. Auf die Aeußerung Windthorst's, daß Götting, hätte er in der altgermanischen Zeit gelebt, seine niederächsische Natur geradezu verleugnet und sich vor den römischen Triumphatoren gebeugt haben würde, erwiderte Götting, er werde sich, die preußische Herrschaft anerkennend, doch lieber vor einem deutschen, als, wie es die geistigen Epigonen der Rheinbündler noch thun oder thun möchten, vor einen französischen Siegeswagen spannen lassen. Windthorst nannte dies eine abscheuliche Denunciation und zeigte eine gewaltige Entrüstung. Das Herrenhaus nahm am 22. Februar den Gesetzentwurf mit allen gegen die eine Stimme Senft-Bilsachs an.

Der Gesetzentwurf über die Theilung der Provinz Preußen in die beiden Provinzen Ostpreußen und Westpreußen beruhte auf den dringenden Anträgen des Provinzialausschusses und hob in seinen Motiven folgende Hauptgründe hervor: den zu großen

räumlichen Umfang der Provinz (1178 Qu.-M.), deren Verwaltung noch durch die geographische Gestalt bei einer Küstenausdehnung von 65 Meilen erschwert werde; den damit in Zusammenhang stehenden Mangel eines gemeinschaftlichen Centralpunktes und die Thatsache, daß die Provinz in Wahrheit aus zwei gesonderten Verkehrsgebieten bestehe; den Bestand gewisser getrennter Verwaltungsinstitute beider Landestheile schon in jetziger Zeit; den Umstand, daß jede der beiden Hälften groß genug sei, um den Forderungen, die man an einen selbständigen Provinzialverband stellen müsse, zu genügen (Ostpreußen mit 706 Qu.-M. und 1,800,000 Einwohnern, Westpreußen mit 472 Qu.-M. und 1,300,000 Einwohnern). In der neuen Provinz Westpreußen sollten als staatliche Provinzialbehörden neu gebildet werden ein Oberpräsidium, ein Provinzialschulkollegium, ein Medicinalkollegium und ein Rentenbankdirektorium, und zwar sollten alle diese Behörden ihren Sitz in Danzig erhalten. Das Abgeordnetenhaus berieth den Gesetzentwurf am 16., 20., 23. Februar. Es fand sich wenig Opposition. Nur die Abgeordneten aus Ostpreußen ließen die westliche Hälfte nicht gern fahren, während die aus Westpreußen nach der Selbständigkeit sich sehnten. Der Minister Graf Eulenburg konstatarie, daß ganz Westpreußen, mit alleiniger Ausnahme von Danzig, absolut nicht mehr mit Ostpreußen zusammenbleiben wolle und sich stark genug fühle, für sich allein einen Verband zu bilden. Der Gesetzentwurf wurde am 23. Februar definitiv angenommen. Das Herrenhaus stimmte am 28. Februar bei, worauf der Reichsanzeiger das Gesetz am 10. April publicirte. Die Novelle zum Provinzialdotations-Gesetz, durch welche die Provinzen die Erlaubniß erhalten sollten, die ihnen zum Straßenbau überwiesenen Fonds auch zum Bau von Sekundär-Eisenbahnen zu verwenden, wurde am 19. Februar mit 177 gegen 150 Stimmen abgelehnt und auf den Antrag Windthorst's (Bielefeld) die Aufforderung an die Regierung beschloffen, den Gesetzentwurf zur Begutachtung an die Provinziallandtage zu überweisen. Die Berathung des Gesetzentwurfes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst wurde im Herrenhaus am 7. Februar begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Der bei der Berathung des Stats der Eisenbahnverwaltung gestellte Antrag Hammacher's, die im Jahre 1874 eingeführten Güter-Tariferhöhungen im ganzen Um-

fange aufzuheben und die den Privatbahnen ertheilte Ermächtigung zurückzuziehen, wurde am 10. Februar an die Budgetkommission verwiesen. Diese und andere Tarif-Fragen wurden in der am 12. und 13. Februar in Berlin tagenden Tarifreform-Konferenz erörtert, in welcher es sich hauptsächlich darum handelte, einen Hauptübelstand des Eisenbahnwesens, das Mehrerlei der Tarife, zu beseitigen und sich über einen Entwurf zu einigen, nach welchem alle Güter in die drei Kategorien: Eilgut, Stückgut, Wagenladungen, eingetheilt werden sollten. Der Antrag des dänischen Abgeordneten Lassen auf baldigste Ausführung des Artikels V. des Prager Friedensvertrages wurde am 26. Februar mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Im Herrenhaus erregte die am 5. Februar von dem Grafen Schulenburg-Beekendorf gestellte Interpellation Aufmerksamkeit. Derselbe fragte an, welche Schritte die Regierung zu thun beabsichtige, um dem Antrage des hannoverschen Provinziallandtages wegen Aufhebung der über das Vermögen des Königs Georg verhängten Sequestration Folge zu geben. Dem für die Sache des entthronten Königs eintretenden Antragsteller erwiderte der Regierungskommissär Geh. Regierungsrath Tiedemann, es lägen verschiedene Kundgebungen vor, welchen die Tendenz zu Grunde liege, Hannover als selbständigen Bundesstaat unter der Herrschaft der Welfen herzustellen. Die Regierung habe zugleich mit der Bewilligung der Dotation für König Georg die Hoffnung ausgesprochen, daß die Dotation nicht zu Machinationen gegen Preußen führe. Darin habe sich dieselbe einmal getäuscht und wolle nun keine zweite Täuschung erfahren. Sie wünsche gleich dem hannoverschen Landtage die Herstellung des Friedens und werde, wenn König Georg die Hand entgegenreiche, dieselbe ergreifen, sobald die nöthigen Bürgschaften für Einhaltung der Versprechungen gegeben würden. So lange aber die Welfenpartei fortwährend Krieg gegen Preußen schüre und durch Heßartikel Haß gegen diese Macht anzufachen suche, so lange werde die Regierung die in ihre Hand gelegte Macht nicht fahren lassen. Zugleich konstatarie der Regierungskommissär, daß durch den Beschluß des Provinziallandtags die welfische Agitation neues Leben erhalten habe, was namentlich bei den Reichstagswahlen an den Tag getreten sei.

Von allgemeinem Interesse war noch der Gesetzentwurf in Betreff der Uebernahme der Zinsgarantie des Staates für eine

Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft bis zur Höhe von 22,900,000 M. Dem mit der Gesellschaft geschlossenen Vertrage gemäß sollte der Betrieb dieser Bahn vier Wochen nach der Perfektwerdung desselben für ewige Zeiten in die Hände des preussischen Staates übergehen. Daß die sächsische Regierung zu diesem Vertrag, welcher die preussische Lokomotive „bis in das Herz Sachsens“ hineinführte, wie Camphausen sagte, nicht gut sah, ist begreiflich. Sie hatte im vorigen Jahre einen finanziell nicht sehr rentablen Anlauf genommen, die sächsischen Privatbahnen in ihre Hände zu bekommen, um dem gefürchteten Reichseisenbahnprojekt gegenüber als souveräne Eigenthümerin dazustehen, und nun sollte gerade die politisch wichtigste Linie ihr entgehen und Preußens Flagge vor den Thoren von Dresden sich entfalten. Die preussische Regierung wandte sich an die sächsische mit der Anfrage, ob letztere ihre Zustimmung zu dem mit der Berlin-Dresdener Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag ertheile. Die sächsische Regierung gab eine verneinende Antwort, erklärte sich dagegen bereit, die ihr inzwischen von der Gesellschaft angebotene, auf sächsischem Gebiete gelegene Strecke der Bahn für den sächsischen Staat zu erwerben und mit der preussischen Regierung in Verhandlungen einzutreten, durch welche die Zustimmung der letzteren zu dieser Abtretung herbeigeführt werden solle. Diesen Vorschlag lehnte die preussische Regierung ab, machte noch einmal einen Versuch, die Zustimmung der sächsischen Regierung für den Vertrag zu gewinnen, und beschloß, als auch dieser fehlgeschlug, die Entscheidung des Reiches anzurufen. Von Seiten des Reichskanzlers gieng daher dem Bundesrath der Antrag Preußens zu, „der Bundesrath wolle die zwischen beiden Staaten bestehende Streitigkeit auf Grund des Artikels 76 der Reichsverfassung dadurch zur Erledigung bringen, daß die Verpflichtung der sächsischen Regierung festgestellt wird, zu dem von der preussischen Regierung mit der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft am 5. Februar 1877 vereinbarten Vertrage mit der Maßgabe ihre Zustimmung zu ertheilen, daß die ihr nach dem Staatsvertrage vom 6. Juli 1872 zustehenden Rechte nicht geschmälert werden.“ Den Wortlaut eben dieses Vertrages von 1872 legte jede der beiden Regierungen zu ihren Gunsten aus, und sie kamen auf diese Weise zu keiner Vereinbarung. Das preussische Abgeordnetenhaus berieth den vor-



gelegten Gesetzentwurf am 12., 26. und 28. Februar. Der Handelsminister Achenbach betonte die Verstärkung des staatlichen Einflusses auf das Eisenbahnwesen, wozu dieser Vertrag Gelegenheit biete. Camphausen hob die politische Wichtigkeit der Sache hervor und fügte die Erklärung bei, daß die Regierung sich darauf beschränke, die in Bedrängniß gerathene Bahn zu unterstützen und den Betrieb derselben im gemeinschaftlichen Interesse zu führen. Die Budgetkommission, an welche der Entwurf nach der ersten Berathung verwiesen wurde, lehnte am 17. Februar denselben mit 10 gegen 7 Stimmen ab. Bei der zweiten Berathung sprachen die Abgeordneten Berger und Birchow gegen den Entwurf, letzterer besonders schneidig, da er in dem Vorgehen Preußens nur einen Schritt zur Ausführung des von ihm bekämpften Reichseisenbahnprojekts erblickte und es für fehlerhaft hielt, Politik und Wirthschaft fortwährend zu vermengen. Achenbach entgegnete, Politik spiele bei diesem Vertrage keine Rolle, am wenigsten irgend eine Feindschaft gegen Sachsen; Preußen werde sich dem Spruche des Bundesraths unterwerfen. Mit einer Mehrheit von nur 7 Stimmen und bei der Schlußberathung am 28. Februar mit einer Mehrheit von 21 Stimmen (186 gegen 165) wurde der Gesetzentwurf angenommen. Das Herrenhaus genehmigte den Entwurf am 2. März mit 62 gegen 25 Stimmen. Inzwischen hatte der Justizauschuß des Bundesrathes sich mit der Streitfrage beschäftigt. Sein Antrag war, dieselbe an das Oberappellationsgericht in Lübeck zur Entscheidung zu verweisen. Der Bundesrath nahm diesen Antrag am 16. März an. Das Lübecker Oberappellationsgericht entschied in seinem Schiedsspruch vom 28. Juni, daß die sächsische Regierung verpflichtet sei, zu dem von der preussischen Regierung mit der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft vereinbarten Vertrage ihre Zustimmung zu ertheilen, daß aber Preußen den in Sachsen liegenden Theil der Bahn ohne Genehmigung der sächsischen Regierung nicht auf das Reich übertragen dürfe. Darauf erklärte die sächsische Regierung am 23. Juli, daß sie „dem ergangenen Schiedsspruche nachkomme“ und die verlangte Zustimmung ertheile.

Der Landtag wurde am 3. März geschlossen und die neue Session am 21. Oktober eröffnet. Camphausen verlas die Thronrede. Außer dem Budget wurden Gesetzentwürfe über eine Ab-

änderung der Städteordnung in den fünf östlichen Provinzen (außer Posen), über die Regelung der Aufbringung der Gemeindeabgaben, über die Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und über die Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst vorgelegt. Am 22. Oktober wurde auf Windthorst's Vorschlag vom Abgeordnetenhaus der Gesamtvorstand (Bennigsen, Klotz, Bethusy-Suc) durch Zuzuf, im Herrenhaus gleichfalls das frühere Präsidium (Ratibor, Bernuth, Hasselbach), jedoch durch Abstimmung, wiedergewählt. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Oktober lief ein Schreiben des Vicepräsidenten des Staatsministeriums vom 22. ein, worin das Haus benachrichtigt wurde, daß der König durch Ordre vom 15. Oktober dem Staatsminister Grafen zu Eulenburg, unter Ablehnung des von ihm wegen seines leidenden Gesundheitszustandes eingereichten Entlassungsgesuches, einen Urlaub auf die Dauer von 6 Monaten ertheilt und dem Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Staatsminister Dr. Friedenthal, die Stellvertretung interimistisch übertragen habe. Hänel beantragte, dieses Schreiben auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen. Windthorst fragte, ob Fürst Bismarck bloß als Reichskanzler, oder auch als Ministerpräsident Urlaub habe, sprach von einer neuen Aera der Sitzungen und fragte, ob dem Präsidium hierüber Mittheilung zugegangen sei. Auf die verneinende Antwort erklärte Richter, daß, falls noch ein Schreiben eingehen sollte, wie es die Schicklichkeit gebiete, dieses gleichfalls auf die Tagesordnung zu setzen sei. Windthorst wollte die Debatte über die beiden Schreiben auf zwei Tage vertheilt sehen, damit man am zweiten Tage nachholen könnte, was man am ersten vergessen habe. Darauf lief ein vom 25. Oktober datirtes Schreiben des Ministers Camphausen ein, das am 26. im Abgeordnetenhause verlesen wurde: „In Rücksicht auf die Stellung des Präsidenten des Staatsministeriums und auf frühere Vorgänge unterblieb eine besondere Benachrichtigung der beiden Häuser des Landtags von der Beurlaubung des Ministerpräsidenten. Indes nehme ich gern Anlaß mitzutheilen, daß Se. Maj. der König mittelst allerhöchsten Erlasses vom 8. April 1877 den Ministerpräsidenten beurlaubt und zugleich ausgesprochen hat, daß die Vertretung im Vorfige des Staatsministeriums dem Vicepräsidenten des letzteren selbstverständlich zufällt.“ Beide Schreiben zusammen

bildeten den Gegenstand der Debatte am 26. und 27. Oktober. Man durfte sich auf eine hübsche Dosis von Expektorationen gefaßt machen.

Das Entlassungsgesuch des Grafen Eulenburg wurde in Verbindung gebracht mit einem Ministerrath, in welchem Bismarck präsidirte und die dem Landtag zu machenden Vorlagen einer Erörterung unterzog. Graf Eulenburg habe die von ihm begonnene Verwaltungsreform vervollständigen und auch auf die westlichen Provinzen ausdehnen wollen; Fürst Bismarck habe für beides, für Vervollständigung und Ausdehnung, ein langsameres Tempo und mehr gouvernementale Vorsicht gewünscht, um nicht durch eine Städteordnung, die allenfalls den Censur für die städtischen Wahlen herabsetze, die großen Städte der Demokratie oder dem Klerikalismus zu überliefern. Hörte man doch selbst von liberalen Männern wie Fockebeck die Aeußerung: „Wenn sonst die Gesetzgebung dem Drängen des Volkes zu sehr nachhinkte, so ist sie jetzt vielleicht demselben zu sehr vorausgeeilt; man muß dem Volke Zeit gönnen, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben.“ Dieser Ansicht war auch Fürst Bismarck, und wenn Graf Eulenburg sie nicht vor dem Landtage vertreten wollte, so hieng dies mit seinem früheren Auftreten bei den Debatten über die Verwaltungsreform zusammen. Authentisches ist übrigens über die Vorgänge, die zu dem Rücktrittsgesuch führten, nichts mitgetheilt. Daß der Kaiser einen Minister, der seit 1863 alle Stadien des Bismarck'schen Kampfsministeriums mitgemacht hat, lieber beurlaubte als entließ, lag in der Natur der Sache und in dem Charakter des Monarchen. Mit der Beurlaubung war aber auch eine Stellvertretung nothwendig, und sie konnte keinem tüchtigeren Mann als dem Minister Friedenthal anvertraut werden. Die Entscheidung konnte weder formell noch materiell angefochten werden. Aehnlich stand es mit der Beurlaubung des Fürsten Bismarck, dessen Stellvertretung im preussischen Staatsdienste durch die Ernennung Camphausens zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums seit dem Jahre 1873 geregelt war, wovon damals dem Abgeordnetenhaufe Mittheilung gemacht worden ist. Andererseits mußte man freilich zugeben, daß es den Vertretern eines großen Staates nicht gleichgiltig sein konnte, ob sie eine ganze Landtagssession hindurch mit den Stellvertretern oder mit den wirklichen Inhabern solcher wichtiger Minister-

posten zu verkehren hatten, zumal da sich für die liberalen Parteien an diese Vorgänge die Befürchtung knüpfte, die Aera der Verwaltungsreformen möchte auf lange Zeit hinein geschlossen sein. Allein dies waren bloße Vermuthungen. Zwischen einem gemäßigteren Tempo und einer Sistirung ist ein Unterschied. Das Centrum und die Fortschrittspartei bedachten dies nicht und ließen ihrem Aerger freien Lauf. Die Fortschrittspartei stellte für die Debatte vom 26. und 27. Oktober folgenden Antrag: „In Erwägung daß die in der Thronrede verkündete Beschränkung der Reform der Verwaltungseinrichtungen auf eine Novelle zur Städteordnung der fünf östlichen Provinzen, gegenüber den früheren Vorlagen der Staatsregierung, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und der Zusage des Ministeriums des Innern, eine Wandlung in der inneren Politik der Staatsregierung darstellt, und daß gleichzeitig hiemit, unter fortdauernder Beurlaubung des Ministerpräsidenten, der für die innere Verwaltung zunächst verantwortliche Minister für die voraus sichtliche Dauer der Landtags session beurlaubt und nur eine Stellvertretung desselben angeordnet ist, erklärt das Haus der Abgeordneten, daß hiedurch die als nothwendig erkannte Fortentwicklung der Gesetzgebung geschädigt und die konstitutionelle Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Landtage beeinträchtigt wird.“ Das Centrum dagegen stellte den Antrag: „Die Staatsregierung aufzufordern, beiden Häusern des Landtags baldigst eine Gesetzesvorlage über eine feste Organisation des Staatsministeriums und über die Verantwortlichkeit der Staatsminister zu machen.“ Der zweite Antrag war ziemlich unschuldiger Natur, während der erste an die Adresse des Fürsten Bismarck schwere Vorwürfe richtete. Wurde dieser Antrag angenommen, so stand man vor weiteren Entlassungsgesuchen oder auch vor einer Kammerauflösung. Dies hatte die nationalliberale Partei zu bedenken, bevor sie, dem liberalen Lockruf folgend, sich in ein antinationales Fahrwasser hineinziehen ließ. Sie hielt zwar an ihren Voraussetzungen von der Vervollständigung und Ausdehnung der Verwaltungsreformen fest, weigerte sich aber nicht, eine Vertheilung der darauf bezüglichen Gesetzgebung auf mehrere Sessionen des Landtags zuzulassen, und hielt zugleich fest an ihrem Vertrauen zu dem Ministerium, daß die zur planmäßigen und ununterbrochenen Fortführung der Verwaltungsreform nothwendigen Ge-

seze vorbereitet und dem Landtage vorgelegt würden. Indem die Partei diese Stellung einnahm, war das Schicksal der beiden Anträge bereits entschieden.

In der Sitzung vom 26. Oktober erklärte Minister Friedenthal, daß er für das Ministerium des Innern die volle juristische und moralische Verantwortlichkeit trage, daß die Reformen in dem Sinn und Geist, womit sie begonnen, durchgeführt würden, daß aber die Regierung auch die Verpflichtung habe, für diese legislative Aktion bestimmte Grenzen zu ziehen. Ohne Ueberstürzung, aber auch ohne Raft werde sie die Angelegenheiten der Verwaltungsreform fördern. Virchow konnte sein Mißtrauen nicht bewältigen, denn Friedenthal sei als Stellvertreter gar nicht im Stande, die Reform weiter zu führen, da Graf Eulenburg, falls er das Amt wieder übernehme, nicht genöthigt wäre, dessen Arbeiten zu approbiren. Camphausen sprach von den Verdiensten Bismarcks und gab die Versicherung, daß er selbst nicht eine Stunde lang in einem Cabinet bliebe, das den Beschluß faßte, die Verwaltungsreform vollständig zu sistiren. Wenn aber der Landtag der Ansicht sei, daß die Minister der Leitung der Geschäfte nicht gewachsen seien, so möge er das nur zu erkennen geben; sie würden sich dann nach Kräften bemühen, andere Männer an ihre Stelle zu bringen. Graf Bethusy-Huc sprach das volle Vertrauen zum Ministerium und zu der stellvertretenden Thätigkeit Friedenthals aus. Hänel dagegen sagte, man befinde sich vor diesem Ministerium nicht wie vor vertrauenerweckenden Männern; das Ministerium sei dem Ministerpräsidenten gegenüber zu schwach. So gehe es nicht weiter. Es sei die Zeit gekommen, wo es ausgesprochen werden müsse, daß es nicht mehr gehe, fortwährend Gesetze zu machen auf liberaler Basis, die in der Mitte unvollendet blieben; es gehe in diesem preussischen Staate nicht mehr ohne persönliche Garantie, und wenn die Minister diese persönliche Garantie nicht zu bieten vermöchten, dann bleibe nichts anderes übrig, als dem gegenwärtigen Staatsministerium ein rundes und volles Mißtrauensvotum auszusprechen. Manteuffel tadelte es, daß die Fortschrittspartei, ohne die Vorgänge im Staatsministerium genau zu kennen, Anträge dieser Art stelle.

In der Sitzung vom 27. Oktober wurde die Debatte, welche vier Stunden gedauert hatte, fortgesetzt. Windthorst richtete

seine Polemik vorzugsweise gegen den Fürsten Bismarck, sah im Staatsministerium bereits volle Anarchie und behauptete, daß die Minister nichts anderes seien als einfache Commis des Fürsten Bismarck. Der nationalliberalen Partei warf er Charakterschwäche vor; die Konservativen nannte er einfache Gefolgschaften des jeweiligen Ministeriums. Camphausen erwiderte ihm: „Wenn Windthorst in der liebenswürdigsten Weise versichert hat, daß die Minister die Rolle von bloßen Commis spielen, so möchte ich doch die Frage aufwerfen, wie es eigentlich kommt, daß in den dem Vorredner nahestehenden und in schutzöllnerischen Blättern so großer Werth gelegt wird, einmal den Commis, den Minister Falk, zu beseitigen, ein andermal den anderen Commis, das bin ich. Ich glaube nicht, daß die Würde des Hauses und der Regierung gewinnen kann durch Betrachtungen, wie sie ein ehemaliger Minister heute hier angestellt hat. Lascker hatte die Aufgabe, die Stellung der nationalliberalen Partei zu der vorliegenden Frage klarzulegen. Er befürchtete nicht einen Stillstand der begonnenen Verwaltungsreform, hielt den Grafen Eulenburg nicht für die geeignete Persönlichkeit, um die begonnene Reorganisation mit Energie zum endgiltigen Abschluß zu führen, begrüßte mit Freuden die entschiedenen Erklärungen der beiden Minister und konnte nicht einsehen, was das vom Centrum beantragte Ministerverantwortlichkeitsgesetz mit dieser Beurlaubungsfrage zu schaffen habe. Richter vertheidigte den Antrag der Fortschrittspartei. Löwe erklärte beide Anträge für unzumuthig und mahnte zum Frieden zwischen der nationalliberalen und der Fortschrittspartei. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag der Fortschrittspartei mit allen Stimmen gegen die der Fortschrittler und der Polen, der Antrag des Centrums mit 217 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Auffallend bei dieser Abstimmung war die Thatsache, daß die Fortschrittspartei wohl das Centrum, nicht dieses jene unterstützte. Ein weiterer Antrag des Centrums, der am 31. October debattirt wurde, verlangte die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots, angeblich im Interesse der Landwirthschaft. Kriegsminister Kameke wies mit Zahlen die Nothwendigkeit der Maßregel nach, worauf der Antrag verworfen wurde. Der Antrag des klerikalen Abgeordneten Kaufmann, daß die Verwaltungsreformen auf die Rheinlande und Westfalen ausgedehnt werden

solten, wurde, wie schon zweimal in früheren Sessionen, so auch in dieser am 7. November fast einstimmig angenommen, hatte aber nicht mehr Aussicht auf Berücksichtigung seitens der Regierung. Der Zusatzantrag Manteuffels, daß gleichzeitig die Kreis- und Provinzialordnung in den östlichen Provinzen revidirt und den eigenthümlichen Verhältnissen aller einzelnen Provinzen Rechnung getragen werden solle, wurde abgelehnt. Die Novelle zur Städteordnung und das Communalsteuergesetz standen auf der Tagesordnung des 4. Decembers. Minister Friedenthal stellte sein Verhältniß zu beiden Entwürfen klar und gab eine Uebersicht über die Verwaltungsreformpläne der Regierung, wodurch die Kammer, auch die Fortschrittspartei, wesentlich beruhigt wurde. Die Novelle zur Städteordnung jedoch wurde von Lascker und Hänel für unannehmbar erklärt; sie wurde zwar an eine Kommission verwiesen, kam aber aus diesem „Familienbegräbniß“ nicht mehr heraus. Das Communalsteuergesetz, von Gneist vertheidigt, wurde gleichfalls an eine Kommission verwiesen.

Die Berathung des Budgets, am 31. Oktober begonnen, führte zu verschiedenen, erwarteten und unerwarteten, Angriffen auf die Regierung. Bei der Generaldebatte wurde die Frage erörtert, ob nicht im Reiche an den Ausgaben für militärische Zwecke gespart werden könnte. Virchow glaubte diese Frage bejahen zu können und sagte: „Wir sind nicht blind gegen die Gefahren, welche die Verhältnisse des Auslandes darbieten; aber wir können nicht glauben, daß Deutschland auf die Dauer sich gedeichtlich entwickeln könne, wenn die militärischen Anforderungen nicht bloß permanent stehen bleiben, sondern von Jahr zu Jahr wachsen in demselben Maße, wie irgend einem unserer Nachbarn etwa gefällt, diese oder jene Waffengattung bei sich stärker zu entwickeln. Es mag ja sein, daß im Augenblicke die Artillerie in Frankreich ungewöhnlich gut entwickelt ist; aber daß wir unsere Artillerie deshalb auch sofort in derselben Weise entwickeln müßten, das halte ich nicht für ebenso nothwendig. Wäre es aber nothwendig, so könnte ich darauf aufmerksam machen, daß in Frankreich die Kavallerie sehr schlecht entwickelt ist, und ich würde vorschlagen, machen wir doch einmal ein paar Kürassierregimenter weniger!“ Die Berathung der Regierungserizienz für „Geheime Ausgaben“ eröffnete Windthorst am 9. November mit der Erklärung, daß

er solche Mittel nicht bewilligen könne, so lange der Regierung noch die Fonds aus dem Vermögen der depofedirten Fürsten zur Verfügung ständen. Das Verfahren der Regierung bei der Verwaltung dieser Fonds könne vielleicht einer strafrechtlichen Behandlung werth sein; moralisch stehe es auf dieser Stufe. Richter fragte sofort, ob die Regierung nicht allgemeine Mittheilungen über den Stand des Welfenfonds machen wolle. Minister Friedenthal lehnte die Beantwortung der Frage an dieser Stelle ab und verwies Richter auf den Weg der Interpellation. Lasker erklärte, daß es jedem Staatsmann eines konstitutionellen Landes unverständlich sein würde, wie man einen geheimen Fonds für polizeiliche Zwecke verweigern könne, wenn man nicht geradezu die Absicht habe, die Regierung zu stürzen. Die Ergänz. wurde mit allen Stimmen gegen die des Centrums und der Fortschrittspartei bewilligt.

Die Interpellation über die Verwendung des Welfenfonds knüpfte sich an diese Debatte. Am 21. November stellte Richter die Frage an die Staatsregierung: „Wie viele Millionen Mark sind aus den Einkünften des mit Beschlag belegten Vermögens des Königs Georg in der Zeit vom Jahre 1871 bis heute verausgabt worden unter dem Titel von Kosten für Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten? Sind für Ausgaben unter solchem Titel den einzelnen Ministerien, insbesondere auch dem landwirthschaftlichen Ministerium, Dispositionsfonds überwiesen worden?“ Bei der Begründung der Interpellation sagte Richter, das Haus möchte sich die moralische Ueberzeugung verschaffen, daß der Fonds nur in gesetzmäßiger Weise verwandt worden sei und verwandt werde. Darauf verlas Unterstaatssekretär Homeyer (die Minister waren nicht anwesend) eine vom Staatsministerium beschlossene Antwort, worin darauf hingewiesen war, daß eine Verpflichtung zur Rechnungsablegung über die Verwendung der in Beschlag genommenen Revenuen des Königs Georg an den Landtag für die Staatsregierung nicht bestehe, da die Einnahmen und Ausgaben nicht für Rechnung der Staatskasse, sondern für Rechnung des genannten Fürsten erfolgten, wie dies in der Verordnung vom 2. März 1868, in dem Ministerialschreiben vom 10. December 1869 und bei der Budgetberathung von 1874



ausgedrückt und vom Landtag genehmigt worden sei; die Staatsregierung finde sich daher nicht in der Lage, auf die in der Interpellation geforderten Nachweisungen einzugehen. Auf den Antrag Hänel's folgte eine Besprechung der Interpellation. Hänel fand die Antwort ausweichend, da ja nicht Rechnungsablegung, sondern Auskunft über gesetzmäßige Verwendung gefordert worden sei. So etwas sei selbst in den Zeiten des Konflikts nicht vorgekommen. Es sei nicht Altweibergewäsch, sondern durch glaubwürdige Berichte erhärtet, daß man aus diesem Fonds Kasernen und Deichanlagen baue und den einzelnen Ministerien Dispositionsfonds zuweise. Und gegenüber solchen Anschuldigungen glaube die Regierung schweigen zu dürfen. Darauf beantragte Virchow, auf Grund des Artikels 60 der Verfassung die Anwesenheit der Minister zu verlangen und die Fortsetzung der Debatte zu vertagen. Präsident Bennigsen hielt diesen Antrag für unzulässig, da es in Artikel 34 der Geschäftsordnung heiße, die Stellung eines Antrages bei der Besprechung von Interpellationen sei unzulässig, es bleibe aber jedem Mitgliede überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen. Nach einer längeren, ziemlich gereizten Debatte über die Geschäftsordnungsfrage wurde der Antrag Virchow's mit 200 gegen 151 Stimmen als formell unzulässig abgelehnt. Darauf brachte Virchow den Antrag ein, daß dem Artikel 34 der Geschäftsordnung noch der Zusatz beizufügen sei, Anträge im Sinne des Art. 60 der Verfassung, worin die Anwesenheit der Minister gefordert wird, seien jederzeit zulässig, und Richter verwandelte seine Interpellation in einen die gleichen Worte enthaltenden Antrag. Beide Anträge standen auf der Tagesordnung vom 5. December. Virchow's Antrag wurde angenommen. Richter suchte seinen Antrag mit allerhand Gerüchten über die Verwendung des Welfenfonds zu begründen, von dem er angab, daß er zum Kampf und zur Bestechung der Presse und des Telegraphenbüreaus und zu Agitationen, welche den Zweck hätten, die Privateisenbahnen um billigen Preis in den Besitz des Staates zu bringen, verwendet werde. Camphausen erwiderte, daß Richter ihm heute viele Neuigkeiten mitgetheilt habe, erklärte, daß er selbst niemals auch nur eine halbe Mark für geheime Zwecke verwendet habe, daß die in der preussischen Generalstaatskasse wohlverwahrten Gelder dem Fürsten Bismarck, welcher der Sage

nach ihre Substanz angegriffen habe, niemals zu Gesicht gekommen seien, und daß von einer Rechnungsablegung, welche vom Gesetz nicht gefordert werde, keine Rede sein könne. So lange aber die Organe der welfischen Partei fortfahren, Haß gegen Preußen zu erregen, müsse die Staatsregierung sich weigern, die Waffen, welche ein gnädiges Geschick ihr in die Hand gegeben, an ihre Feinde auszuliefern. Der Handelsminister Achenbach erklärte die Gerüchte, daß Gelder aus dem Welfenfonds zu Agitationen für den Ankauf von Privatbahnen durch den Staat verwendet worden seien, für durchaus falsch. Bei der am 6. December fortgesetzten Berathung sagte Schorlemer-Mst, es handle sich weit weniger darum, ob auch nur eine einzige Obligation fehle, als um die Verwendung der Coupons, und hierüber gebe die Regierung keine Auskunft. Er bezichtigte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung,“ daß sie vom Reptilienfonds sich unterstützen lasse, worauf letztere ihm alsbald die nöthige Antwort gab. Lasker fand es auffallend, wenn Richter hier unerwiesene Beschuldigungen vorbringe und dadurch beitrage, die Interessen und die Ehre des Landes zu schädigen. Camphausen gab näheren Aufschluß über die Höhe des verzinslich angelegten Fonds und sagte, er wünsche dringend, den Tag herannahen zu sehen, wo der Kampf gegen die römische Hierarchie ein Ende nehmen könne, und nicht minder wünsche er, daß die damit im engsten Zusammenhang stehende welfische Agitation auch ein Ende nehmen möge. Richter's Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die der Fortschrittspartei, des Centrums (mit Ausnahme Windthorst's) und der Polen abgelehnt.

Bei der Berathung über den Kultusetat brachte am 22. November Reichensperger die bekannten Klagen gegen die Regierung vor und forderte den Minister Falk auf, den König zu bitten, ihm einen Nachfolger zu geben, der im Stande wäre, die Härte der Maigesetze zu beseitigen. Der Abgeordnete Petri (Altkatholik) bezeichnete es als den Grundirrtum der Klerikalen, den Staat als den Diener und Exekutor der römischen Kirche anzusehen und immer so zu thun, als ob sie im Namen aller deutschen Katholiken sprächen. „Unser Kampf, den die Regierung und wir gegen Sie kämpfen, der gilt nicht dem katholischen Volke, der gilt der römischen Kurie, der gilt dem vaterlandslosen hierarchischen System der römischen Kurie. In welchem Augenblick machen Sie uns die

Zumuthung, diesem System freie Bahn zu machen? Sie thun es in dem Augenblick, wo eine große und gebildete Nation durch dieses System vor den entsetzlichen aller Kriege, vor den Bürgerkrieg gestellt worden ist. Wollen Sie es leugnen, daß der 16. Mai, der Frankreich bis in die Grundfesten erschüttert hat, das Werk des Vatikans ist? Wollen Sie leugnen, daß die französischen Bischöfe den Segen des Himmels auf die letzten Wahlen herabgerufen haben, obgleich noch niemals, so lange gewählt worden ist, eine solche Summe von Gesetzesübertretungen, von Unterdrückungen, von List und Betrug stattgefunden hat wie bei diesen Wahlen? Wann hat jemals Rom stillgestanden vor Gesetz und Verfassung, wenn es sich um seinen Vortheil handelte? An jenem fürchterlichen zweiten December war in den Straßen von Paris das Bürgerblut, in welchem der meineidige Mann von Ham seine französische Verfassung erstickt hatte, noch nicht trocken geworden, da standen schon die französischen Prälaten in seinem Vorzimmer, um dem neuen Tyrannen seine Aufwartung zu machen und in Notre Dame ein Te Deum zu veranstalten. Der Kampf ist uns aufgedrängt. Wir sind uns vollständig bewußt, daß wir ihn zu Ende führen müssen. Wir wissen, daß es gilt, unseren Staat, unser Reich, die gesamte Kultur, überhaupt alle geistigen Errungenschaften, alle idealen Güter, ohne die überhaupt das Leben absolut unerträglich wäre, zu retten. Ich meinerseits wünsche und ich glaube, jeder aufrichtige Vaterlandsfreund muß das wünschen, daß unser großer Kanzler die große Schicksalstragödie, an die er sein Leben gesetzt, auch vollenden möge. Das Vorspiel überschrieben: „Schleswig-Holstein 1864“ ist fertig; der erste Theil der Trilogie, überschrieben: „Oestreich 1866“ ist fertig; der zweite Theil der Trilogie, überschrieben: „Frankreich 1870—1871“ ist fertig; es fehlt also nur noch der dritte Theil, überschrieben: „Rom.“ Ich hoffe, daß die Vorsetzung unserem Kanzler die Kraft schenken wird, daß er mit Hilfe seines getreuen Eckard, des Kultusministers Falk, auch den dritten Theil zu Ende führen wird.“ Bindthorst fand die Erklärung Petris, daß es sich um einen Kampf gegen Rom, um die Vernichtung Roms handle, dankenswerth, und deducirte daraus, daß es sich in weiterer Folge um einen Kampf gegen die katholische Kirche handle, da ja ohne Papst keine Kirche möglich sei. Daß der 16. Mai in Frankreich einen Sieg des Klerikalismus bedeute,

leugnete er. Der 16. Mai sei vielmehr gegen die Radikalen, gegen Gambetta gerichtet, der, wie in Italien Crispi und wie 1866 Klapka und Garibaldi, der Freund der deutschen Liberalen sei. Im Interesse aller konservativen Interessen, im Interesse des Königthums müsse er wünschen, daß der Marschall-Präsident seine Stellung behaupte und seine Politik durchführe. Zum Schluß kündigte er, um neuen Kampf zu erregen, einen die Marpinger Angelegenheit behandelnden Antrag für die nächsten Tage an. Minister Falk erklärte, die Frage der Aufhebung der Maigesetze sei für die Regierung absolut indiskutabel. Die Regierung werde auch, so lange die Grundsätze des Centrums aufrechterhalten würden, keine Erwägungen über etwaige Modifikationen eintreten lassen.

Auch am folgenden Tage, am 23. November, fand eine Kulturkampfdebatte statt. Veranlassung hiezu gab die Interpellation des Abgeordneten Stablewski über die Zustände in der katholischen Pfarodie Koften, wo der Staatspfarrer Brendt eingekerkert war. Minister Friedenthal konnte nicht einen Eingriff in die Gewissensfreiheit darin finden, wenn die Einwohner von Koften genöthigt würden, die eingetretenen Todesfälle dem Staatspfarrer anzuzeigen und von ihm sich einen Erlaubnißschein zum Begräbniß ausstellen zu lassen. Windthorst fand einen Gewissenszwang darin, da das Gesuch um Gewährung eines Begräbnißscheines die Anerkennung Brendt's als Pfarrer in sich schließe. Schorlemer-Mst bezeichnete diese Zustände als eine „Schmach und Schande für den preußischen Staat.“ Am 24. November griff der klerikale Abgeordnete Röckerath den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten mit rücksichtslosem Hohne an, und der Abgeordnete Tschow suchte auch einen evangelischen Kulturkampf zu schaffen, indem er den Konflikt zwischen dem evangelischen Oberkirchenrath und der Berliner Stadtynode zur Sprache brachte. Minister Falk erklärte, daß diese inneren kirchlichen Angelegenheiten nicht hieher gehörten. Niemand hatte Lust, auf dieses unerquidliche Thema einzugehen. Einen scharfen Angriff richtete am 27. November der Abgeordnete Götting gegen die Klerikalen. „Die ganze gebildete Welt,“ sagte er, „alle Freunde der modernen Kultur und des modernen Fortschritts stehen auf unserer Seite gegen Sie und gegen Ihr Gefolge, den Unterrock und die Sutane. Sie sind bloße

Marionetten Roms! Rom regiert die Handhabe zu einem Mechanismus, von welchem Sie abhängen. Daher kommt es, daß deutsche ultramontane Blätter die französischen Kugelspritzen als einzige Rettung des Landes hingestellt haben.“ Ueber den Stand des Unterrichtsgesetzes sagte Minister Falk am 27. November, „er habe die Anfangs August fertig gestellte Arbeit seinen Kollegen unterbreitet. Der Finanzminister habe bereits sein Votum darüber abgegeben. Von einer Sistirung der Sache sei keine Rede. Er werde die mit so großem Kräfteaufwand unternommene Arbeit fördern, soweit er könne.“ Am 18. December wurde die Berathung des Kultusetats und damit auch des ganzen Staatshaushalts beendigt, nachdem das von der Regierung vorgelegte Anleihegesetz von letzterer am 12. December zurückgezogen worden war. Die am 7. December von Schorlemer-Mst gestellte Interpellation über die Stellung der Regierung zu den Verhandlungen bezüglich des österreichischen Handelsvertrags hatte keinen Erfolg, da die Minister es für unthunlich hielten, über noch schwebende Verhandlungen Auskunft zu ertheilen, abgesehen davon, daß die Führung der Verhandlungen Reichs Sache sei. Die Berathung der Justizorganisationsgesetze, am 20. November begonnen, wurde am 20. December unmittelbar vor der Vertagung der Kammer, beendigt. Die weiteren Sitzungen des Landtags fielen in die ersten Monate des folgenden Jahres.

Auch außerhalb der Kammer hörte der Kulturkampf nicht auf. Dem Kardinal Ledochowski, welcher von seinem römischen Nihil aus seine vormalige Diöcese Posen noch beherrschen zu können wähnte, wurde am 31. Januar ein Vorladungsbefehl vor das Tribunal in Posen übergeben. Das Kreisgericht zu Inowraclaw verurtheilte ihn am 8. Februar wegen Uebertretung der Majestätsgesetze, wegen Majestätsbeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 2½ Jahren Gefängniß und einer Geldstrafe von 300 Mark oder 3 weiteren Monaten Gefängniß. Das Kreisgericht erließ sofort einen Steckbrief gegen den Kardinal. Am 26. Mai wurde er von dem Kreisgericht in Posen wegen Vergehens gegen den Kanzelparagraphen und wegen Beleidigung des Reichskanzlers zu 1 Jahre Gefängniß verurtheilt. Zugleich wurde gegen ihn wegen unbefugter Vornahme amtlicher Handlungen und wegen Aneignung des Titels „Erzbischof von Posen und Gnesen“ eine Strafe von 3000

Markt oder von 17 Monaten Gefängniß ausgesprochen. Der Weihbischof Janiszewski in Posen wurde von dem preussischen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten am 14. April seines Amtes entsetzt. Das nämliche Schicksal hatte der Bischof Blum von Limburg, welcher, sobald die preussische Regierung das Absetzungsverfahren gegen ihn einleitete, seine Diocese verließ und sich nach Rom begab. In seiner Sitzung vom 13. Juni sprach der Gerichtshof die Amtsentsetzung gegen ihn aus. Nun waren in Preußen nur noch 4 Bischöfe im Amt: 2 in der Provinz Preußen, in Kulm und Ermland, und 2 in der Provinz Hannover, in Hildesheim und Osnabrück. Da das Limburger Domkapitel die Aufforderung des Oberpräsidenten, die Wahl eines Bisthumsverwesers vorzunehmen, ablehnte, so wurde das bisher unter der Verwaltung des Bischofs stehende bewegliche und unbewegliche Vermögen einem königlichen Kommissär zur Verwaltung übergeben. Der abgesetzte Bischof von Köln, Paulus Melchers, welcher sich an der holländisch-limburgischen Grenze ein freiwilliges Exil gewählt hatte, wurde am 28. Juli vom Landgericht zu Köln zu einer Gefängnißstrafe von 30 Tagen verurtheilt und am 14. November ein Steckbrief gegen ihn erlassen. Das päpstliche Dekret über das von den Erzbischöfen abzulegende Glaubensbekenntniß gewährte wenig Friedensausichten. Diesem Dekret zufolge mußte der neue Erzbischof erklären, daß er alle von den heiligen Kanones der ökumenischen Concilien, der Tridentiner Synode und dem vatikanischen Concil ausgegangenen Ueberlieferungen, Feststellungen und Erklärungen, insbesondere in Betreff des Primats des römischen Bischofs und seines unfehlbaren Lehramtes, rückhaltlos annehme und bekenne, sowie alles diesem Bekenntnisse Zuwiderlaufende, alle von der Kirche verurtheilten, verworfenen und verdamnten Kegereien in gleicher Weise verurtheile, verwerfe und verdamme.

Die altkatholische Synode war vom 22. bis zum 25. Mai in Bonn versammelt. Es waren 27 Geistliche und 70 Laien anwesend. Nach dem von der Synodalrepräsentanz erstatteten Bericht gab es zu jener Zeit in Preußen 35 Gemeinden mit 6510 selbständigen Männern, in Baden 44 Gemeinden, in Baiern 34, in Hessen 5, in Oldenburg 2, in Württemberg 1. Ueberall zeigte sich ein Zuwachs in den Gemeinden, nur in Baiern eine kleine Abnahme. Die Zahl der in der Seelsorge wirkenden Geistlichen be-

trug 56. Von den der Versammlung vorgelegten Fragen war keine so wichtig wie die Cölibatsfrage. Von einzelnen Gemeinden wurde fortwährend zur Entscheidung dieser Frage gedrängt, von der Synode die Entscheidung fortwährend hinausgeschoben. Die Mehrheit derselben beschloß, die Repräsentanz solle beauftragt werden, zu konstatiren, ob und welche rechtliche Hindernisse der praktischen Ausführung der Abschaffung des Cölibats im Wege ständen, um der nächstjährigen Synode bestimmte Vorschläge zu unterbreiten. Der Altkatholikenkongreß, welcher vom 28. September bis 1. Oktober in Mainz versammelt war, gab einer gewissen Mißstimmung Ausdruck, darüber daß die Regierungen welche das Dogma der Unfehlbarkeit nicht anerkannt hätten, nicht die Konsequenz gezogen hätten, alle Anhänger dieses Dogma's als nicht mehr auf dem Boden des Katholicismus stehend, nicht mehr als Katholiken anzusehen und zu behandeln und die Gegner dieses Dogma's ohne Rücksicht auf ihre Zahl, zu Universalerben der katholischen Kirche Deutschlands einzusetzen. Einige Disharmonie, welche unter den Führern des Altkatholicismus an den Tag trat, berechtigte nicht zur Hoffnung auf günstigere Erfolge.

In Elsaß-Lothringen gestalteten sich die Verhältnisse, wie wir dies schon aus dem Resultat der dortigen Reichstagswahlen ersehen haben, allmählich mehr im Sinne eines gedeihlichen Einvernehmens. Die sehr französisch gesinnte Stadt Metz bildete natürlich eine Ausnahme. Der der Protestpartei angehörige, neugewählte Bürgermeister Bezançon wurde vom Kaiser nicht bestätigt, sondern der dortige Kreisdirector von Freyberg zum Bürgermeistereiverwalter ernannt. Man erwartete, daß auf dies hin der ganze Gemeinderath seine Entlassung nehmen werde, und die Protestpartei wünschte es. Doch erhoben sich nur drei Mitglieder zu diesem Heroismus, die übrigen begnügten sich mit einem Protest gegen die Verfügung der Regierung und blieben im Amt. Die Handelskammer von Metz, welche gegenüber dem Projekt der Pariser Weltausstellung sich vollständig ablehnend verhielt, so lange man an eine Beschickung derselben durch Deutschland glaubte, fand, nachdem die Nichtbetheiligung von der Reichsregierung beschlossen war, plötzlich, daß der elsass-lothringischen Industrie nur durch Theilnahme an dieser Weltausstellung aufgeholfen werden könne. Sie wandte sich daher an das Oberpräsidium, erhielt aber weder

von diesem noch von dem Pariser Ausschuß einen günstigen Bescheid. Für Metz und für einen großen Theil von Lothringen war die im December veröffentlichte Verfügung des Oberpräsidenten sehr erwünscht, wonach der Termin, von dem an die deutsche Sprache die amtliche Geschäftssprache sein sollte, für Ortschaften mit überwiegend französisch redender Bevölkerung und für bestimmte Klassen von Unterbeamten bis zum 1. Januar 1883 verlängert wurde. Im Elsaß wurde die Stadt Kolmar, wo die Stelle des Bürgermeisters neu zu besetzen war und mehrere Mitglieder des neugewählten Gemeinderathes die ihnen angetragene Stelle ablehnten, am 30. Januar Regierungsassessor von Neumann zum Bürgermeisterei-Verwalter ernannt. Das in Mülhausen in französischer Sprache erscheinende Blatt „L'Industriel-Alfacien“, welches 7 Jahre lang sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Tendenzen der klerikalen und der Protestpartei zur Darstellung zu bringen, die Wiedervereinigung der Reichslande mit Frankreich zu verlangen, die Reichsregierung und besonders die Landesverwaltung mit Artikeln voll Hohn zu überschütten, wurde endlich am 4. Juli vom Oberpräsidenten unterdrückt. Das Blatt mußte sich mit den Lobsprüchen trösten, welche die französischen Blätter seiner „patriotischen“ Haltung ertheilten. Der Landesausschuß wurde im Jahre 1877 zweimal einberufen. Die erste Session, vom 5. Februar bis zum 3. März, galt der Berathung des Landeshaushaltsetats, der dem Reichstage vorgelegt werden mußte. Vom Bezirkspräsidenten des Unter-Elsaßes, Ledderhose, eröffnet, wählte der Landesausschuß das bisherige Präsidium: Schlumberger und Baron Zorn. Die Bezirkstage in Elsaß-Lothringen wurden am 20. August, die Kreistage am 6. August und 20. September eröffnet. In dem lothringischen Bezirkstag war nur die Stadt Metz, wie in früheren Sessionen, nicht vertreten. Der unterelsaßische Bezirkstag votirte am 25. August auf den Vorschlag des Rechtsanwalts Schneegans einstimmig einen Beitrag von 500,000 Mark, in 5-jährlichen Raten zahlbar, für die Neubauten der Landesuniversität, worüber sich die klerikale Presse sehr ungehalten äußerte. Am 8. December wurde der Landesausschuß zum zweitenmal einberufen. Seine Bedeutung war durch das Reichsgezet vom 2. Mai wesentlich erhöht worden. Hatte er bisher eine begutachtende Versammlung gebildet, so war er nun zu einem wirklichen Faktor



der Gesetzgebung erhoben worden; denn das Gesetz bestimmte, daß Landesgesetze für Elsaß-Lothringen mit Zustimmung des Bundesrathes und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden könnten, wenn der Landesausschuß denselben zugestimmt habe. Der Oberpräsident von Möller hob in seiner Eröffnungsrede diese neue Phase in der politischen Gestaltung des Landes hervor. Die hauptsächlichsten Berathungsgegenstände waren eine Vorlage über den Beitrag zu den Kosten der Universität und ein Gesetzentwurf über die Verlegung des Etatsjahres. Die Frage über den künftigen Sitz des Oberlandesgerichts wurde am 21. December in ähnlicher Weise entschieden, wie die im Reichstag über den Sitz des Reichsgerichts. Wie hier Leipzig vor Berlin den Vorzug erhalten hatte, so entschied der Landesausschuß gegen Straßburg und für Kolmar. Die auf Straßburg eifersüchtigen Lothringer hatten sämmtlich gegen Straßburg gestimmt. In der letzten Sitzung, am 23. December, stellte Schneegans den Antrag, der Landesausschuß folle der Reichsregierung den Wunsch ausdrücken, daß Elsaß-Lothringen eine eigene Verfassung als Bundesstaat erhalte, mit dem Sitz der Regierung in Straßburg und mit Vertretung im Bundesrath. Bei Motivirung seines Antrags sprach sich Schneegans dahin aus, daß an die Stelle der gegenwärtigen Kollektiv-Souveränität der Reichsregierungen die unmittelbare Souveränität des Kaisers treten und daß der Souverän, wie in Luxemburg, die Staatshoheit durch einen im Lande wohnenden Vertreter ausüben folle.

Daß das Verhältniß der Reichslande zum Reich ein anderes geworden sei, zeigte sich auch in dem Umstand, daß es dem Kaiser möglich geworden war, den Reichslanden einen Besuch abzustatten. Bei seinem vorjährigen Aufenthalt in Weißenburg hatte er den Vorständen des Straßburger Männergesangsvereins gesagt: „Vielleicht sehen wir uns im nächsten Jahre in Straßburg.“ Dieses „Vielleicht“ sollte nun zur Wirklichkeit werden. Am 22. April traf Kaiser Wilhelm in Wiesbaden ein. Von hier begab er sich am 28. April nach Karlsruhe, um die Feier des Regierungsjubiläums seines Schwiegerjohnes, des Großherzogs von Baden, durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Am Nachmittag des 30. April kam er in Baden-Baden an. Der 1. Mai galt dem Einzug in Straßburg. Die Stadt war mit Fremden angefüllt, selbst aus

Paris waren Correspondenten angekommen. Abends 5 Uhr fuhr der kaiserliche Zug unter dem Donner der Kanonen und dem Geläute der Kirchenglocken in die Bahnhofshalle ein. Der Kronprinz, der Generalfeldmarschall Graf Moltke, der Kriegsminister Kameke kamen mit dem Kaiser an. Im Empfangsalon des Bahnhofs waren Staatsbeamte und städtische Beamte, elsässische Reichstagsabgeordnete, Mitglieder des Landesauschusses und der Bezirkstage, die Vorstände des Handelsgerichts, der Handelskammer und des Gewerbegerichts versammelt. Der Reichstagsabgeordnete von Straßburg, Bergmann, hielt die Ansprache an den Kaiser. Dieser nahm sein Absteigequartier in dem Gebäude des Bezirkspräsidiums. Hier waren die Mitglieder des Landesauschusses, das Officierscorps, die Staatsbeamten, die Professoren der Universität, die Geistlichkeit der verschiedenen Konfessionen mit Bischof Räß versammelt. Abends war Fackelzug der Studenten und zum Schluß des ersten Tages Festkommers derselben im Tivoli, bei welchem der Kronprinz mit Gefolge erschien und auf die deutsche Universität Straßburg ein Hoch ausbrachte, und Serenade des Männergesangvereins vor dem Bezirkspräsidium. Am 2. Mai hielt der Kaiser Parade auf dem Polygon und besuchte das Münster und die Universität. Am 3. Mai besichtigte er einige Forts. Auf der Fahrt dahin wurde er von den Bewohnern des Landkreises Straßburg aufs begeistertste empfangen. Einige tausend Landleute, die Geistlichkeit, die Schulkinder, 102 Bürgermeister mit ihren Beigeordneten, Reservisten hatten sich am Wege aufgestellt. 250 berittene Bauern gaben dem Kaiser das Geleit von Fort zu Fort, ritten auf dem Rückweg nach Straßburg seinem Wagen voraus, und hinter demselben fuhren etwa 40 Wagen, alle dicht besetzt mit jungen Mädchen in der Nationaltracht. Dieselben fuhren unter Jubeln und Tücher-schwenken an dem Bezirkspräsidium vorbei. Am Abend des 3. Mai fand die Beleuchtung des Münsters und Fackelzug der Kriegervereine, am 4. Mai Besichtigung einiger weiteren Forts und Theatervorstellung statt. Die Kaiserin, der Großherzog und die Großherzogin von Baden waren am 4. Mai in Straßburg angekommen. Der Empfang des Kaisers übertraf die Erwartungen. Wenn auch die Mehrzahl der Alt-Straßburger sich mehr beobachtend verhielt, so fand doch nirgends eine Störung statt; dagegen gestaltete sich der Empfang, welchen das Landvolk freiwillig dem Kaiser bereitete,

zu einem vollen Triumph desselben, so daß selbst der Correspondent eines französisch gesinnten Blattes schrieb: „Nie seit der Annexion und nie auch zu französischer Zeit hat meine gute Vaterstadt ein solch festliches Gewand getragen, wie in diesen Tagen.“ Bei der Audienz, welche der Landesausschuß bei dem Kaiser hatte, sprach der Präsident Schlumberger den Dank des Landes aus für die den Optanten (s. oben) gewährten Erleichterungen und für die Erhebung des Landesausschusses zum gesetzgebenden Körper und knüpfte daran folgende Worte: „Diese Entschliebung gibt uns die Ueberzeugung, es werde in nicht zu ferner Zeit auch möglich werden, unsere Institutionen zu weiterer Selbständigkeit des Landes als Bundesstaat, mit Straßburg als Landeshauptstadt, innerhalb der Reichsverfassung zu entwickeln, und wir würden uns glücklich schätzen, wenn für Erreichung dieses unseres sehnlichsten Wunsches wir auch fernerhin auf das Wohlwollen Eurer Kais. Majestät rechnen dürften.“ Der Kaiser erwiderte, er werde die ihm soeben vorgetragenen Wünsche mit seinen Rätthen prüfen und hoffe, daß denselben werde entsprochen werden können.

Die Abreise des Kaisers von Straßburg erfolgte am 5. Mai Vormittags. In der alten Kaiserpfalz Hagenau verweilte er gegen 2 Stunden. Mehr als 10,000 Menschen waren herbeigeströmt, um dort den Kaiser zu sehen. Von da gieng die Fahrt über Bitsch, Saargemünd, St. Avold, Falkenberg nach Metz. Der Extrazug kam um 4 Uhr 30 M. dort an. Der Gemeinderath von Metz hatte zwar den Antrag des Bürgermeisterei-Verwalters v. Freyberg, wonach zur Beleuchtung des Stadthauses und zur Veranstaltung sonstiger Feierlichkeiten ein Kredit bewilligt werden sollte, abgelehnt; aber die für solche Zwecke nöthigen Geldmittel wurden sofort in einer Bürgerversammlung durch Subskriptionen zusammengebracht. An Triumphbogen, Festbanketten und Beleuchtungen fehlte es daher auch in Metz nicht; nur hatte die Beleuchtung der Kathedrale die üble Folge, daß am Morgen des 7. Mai der Dachstuhl derselben in Flammen stand und niederbrannte. Bei der französischen Gesinnung der Mehrheit der Bevölkerung war es begreiflich, daß der Aufenthalt des Kaisers in Metz einen vorherrschend militärischen Charakter hatte, was schon im Reiseprogramm vorgeesehen war. Die Parade der Truppen, die Besichtigung der Forts, der Besuch der Schlachtfelder vom 16. und 18. August 1870

bildeten ein wesentliches Kapitel im Mezer Programm. Sonntag den 6. Mai, Nachmittags, fuhr der Kaiser nach dem allgemein besagten Gravelotte und von da nach Rezonville. In letzterem Orte ließ er sich in das Zimmer führen, in welchem er die Nacht vom 18. auf den 19. August 1870 zugebracht hatte, und begab sich dann, von einer großen Menge Volkes begleitet, nach der Stelle am Ende des Dorfes, wo er am Abend des 18. sehnfüchtig dem mit der Siegesnachricht herbeieilenden Moltke entgegen sah. Hierauf fuhr er nach dem Hofe Mogador, von wo aus er am 18. eine Zeit lang den Verlauf des Kampfes beobachtet hatte, bis die feindlichen Granaten ihn zum Verlassen des exponirten Punktes nöthigten. Ueber Verneville und Amanvillers fuhr der Kaiser nach St. Privat. Hier, wie auch an anderen Punkten, wurden die Denkmäler der Gefallenen besichtigt und strategische Erinnerungen aufgefrischt. Der Präsident der französischen Republik, Mac Mahon, war in der eigenthümlichen Lage, daß er dem allgemeinen Gebrauche gemäß den in einem Grenzbezirk, welcher den fatalen Namen „Mez“ führte, verweilenden Kaiser durch einen Abgesandten begrüßen sollte, zumal da Belgien und Holland mit gutem Beispiel vorangiengen. Daß er einen der geschlagenen Generale nach Mez sandte, konnte nicht erwartet werden. Es wurde der Ausweg getroffen, daß der französische Botschafter zu Berlin, Marquis von Gontaut-Biron, als Specialbotschafter von Paris nach Mez reiste, um 1 Uhr dort ankam, um 6 Uhr vom Kaiser empfangen wurde, die Einladung zur Tafel wegen drängender Familien-Verhältnisse ablehnte und um 7 Uhr wieder nach Paris zurückfuhr. Am 8. Mai machte der Kaiser einen Ausflug nach Diedenhofen, wo er mit Begeisterung empfangen wurde, und reiste am 9. von Mez ab, um über Saarbrücken, Mannheim, Darmstadt nach Frankfurt zu gelangen und am folgenden Tage über Kassel nach Berlin zurückzukehren. In einem noch von Mez datirten Schreiben vom 9. Mai an den Oberpräsidenten sprach der Kaiser, mit Hinweisung auf das „rücksichtsvolle Entgegenkommen eines großen Theiles der Bevölkerung und die huldigenden Aufmerksamkeiten mannigfacher Art“, die Hoffnung aus, daß sein Aufenthalt in den Reichslanden dazu beitragen werde, „die Beziehungen zwischen diesen und dem Reiche zu befestigen und erspriesslich zu gestalten.“ Von der französischen Presse wurde die Kaiserreise vollständig todtgeschwiegen.

Einem Specialkorrespondenten der „Patrie“ wurden seine ausführlichen Berichte, als nicht im Einklang „mit dem Standpunkt der französischen Presse“, zurückgeschickt. Nur aus Anlaß des Brandes der Mezer Kathedrale, welche Sensations-Nachricht den Parisern nicht vorenthalten werden durfte, erfuhren die Pariser, daß der Kaiser sich dort befunden habe. Die Reise war eben ganz anders verlaufen, als die französische Presse, welche von Orfini-Bomben und anderen Schrecklichkeiten träumte, gehofft und gewünscht hatte.

Bevor der Kaiser, „um einer ernststen fürstlichen Pflicht zu genügen“, diese Reise unternahm, hatte ihn manches in Anspruch genommen, und wichtige Begegnungen und Ereignisse folgten. Die Prinzessin Karl, Schwester der Kaiserin, starb am 18. Januar. Sie hatte in ihrer Jugend noch die goldenen Tage von Weimar gesehen und für Kunst und Wissenschaft stets regen Sinn bewahrt. Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Kronprinzen, welcher, nachdem er das Gymnasium zu Kassel 2½ Jahre besucht, am 25. Januar dort die Abiturienten-Prüfung bestanden hatte, wurde am 27. Januar volljährig. An diesem Tage erfolgte seine feierliche Aufnahme in den Orden vom Schwarzen Adler und die Ueberreichung des englischen Hofenbandordens durch Lord Odo Russell. Darauf siedelte der Prinz nach Potsdam über und trat am 9. Februar in die 6. Compagnie des 1. Garderegiments zu Fuß ein. Der Major von Liebenau wurde ihm als militärischer Begleiter, der Premier-Lieutenant v. Kessel als militärischer Instruktor beigegeben, und 4 Officiere der Kriegsschule erhielten den Auftrag, ihn in den Kriegswissenschaften zu unterrichten und auf das Officiersexamen vorzubereiten. Kaiser Wilhelm selbst führte am 9. Februar den Enkel in das Garderegiment ein und hielt dabei folgende Anrede an denselben: „Aus der Geschichte weißt Du, wie alle Könige Preußens neben ihren anderen Regentenpflichten stets eines ihrer Hauptaugenmerke auf das Heer gerichtet haben. Schon der große Kurfürst hat durch persönlichen Heldenmuth seinen Scharen ein unübertroffenes Beispiel gegeben. Friedrich I. wußte sehr wohl, daß, als er sich die Krone auf das Haupt setzte, er diesen Schritt zu vertheidigen genöthigt sein könnte. Er wußte aber auch, daß seine schon erprobten Truppen ihm dies ermöglichen würden. Friedrich Wilhelm I. hat in der Garnison, welche Du nun beziehst

und die man gern die Wiege der preussischen Armee nennt, den festen Grund zu ihrer Organisation durch die strenge Disciplin gelegt, welche er Officieren und Soldaten einprägte, ohne welche keine Armee bestehen kann, und dieser sein Geist lebt heute noch in ihr fort. Friedrich der Große übernahm mit seinem angeborenen Feldherrntalente diese festgegliederten Truppen als Kern seiner Armee, mit der er die Kriege führte und die Schlachten schlug, die ihn unsterblich gemacht. Friedrich Wilhelm II. mußte zuerst einer veränderten Kriegsart begegnen, welcher gegenüber das Heer doch nicht ohne Vorbeeren aus dem Kampf hervorgieng. Mein königlicher Vater begegnete dem gleichen Feinde, und ein schweres Geschick traf Vaterland und Heer; aber, das Alte, Unhaltbare beseitigend, reorganisirte er die Armee und gründete sie auf Vaterlandsliebe und Ehrgefühl. So erreichte er mit ihr Erfolge, welche auf ewige Zeit in den Annalen der preussischen Armee verzeichnet stehen. Mein schwergeprüfter Bruder, König Friedrich Wilhelm IV., sah mit Genugthuung auf seine Armee, die in schweren, schmerzlichen Tagen fest zu ihm stand, die er zeitgemäß fortbildete und die neue Vorbeeren pflücken konnte. So fand ich die Armee. Wenn es je eine Regierung von erst kurzer Dauer gegeben, deren Geschicke sichtlich durch die Borsehung gnädig gelenkt wurden, so ist es die der letzten Jahre, und wieder ist es die Armee, die durch ihren unererschütterlichen Muth und ihre Ausdauer Preußen auf die Höhe gestellt hat, auf der es nun steht. Das Garddecorps, welchem Du schon angehörst, und mit ihm das Regiment, in welches Du jetzt eintrittst, haben in hervorleuchtender Weise zu diesen ruhmreichen Erfolgen beigetragen. Die Zeichen, die ich auf meiner Brust trage, sind der öffentliche Ausdruck meiner unauslöschlichen Dankbarkeit und meiner nie endenden Anerkennung für die Hingebung, mit welcher die Armee Sieg auf Sieg erfochten hat. Deine Jugend ist in diese Zeit gefallen, und Du hast in Deinem Vater ein ehrendes Vorbild der Kriegs- und Schlachtenleitung. Es werden Dir aber in den Dienstverhältnissen, in welche Du nun trittst, manche dem Anscheine nach unbedeutende Dinge entgentreten, die Dir vielleicht auffallen können; aber Du wirst auch lernen, daß im Dienste nichts klein ist, und daß jeder Stein, der zum Aufbau einer Armee gehört, richtig geformt sein muß, wenn der Bau gelingen und fest sein soll.“ Prinz Wilhelm

machte, nachdem er mehrere Monate Unterricht in den Kriegswissenschaften erhalten, den praktischen Regimentsdienst kennen gelernt und verschiedene andere Kriegsübungen mitgemacht hatte, am 14. Juli in Potsdam in Gegenwart des Kronprinzen die Officiersprüfung. Dieselbe dauerte zwei Stunden; die Antworten des Prinzen erfolgten rasch und waren erschöpfend, so daß ihm die Note „vorzüglich“ ertheilt werden konnte. Im Oktober begann der Prinz seine akademischen Studien in Bonn. Der zweite Sohn des Kronprinzen, Prinz Heinrich, welcher indessen gleichfalls das Gymnasium in Kassel besucht hatte, wurde am 28. März, zugleich mit seiner Schwester, der Prinzessin Charlotte, und mit der Prinzessin Luise Margaretha, der jüngsten Tochter des Prinzen Friedrich Karl, in der Kapelle des Schlosses zu Berlin konfirmirt. Am 21. April wurde Prinz Heinrich, welcher sich dem Seebienste widmet, von dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, die am 19. und 20. festliche Tage in Hamburg zugebracht hatten, in Kiel auf das Kadettenschiff *Niobe* geführt, wo 34 neu eintretende Kadetten der Aufnahme ihres fürstlichen Kameraden harrten. Der Chef der Admiralität, General Stosch, begrüßte die erhabenen Eltern und den jungen Seemann und hob besonders hervor, daß die Flotte sich den Eintritt eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses zur höchsten Ehre rechne und darin die Anerkennung ihrer vollen Ebenbürtigkeit mit der Landarmee erblicke. An diese Einführung der Prinzen in neue Stellungen reihten sich Verlobungen der Prinzessinnen. Am 1. April fand die feierliche Verlobung der Prinzessin Charlotte, der ältesten Tochter des Kronprinzen, (geb. 24. Juli 1860) mit dem Erbprinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen (geb. 1. April 1851) statt, welcher damals Hauptmann in dem in Berlin garnisonirenden Garde-Füsilierregiment war. Am 19. August gab der Kaiser bei dem Familiendiner in Babelsberg seine Einwilligung zu der Verlobung zwischen der Prinzessin Elisabeth, der zweiten Tochter des Prinzen Friedrich Karl, mit dem Erbgroßherzog August von Oldenburg.

Der 22. März, an welchem Kaiser Wilhelm sein 80. Lebensjahr zurückgelegt hatte, wurde nicht bloß in Berlin und anderen preussischen Städten, sondern in ganz Deutschland und in vielen fernen Städten, wo Deutsche wohnen, festlich begangen, und eine Menge von Adressen und Telegrammen lief in dem Schlosse zu

Berlin ein. Der König und die Königin von Sachsen, Erzherzog Karl Ludwig und andere Fürsten trafen in Berlin ein. Victor Emanuel sandte ein warmes Glückwunsch-Telegramm, andere Monarchen eigenhändige Schreiben oder Telegramme, der Münchener Magistrat eine Adresse. In Konstantinopel, in Bukarest, in Stockholm wurden Festgottesdienste und Bankette veranstaltet. Die deutschen Fürsten übergaben dem Kaiser ein von dem Direktor der Berliner Kunstakademie, A. v. Werner, gemaltes kolossales Bild, das die Kaiser-Proklamation zu Versailles zum Gegenstand hat. Der Berliner Magistrat theilte in seiner Adresse dem Kaiser den Beschluß mit, daß die Stadtgemeinde sich an der Herstellung eines würdigen Standbildes der Königin Luise theilnehmen werde. Auf die Ansprache des Reichstags-Präsidenten v. Jordanbeck erwiderte der Kaiser, „diese vielen Zeichen der Liebe und des Vertrauens seien eine Aufforderung mehr an ihn zu eifriger Pflichterfüllung, um die Erwartungen des deutschen Volkes zu erfüllen.“ In einem vom Reichsanzeiger veröffentlichten Erlaß vom 24. März dankte der Kaiser für die vielen Beweise der Theilnahme, die ihm von allen Seiten zugekommen seien, und fügte bei: „Umgeben von einem mächtigen Kreise verbündeter und befreundeter Fürsten, habe ich mit Genugthuung den Werth gefühlt, als Mittelpunkt des nationalen Empfindens betrachtet zu werden; aus diesem Bewußtsein schöpfe ich neue Kraft, mich der Sorge für die Wohlfahrt des Vaterlandes zu widmen.“ Das in Berlin erscheinende klerikale Blatt „Germania“ hielt es für angezeigt, in seinen Nummern vom 22. März und den folgenden Tagen die Besprechung der Geburtstagsfeier mit hämischen Bemerkungen zu begleiten: „Ein Extrazug von Königsberg nach Berlin sei wegen Mangel an Betheiligung nicht abgelassen worden“; „dem Weihbischof Janiszewski in Posen sei am Geburtstag des Kaisers die Anklage auf Amtsentlassung behändigt worden“; „die vielfach gehegte Erwartung, daß der Kaiser als Gegengabe die Amnestirung der um ihrer kirchlichen Treue willen Verurtheilten gewähren werde, sei getäuscht worden“; ein langer Leitartikel behandelte das Thema, daß sie, wenn sie nicht Heuchler sein wollten, das Fest nicht feiern könnten und auf bessere Zeiten warten müßten. So benahm sich eine Partei, welche nicht müde wird zu behaupten, nicht die Liberalen, sondern sie, die Klerikalen, seien die festeste Stütze des Thrones.



In den folgenden Monaten finden wir den Kaiser vielfach auf Reisen, doch niemals und nirgends die Staatsgeschäfte unterbrechend. Am 5. und 6. Juni war er in Liegnitz und feierte mit dem dortigen Königs-Grenadierregiment, dessen Inhaber er ist, dessen drittes Jubiläum. Am 16. Juni traf er im Bad Ems ein, reiste am 8. Juli nach Koblenz, am 11. über Darmstadt nach der Insel Mainau, um im Kreise der großherzoglichen Familie ein paar Tage zuzubringen. Am 16. Juli fuhr er mit dem Boot nach Lindau und von hier mit einem Extrazug nach Gastein, wo er am 17. ankam und bis zum 7. August verweilte. An letzterem Tage verließ er Gastein, reiste nach Salzburg und besuchte am 8. August die österreichische Kaiserfamilie in Ischl. Von Kaiser Franz Josef bis Ebensee begleitet, fuhr er am 9. über Smünden nach Passau und Eger und von da am 10. nach Schloß Babelsberg. Auf der Reise zu den Manövern am Rhein besuchte der Kaiser am 2. September das Krupp'sche Etablissement in Essen. Am Abend dieses Tages fand die Abreise nach Schloß Benrath, am 3. September die große Parade des siebenten Armeecorps bei Düsseldorf statt. In letzterer Stadt besuchte er am 5. das Ständefest in der Tonhalle, am 6. das Künstlerfest des Malkastens. Am 12. September war der Kaiser in Köln und wurde dort, sowie in allen rheinischen Städten, von der ganzen Bevölkerung mit einer Begeisterung aufgenommen, wie sie die klerikalen Führer nicht erwartet hatten. Bei der Grundsteinlegung des Nationaldenkmals auf dem Niederwalde am 16. September, bei welcher der Oberpräsident Graf Eulenburg die Festrede hielt, that der Kaiser die drei ersten Hammerschläge und sprach dabei folgendes: „Mit denselben Worten, mit denen mein hochseliger Vater das Denkmal auf dem Kreuzberg bei Berlin weihte, weihe ich auch dieses Denkmal: Den Gefallenen zum Andenken, den Lebenden zur Erinnerung und den Nachkommenden zur Macheiferung!“ Am Abend des 16. traf der Kaiser in Karlsruhe ein, in dessen Nähe in den folgenden Tagen Parade und Manöver des 14. Armeecorps waren, reiste am 23. nach Darmstadt, um den Kavalleriemänövern bei Griesheim anzuwohnen, und kam am 25. Abends in Baden-Baden an, wo am Geburtstage der Kaiserin, am 30. Sept., der Kronprinz und andere Fürstlichkeiten sich einfanden. Am 18. Oktober verließ der Kaiser Baden-Baden und kam Abends 8 Uhr in Frank-

furt an, wo ihm ein Fackelzug veranstaltet wurde, an dem etwa 6000 Personen theilnahmen. Großer Jubel herrschte in der Stadt; das Jahr 1866 schien vergessen, die Ausöhnung eine vollständige zu sein. Nach einer Abwesenheit von 7 Wochen traf der Kaiser am 20. October wieder in Berlin ein. Die Nothstandsverhältnisse, das Umsichgreifen des Socialismus, die kirchlichen Spaltungen nahmen die Aufmerksamkeit des Kaisers sehr in Anspruch. Ueber die ersteren ließ er sich von dem Ministerium eine Denkschrift vorlegen. Hinsichtlich der beiden anderen Punkte, der auflösenden Bestrebungen auf socialem und kirchlichem Gebiete, sprach er sich am 15. Juni, als er vor seiner Abreise nach Ems die Minister um sich versammelt hatte, besorgnißvoll aus und forderte sie zu festem, gemeinsamem Wirken auf. In seiner Antwort auf die Ansprache einer Deputation evangelischer Geistlicher des Niederrheines, welche am 5. September auf Schloß Benrath Audienz bei dem Kaiser hatte und den orthodoxen Standpunkt betonte, erwähnte der Kaiser gleichfalls die destruktiven Tendenzen eines Theiles der Evangelischen und sprach seine Ansicht dahin aus, daß, wenn wir nicht ins Verderben gerathen sollten, die Kirche auf dem Grunde des wahren Glaubens stehen bleiben müsse. In seiner Stellung zur orientalischen Frage war der Kaiser keinen Augenblick schwankend. Dem Commandeur des russischen Grenadier-Regiments, dessen Inhaber der Kaiser war, sandte er vor dessen Ausmarsch nach der Donau ein Telegramm zu mit dem Wunsche, daß das Regiment den Kampf ebenso glänzend bestehen möge, wie die deutschen Soldaten vor 7 Jahren den ihrigen bestanden hätten. In Folge dessen trat in Moskau, dem Hort des Ultrussenthums, ein Umschwung ein. Kreise, welche früher aus ihren Antipathien gegen das Deutsche Reich kein Geheimniß gemacht und für eine Allianz mit Frankreich geschwärmt hatten, fiengen an, den maßlosen Ton ihrer Presse um ein ziemliches zu mildern und die politischen Verhältnisse des Deutschen Reiches mit nüchternen Augen anzusehen. In Moskau sprach man von einer Dankadresse, welche man an den Kaiser in Anerkennung seiner aufrichtigen und ehrlichen Politik in der orientalischen Frage übersenden wollte. Unter den fremden Monarchen, welche dem Kaiser einen Besuch machten, ist der Kaiser von Brasilien anzuführen. Derselbe kam mit der Kaiserin am 3. April in Berlin an, besichtigte mit gewohntem

Interesse die Sehenswürdigkeiten und verfäumdte auch nicht, einer Reichstagsſitzung (10. April) anzuwohnen.

Am 25. Juli wurde in Kiel eine gedeckte Korvette vom Stapel gelassen. General Stosch nahm den Taufakt vor, erklärte es als die Abſicht des Kaiſers, bei dem Bau neuer Marinefahrzeuge die neuere deutſche Geſchichte, die tiefe Zuſammengehörigkeit ihrer Stämme und ihre hervorragenden Gedenktage zum Ausdruck zu bringen; inſondere gelte dies auch den Männern, welche für die neue Einigung Deutschlands das Meiste gethan. Indem er darauf die Champagnerflasche gegen den aushängenden Anker warf, daß sie klirrend zerſprang, fuhr er fort: „Auf Befehl des Kaiſers taufe ich dich Bismarck. Gehe hin und mache deinem Namen Ehre!“ Der große Staatsmann kam im Mai von ſeinem Landaufenthalte nach Berlin zurück und entfaltete ſofort eine bedeutende diplomatiſche Thätigkeit, welche beſonders in Paris, wo ſoeben das klerikal-bonapartiſtiſche Miniſterium eingefeßt worden war, auffiel. Er machte am 21. Mai dem Kaiſer ſeinen Beſuch und erhielt am Abend dieſes Tages den Beſuch des Kronprinzen. Am 24. reiſte er mit ſeiner Gemahlin und Tochter und ſeinem Sohne Herbert von Berlin ab und traf am 25. im Bad Kissingen ein. Dort war am 28. April dem Reichskanzler zum Andenken an ſeine Errettung (13. Juli 1874) ein Denkmal errichtet worden. An eine behagliche Ruhe, an ein Sichausſpannen war freilich bei dieſem Badeaufenthalte für Bismarck nicht zu denken. Der ruſſiſch-türkische Krieg mit ſeinen Wechſelfällen und die Zuſtände in Frankreich beſchäftigten die Diplomatie in ſo hohem Grade, daß der Fürst viele Stunden des Tages und oft bis nach Mitternacht zu arbeiten hatte. Was der bairiſche Miniſterpräſident v. Pfrefſchner, welcher den Fürsten in Kissingen beſuchte, mit dieſem verhandelt hat, iſt nicht zur Deffentlichkeit gelangt, wohl aber der Inhalt der Unterredung, welche fünf evangeliſche Geiſtliche und ein ſtädtiſcher Beamter aus Württemberg, begeiſterte Verehrer des Fürsten, am 27. Juni mit demſelben hatten. Der Reichskanzler ſprach, wie einer der Geiſtlichen berichtet, in längerer Rede von dem Beginn des preußiſchen Kirchenſtreites, den Vorgängen in Poſen, der Aufhebung der katholiſchen Abtheilung u. ſ. w., hob nachdrücklich hervor, daß er nur mit Widerſtreben ſeine Zuſtimmung zur Einführung der Civilehe gegeben habe, da dadurch an einer alten

christlichen Sitte gerüttelt und eine Menge wohlgesinnter redlicher Leute verlegt und verwirrt werde. Ueber den weiteren Verlauf des Kulturkampfes sprach er sich ganz beruhigt aus, da der Staat nun mit Hilfe der Gesetze eine günstige Defensivlage habe und die Sache an sich herankommen lassen könne. Auf die Verhältnisse in der evangelischen Kirche übergehend, erwähnte er die Vorgänge auf der letzten Berliner Synode und äußerte seine Ueberzeugung dahin, daß das Verlangen nach Abschaffung des Apostolicums, wenn man nur hätte fortführen lassen, in Berlin selbst auf offenem Markt mit Schimpf und Schande todtgeschlagen worden wäre.

Am 30. Juni verließ Fürst Bismarck Kissingen und begab sich nach Berlin. Gleichzeitig trafen fast alle fremden Botschafter dort ein; die Botschafter von Rußland und von Italien wurden von dem Fürsten sofort empfangen. Der Kronprinz kam am Abend des 1. Juli von Potsdam nach Berlin, um den Reichskanzler zu sprechen. Die Unterredung dauerte drei Stunden. Am 7. Juli suchte Bismarck sein Barzin'sches Tusculanum auf, kehrte aber am 20. August wieder nach Berlin zurück, um am 23. seine Reise nach Gastein anzutreten. Daß der mit Bismarck so sehr befreundete Botschafter in Rom, v. Reudell, gleichzeitig einen Urlaub nach Ischl antrat; daß er und der Botschafter in Wien, Graf Stolberg, in Gastein auf Besuch verweilten; daß der Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, Crispi, seine Reise nach Berlin über Gastein machte, waren Thatfachen von politischer Bedeutung, wenn auch mit einem diplomatischen Schleier versehen. Doch sprechen solche Thatfachen von selbst. Am 18. September reiste Fürst Bismarck mit seinem Sohne Herbert von Gastein ab und traf Abends in Salzburg ein, wo Andrassy ihn am Bahnhof erwartete. Die Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs, in dem nämlichen Gasthof wohnend, hatten mehrere Konferenzen mit einander, deren hauptsächlichster Gegenstand kaum ein anderer gewesen sein wird als die orientalische Krisis und Oesterreichs Stellung zu derselben. Die Rolle Deutschlands war ja hiebei bekanntlich eine vermittelnde. Andrassy reiste am 20. Nachmittags nach Wien, Bismarck am 21. nach Berlin, wo er am 22. wohlbehalten ankam. Officiöse Wiener Blätter berichteten, daß Andrassy während seines Aufenthalts in Salzburg zwei telegraphische Depeschen an Kaiser Franz Josef gerichtet, daß dieser die Depeschen

umgehend beantwortet, daß jedesmal darauf eine neue Unterredung der beiden Minister stattgefunden habe, und daß ein vollständiges Einverständnis erzielt worden sei. Am 8. Oktober reiste Bismarck wieder nach Varzin und kam erst am 14. Februar 1878 nach Berlin zurück. Daß in dem preussischen Abgeordnetenhaufe die klerikale und die Fortschrittspartei dieses Kommen und Gehen sehr ungern sahen, ist bereits angegeben worden. Ein gewisses Mißbehagen herrschte in allen politischen Kreisen. Im December erneuerten sich die Gerüchte von einer Kanzlerkrisis. Nach der einen Nachricht hatte Fürst Bismarck aufs neue sein Entlassungsgesuch eingereicht, nach der anderen die Uebernahme sämtlicher Reichskanzlergeschäfte von der Annahme eines neuen Programms abhängig gemacht. Wiederum war von den bekannten „Fraktionen“ die Rede. Dieselben sollten, hieß es, mit Vorgängen im klerikalen Lager, sowohl katholischer als evangelischer Konfession, im Zusammenhang stehen. Einflußreiche Persönlichkeiten aus den Hofkreisen, namentlich aus der Umgebung der Kaiserin, wurden genannt. Das Entlassungsgesuch des Präsidenten des Oberkirchenrathes, Dr. Hermann, schien die Schärfe der Situation zu kennzeichnen. Dieser, welcher eine fünfjährige Wirksamkeit an die Ausarbeitung einer freien Synodalverfassung gesetzt hatte, konnte, obgleich selbst auf orthodoxem Standpunkte stehend, mit der Amtsthätigkeit des Präsidenten des brandenburgischen Konsistoriums, Hegel, eines orthodoxen Eiferers, nicht einverstanden sein. Die Gegensätze verschärften sich in einem Grade, daß einer von diesen beiden Männern aus dem Staatsdienst scheiden zu müssen schien. Zuerst reichte Hegel sein Entlassungsgesuch ein. Zwei für ihn günstige Umstände traten ein. In der Berliner Synode wurde von dem linken Flügel der freieren Partei der Antrag auf Beseitigung des apostolischen Glaubensbekenntnisses gestellt, und die Gastpredigt des Predigers Hoffbach sprach sich über die Person Christi mit einer mehr als naiven Taktlosigkeit aus, so daß ein Theil der Jakobi-Gemeinde gegen seine Erwählung protestirte und das brandenburgische Konsistorium die Bestätigung seiner Wahl verweigerte, ja auch die Frage seiner Absetzung in Erwägung zog. Der Kaiser lehnte das Entlassungsgesuch Hegels ab, da er „in dem Augenblicke, in welchem in der Synodalversammlung der Hauptstadt die Symptome des Unglaubens und der Glaubens-

fälschung an der Deffentlichkeit erscheinen, nicht Beamte, deren Festhalten am strengen Glauben bekannt sei, entlassen könne, ohne in den Begriffen seines Volkes Verwirrung zu erzeugen.“ Aber die Frictionen im evangelischen Lager dauerten fort und brachten den Präsidenten Hermann im December zu dem Entschluß, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Wurde dieses angenommen, so war es sehr unwahrscheinlich, daß ein Mann seiner Richtung sein Nachfolger wurde; vielmehr hatte dann ein Mann von dem Geiste Hegels die günstigsten Aussichten. Aber einen solchen konnte Minister Falk dem Kaiser unmöglich vorschlagen, zur Ernennung eines solchen unmöglich seinen Namen hergeben. Die Stellung des Ministers Falk, des Vaters der Maigesetze, war also gleichfalls erschüttert. Konnte der Reichskanzler seinen besten Strategen im Kulturkampf durch einige klerikale Heißsporne sich von der Seite reißen lassen? Das Centrum frohlockte bereits und glaubte, die Zeit der Revanche sei gekommen. Aber es konnte ja nicht sein, daß der Kaiser, welcher im April sein „Niemals“ ausgesprochen hatte, im December anderer Meinung sei, wegen untergeordneter Fragen und Personen die Ruhe und Sicherheit des Reiches in Frage stelle und nicht weit lieber die gewiß billigen Wünsche und zweckmäßigen Vorschläge des Reichskanzlers genehmige, um denselben die erfolgreiche Weiterführung seiner Geschäfte zu ermöglichen. Neue Namen, neue Projekte wurden genannt. Auf eine Einladung des Reichskanzlers begab sich der Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Bennigsen, am 26. December nach Barzin, verweilte dort bis zum 29. und hatte bei seiner Zurückkunft nach Berlin eine Unterredung mit v. Fordenbeck, v. Stauffenberg und Lasker. Fast gleichzeitig befand sich der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Lehndorf, in Barzin. Offenbar handelte es sich um Besprechungen der wichtigsten Art. Wenn davon auch noch wenig Detail in die Deffentlichkeit gedrungen ist, so sind doch jetzt schon gewisse Punkte über allen Zweifel erhaben. Dieselben betreffen die Gründung einer liberal-konservativen Partei Bismarck, die Ernennung eines Vizekanzlers und die Einführung indirekter Steuern im Reich. Bisher war die Reichsregierung bei jedem neuen Fall in der Ungewißheit, ob sie dafür eine Mehrheit im Reichstag finden werde. Durch die Vereinigung der Nationalliberalen und der Freikonservativen sollte eine feste und große Regierungspartei ge-

schaffen werden, an welche sich auch noch andere Konservative anschließen konnten. Zur Befestigung und zur Festhaltung dieser Partei sollten einige ihrer Führer (man nannte v. Bennigsen und v. Forckenbeck) in das Ministerium eintreten. Die Ernennung eines Stellvertreters oder Vizekanzlers sollte Bismarck die Möglichkeit gewähren, die Vertheidigung seiner Vorlagen und seiner Politik vor dem Reichstag einem demselben verantwortlichen Minister übertragen zu können. Die Frage von der Schaffung selbständiger Reichsministerien, welche in die Hände der einflussreichsten Minister der Einzelstaaten, also vorzugsweise Preußens, gelegt würden, lag noch in weiterer Ferne. Durch Einführung indirekter Steuern, wobei besonders an eine Tabaksteuer gedacht wurde, wollte Bismarck der Reichskasse so reichliche Einkünfte sichern, daß die für die einzelnen Staaten lästigen Matrikularbeiträge entweder ganz abgeschafft oder auf ein Minimum herabgesetzt werden konnten. Wieviel von diesen Projekten sich verwirklichen ließ und in welcher Weise dies geschehen konnte, mußte sich in der Session des nächsten Reichstages zeigen. Aus Veranlassung dieser Vorgänge besprach das englische Weltblatt, die Times, die Stellung Bismarck's zur auswärtigen Politik und gegenüber den deutschen Parlamenten und äußerte: „Die Besorgung der heimischen Angelegenheiten Deutschlands ziehen den Fürsten Bismarck hinab in die minder stolzen Regionen jener Art von Diplomatie, in welcher der Erfolg größtentheils von der vollendeten Handhabung von Einzelheiten und Persönlichkeiten abhängt. Der Berliner Hof verlange eine zarte Behandlung; der Reichstag müsse bei jedem Schritte beruhigende Zusicherungen erhalten; der preussische Landtag könne sich mitunter sehr beschwerlich erweisen; die Ministerien der kleineren Staaten seien eifersüchtig gegen jeden Eingriff in ihre Machtvollkommenheit. Ferner habe der Kanzler politische und kirchliche Parteien in Rechnung zu ziehen, welche ihre Sonderziele oft über das stellten, was ihm das allgemeine Beste dünke. Kurz, er habe die Aufgabe eines großen parlamentarischen Staatsmannes zu bewältigen, eine Aufgabe, wie sie etwa Cavour oder Sir Robert Peel hätte lösen können. Fürst Bismarck aber gehöre nicht zu den Männern, welche zur Handhabung von Parlamenten geeignet seien. Die Gewaltigkeit seiner Auffassung, eine gewisse Ungeduld und die ihm eigenenthümliche gebietende Willenskraft reihe ihn vielmehr solchen Staats-

männern wie Richelieu und Napoleon an. Gerade aus diesem Grunde besitze er gewisse bedeutende Eigenschaften für die Aufgabe, die auseinanderstrebenden Elemente Deutschlands zu einigen. Doch habe er dieses Werk nur auf Kosten unaufhörlicher persönlicher Verdrießlichkeiten vollführt, die eine weniger gebieterische Natur würde vermieden haben.“ Daß diese „Vermeidung“ der „Vollführung“ keinen Eintrag gethan hätte, wäre noch zu beweisen.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den auswärtigen Staaten waren durchaus friedlicher Natur, wobei freilich nicht ausgeschlossen war, daß das Hohenzollernsche „*toujours en vedette!*“ Frankreich gegenüber in vollem Sinne galt. Die Haft, mit welcher in Frankreich die Reorganisation der Armee betrieben und die Arsenale gefüllt wurden, die Frechheit, mit welcher die französische Presse, und zwar gerade hervorragende Blätter, Deutschland vor ganz Europa als den Störefried denuncirten, die Brutalität, mit welcher sich zuweilen einzelne Franzosen in Mißhandlungen gegen harmlose Deutsche ergingen, wie dies am 21. Juni in Nancy der Fall war: dies und anderes zeigte deutlich, daß Frankreich bloß die günstige Gelegenheit zum Losschlagen abwartete. Die Einsetzung des klerikalen Ministeriums vom 16. Mai verschärfte die Spannung und vergrößerte die Intimität Deutschlands und Italiens. Letzteres gab sich kund bei dem Besuche, welchen v. Bennigsen im Monat Mai in Rom machte. 200 Abgeordnete gaben ihre Karten bei ihm ab; der Minister des Auswärtigen, Melegari, veranstaltete ihm zu Ehren ein diplomatisch-parlamentarisches Diner; Victor Emanuel verlieh ihm das Großkreuz des Ordens der italienischen Krone. In Bennigsen wurde nicht bloß der geistvolle Staatsmann gefeiert, sondern noch mehr der Führer derjenigen Partei, welche, indem sie die nationale Neugestaltung des eigenen Vaterlandes auf ihre Fahne schrieb, zugleich ausdrücklich und unumwunden für die Existenzberechtigung des italienischen Einheitsstaates eintrat, wie dies gerade Bennigsen bei der bekannten Adreßdebatte vom 30. März 1871 in so ausgezeichnete Weise gethan hat. Es war begreiflich, daß, als der Präsident des italienischen Abgeordnetenhauses, Crispi, nach Berlin kam, er aufs herzlichste aufgenommen wurde. Ein glänzendes Festmahl versammelte am 23. September die Koryphäen des Reichstags und Landtags, Gelehrte und Künstler um den be-



rühmten Gast. Mit Rußland bestanden für das Deutsche Reich längst die engsten Beziehungen. Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck bürgten dafür, daß diese durch Deutschlands Schuld keine anderen wurden. Doch handelte es sich in einem Augenblicke, wo Rußland gegen das europäische Osmanenthum Sturm lief, weniger um den Austausch freundschaftlicher Noten, als darum, daß Deutschland diejenigen Mächte, welche etwa Rußlands Siegeslauf zu hemmen und dasselbe um die Früchte seiner kolossalen Anstrengungen zu bringen suchten, von diesem Beginnen abhielt und eine für Rußland wohlwollende, vermittelnde Stellung einnahm. Die Stärke und Festigkeit des Dreikaiserbundes konnte sich bei dieser Gelegenheit erproben. Die Begegnungen des Kaisers Wilhelm mit Kaiser Franz Josef und Bismarck's mit Andrassy haben wir schon angeführt. Mehrere preussische Officiere erhielten die Erlaubniß, sich der russischen Armee anzuschließen; einige Militärärzte erhielten Urlaub, um in den russischen Kriegspitälern Dienste zu leisten; freiwillige Beiträge wurden gesammelt, um Sanitätsgegenstände für die russischen Verwundeten anzuschaffen und absenden zu können. Sehr günstig für diese politischen Verhältnisse war die Ernennung des Prinzen Reuß zum deutschen Botschafter bei der Pforte in außerordentlicher Mission. Derselbe hatte mehrere Jahre den Botschafterposten in Petersburg bekleidet und sich dort das Vertrauen des Kaisers Alexander in hohem Grade erworben. Er hatte diesen Posten aufgegeben, als er im Jahre 1876 mit der Prinzessin von Sachsen-Weimar sich vermählte. Prinz Reuß, welcher für die Dauer des Krieges zugleich die Stellvertretung des russischen Botschafters in Konstantinopel übernahm, war nach Einsicht und Thatkraft der Mann, um dem unter dem englischen Botschafter Layard in voller Blüte stehenden Intriguenspiel, das in London durch den österreichischen Botschafter, Graf Beust, dem unverföhnlichen Gegner Bismarck's, noch genährt wurde, die Spitze zu bieten. Er überreichte dem Sultan seine Beglaubigungsschreiben am 26. Mai und galt bald für eine Persönlichkeit, mit der man am Goldenen Horn zu rechnen hatte. Um für alle Fälle dem Worte Deutschlands Nachdruck zu geben, wurde am 30. Mai das deutsche Panzergeschwader unter Contreadmiral Batsch von Wilhelmshaven aus nach dem Mittelmeer abgeschickt. In Berlin traf der neue türkische Botschafter, Sadullah-Bey, am 22. Juni ein.

Seine Beglaubigungsschreiben überreichte er dem Kaiser am 4. Juli in Ems. Ein anderer unverföhnlicher Gegner Bismarck's, Graf Harry v. Arnim, welcher gegen das die Dienstentlassung aussprechende Erkenntniß der Disciplinarkammer zu Potsdam vom 27. April 1876 Berufung eingelegt hatte, wurde am 3. März von dem Reichsdisciplinarhof zu Leipzig dahin beschieden, daß das Urtheil der ersten Instanz aufrechtzuhalten sei. Damit wird wohl dieser Proceß aus der Welt geschafft sein.

Außer dem bereits angeführten Altkatholiken-Kongreß wurden auch in diesem Jahre verschiedene Kongresse oder Versammlungen gehalten. Der Socialistenkongreß versammelte sich am 27. Mai in Gotha, der Geschichts- und Alterthumsverein am 13. August in Nürnberg, der Journalistentag am 19. August in Dresden, der Verein der Forstwirthe am 3. September in Bamberg, der Gustav-Adolf-Verein am 5. September in Frankfurt, der Katholikenkongreß am 12. September in Würzburg, die Irrenärzte am 16. September in Nürnberg, die Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte am 18. September in München, der deutsche Arztetag am 23. September in Nürnberg, der Verein für öffentliche Gesundheitspflege am 25. September in Nürnberg, die Philologen am 26. September in Wiesbaden, die Socialpolitiker am 8. Oktober in Berlin, der Delegirten tag des Protestantenvereins am 10. Oktober in Berlin, der Arbeiterkongreß am 22. Oktober in Gera. Der Socialistenkongreß in Gotha gab bemerkenswerthe Aufschlüsse über die Organisation und die Erfolge der Partei. Nach den dort mitgetheilten Notizen wurden bei den Reichstagswahlen in 175 Wahlkreisen socialistische Candidaturen aufgestellt, wofür außer den sechs ständig angestellten Agitatoren noch weit mehr unständige wirkten. Im ganzen wurden (was nicht im Einklang mit den oben angeführten amtlichen Angaben steht) 559,211 socialistische Stimmen abgegeben, was gegen die Wahl von 1874 einen Zuwachs von 179,699 Stimmen ausmacht. Am stärksten war das Anwachsen der Stimmenzahl in Sachsen und den großen Städten. Im Jahre 1874 stimmten in Sachsen 80,000 Wähler für socialistische Kandidaten, im Jahre 1877 aber 127,000. An diesem Mehr von 47,000 theilten sich nicht bloß die Industriebezirke, sondern auch die Landbevölkerung. Bei den 20 Stichwahlen erfochten die Socialisten zwar nur 3 Siege, hatten

aber doch auch in den Kreisen, wo sie eine Niederlage erlitten, eine Vermehrung der socialistischen Stimmen zu verzeichnen. Nur in zwei Wahlkreisen, einem anhaltischen und einem schleswig-holsteinischen, fand ein wirklicher Rückgang statt. Die Fortschritte der Parteipresse waren bedeutend: es gab 41 politische Parteiblätter, 1 belletristisches und 14 Gewerkschaftsorgane; die Gesamtzahl der Abonnenten wurde auf mehr als 100,000 geschätzt; dazu kommt noch die sehr verbreitete Broschüren- und Kalenderliteratur. Für den Wahlfonds giengen über 28,000 M. ein, wobei die regelmäßigen Beiträge und die Einnahmen der lokalen Wahlcomité's nicht berechnet sind. Die Kasse des Centralcomité hatte eine Bilanz von rund 54,000 M., welche Summe aber nicht den vierten Theil desjenigen Betrages ausmacht, welcher insgesammt von der Partei aufgebracht wurde; Altona allein hatte 30,000 M. aufgebracht. Ein erfreulicheres Bild als dieser Kongreß einer das urtheilslose Volk umflammernden Nivellirungspartei bot die Einweihung der Kanossasäule (oder des Bismarcksteines), welche am 26. August in Harzburg stattfand. Das Reliefbild des Fürsten Bismarck und die in großen Lettern ausgedrückten Worte: „Nach Kanossa gehen wir nicht“ kennzeichneten die Bedeutung des Denkmals.

Unter den deutschen Mittelstaaten ist Sachsen bei mehreren Gelegenheiten genannt worden. Bei der socialistischen Frage, bei der Debatte über den Sitz des Reichsgerichts, bei dem Streit über die Berlin-Dresdener Bahn wurde die Aufmerksamkeit auf Sachsen gelenkt. Die Entscheidung über diese Eisenbahnfrage erregte in dem zum Partikularismus und besonders zum Antagonismus gegen Preußen sehr geneigten Sachsen eine gereizte Stimmung, die sich gelegentlich sehr unangenehm bemerklich machte. Die Ergänzungswahlen für die zweite Kammer fanden am 19. September statt. Es waren 28 Wahlen vorzunehmen. Das Ergebniß derselben war, daß die Zahl der Konservativen auf Kosten der National-liberalen und der Fortschrittspartei vermehrt und daß in dem Landkreis Stolberg der Socialdemokrat Liebknecht gewählt wurde. Die Wahl desselben wurde zwar für ungiltig erklärt, weil er erst zwei Jahre sächsischer Staatsangehöriger war, nicht drei, wie das Gesetz es vorschrieb; aber bei der Neuwahl wurde wiederum ein Kandidat der Socialdemokratie gewählt. Die Zerspaltung der übrigen Parteien und die laue Betheiligung des Volkes waren

theilweise schuld an diesem Wahlergebnisse. Der Landtag wurde am 26. October vom Könige mit einer Thronrede eröffnet. Als besondere Aufgabe desselben wurden die Durchführung der Reichsgerichtsverfassung und die Berathung des Budgets bezeichnet und wegen des Ausfalls in den Staatseinnahmen eine Steuererhöhung in Aussicht gestellt. Zum Präsidenten der ersten Kammer ernannte der König den bisherigen Präsidenten, Kammerherrn v. Zehmen. In der zweiten Kammer wurde auf Antrag Schaffrath's durch Zurfur das frühere Präsidium wiedergewählt, Haberkorn als Präsident, Streit und Pfeiffer als Vicepräsidenten. Bei der Budgetdebatte berechnete Finanzminister v. Könneritz am 31. October das zu erwartende Deficit für 1878 bis 1879 auf 9 bis 10 Mill. M. Der nationalliberale Abgeordnete Krause erklärte, daß für diese ungünstige finanzielle Lage auch der theure Ankauf einiger nicht sehr rentablen Privatbahnen verantwortlich gemacht werden müsse, und bedauerte, daß diese Ausgaben um politischer Zwecke willen gemacht worden seien. Der Minister des Innern, v. Rostiz-Wallwitz, vertheidigte den Ankauf der Privatbahnen, da die Erwerbung derselben und die Nichtveräußerung der Bahnen an das Reich eine nothwendige Bedingung für die Aufrechthaltung der selbständigen Stellung Sachsens im Reiche sei. Der Antrag des socialdemokratischen Abgeordneten Freytag, für die Landtagswahlen die Bestimmungen des allgemeinen Wahlrechts einzuführen, wurde am 30. November mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Die Exigenz für die sächsische Gesandtschaft in Berlin wurde am 3. December mit allen gegen eine Stimme, die für die Gesandtschaft in Wien mit 40 gegen 35, die für die Gesandtschaft in München mit 42 gegen 32 Stimmen bewilligt. Die nationalliberalen und fortschrittlichen Abgeordneten erklärten, daß die Aufrechthaltung besonderer sächsischer Gesandtschaften in Wien und München dem Wesen des Bundesstaates zuwiderlaufe, und daß die Interessen sächsischer Bürger weit besser von den Gesandten des Reiches gewahrt werden könnten. Die Bewilligung von 800,000 M., welche die Regierung zur Errichtung eines Gebäudes für die sächsische Gesandtschaft und die Bundesbevollmächtigten in Berlin forderte, wurde am 7. December von der zweiten Kammer abgelehnt, nachdem Minister v. Rostiz-Wallwitz sich auffallend kühl über die Exigenz ausgesprochen hatte. Großes Aufsehen erregte bei der

Berathung des Gesetzesentwurfes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes eine Aeußerung des Kammerherrn v. d. Planitz in der Sitzung der ersten Kammer vom 26. November: „Bürgermeister Georgii habe wiederholt das Beispiel Preußens vorgehalten, während doch gerade auf dem Gebiete der Justiz Preußen in den letzten Jahren eingebüßt habe. Die Zeiten seien vorüber, wo es geheißen habe: „es gibt Richter in Berlin!“ Man könne mit Genugthuung sagen, daß in Sachsen ein Proceß Arnim, eine Eisenbahntrennung wie die Lübecker nicht möglich gewesen wäre.“ Ganz abgesehen von der Konfusion, mit welcher hier für die Entscheidung des Lübecker Appellationsgerichts der preußische Richterstand verantwortlich gemacht wurde, war es doch stark, daß diese kammerherrliche Malice von dem Justizminister Abeken mit keinem Wort getadelt wurde, und daß Präsident v. Zehmen keine weitere Correktur eintreten ließ, als daß er am Schlusse der Verhandlung sagte, er glaube annehmen zu dürfen, daß der Kammerherr durch seine Aeußerung niemand habe verletzen wollen.

In Hessen fanden zwei bemerkenswerthe Todesfälle statt. Am 13. Juni starb Großherzog Ludwig III., welcher so viele Jahre der Einigung Deutschlands widerstrebt und dabei an Freiherrn v. Dalwigk einen sympathischen Minister gehabt hatte. Kurz vor seinem Tode hatte er das offene Geheimniß enthüllen lassen, daß er seit 9 Jahren mit Frau v. Hochstädten (Fräulein Appel)morganatisch vermählt sei. Ihm folgte sein Nefse, der Sohn des am 20. März verstorbenen Prinzen Karl, als Großherzog Ludwig IV. Derselbe, am 12. September 1837 geboren, ist seit dem 1. Juli 1862 mit der englischen Prinzessin Alice vermählt. Ein Erlaß des neuen Großherzogs in Betreff seines Regierungsantritts und des Gelöbnisses auf die Verfassung wurde am 20. Juni in den Kammern verlesen, worauf dieselben Beileidsadressen beschloßen und sich vertagten. Bischof Ketteler von Mainz befand sich noch immer auf seinem Standpunkt des passiven Widerstandes, wonach er sich die Miene gab, als ob er von den neuen Kirchengesetzen kein Wort wüßte, sie als nicht vorhanden annahm und bei Befestigung von Pfarreien mit gewohnter Willkürlichkeit verfuhr. Der Kassationshof von Mainz entschied am 22. Januar, daß dem Bischof, der sich auf ein Napoleonisches Dekret von 1810 berief, kein Ausnahme-Gerichtsstand zustehe, und daß die gewöhnlichen Gerichte zu

dessen Aburtheilung zuständig seien. Am 28. Februar wurde Ketteler von dem Bezirksgericht zu Mainz wegen abermaliger gesetzwidriger Besetzung zweier Pfarreien, samt den mitbeschuldigten Kaplanen, aufs neue verurtheilt. Das Obergericht, an welches er appellirte, sprach ihn am 4. Mai frei. Bald darauf unternahm er eine Reise nach Rom. Auf der Rückreise von da erkrankte er in dem Kloster zu Burghausen bei Augsburg und starb dort am 13. Juli am Typhus. Sein Leichnam wurde am 18. Juli in Mainz beigesetzt. Er war der streitbarste unter den deutschen Bischöfen, ihr Führer im Kulturkampf, der Gründer der katholischen Gesellen- und Arbeitervereine, der thätigste Vorkämpfer des Klerikalismus auf literarischem Gebiet. Das Domkapitel wählte am 23. Juli den Domkapitular Dr. Mousfang, Ketteler's würdigen Genossen, zum Bischofsverweser; die Regierung jedoch beanstandete die Anerkennung dieser Wahl, weil aus Mousfang's Erklärungen nicht unzweifelhaft hervorgehe, daß derselbe die Landesgesetze in allen Beziehungen anerkenne und zu befolgen gedenke.

Die Reichstagswahlen in Baden hatten das günstige Ergebnis, daß 11 Nationalliberale, 2 Ultramontane und 1 Deutsch-Konservativer gewählt wurden. Bei dem Festbanket zu Ehren des Reichstagsabgeordneten Eisenlohr in Karlsruhe am 16. Januar sprach Staatsminister Turban, mit Hinweis auf die bei den Wahlen hervorgetretenen socialistischen Erscheinungen: „Redliche meinen, es wäre Zeit zur Umkehr, und diese Massen müßten durch Strenge beherrscht werden. Fürchten wir uns nicht! Auch innerhalb freier Konstitutionen wird es möglich sein, Recht und Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten. Im Gebiete der Freiheit sind weite Schranken, und ich habe die Ueberzeugung, daß wir diese Bewegung werden in Schranken halten können. Das Volk wird uns hierin helfen.“ Am 29. April begieng Großherzog Friedrich, der nationalgesinnte deutsche Fürst und treue Freund seines Volkes, sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Der Kaiser und der Kronprinz waren am 28. in Karlsruhe angekommen. Den Glanzpunkt der Festlichkeiten bildete das Banket in der Sängersalle, das von sämtlichen Fürstlichkeiten, auch von der Frau Großherzogin, besucht war. Oberbürgermeister Lauter hielt die Festrede, worauf der Großherzog auf das Glück und das Gedeihen des badischen Landes ein Hoch ausbrachte. Bluntschli, Lamey und Oberbürger-

meister Schuster von Freiburg brachten weitere Toaste aus. Bei der Festtafel im Schloß brachte der Kaiser den Trinkspruch aus auf den Jubilar, welchem es vergönnt gewesen, in dem Zeitraum von 25 Jahren „sein schönes Land und dessen Volk fortschreitend zu heben und auf die großen Ereignisse hinzuweisen, die sich nun vollendet haben.“ Aus der Antwort des Großherzogs ist folgendes hervorzuheben: „Zwei schwerwiegende Ereignisse dieses Zeitabschnittes meines Lebens heute hervorzuheben, ist mir eine werthe Pflicht. Eure Majestät haben mir in hochbeglückendem Vertrauen das Theuerste geschenkt, das Sie besitzen, Ihr Kind. Sie haben mir das häusliche Glück geschenkt und mit ihm mein Leben verschönt, bereichert und versüßt. Ihre Tochter, meine theure Gemahlin, ist mir durch ihre Treue und Liebe in schweren und in guten Zeiten zum Trost, zur Kraft und zum Segen geworden. Das Andere, das mich heute bewegt, ist die Erinnerung an eine Zeit, die mir den Vorzug vergönnte, bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches mitzuwirken, ja die mir den Vorzug verlieh, zu Eurer Majestät heute nicht nur als zu meinem hohen Verwandten, sondern zu dem ehrwürdigen Haupt des Deutschen Reiches, zu dem Träger der lange ruhenden Krone eines neuen erblichen deutschen Kaiserthums reden zu dürfen.“ Am Schlusse der zwischen Karlsruhe und Rastatt gehaltenen Manöver des 14. Armeecorps, welchen der Kaiser beiwohnte, ernannte derselbe den Großherzog durch Schreiben vom 22. September zum General-Inspektor der neu geschaffenen Armeeinspektion, zu welcher das 14. und das im Elsaß befindliche 15. Armeecorps gehören. In dieser Eigenschaft besuchte der Großherzog am 11. December und den folgenden Tagen Straßburg, Metz und die übrigen Garnisonen Elsaß-Lothringens.

Von der zweiten Kammer hatte in diesem Jahre verfassungsgemäß die eine Hälfte auszuscheiden. Es waren dies 32 Abgeordnete, darunter 1 früherer Minister (Folly), 3 im Amte befindliche Minister (Turban, Grimm, Stöcker), 21 Nationalliberale, 6 Ultramontane, 1 Demokrat. Die nationalliberale Partei hielt am 19. August in Offenburg eine Versammlung, in welcher eine Ansprache an die Wähler vorgelegt und Berichte über die Wahlausichten entgegengenommen wurden. Der treue und gewandte Eckard, Bankdirektor in Mannheim, leitete die Versammlung, Kiefer be-

gründete die Wahlsprache. Mit stolzer Genugthuung konnte die Partei sagen: „Die glücklich geleisteten Arbeiten eines Zeitraumes von 17 Jahren haben den Beweis erbracht, daß die liberale Richtung, welche während dieser Zeit die innere Politik Badens beherrschte, in ihrer vorwärtstrebenden und zugleich maßvollen Haltung wohlbefähigt ist, ein braves, einsichtiges Volk auf der Bahn des Fortschritts zu führen und zu erhalten.“ Die Ergänzungswahlen vom 22. Oktober und den folgenden Tagen ergaben das Resultat, daß 26 Nationalliberale, 5 Ultramontane und 1 reichsfreundlicher Demokrat gewählt wurden. Die Ultramontanen hatten den Wahlkreis Stettenheim-Kenzingen verloren und keinen neuen gewonnen. Am 15. November wurde der Landtag durch den Großherzog eröffnet. Die Thronrede erwähnte Vorlagen zu den Justizgesetzen, zur Gemeindebesteuerung, zum Budget. Zum Präsidenten der zweiten Kammer wurde am 17. November Lamey gewählt, zu Vicepräsidenten Kiefer und Friedrich. In der Sitzung vom 28. November verhandelte die zweite Kammer über die an den Großherzog zu erlassende Adresse. Der Berichterstatter Kiefer begründete den Adress-Entwurf mit einem Rückblick auf die badischen Verfassungs- und Gesetzgebungszustände in den vergangenen Jahrzehnten, namentlich seit 1860, und sicherte dem neuen Ministerium, von dem zu erwarten sei, daß es in die Fußstapfen seiner Vorgänger trete, die Unterstützung der großen Mehrheit der Volksvertretung zu. Eine hervorragende Stelle der Adresse lautete: „Mit Befriedigung dürfen wir heute auf eine Zeit der Mühen und der Kämpfe zurücksehen, durch welche die freie und unabhängige Stellung des badischen Staates in der Erfüllung seines Berufes für diese wichtigsten Gebiete des Volkslebens durch umfassende Werke der Gesetzgebung gesichert worden ist. Diese Thatfache, welche heute auch außerhalb Badens ehrende Anerkennung findet, wird uns in Stand setzen, unser Wirken ohne Nachtheil für diese wohlgeordneten Gebiete auf andere Interessen des Staates zu richten. Wir werden jederzeit bereit sein, in dem Geiste hingebungsvoller Vaterlandsliebe, welche längst das sichere Kennzeichen der Stellung Badens zu den großen Gesamtaufgaben der deutschen Nation geworden ist, dem innern Ausbau und der fortschreitenden Entwicklung der Einrichtungen und Organe des Reiches unsere freudige Unterstützung zu gewähren.“ Gegen die Adresse sprachen Lender



und Förderer, für dieselbe Turban, Kohler, Freyhof, Friedrich, Feder, Ellstätter, Stöber, Bürklin, Kiefer. Der Adresse könne er nicht beitreten, sagte Lender, weil darin ein Rückblick enthalten sei, der mit Befriedigung vom Kulturkampfe rede; die Aktien des Kulturkampfes seien gefallen; in Preußen sei dessen Aufhören nur eine Frage der Zeit; seine Partei verlange vor allem die Beseitigung des indirekten Wahlsystems, das weder frei noch gerecht sei. Staatsminister Turban gab zu, daß auch in Baden, wie in anderen Staaten, nicht alles so sei, wie man es wünsche; allein wenn heute die Ultramontanen ans Ruder kämen, würden sie es ebenso wenig dahin bringen, alle Wünsche erfüllen zu können; eine ultramontane Regierung würde sich kein Jahr halten können. Die Adresse wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Das Institut der Lehrerinnen von St. Ursula in Freiburg, welches dort den Elementarunterricht für die weibliche Schuljugend besorgt hatte, wurde, wie früher das zu Rastatt, da die Lehrerinnen sich weigerten, nach Umwandlung der konfessionellen Schulen in konfessionell-gemischte ihre Lehrthätigkeit fortzusetzen, aufgehoben und das Vermögen der Anstalt als besondere Stiftung dem Unterricht der weiblichen Jugend vorbehalten; die Lehrerinnen erhielten angemessene Ruhegehälter.

In Württemberg fielen die Reichstagswahlen vom 10. Januar für die nationalliberale Partei nicht so günstig aus als in Baden; man glaubte in manchen Dingen sich eher nach Sachsen verkehrt. Zwar besitzt Württemberg keinen so starken Bruchtheil von Katholiken wie Baden; aber es besitzt wenig politische Schulung, wohl aber in den vielen kleinen Städten ein vielfach an den Socialismus streifendes Demokratenthum. Daß in dem Wahlbezirk des früheren Reichstagsabgeordneten Elben, welcher nach Charakter, Kenntnissen und Rednergabe eine Zierde des Reichstags und der nationalliberalen Partei war, ein Regierungsbeamter als Gegenkandidat auftrat, die Unterstützung jeder Sorte von Demokratie opportun fand und annahm, erregte allgemeines Aufsehen, da eine solche Taktik doch gar zu sehr an die wenig ehrenvolle Wahlkampagne bei den Zollparlamentswahlen vom Jahre 1868 erinnerte. Es galt, den wegen seiner Eisenbahnpolitik angefochtenen Kandidaten der nationalliberalen Partei zu verdrängen, und mit Hilfe einer unseligen Coalition gelang es. Man war begierig zu hören, an welche Fraktion des Reichstags solche partikularistische Gegner der

Nationalliberalen sich anschließen würden, und man war sehr erstaunt, sie in die freikonservative Partei aufgenommen zu sehen, welcher so nationalgesinnte Männer wie der Fürst von Hohenlohe-Langenburg angehören. In Folge solch unerquicklicher Zustände hatten die Wahlen das Ergebnis, daß 7 freikonservative, 3 nationalliberale, 3 ultramontane, 3 demokratische Abgeordnete und 1 partikularistischer nach Berlin entsendet wurden. Die freikonservativen Abgeordneten (nebst dem partikularistischen) erhielten zusammen 86,000 Stimmen, die nationalliberalen 65,000, die ultramontanen 50,000, die demokratischen, beziehungsweise die fortschrittlichen 52,000; socialistische Stimmen wurden abgegeben 8134; Eßlingen und Stuttgart lieferten für letztere das stärkste Contingent. Die nationalliberale Partei war somit zwar immer noch die zweitstärkste des Landes, aber das Minus gegenüber der Wahl von 1874 betrug denn doch nicht weniger als 26,000 Stimmen.

Der Landtag wurde am 6. Februar vom König mit einer Thronrede eröffnet. Gesetzentwürfe über das Budget, über Gemeindeverwaltung, über Reichsjustizgesetze wurden angekündigt. Die zweite Kammer, deren Mitglieder am 13. December 1876 neu gewählt worden waren, wählte am 8. Februar mit 82 gegen 6 Stimmen den Abgeordneten Hölder zum Präsidenten, am 9. Februar mit 70 gegen 15 Stimmen den Abgeordneten Schwandner zum Vicepräsidenten. Jener gehörte der nationalliberalen, dieser der Regierungspartei an. Nach Fraktionen vertheilte sich die Abgeordneten-kammer in folgender Weise: Die Regierungspartei zählte 29 Mitglieder, die „deutsche“ oder nationalliberale Partei 26, die demokratische oder Volkspartei 14, die katholische Landespartei 11; Wilde waren es 12. Dabei war übrigens zu bemerken, daß die deutsche Partei nicht mehr das war, was sie 1868 und 1871 gewesen ist, sondern nach der Mehrzahl ihrer Mitglieder zur Reichsregierung und zur Landesregierung eine Stellung einnahm, vermöge deren sie von der Regierungspartei nur dem Namen nach sich unterschied. Solche Nationalliberale, welche treu und fest zur Fahne der Reichsregierung und des Reichskanzlers standen, mochte es unter den 26 kaum 6 geben. Für die Volkspartei war es ein Kuriosum, daß derjenige Abgeordnete, welcher früher als Hauptrepräsentant dieser Partei galt, vielleicht sich auch noch dafür hielt, gar nicht zum Eintritt aufgefordert wurde, daher er für

sich eine Partei bildete, während die Volkspartei unter der Führung des ehemaligen Reichsregenten Becher stand. Die verschiedenen Kommissionen, welche zu wählen waren, bestanden fast ausschließlich aus Mitgliedern der Regierungspartei und der deutschen Partei; die Volkspartei wurde dabei in der Person des Abgeordneten Becher berücksichtigt; die klerikale Partei wurde vollständig übergangen, um dadurch ein Zeugniß dafür abzugeben, daß diese Partei und diese Richtung im Deutschen Reiche und im Bundesstaat Württemberg keine Berechtigung habe. Die einzige Gesetzesvorlage, welche in der kurzen Sitzungsperiode erledigt wurde, betraf die für den Prinzen Wilhelm bestimmte Anpanage von 100,000 Mark. Da dieser Prinz dem Throne zunächst stand und eben damals sich mit der Prinzessin Marie von Waldeck vermählte, so wurde die Vorlage am 17. von der zweiten, und am 19. von der ersten Kammer einstimmig angenommen. Am 20. Februar wurden beide Kammern vertagt. Am 15. Mai trat die zweite, am 7. Juni die erste Kammer wieder zusammen. Der Hauptgegenstand der Berathung war das Budget. Dasselbe wurde für 1. Juli 1877 bis 31. März 1879 bewilligt, und es wurde bestimmt, daß, wie im Deutschen Reich und in Preußen, so auch in Württemberg künftig der Rechnungstermin auf den 1. April verlegt werden solle. Die Frage, ob künftig das Budget je auf 3 Jahre, wie bisher, oder, einem früher ausgesprochenen Wunsche der Kammer gemäß, nur auf 1 Jahr bewilligt werden solle, blieb vorderhand noch unentschieden. Die Ausgaben für 1. Juli 1877 bis 30. Juni 1878 waren auf 48,338,787 M. 85 Pf., die vom 1. Juli 1878 bis 31. März 1879 auf 37,605,135 M. 50 Pf., zusammen auf 85,943,923 M. 35 Pf. berechnet. Gegenüber dem vorjährigen Budget fand ein Mehrbedarf von mehr als 2½ Mill. M. per Jahr statt. Von eigentlich politischem Interesse war nur die Debatte über die Erigenz für die Gesandtschaften am 17. Mai. Württemberg hält noch besondere Gesandtschaften in Berlin, Petersburg, München und Wien. Der Antrag des demokratischen Abgeordneten Mayer, die Erigenzen für sämtliche Gesandtschaften abzulehnen, wurde verworfen. Gegen die Gesandtschaft in Berlin wurde kein weiterer Einwand erhoben. Für die in München traten ein: Mohl, Schmid, Lenz, Schwandner, Staatsminister v. Mittnacht; dagegen sprach Freiherr v. Ow. Lektterer glaubte, bei der Nähe

Stuttgarts und Münchens könnte der Verkehr ohne diplomatische Vertretung besorgt werden. Mittnacht bestritt dies und hielt es für geboten durch das Interesse des Landes, daß dasselbe mit dem zweitgrößten deutschen Staate, mit dem es viele Interessen gemeinschaftlich habe, in der intimsten Fühlung bleibe. Mohl gieng noch einen namhaften Schritt weiter und wünschte, daß auch in Sachsen und in Baden besondere Gesandte aufgestellt würden. Die Exigenz wurde mit 69 gegen 11 Stimmen angenommen. Zu den letzteren gehörten die Herren v. Wöllwarth, von Degenfeld, v. Dw und der Abgeordnete Elben. Der Gesandtschaftsposten in Petersburg wurde mit 74 gegen 8 Stimmen genehmigt. Für die Gesandtschaft in Wien sprachen Becher und Staatsminister v. Mittnacht, dagegen v. Wöllwarth. Becher hob die symbolische Bedeutung dieses Postens hervor und wollte nicht dazu beitragen, den letzten Faden mit Oestreich entzwei zu schneiden. Mittnacht gab zu, daß der Posten nicht gerade eine absolute Nothwendigkeit sei, glaubte aber darauf hinweisen zu können, daß die Partikulargesandtschaften außerhalb des Reiches ihre Stellung begriffen und sich als vollständig ungefährlich erwiesen hätten. v. Wöllwarth beharrte darauf, daß diese Vertretung Sache des Reiches sei, und führte ein Beispiel von der geringen Leistungsfähigkeit der Partikulargesandtschaften an. Die Exigenz für die Gesandtschaft in Wien wurde mit 59 gegen 23 Stimmen bewilligt. Unter den Verneinenden waren die obengenannten 3 Freiherrn, Prälat v. Beck in Hall und die Abgeordneten Elben und Gef. Der Finanzetat wurde am 27. Juni von der Kammer einstimmig angenommen. Eine längere Berathung beanspruchte der Gesetzentwurf über die Erhebung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, wonach das bisherige Steuerverhältniß zu Gunsten der Landwirthschaft und zu Ungunsten des Gewerbes in ziemlichem Grade verrückt werden sollte. Das Projekt schien insofern nicht zeitgemäß zu sein, als gerade damals die Erzeugnisse der Landwirthschaft sich ungewöhnlich hoher Preise erfreuten, während auf dem Gewerbe ein gewisser Druck lag. Diesem Bedenken gab Mohl in einer sechsstündigen Rede Ausdruck, und er beantragte, den Regierungsentwurf abzulehnen und das Steuergesetz vom 28. April 1873 einer Revision zu unterziehen. Sämliche Anträge wurden abgelehnt und der Antrag der Mehrheit der Kommission angenommen, der von

dem Regierungsentwurf sich mehr formell als materiell unterschied. Die erste Kammer trat diesem Beschluß im wesentlichen bei. Daran reihte sich ein Gesetzentwurf über die Besteuerung des Grundeigentums, der Gebäude und der Gewerbe für die Zwecke der Amtskörperschaften und Gemeinden, welcher von beiden Kammern angenommen wurde nebst dem Zusatz, daß unter gewissen Bedingungen den Gemeinden gestattet sein solle, örtliche Abgaben von Fleisch, Bier und Gas zu erheben, (vorerst bis zum Jahre 1881). In Verbindung mit den Debatten über die Steuergesetze stand der vom Abgeordneten Mayer gestellte Antrag, wonach, im Anschluß an das demokratische Prinzip und Programm, den Gemeinden gestattet sein solle, ihren Steuerbedarf durch eine direkte, auf der Grundlage der Fassion zu erhebende, aus dem gesamten Vermögen und aus dem gesamten Einkommen zu entrichtende Steuer zu decken. Mayer begründete seinen Antrag besonders mit Hinweisung auf den Kanton Neuchâtel, wurde aber von Mohl belehrt, daß gerade diese Hinweisung eine sehr unglückliche sei, da es kein abschreckenderes Beispiel der Unsittlichkeit, des Unrechts und des Betruges gebe als das dortige direkte Steuersystem. Der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung wurde in der Sitzung vom 6. Juli mit 72 gegen 14 Stimmen angenommen. Am 12. Juli wurden die Kammern aufs neue vertagt, jedoch noch einmal zu einer kleinen Session, die vom 22. November bis zum 22. December dauerte, einberufen. In Folge der inzwischen in Kirchheim, Dehringen und Rottweil vorgenommenen Neuwahlen erhielt die deutsche Partei einen Zuwachs von 3 Mitgliedern. Der specielle Zweck der Einberufung war die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer, welcher sich an das Beamtengesetz vom 28. Juni 1876 anschließen und die in einer Reihe von Gesetzen zerstreuten Normen für die Dienstverhältnisse der Volksschullehrer in einem einheitlichen Gesetz zusammenfassen sollte. Daran reihte sich ein Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen. Beide Gesetzentwürfe wurden von der zweiten und ersten Kammer in einer den Lehrern und Lehrerinnen günstigen Fassung angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Lenz, wonach Strafurtheile wegen Vergehungen bezüglich der Bereitung von Nahrungsmitteln oder bezüglich des Gebrauchs von Maß

und Gewicht durch den Gemeinderath öffentlich bekannt zu machen seien, falls dies durch Gründe des öffentlichen Wohles geboten sei, wurde gleichfalls von beiden Kammern angenommen.

Das königliche Haus erlitt zwei schmerzliche Verluste: am 27. Januar starb Herzog Eugen von Württemberg in Düsseldorf, wohin er einige Wochen vorher übergesiedelt war, um für die Dauer von 2 Jahren in dem dortigen Husarenregiment die Stellung als etatsmäßiger Stabsofficier zu übernehmen. Er hinterließ eine junge Wittve, die Frau Herzogin Vera, Großfürstin von Rußland, und zwei Kinder; am 3. Juni starb im Haag die Königin Sophie von Holland, eine Halbschwester des Königs Karl von Württemberg. Ein erfreuliches Ereigniß war die Vermählung des Prinzen Wilhelm, eines Neffen des Königs, mit der Prinzessin Marie von Waldeck. Die Vermählung wurde am 15. Februar in Arolsen gefeiert, und am 22. Februar hielt das neuvermählte Paar seinen Einzug in der freudig erregten Residenzstadt Stuttgart. An der vierten Säcularfeier, welche die Landesuniversität Tübingen am 9. August und den folgenden Tagen begiebt, nahmen König und Königin und Prinz Wilhelm Antheil. Das vom Könige am 10. August in seinem Tusculanum zu Bebenhausen gegebene Fest war die Perle dieser Säcularfeier, welche eine ungeheure Menschenmenge aus Nah und Fern in der Neckarstadt vereinigte.

Bei den Reichstagswahlen vom 10. Januar wurden in Baiern 31 Klerikale und 17 Liberale gewählt, während bei der vorigen Wahl 32 Klerikale 16 Liberalen gegenübergestanden waren. Letztere hatten den Wahlkreis Schweinfurt gewonnen. Die statistische Zusammenstellung sämtlicher abgegebenen Stimmen gab das Resultat, daß in Baiern für das Centrum 395,254 Stimmen abgegeben wurden, für die nationalliberale Partei 242,660, für die Fortschrittspartei 42,246, für die Socialdemokraten 26,354, für die Deutsch-Konservativen 19,175 für die Volkspartei 329. Im klerikalen Lager der bairischen „Patrioten“ brachen kompromittirende Spaltungen aus. Der linke Flügel derselben, gleichfalls auf Unfehlbarkeit Anspruch machend, wollte sich die Unterordnung unter Dr. Jörg's Commando nicht mehr gefallen lassen. Der Journalist Dr. Sigl und der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Ritterer stellten der „patriotisch-konservativen“ Partei Jörg's eine „katholische Volkspartei“ entgegen, deren kirchlich-politisch-sociales

Programm an Radikalismus nichts zu wünschen übrig ließ. Kaum aber hatte sich diese Partei, welche mit der Gründung des „deutschen Kirchenstaates“ innerhalb der bairischen Grenzen Ernst machen wollte, konstituiert, so brachen zwischen Rittler, welcher nach München übergesiedelt war und die „Katholische Fahne“ herausgab, persönliche Eifersüchteleien und Streitigkeiten aus. All diese Wäſche wurde in den Preſſorganen der ſtreitenden Parteien mit einer nicht beneidenswerthen Offenheit ausgewaſchen. Um ſeiner Partei einen vatikanischen Nimbus zu geben, reiſte Sigl im Mai nach Rom. Er hatte bereits 54,000 Mark dahin geſandt, die er als Peterspfennig in Baiern geſammelt hatte. Auf dies hin hoffte er, eine Audienz beim Papſte und für die katholiſche Volkspartei den Segen und ebendamit eine Rechtfertigung und ein Gutheißen ſeines kirchlich-politiſchen Auftretens zu erhalten. Aber er kam nicht nur aus Rom zurück, ohne den Papſt geſehen und den Segen erhalten zu haben, ſondern es wurde auch dem Ausſchuß der Partei die private Mittheilung des päpſtlichen Staatsſekretärs gemacht, daß der Papſt, obwohl er die Sache und das Programm der Partei billige, doch wegen der im Comité befindlichen „Perſönlichkeiten“ den Segen nicht ertheilen könne. Trogdem wählte die Generalverſammlung der katholiſchen Volkspartei in Stadthof am 17. Juni ihr ſeitheriges Comité, Sigl mit eingeschloſſen, wieder. Der empfindlichſte Schlag für letzteren war aber, daß ſein Antipode Jörg aus Anlaß des 25-jährigen Beſtehens der von ihm redigirten „Hiſtoriſch-politiſchen Blätter“ ein Anerkennungsſchreiben des Papſtes mit dem apoſtoliſchen Segen erhielt. Trog dieſes päpſtlichen Zeugniſſes konnte Jörg nicht die gewünſchte Diſciplin im Patriotenklub aufrecht halten. Vier Mitglieder deſſelben (Haſenbrädl, Frank, Diendorfer, Raſinger) entzogen ſich ſeinem Regiment und erklärten ihren Austritt aus dem Klub. Der Letztgenannte, zugleich Prieſter und Reichstagsabgeordneter, ſah ſich freilich, da er wegen eines unſittlichen Attentats in Unterſuchung gezogen wurde, im November genöthigt, ſein Mandat als Landtagsabgeordneter niederzulegen.

In der Nuntiatur zu München trat ein Perſonenwechſel ein. Nuntius Bianchi hatte zwei Jahre in München gegen das Miniſterium Luß und gegen die Reichsregierung Maulwurfsthätigkeit geübt, aber im weſentlichen nichts erreicht. Seine letzte That war der aus München hervorgegangene Proteſt gegen den italieniſchen

Kanzelparagraphen. An der Spitze der 64 Protestirenden stand der Vorstand des katholischen Kasino's in München Graf Ludwig v. Arco-Zinneberg; die Namen Freiherr v. Loë, Mousang aus Mainz, Molitor aus Speier fehlten nicht unter dem Altentück, während Windthorst, Schorlemer-Mst und Jörg parlamentarische Klugheit übten und sich fernhielten. Im Vatikan glaubte man, die Nuntiatur mit einer frischen, nach keiner Seite bloßgestellten Kraft besetzen zu müssen, berief Bianchi nach Rom zurück als Sekretär der Kongregation der Bischöfe und geistlichen Orden und ernannte den Sekretär der Kongregation der Propaganda, Aloisi Masella, zum apostolischen Nuntius in München. Dieser wurde am 30. Juni von dem Minister des Auswärtigen, v. Pfretschner, im Auftrag des Königs empfangen und seine Beglaubigungsschreiben entgegengenommen. König Ludwig empfing den Nuntius erst am 12. November, wobei der altkatholische Oberceremonienmeister Graf Moy die erstaunte Eminenz einzuführen hatte. Die längst erledigten Bischofsstühle von Würzburg und Speier waren immer noch nicht besetzt, da die Kurie die von der bairischen Regierung vorgeschlagenen Kandidaten ablehnte. Der für Würzburg vorgeschlagene Prior Ambrosius Käs resignirte freiwillig und gab der Regierung wieder freie Disposition. Diese beeilte sich nicht mit neuen Vorschlägen, zumal sie an dem Vorgange Preußens sah, wie gut es sich auch ohne Bischöfe leben lasse. Durch den am 24. Oktober erfolgten Tod des Erzbischofs von München-Freising, Gregor v. Scherr, wurde der dritte Bischofsstiz vakant. Das Domkapitel in München wählte den Domkapitular Rampf zum Bisthumbewerber. Der Magistrat der Stadt München faßte am 1. Juni einen Beschluß, der aufs neue dessen nationale Gesinnung kundgab. Deutsche Pilger, unter welchen die Bischöfe von Münster, Paderborn, Mainz, Regensburg und Eichstädt, viele andere Geistliche und Adelige sich befanden, hatten am 17. Mai, unter Anführung des Ex-Erzbischofs Melchers von Köln und des Baron von Loë, dem Papste zwei Gratulationsadressen überreicht. Dieser erwiderte darauf unter anderem: „In unseren Tagen habe ich von ehrlichen und guten preussischen Katholiken sagen hören, daß es nothwendig sei, daß jemand komme, um die zu sehr der Trägheit hingegebenen Völker aufzurütteln. Gott hat sich in der That erhoben, und er hat eine Geißel angewandt, wie er eine solche vor vielen Jahrhunderten



gebrauchte. Damals bediente er sich eines Attila, um die Völker zu erwecken, und heute hat er mit einem neuen Attila das edelmüthige deutsche Volk aufgeweckt. Dieser neue Attila, welcher zu zerstören glaubte, hat inzwischen aufgebaut. Dieser neue Attila, welcher auf jegliche Weise die Religion Jesu Christi von der Erdoberfläche verschwunden sehen wollte, hat in euch den Glauben an dieselbe neu gestärkt.“ Ob der Papst den deutschen Kaiser oder den Fürsten Bismarck als den neuen Attila bezeichnen wollte, ist nicht zu ermitteln; in jedem Falle sagte er der deutschen Reichsregierung das Schlimmste und Beleidigendste, das ihm möglich war. Zur Feier des 50-jährigen Bischofsjubilaums des Papstes wollte das erzbischöfliche Ordinariat in München am 10. Juni eine Procession daselbst veranstalten. Dazu hatte es aber die Erlaubniß des Magistrats von München nöthig. Dieser erklärte in seiner Sitzung vom 1. Juni mit allen gegen 1 Stimme, daß die von dem Papste gebrauchten Worte ein Schlag in das Gesicht der deutschen Nation seien; daß zur Feier eines Mannes, der sich solche Beleidigungen und Verwünschungen gegen die höchstgestellten und höchstgefeierten Männer der deutschen Nation erlaube, die Straßen und Plätze der Hauptstadt Baierns nicht zur Verfügung gestellt werden dürften; daß also das Gesuch des Ordinariats nicht gewährt werden könne. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die bairische Regierung dieses Tempo sich angeeignet, ihren Gesandten im Vatikan, den Grafen Baumgarten, abberufen und dem Nuntius seine Pässe zugestellt hätte. Es heißt denn doch dem Deutschen Reiche viel zumuthen, wenn nach solchen Vorgängen ein Partikularstaat den diplomatischen Verkehr mit dem Vatikan noch heibehält!

Der Landtag wurde am 2. Juli durch den Prinzen Luitpold eröffnet. Am 3. Juli wählte der Reichsrath zum zweiten Präsidenten Freiherrn von Schrenk (der erste Präsident, welcher vom König ernannt wird, ist seit Jahren Graf von Stauffenberg), die zweite Kammer zum ersten Präsidenten mit 78 gegen 74 (auf Freiherrn v. Stauffenberg fallende) Stimmen Freiherrn v. Dv., zum zweiten Präsidenten den Oberappellationsrath Kurz. Auch die 4 Schriftführer wurden ausschließlich aus der ultramontanen Partei genommen. Die Regierung legte Gesekentwürfe über den Militäretat und über Abänderung des Etatsjahres für die Militärverwaltung vor. Nach letzterem sollte, den Einrichtungen des

Deutschen Reiches entsprechend, künftig der Militäretat dem Landtag jährlich vorgelegt werden. Der Jahresbedarf für denselben betrug 42,772,240 M., um  $1\frac{1}{3}$  Mill. mehr als im Jahre 1876. Der zweite Gesetzentwurf wurde dem Finanzausschuß überwiesen, der Militäretat vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 kam sofort zur Berathung. In der Sitzung vom 13. Juli klagte der Abgeordnete Schels über das Steigen der Militärausgaben und sagte, die Finanzen Baierns seien seit 1871 im Niedergang begriffen; Hafensbrädl beantragte die Zurückziehung der in Meß liegenden 6 Bataillone nach Baiern, andere jammerten über die lange Präsenzzeit. Ihnen erwiderten die Liberalen Schauf, Schlör, Frankenburg und die Minister der Finanzen und des Krieges. Der Referent Frankenburg machte die klerikalen Politiker darauf aufmerksam, daß die Höhe des Militäraufwands und die Dauer der Dienstzeit nicht im bairischen Landtag, sondern im Reichstag bestimmt würden; der Finanzminister bestritt die Behauptung, daß die bairischen Finanzen im Rückgang begriffen seien, und gab, für den Fall einer mäßigen Steuererhöhung, zu bedenken, daß seit 20 bis 30 Jahren die Steuerquote unverändert geblieben, seitdem aber der Werth des Geldes um die Hälfte gesunken sei, so daß faktisch die Steuerzahler nur halb so viel leisten als damals; der Kriegsminister machte die Eröffnung, daß er, falls die 6 Bataillone aus Meß abberufen würden, sofort einen außerordentlichen Kredit zur Erbauung neuer Kasernen fordern und bis zu deren Vollendung die Mannschaft zu den Bürgern ins Quartier legen müßte. Auf solche Aussichten hin verstummten die Einwendungen, und der Militäretat wurde am 14. Juli nach den vom Kriegsminister gebilligten Anträgen des Finanzausschusses einstimmig genehmigt. Der Reichsrath erledigte noch am nämlichen Tage den Gegenstand ohne Diskussion und gleichfalls einstimmig, worauf in der Abendsitzung der Landtag vertagt wurde. Am 28. September trat die zweite Kammer wieder zusammen. Finanzminister Berr legte das Budget für 1878 bis 1879 vor, welches, den Militäretat nicht mitgerechnet, an Einnahmen und Ausgaben 227,551,220 Mark betrug, was 11,636,659 Mark mehr ausmachte als in der laufenden Finanzperiode. Da aus den früheren Jahren kein Ueberschuß zu erwarten war, so erklärte der Finanzminister eine Erhöhung der direkten Steuern um 40 Procent für unabweisbar. Die Inter-

pellation wegen der Unterschleife bei der Filiale der königlichen Bank in Bamberg beantwortete der Finanzminister am 10. Oktober mit dem Geständniß, daß die Veruntreuungen des Beamten allerdings gegen 2,400,000 M. betrügen, und mit dem Versprechen, daß künftig die strengste Controle stattfinden werde. Auf die Interpellation des Abgeordneten Schels, ob das Ministerium nicht dem gegenwärtigen Landtag einen Entwurf zur Reform des Abgeordnetenwahlgesetzes vorlegen werde, antwortete der Minister des Innern, v. Pfeufer, am 24. Oktober, daß, nachdem zuerst der Vorschlag der Regierung, im vorigen Jahre der Initiativantrag des Abgeordneten Jörg an den Ansprüchen der Patriotenpartei gescheitert sei, die Regierung es für unmöglich halte, mit dieser Kammer ein neues Wahlgesetz zu vereinbaren. In der Sitzung vom 6. November kamen bei Berathung des Budgets des auswärtigen Ministeriums drei Anträge zur Debatte. Der Abgeordnete Herz beantragte die Aufhebung aller außerdeutschen Gesandtschaften. Minister v. Pfretschner betonte das durch die Verträge garantirte Recht der Gesandtschaft und glaubte nicht an die Möglichkeit von Differenzen zwischen dem deutschen und dem bairischen Gesandten bei einer auswärtigen Regierung, da die Instruktionen des letzteren immer von der Reichstreue des bairischen Ministeriums diktiert seien. Mit 98 gegen 43 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Der Abgeordnete Mittler stellte den Antrag auf Abstrich des Dispositionsfonds für den Minister. Denjenigen Abgeordneten gegenüber, welche eine Controle dieses Fonds oder wenigstens eine vertrauliche Rechnungsnachweisung an den Ausschuß oder den Referenten verlangten, erklärte der Minister, daß er einen Dispositionsfonds, über den er nicht frei disponiren könne, gar nicht zu haben wünsche, daß aber die Mehrheit die Verantwortung dafür, daß künftig den Armen und Unglücklichen nicht mehr geholfen werden könne, auf sich nehmen müsse. Die Mehrheit nahm dies mit leichtem Herzen auf sich und lehnte die Ergänz. für den Dispositionsfonds mit 73 gegen 68 Stimmen ab. Der vom Finanzausschusse gestellte Antrag verlangte, daß die Position für Orden von 6000 M. auf 4000 M. herabgesetzt werden solle. Der Minister warnte die Kammer, ein Kronrecht im engsten Sinne des Wortes anzutasten, und behielt sich vor, jede die bewilligte Summe überschreitende Ausgabe zu bestreiten. Trotzdem

bewilligte die Mehrheit nur 4000 M. Die Debatte über den Etat der Forstverwaltung gestaltete sich zu einem interessanten Konflikt, da die Aufhebung der Forstschule in Wschaffenburg und deren Vereinigung mit der Universität München vom König bereits verordnet war, die klerikale Mehrheit des Finanzausschusses dagegen diese Maßregel dadurch unmöglich machen wollte, daß sie den Antrag stellte, die Mittel für Verlegung jener Anstalt nach München zu verweigern und die frühere Exigenz für den Bestand der selbstständigen Schule in Wschaffenburg, ausdrücklich für diesen Zweck, in das Budget aufzunehmen. Vergebens erklärte der Minister, daß die Sache durch die königliche Verfügung bereits entschieden sei; vergebens sprach der Reichsrath Professor Bözl in einem besonderen Gutachten, das in der Kammer verlesen wurde, dieser die absolute Verpflichtung zu, die geforderten Mittel zu gewähren; vergebens warnte Bözl in einer trefflichen Rede die Mehrheit, ihre Kompetenz nicht zu überschreiten, lieber den Weg des Kompromisses als des Konflikts zu betreten: mit 78 gegen 75 Stimmen wurde am 23. November der Vorschlag der Regierung verworfen und der Antrag des Ausschusses angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Strauß, die Besoldungen der Volksschullehrer in der Weise zu erhöhen, daß der geringste Gehalt eines Lehrers in Gemeinden von mehr als 10,000 Seelen 1400 M., in Gemeinden von 2500 bis 10,000 Seelen 1200, in den Gemeinden von geringerer Einwohnerzahl 1000 M. betragen solle, wurde von der klerikalen Mehrheit, welche den mit der Herrschaft der Geistlichen unzufriedenen Lehrern nicht freundlich gesinnt war, am 5. December mit 76 gegen 72 Stimmen abgelehnt. Den heftigen Kämpfen mit den „Klerikaldemokraten“, wie der Abgeordnete Frankensburger die Ultramontanen nannte, waren die Gesundheitsverhältnisse des Finanzministers Berr nicht gewachsen. Er nahm daher seine Entlassung, und der König bewilligte sie ihm am 23. November. Der an seine Stelle ernannte Ministerialdirector v. Landgraf lehnte aus Gesundheitsgründen ab, worauf am 26. November Ministerialdirector v. Riedel zum Finanzminister ernannt wurde. Sigl schrieb hierüber schadenfroh in seinem „Vaterland“: „O Schrecken! o Jammer! Derjenige ist ernannt, den die Patrioten am meisten fürchten, der in Berlin, so zu sagen, wie das Kind im Hause gilt, und der, was die nöthigen Tugenden eines in Berlin und dem Libera-

lismus wohlgefälligen bairischen Ministers betrifft, den älteren Excellenzen noch um einige Kilometer voraus ist.“ Da er der Sohn eines protestantischen Pfarrers, die rechte Hand des Ministers Pfeufer und entschiedener Liberaler war, so waren alle katholischen Blätter über die Bedeutung dieser Ernennung einig. Ein großer Verlust für die liberale Partei war der Entschluß des Freiherrn von Stauffenberg, sein Mandat als Landtagsabgeordneter niederzulegen. In einem von Berlin datirten Schreiben vom 9. November theilte er dem Kammerpräsidium seinen Entschluß mit, denselben damit motivirend, daß ihm die Verhältnisse nicht gestatteten, sein Doppelmandat als Mitglied des Reichstags und der bairischen Abgeordnetenkammer, noch ferner auszuüben. Die Kammermehrheit, froh, von einem solchen Gegner befreit zu sein, widmete dem Manne, welcher eine so glänzende parlamentarische Thätigkeit hinter sich hatte und Kammerpräsident gewesen war, kein Wort der Anerkennung und gieng geschäftlich über das Schreiben weg.

## Rußland, Türkei und Griechenland.

Göthe sprach, wie es in den Unterhaltungen mit dem Kanzler Müller vom 18. November 1824 heißt, über die orientalische Frage folgende Worte: „Aus Europa kann man nun einmal die Türken doch nicht treiben, da keine christliche Macht Konstantinopel besitzen darf, ohne Herr der Welt zu werden, aber beschneiden, reduciren kann man die türkische Macht in Europa, soweit als die griechischen Kaiser in den letzten zwei Jahrhunderten.“ Nach diesem Göthe'schen Recept verfuhrn die russischen Staatsmänner des Jahres 1877. Es war bald sichtbar, daß es noch nicht möglich sei, die Türken von dem Boden Europa's zu verjagen und nach Asien hindrängen; aber ihre Macht einzuengen und zu beschränken, die Möglichkeit zur Veranstaltung von Christen-Megeleien ihnen mehr und mehr abzuschneiden, aus dem Zustand der Herrschenden sie in den minder günstigen der Beherrschten zu versetzen, das ließ sich wohl bei einigem guten Willen und kriegerischem Nachdruck ausführen. Noch in den ersten Tagen des Jahres trat das Osmanenthum mit souveränem Selbstgefühl auf. Die Konferenz der Groß-

mächte tagte in Konstantinopel. Die Diplomaten derselben hatten sich in einer Vorkonferenz über die der Pforte zu machenden Vorschläge geeinigt. Am 23. December 1876 waren dieselben den türkischen Bevollmächtigten, Savfet Pascha und Edhem Pascha, überreicht worden. Diese erklärten in den beiden folgenden Sitzungen am 28. und 31. December, daß sie diejenigen Vorschläge, welche die Unabhängigkeit der türkischen Regierung illusorisch machten: die Bestätigung der Gouverneure durch die Großmächte, die Einsetzung einer internationalen Ueberwachungskommission und die Aufstellung eines auswärtigen Gensdarmiericorps, in keinem Falle annehmen und ein Gegenprojekt, das mit der am 23. December proklamirten neuen Verfassung im Einklang stände, ausarbeiten würden. In der Sitzung vom 1. Januar waren diese türkischen Gegenanschläge der Gegenstand der Diskussion. Die Bevollmächtigten der Großmächte fanden es unerklärlich, daß mehrere ihrer Konferenzvorschläge einfach abgelehnt worden seien, ohne daß ein Amendement an ihre Stelle gesetzt sei. Ignatjew erklärte, daß er den speciellen Auftrag habe, in die Berathung eines Projectes, welches mit den Vorschlägen der Mächte nicht übereinstimme, gar nicht einzugehen. Es war bereits klar, daß diese Konferenz, in welcher die beiden einander gegenüberstehenden Parteien von ganz entgegengesetzten Standpunkten ausgingen, zu keinem positiven Resultate gelangen würde. Die Großmächte wollten sich ganz bedeutende Eingriffe in die türkische Verwaltung erlauben, wie sie sich kaum ein Mittelstaat gefallen ließe, und doch hatten sie, angesichts der sprichwörtlichen Mißwirthschaft und besonders der in Bulgarien verübten Schandthaten, nicht nur ein Recht hiezu, sondern geradezu eine Pflicht; die Pforte umgekehrt pochte darauf, daß sie durch den Pariser Vertrag von 1856 in das europäische Concert aufgenommen worden sei, daß sie so wenig als eine andere Großmacht sich ihre Souveränität schmälern und durchlöchern lasse, und daß, nachdem eine und dieselbe parlamentarische Verfassung sämtliche Glieder der „ottomanischen Nation“ umfasse und dieselben zu einer einzigen Staatenfamilie vereinige, den christlichen Unterthanen der Pforte keine Art von Freiheit vorenthalten bleibe. Im übrigen vertraute die Pforte auf die Uneinigkeit und Eifersucht der Großmächte. War dieselbe auf einige Augenblicke zurückgetreten, so lange ihre Bevollmächtigten in einer philanthropischen

Konferenz beisammen saßen, so war doch andererseits sicher, daß die alte Zwietracht mit aller Macht wieder hervortreten würde, wann gegen die störrige Pforte Zwangsmaßregeln angewandt werden sollten. Schon die Drohung mit solchen hatte ja zur Folge gehabt, daß England das Berliner Memorandum vom Mai 1876, welches von fünf Großmächten gebilligt worden war, zurückwies. So glaubte die Pforte sicher zu sein, daß sie, wenn sie auch alle Vorschläge oder wenigstens die wesentlichsten zurückweise, doch nicht eine Exekution Europa's, nicht einmal ein zweites Navarino, sondern höchstens einen Krieg mit Rußland würde zu fürchten haben. Da aber der letzte orientalische Krieg so günstig für die Pforte ausgefallen war, so schreckte diese vor einer neuen Auflage desselben nicht zurück, zumal sie auch diesmal auf Englands Hilfe hoffte. Die Heldenthat, daß die Pforte dem vereinigten Europa Trost bot und dessen Vorschläge in den Papierkorb warf, war daher bei näherer Erwägung der Sachlage nichts weniger als staunenswerth. Von vier der Großmächte wußte sie, daß sie das Schwert nicht ziehen würden; von der fünften war sie überzeugt, daß dieselbe Humanitätsphrasen im Munde führen und nach ihrem Baumwoll-Interesse handeln werde; so blieb also von dem großen Europa nur Rußland übrig als der einzige Staat, der bereit war, von der Theorie zur Praxis überzugehen.

Die weiteren Sitzungen hatten, da jeder Theil das Programm des anderen verwarf, einen mehr psychologischen als politischen Werth. In der fünften Sitzung, am 4. Januar, gieng Savfet Pascha die Vorschläge der Großmächte der Reihe nach durch und begründete ihre Ablehnung. Marquis v. Salisbury entgegnete ihm, daß die Pforte zwar viel von den Reformen in der Verwaltung Bulgariens spreche, aber kein Wort von den Garantien gegen eine schlechte Verwaltung sage. In der sechsten Sitzung vom 8. Januar sahen sich die türkischen Bevollmächtigten sehr in die Enge getrieben. Von allen Seiten wurde verlangt, sie sollten endlich einmal angeben, was für Bürgschaften für eine künftige gute Verwaltung sie denn eigentlich zu bieten vermöchten. Ebdem Pascha brachte nichts Verständigeres heraus als: „moralische Bürgschaften, gegründet auf das Gefühl der türkischen Regierung für ihre Interessen und ihre Pflicht.“ Man mußte von dem, was in den letzten Jahren geschehen war, viel vergessen, um an ein Ge-

fühl der Pforte für ihre Pflicht glauben zu können. Savfet Pascha gieng etwas weiter und machte den Vorschlag, die Pforte könnte ja ein Protokoll unterzeichnen, in welchem sie sich verpflichten würde, die Reformen gewissenhaft durchzuführen. Ignatjew und Graf Chaudorby entgegneten ihm, an der Loyalität der Pforte zweifle niemand, wohl aber daran, ob sie im Stande sein werde, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Die beiden Pascha's wußten sich nicht mehr anders zu helfen, als daß sie sich weitere Bedenkzeit erbaten, um die Frage noch einmal zu studiren. Das Resultat dieses Studiums legten sie in der siebenten Sitzung vom 11. Januar vor. Savfet Pascha beschwerte sich über England, das in seinen früheren Vorschlägen nichts von Bürgschaften erwähnt habe, und bezeichnete die konstitutionelle Staatsform, welche nun im osmanischen Reich eingeführt sei, als die beste Bürgschaft gegen Willkürakte. Die Frage, ob also die Pforte die Einsetzung einer internationalen Kommission und die Bestätigung der Gouverneure durch die Großmächte für einen gewissen Zeitraum, für 4 oder 5 Jahre, ablehne, bejahten die Pascha's und wollten höchstens ein aus Muhamedanern und Christen zu bildendes Gensdarmiericorps, das von europäischen Officieren befehligt würde, zugestehen und die Tscherkessen künftig nicht mehr in Masse in Europa sich ansiedeln lassen. Als aber Graf Bichy fragte, ob sie diese Zugeständnisse nicht gleich schriftlich geben wollten, verneinten sie es. Die Bevollmächtigten der Großmächte beschloßen nun, in einer abgesonderten Sitzung die Vorschläge der Vorkonferenz noch einmal zu prüfen, dabei bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit zu gehen und dieses neu redigirte Programm als das Ultimatum Europa's der Pforte, zur Annahme oder Verwerfung ohne Diskussion, vorzulegen. In der achten Sitzung am 15. Januar wurden diese „ermäßigten“ Vorschläge den türkischen Bevollmächtigten vorgelegt und Salisbury übernahm die Begründung derselben: „Man habe im Jahre 1856 die Türkei in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen; aber die Verpflichtungen des Vertrags könnten keine einseitigen sein. Man habe in demselben auf jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei verzichtet, dabei aber gehofft, daß der Sultan den uneigenmüthigen Rathschlägen der Mächte stets ein geneigtes Ohr leihen werde. Wenn die Konferenz sich trenne, ohne daß der Sultan und seine



Minister auf den Rath der Mächte hören wollten, so würde die Stellung der Türkei zu Europa eine ganz andere und sehr gefährdete werden. Das Gewissen Europa's würde dadurch beunruhigt werden, daß es keinen Einfluß mehr in der Türkei hätte. Die Pforte möge bedenken, welche schlimme Folgen ein solcher Umschwung der öffentlichen Meinung Europa's für sie haben müßte. Es sei seine Pflicht, die britische Regierung von jeder Verantwortung zu befreien, und er erkläre daher feierlich, daß England entschlossen sei, weder einer schlechten Verwaltung noch der Unterdrückung seine Zustimmung zu geben. Die Verantwortung für die Hartnäckigkeit der Pforte falle ausschließlich auf den Sultan und seine Rathgeber zurück. Das Resumé, das er nun vortragen werde, sei die letzte Mittheilung. Lehne die Pforte ab, so würden die Vertreter der sechs Großmächte die Konferenz als geschlossen betrachten und nebst den außerordentlichen Bevollmächtigten Konstantinopel verlassen.“ Darauf las Salisbury das Resumé vor, welches folgende Bedingungen der Mächte enthielt: „für Montenegro die Annexion der Distrikte Banjani, Piva mit Nikšić, Spuz u. s. w. und freie Schiffahrt auf dem Bojana-Fluß; für Serbien die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege nebst einer Regulirung der serbisch-bosnischen Grenze durch eine Schiedsrichter-Kommission; für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien Ernennung der Gouverneure auf 5 Jahre mit Zustimmung der Großmächte, Provinziallandtage mit dem Rechte, die Steuern zu vertheilen und einzutreiben, Abschaffung der Steuerverpachtung, Nachlaß der Steuerrückstände, volle Glaubensfreiheit und Schutz gegen gewaltsame Befehrungen, Einführung der Landessprache neben der türkischen in Justiz und Verwaltung, Abschaffung der unregelmäßigen Truppen, Bildung einer Miliz und einer aus Christen und Muhamedanern im Verhältniß zur Bevölkerung zusammengesetzten Gensdarmarie, Verbot der Tscherkessensiedlungen, allgemeine Amnestie für die aus politischen Gründen verurtheilten Christen, Durchführung aller dieser Bestimmungen binnen 3 Monaten und Einsetzung zweier von den Mächten zu ernennenden Aufsichtskommissionen.“ Savjet Pascha erwiderte, er erkenne gerne an, daß dieses Resumé in mehreren Punkten Zugeständnisse an die Pforte enthalte, und diese sei bereit, auf Grund dieser ermäßigten Vorschläge weiter zu verhandeln, falls die zwei anstößigen Punkte, die Mitwirkung der Großmächte

bei der Ernennung der Gouverneure und die Einsetzung einer internationalen Kommission, aus dem neuen Programm gestrichen würden. Salisbury erklärte, dazu seien die Vertreter der Großmächte nicht ermächtigt. Darauf baten die türkischen Bevollmächtigten um weitere Frist bis zum 20. Januar, um einen definitiven Entschluß fassen zu können.

Die Pforte fühlte die Schwierigkeit ihrer Lage. Nahm sie das Resumé nebst den zwei fatalen Bedingungen an, so dankte sie als selbständige, souveräne Macht ab, fügte sich unter das Joch einer europäischen Kuratel und öffnete den Protesten und Interventionen der Großmächte Thüre und Thor; lehnte sie das Programm ab, so wurde sie von ihren Freunden verlassen und gab ihren Feinden einen legitimen Vorwand zum Krieg. Das Ministerium wollte die Verantwortung für die Entscheidung dieser wichtigen Frage nicht allein auf sich nehmen und zugleich im Stande sein, auf den Willen der ottomanischen Nation sich berufen zu können, daher sie auf den 18. Januar den außerordentlichen Großen Rath nach Konstantinopel zu einer Sitzung berief. Alle türkischen Würdenträger, die Vertreter der christlichen Kirchen und der jüdischen Gemeinden wurden eingeladen. Um die Christen günstig zu stimmen, machte Midhat Pascha dem griechischen Patriarchen einen officiellen Besuch, was eine seltene Auszeichnung war. Der griechische und der armenische Patriarch, der bulgarische Exarch und der Großrabbiner schickten Delegirte in die Sitzung. 215 Personen waren anwesend. Midhat Pascha setzte die politische Lage auseinander. Es handle sich darum, ob der Große Rath der Regierung zur Annahme oder zur Ablehnung der Konferenzvorschläge rathe. „Im Falle der Ablehnung werden die Vertreter der sechs Großmächte und ihre Specialdelegirten Konstantinopel verlassen. Wie uns England und Frankreich mitgetheilt haben, werden sie uns wohl nicht den Krieg erklären; sie werden aber auch nicht mit uns sein. Wir haben von diesen beiden Mächten nichts zu hoffen. Was Oestreich-Ungarn betrifft, so ist es für den Augenblick neutral. Es ist aber zu vermuthen, daß diese Macht in Zukunft sich mit Rußland verständigen werde. Unsere Lage ist klar. Geben wir den Vorschlägen der Konferenz nach, so riskiren wir, unsere Unabhängigkeit zu verlieren. Die Frage ist eine der schwierigsten und verdient Ihre ernste Aufmerksamkeit. Möge jeder von Ihnen

frei seine Ansicht aussprechen!“ Nachdem Midhat die ermäßigten Vorschläge der Konferenz vorgelesen hatte, erwiderte der frühere Großvezier, Mehemed Ruscchi: „Ein Staat, welcher nicht seine Unabhängigkeit hat, kann nicht bestehen. Weisen wir demnach die uns von Europa gemachten und auf den Verlust unserer Unabhängigkeit abzielenden Vorschläge zurück und bringen wir alle Opfer, um unsere Rechte zu wahren! Ich stimme daher für die absolute Verwerfung der Konferenzvorschläge.“ Als noch andere in gleichem Sinne sich geäußert, sagte Midhat: „Jetzt haben wir die Meinung der muselmännischen Ottomanen vernommen; hören wir jetzt die Ansichten der nicht-muhamedanischen Ottomanen!“ Der Grieche Sawa Pascha erklärte: „Die Nichtmuselmänner haben ein Vaterland mit den Muselmännern. Beide werden lieber bis auf den letzten Mann ihr Leben hergeben als diese Vorschläge annehmen.“ Die anderen christlichen Redner stimmten ihm bei. Zuletzt forderte Midhat diejenigen, welche für die Annahme seien, auf, sich zu erheben. Keiner erhob sich. Darauf rief Abeddin Bey, der kaiserliche Börsenkommissär, Midhat zu: „Hoheit! Sie können ein Jahrhundert warten, und niemand wird sich erheben.“ Die ganze Versammlung klatschte Beifall. Jeder wollte seinen Namen zuerst unter das Protokoll setzen. Manche schludzten und weinten.

Dieses Ergebnis theilte Savfet Pascha in der neunten und letzten Sitzung, am 20. Januar, der Konferenz mit, erklärte aufs neue die Bereitwilligkeit der Pforte, das ermäßigte Programm der Konferenz, ohne jene zwei Punkte, anzunehmen, und schlug vor, statt letzterer zwei aus Christen und Muhamedanern gewählte Kommissionen, eine für Bosnien und die Herzegowina, die andere für die Bijazets der Donau und von Adrianopel (Bulgarien) zu ernennen, welche die Durchführung der Verfassung und die für die Bevölkerung getroffenen Hilfsmaßregeln überwachen sollten. Man erwiderte ihm, daß es sich für die Konferenz nicht um Einsetzung einer neuen Verwaltung und um deren Kontrolirung durch eine von der Pforte beeinflusste Kommission handle, sondern um Erzielung ehrlicher Bürgschaften gegen schlechte Verwaltung in den aufständischen Provinzen; alles was die Pforte vorschlage, seien keine Bürgschaften gegen eine solche; gerade die beiden von der Pforte abgelehnten Punkte gewährten eine Bürgschaft und könnten

daher von der Konferenz um keinen Preis aufgegeben oder durch etwas anderes ersetzt werden. Vergeblich erwiderte Savfet, er halte es für ungerechtfertigt, wegen der zwei Punkte die Konferenz abzubrechen. Graf Zichy und Baron Werther entgegneten, diese zwei Punkte seien gerade die wichtigsten des ganzen Programms. Ignatjew sagte in seiner Schlußrede, daß die Konferenz sich zwar nur mit der schlechten Verwaltung der südslavischen Provinzen beschäftigt habe, daß aber auch aus Thessalien, Epirus und Kreta viele Denkschriften und Petitionen bei der Konferenz eingelaufen seien, in welchen über unzählige Plackereien und über das Uebelwollen der türkischen Beamten geklagt werde. Darauf verließen die Bevollmächtigten der Großmächte den Sitzungsaal, unterzeichneten im österreichischen Botschaftshotel das Schlußprotokoll und schickten es am folgenden Tage den türkischen Bevollmächtigten zur Unterzeichnung zu. Am 25. und 27. Januar reisten die Botschafter und Bevollmächtigten von Konstantinopel ab. Savfet Pascha suchte in einem Rundschreiben vom 25. Januar das Verfahren der Pforte bei den Konferenzverhandlungen zu rechtfertigen, und sprach die Erwartung aus, daß Europa die Türkei nicht für den Mißerfolg derselben verantwortlich machen werde. Um mit den alten Beschwerdepunkten möglichst aufzuräumen, lud Midhat Pascha am 26. Januar die Fürsten von Serbien und Montenegro ein, zum Zweck der Friedensunterhandlungen Bevollmächtigte nach Konstantinopel zu senden. Bevor es zu Verhandlungen kam, wurde Midhat Pascha am 5. Februar seines Amtes als Großvezier entsetzt und auf einem Regierungsdampfer in die Verbannung geschickt. Savfet Pascha theilte in einem Rundschreiben vom 7. Februar an die Vertreter der Pforte mit, daß die Verbannung Midhat's auf Grund des § 113 der Verfassung erfolgt sei, wonach dem Sultan das Recht zustand, „diejenigen zu verbannen, welche die glaubwürdigen Organe der Polizei als die Sicherheit des Staates gefährdende Personen bezeichnet haben“; die Regierungspolitik erleide dadurch keine Veränderung. Der Sultan bestehe auf der Ausführung der in der Verfassung gewährleisteten Principien. Durch diese Erklärung war die Neugierde noch nicht befriedigt. Man fragte allgemein, wie es denn komme, daß der Sultan denjenigen Minister, welcher an staatsmännischer Kunst und an Willenskraft alle anderen übertraf, in einer für das tür-

tiſche Reich ſo gefahrdrohenden Zeit von ſich geſtoßen habe. Eben die Vorzüge dieſes Mannes ſcheinen die Gründe ſeines Sturzes geweſen zu ſein. Nicht nur andere Miniſter und Palaſtbeamte ſcheiner ſich gegenüber dem gewaltigen Großvezier unbehaglich geſühlt zu haben; auch Sultan Hamid, welcher in der Verfaſſung mehr eine neue Zimmerdecoration als eine Beſchränkung ſeiner großherrlichen Rechte ſah, fühlte ſich unangenehm berührt, wenn Midhat ſeine Miniſterverantwortlichkeit ſo ſehr hervorhob, die Conſequenzen der Verfaſſungsparagraphen zog und die Gelder der Staatskaſſe den begehrlichen Blicken der Serrailswirthſchaft zu entziehen ſuchte. Es bildete ſich gegen den Großvezier ein Complot, an deſſen Spitze Mahmud Damad Paſcha, der Schwager des Sultans, ſtand, ein Mann, der ſich indeſſen durch ſeine orientaliſche Genußſucht, durch ſeine Anmaßung und ſeine Unfähigkeit ausgezeichnet hatte. Er und der Kriegsminiſter Redif Paſcha brachten dem Sultan die Meinung bei, Midhat ſtehe an der Spitze einer Verſchwörung, welche den Zweck habe, den Sultan zu ſtürzen und den Großvezier zum Diktator zu machen. Der Sultan glaubte dieß gern, um ſich des unbequemen Miniſters entledigen zu können. Edhem Paſcha, biſher Botſchafter in Berlin, ein ruſſenfeindlicher Alttürke, welcher der ſchwierigen Situation nicht gewachſen war, wurde zum Großvezier ernannt. Doch war ſeither der Einfluß Mahmud Damad's der maßgebende.

Der Einladung zu Friedensverhandlungen entſprach Serbien ſofort. Am 20. Februar fand die erſte Konferenz zwiſchen den ſerbiſchen Delegirten und Savfet Paſcha ſtatt, und am 28. war das Einverſtändniß conſtatirt. Der Zuſtand vor dem Kriege ſollte wiederhergeſtellt, eine allgemeine Amneſtie erlaſſen, die beiderſeitigen Truppen ſofort hinter die alten Grenzlinien zurückgezogen, neue Befestigungen in Serbien nicht angelegt, die türkiſche Fahne in der Citadelle von Belgrad neben der ſerbiſchen aufgepflanzt werden. Am gleichen Tage wurde die Skuptſchina vom Fürſten Milan in Belgrad eröffnet und, nachdem ſie die Friedensbeſtimmungen genehmigt hatte, nach einer anderthalbstündigen Sefſion ſofort für geſchloſſen erklärt. Der Friedensvertrag wurde darauf am 1. März unterzeichnet. Mit Montenegro liefen die Unterhandlungen nicht ſo glatt ab. Die beiden Bevollmächtigten dieſes Staates trafen ſehr ſpät, erſt am 1. März, in Konſtantinopel ein. Bei den Ver-

handlungen mit Savfet Pascha verlangten sie die Abtretung mehrerer Distrikte in der Herzegowina und in Albanien im Umfang von etwa 40 Qu.-M., darunter auch die der Festung Nikšić und des Hafens Spizza. Savfet Pascha erklärte am 9. März diese Forderungen für unannehmbar und für unvereinbar mit der öffentlichen Meinung und wollte sich nur zu unbedeutenden Grenzberichtigungen, wobei auch montenegrinisches Gebiet zur Sprache kam, verstehen. Darauf ermäßigte zwar der Fürst von Montenegro seine Forderungen, aber an der Abtretung von Spizza und Nikšić hielt er fest. Der türkische Ministerrath verwarf auch diese Forderungen und beschloß, die Sache dem Parlament vorzulegen. Dieses wurde am 19. März im Palast Dolma-Bagdsche vom Sultan eröffnet. Der erste Sekretär des Sultans verlas die Thronrede, welche sehr lang war und den kühnen Satz aufstellte: „Die Macht und Stärke des osmanischen Reiches wurde, von dem Augenblick seiner Entstehung an, der Welt dadurch bekannt, daß es in seinen Verwaltungsgrundsätzen auf die Gerechtigkeit und auf die Wahrung der Rechte und Interessen der Unterthanen aller Stände Rücksicht nahm.“ Am 11. April wurde die montenegrinische Frage der Abgeordnetenkammer vorgelegt. Savfet Pascha erklärte, daß die Pforte im Interesse des Friedens zu gewissen territorialen Zugeständnissen am Bojana-Fluß geneigt sei, und bat um Genehmigung derselben. Aber die Abgeordneten erwiderten in Jules Favre'scher Manier, daß nicht ein Zoll des Gebiets abgetreten werden dürfe, und verwarfen den Antrag, „sich bezüglich der Verhandlungen mit Montenegro auf die Weisheit und den Patriotismus des Ministeriums zu verlassen“, mit allen gegen 18 Stimmen, ohgleich Savfet erklärt hatte, daß eine unbedingte Ablehnung der montenegrinischen Forderungen den Krieg mit Rußland herbeiführen werde. Den Beschluß der Abgeordnetenkammer theilte Savfet den Bevollmächtigten mit und benachrichtigte am 13. April den Fürsten, daß der bis zu diesem Tage verlängerte Waffenstillstand nicht weiter verlängert werde, nachdem die Friedensverhandlungen resultatlos geblieben seien. Sofort reisten die Bevollmächtigten von Konstantinopel ab, und in Montenegro rüstete sich alles zur Erneuerung des Krieges, von dem man sich, da das Eintreten Rußlands sicher zu sein schien, günstigere Re-

sultate versprach als von den Verhandlungen mit den türkischen Ministern.

Inzwischen hatte Rußland sich mit den übrigen Großmächten wieder in Verbindung gesetzt. In einem Rundschreiben vom 31. Januar an die Vertreter Rußlands in Berlin, Wien, Paris, London und Rom erklärte Fürst Gortschakow den dortigen Kabinetten, daß es sich bekanntlich um die Frage gehandelt habe, wie man die türkische Regierung dahin bringen könne, daß sie ihre christlichen Unterthanen in einer gerechten und menschlichen Weise regiere, damit Europa nicht stetigen Krisen ausgesetzt werde, die sein Gewissen empörten und seine Ruhe störten, also um eine Frage der Menschlichkeit und des allgemeinen Interesses. In Folge dessen habe sich das kaiserliche Kabinet an der Andrassy'schen Note betheiligt, später in dem Berliner Memorandum wirksamere Maßregeln in Aussicht gestellt und zuletzt auf Anregung der englischen Regierung an der Konferenz zu Konstantinopel theilgenommen. „Nach mehr als einem Jahre diplomatischer Anstrengungen sehen sich nun die Kabinette in der nämlichen Lage, wie bei dem Beginn der Krisis, nur daß dieselbe noch erschwert sei durch das vergossene Blut, durch die überreizten Leidenschaften, durch die aufgehäuften Ruinen und die Aussicht auf eine unbestimmte Verlängerung des beklagenswerthen Standes der Dinge, welcher auf Europa laste und mit vollem Recht die öffentliche Meinung und die Regierungen beschäftige. Unter diesen Umständen wünsche der Kaiser von Rußland, bevor er den von ihm einzuschlagenden Weg feststelle, den Weg kennen zu lernen, für welchen die Kabinette, mit denen er, wie bisher, so auch fernerhin, soweit als möglich gemeinsam weiter gehen möchte, sich zu entscheiden gedenken. Es sei für die russische Regierung von Wichtigkeit, zu wissen, was die Großmächte zu thun gedächten, um auf die Weigerung der Pforte, wodurch Europa in seiner Würde und in seiner Ruhe berührt werde, zu antworten und die Vollstreckung ihres Willens zu sichern.“

Die fünf Großmächte, welchen dieses Rundschreiben vorgelesen wurde, hatten alle nicht die geringste Lust, irgend etwas in dieser orientalischen Sache zu thun, und da es für sie, die mit nicht wenig Aufsehen die Konferenz in Konstantinopel in Scene gesetzt hatten, gewiß nicht ehrenvoll war, sich von den Barbaren am Bosphorus auf diese Weise heimschicken zu lassen, so beeilten

sie sich nicht sonderlich mit dem Eingeständniß, daß sie ihr diplomatisches Fiasko mit abendländischer Würde zu ertragen gedächten. Aber während Deutschland, Frankreich und Italien, wenn sie auch selbst ihrem Worte keinen kriegerischen Nachdruck geben wollten, doch nichts dagegen hatten, wenn Rußland die Entscheidung des Großen Rathes in Konstantinopel mit Kanonenschüssen beantwortete, fürchtete Oestreich-Ungarn, sein östlicher Nachbar möchte, falls ihm das Kriegsglück günstig wäre, an der unteren Donau und südlich des Balkans gar zu ungenirt zugreifen, ließ sich übrigens als Dritter im Kaiserbund von Bismarck und Gortschakow beruhigen; England dagegen, das über die Küstenländer und über die Meere eine unerträgliche Herrschaft sich anmaßte, wie einst Napoleon I. über den Kontinent, that, als es Rußlands kriegerische Sprache vernahm, auf einmal wieder ganz erschrecklich hoffnungsvoll und lammegebulbig. Wenn dann auch in der nächsten Zeit wieder ein paar tausend Bulgaren und Griechen niedergemetzelt wurden, was kümmerte dies diese blasirten Lords? Das Dogma von den „britischen Interessen“ blieb ja unberührt davon. So war es denn nicht zu verwundern, wenn die Thronrede, mit welcher die Königin am 8. Februar das Parlament eröffnete, über die Ereignisse in der Türkei folgendermaßen sich ausdrückte: „Meine Absicht war stets die Erhaltung des Friedens in Europa und die Herbeiführung einer besseren Verwaltung der insurgirten Provinzen, ohne die Unabhängigkeit und die Integrität des türkischen Reiches zu verletzen. Die von mir und meinen Verbündeten empfohlenen Vorschläge sind, wie ich mit Bedauern zu sagen habe, von der Pforte nicht angenommen worden; jedoch gab das Ergebnis der Konferenz Zeugniß von dem Vorhandensein einer allgemeinen Uebereinstimmung unter den europäischen Mächten, und diese wird nicht verfehlen, einen wesentlichen Einfluß auf die Verhältnisse und die Verwaltung der Türkei auszuüben!“ Man traut seinen Augen kaum, wenn eine Regierung, welche nicht bereits auf das Zeugniß des politischen Scharffsinns vollständig verzichtet hat, nach den Ereignissen von 1875 und 1876 von der Unabhängigkeit und der Integrität des türkischen Reiches mit der nämlichen Andacht spricht, wie einst Castlereagh und Metternich zur Zeit des Griechenaufstandes; wenn sie auf den guten Willen, auf den Gerechtigkeitsfinn und die Humanität der türkischen Regierung und ihrer Beamten auch nur



die geringste Hoffnung setzt; wenn sie die Einstimmigkeit der Mächte, welche mit Mühe einen gemeinschaftlichen Beschluß gefaßt hatten, hervorhebt, obgleich dieselbe, sobald es sich um die Ausführung dieses Beschlusses handelte, in die bedenklichste Disharmonie überging.

Nicht alle Staatsmänner Englands dachten so, wie Lord Beaconsfield, welcher der Königin eine solche Thronrede in die Hand gab. Von den romanhaften Legenden altenglischer Politik beherrscht, ohne Weitsichtigkeit und ohne alle Tiefe des Geistes, eitel über alle Maßen, spielte der englische Premier, von der Königin hierin begünstigt, das gewagte Spiel, die britischen Interessen an die Stelle der europäischen zu setzen, den Zugang zu drei Welttheilen nach Englands Belieben zu öffnen oder zu verschließen und jeder Macht, welche aus Gründen der Humanität und der eignen Politik die Pläne der englischen Weltherrschaft durchkreuzte, in den Arm zu fallen und durch Absendung der Flotte ihre Thätigkeit lahm zu legen. Lord Gladstone, Beaconsfield's Vorgänger in der Ministerpräsidentschaft, sprach im Januar bei verschiedenen Gelegenheiten sich in entgegengesetztem Sinne aus: „Die Türken besäßen ausgezeichnete Eigenschaften für den Krieg; aber für bürgerliche Verwaltung gehe ihnen jedes Verständniß ab. In den 20 Friedensjahren, welche auf den Krimkrieg gefolgt seien, sei niemals zur Ausführung der versprochenen und angekündigten Reformen geschritten worden. Nichts verderbe ein Volk mehr als unumschränkte Gewalt über andere Völker. Lord Beaconsfield habe in allen seinen Reden das Festhalten an Verträgen betont. Ob denn die Verträge von 1856 überhaupt noch in Kraft beständen? Die Türkei habe sie vollständig gebrochen und unter die Füße getreten. So sei England frei, sich seine Politik zu wählen. Die von der Regierung eingeschlagene Richtung sei so unweise als möglich, weil ihre Wirkung die gewesen, bei 10 Millionen orientalischer Christen den Gedanken zu erzeugen, daß sie nur von Rußland auf Hilfe zu rechnen hätten. Niemals habe es eine Zeit gegeben, in welcher der gute Ruf Englands mehr auf dem Spiele gestanden habe. Wenn die Engländer sich ihrer Vorfahren würdig erinnern wollten, so müßten sie für die großen Grundsätze religiöser und bürgerlicher Freiheit eintreten.“ In einer konservativen Versammlung, welche am 24. Januar in Liverpool gehalten wurde, erklärte der

Schatzkanzler Northcote in ziemlich vorsichtiger Weise: „Die Regierung sympathisire zwar lebhaft mit den orientalischen Christen; doch sei die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei ein Schritt, welcher ernste Erwägung erheische. Niemals sei die Regierung durch unwürdige Eifersucht gegen Rußland beeinflusst worden und habe auch niemals die Absicht, für die Türkei Krieg zu führen, gehegt.“ Der Minister des Innern, Croft, wagte sogar das von erstaunlicher Kurzsichtigkeit zeugende Urtheil, die Friedensausichten ständen jetzt besser als seit langer Zeit. Bei der Adreßdebatte im Oberhaus am 8. Februar griffen Lord Granville und der Herzog von Argyll die Regierungspolitik an. Letzterer rechtfertigte den bulgarischen Aufstand, verlangte eine Politik des Zwanges und sagte voraus, daß das jetzige Verfahren der englischen Regierung auf einen blutigen und unglückseligen Krieg hinauslaufen werde. Lord Derby erklärte, daß England, obgleich es der Pforte nicht mit Gewalt die Vorschläge der Mächte aufnöthigen wolle, doch auch für den Fall, daß von einer andern Macht Gewalt angewandt würde, sich nicht verpflichtet halten würde, die Pforte gegen die Folgen ihrer eigenen Handlungen zu schützen. Lord Beaconsfield, von Salisbury hierin unterstützt, wollte aus Humanität nicht für die Humanität eintreten; denn er sagte, daß England nicht die Pforte mit Zwangsmaßregeln zu Gunsten der Christen bedrohen werde, da in diesem Falle die Mezeleien unter den letzteren an Ausdehnung und Schwere zunehmen würden. In der Unterhausitzung vom 16. Februar verlangte Gladstone, daß die Regierung in keinem Falle zu Gunsten der Türkei intervenire. Der Kriegsminister Hardy erwiderte: „Die Regierung erachte sich nicht frei von den Verpflichtungen der Verträge von 1856 und 1871. Wenn die Türkei durch die Verträge Europa gegenüber gebunden sein solle, so müsse das übrige Europa gleichfalls durch dieselben der Türkei gegenüber gebunden sein.“ Alle diese Erklärungen der englischen Minister beruhten auf einer unterhöhlten Grundlage. Nach Artikel 1 und 2 des Hat Humajun von 1856, welcher in den Pariser Vertrag (Artikel 9) aufgenommen worden ist, war den Christen Sicherheit für Person, Eigenthum und Ehre und volle staatsbürgerliche Gleichheit mit den Muhamedanern zugesichert. Durch die Schandthaten der Türken in Bosnien und der Herzegowina, in Bulgarien und Thessalien sind

diese Vertragsbestimmungen mit Füßen getreten, der Vertrag somit von der Türkei gebrochen worden, und sämtliche Unterzeichner des Vertrags waren ihres Wortes ledig. Wenn die englischen Minister trotzdem den Vertrag als ein wunderthätiges Reliquienstück ansahen und für die Gläubigen zur Schau ausstellten, thaten sie es begreiflicherweise bloß, weil Rußland gegenüber es ihnen konvenirte; denn die Verträge haben England noch nie von Interventionen und Feindseligkeiten abgehalten, sobald die sogenannten britischen Interessen auf dem Programm standen.

Die russische Regierung war von dem Schweigen der Großmächte und von den parlamentarischen Ergüssen in London schlecht erbaut. England hatte den drolligen Einfall, der Pforte eine Frist von einem Jahre bewilligen zu wollen, damit sie Gelegenheit habe, zu zeigen, ob es ihr mit der Durchführung der von ihr zugesagten Reformen Ernst sei. Rußland ließ in seiner Antwort den Unterschied zwischen einem einjährigen Wohlverhalten und einer dauernden Besserung unberührt und stellte die Frage an England, was dann geschehen solle, wenn die Pforte während dieser Frist ihre Zusage unverwirklicht ließe. „Diesen Fall, sagte Gortschakow, müsse Rußland im Auge behalten und könne sich nur dann zur Gewährung einer Probefrist verstehen, wenn die Großmächte für den Fall einer abermaligen Täuschung sich gemeinsam zu Zwangsmaßnahmen verpflichteten.“ Auf's neue war es England anheimgestellt, einen einseitig russisch-türkischen Krieg zu vermeiden und durch einen gemeinsamen europäischen Kreuzzug, bei dem es wohl nicht einmal zu einem Kanonenschuß gekommen wäre, die Annahme der Konferenzvorschläge von dem Träger des Halbmonds zu erzwingen. Aber so wenig als durch das Berliner Memorandum von 1876 wollte sich England 1877 nach dem Scheitern der Konferenz zu Zwangsmaßnahmen verpflichten. In einem neuen Schreiben vom 3. März wünschte Rußland selbst, daß die Großmächte ihre Antwort auf das Rundschreiben vom 31. Januar noch verzögern, da es im Begriff stand, neue Vorschläge zu machen. Kaum hörte die Pforte von diesem russischen Schachzug, so antwortete sie mit einem Gegenzug. In einer Depesche vom 8. März an den türkischen Botschafter in London, Musurus, kündigte Savsef Pascha den Entschluß der Pforte an, die Reformen sofort durch-

zuführen. Es seien zwei Klassen von Reformen, wovon die eine unmittelbar durchzuführen, die andere dem Parlament vorzulegen sei. Zur ersten Klasse gehöre die Bildung der Gensdarmarie, die Kantons-Eintheilung, die Zulassung von Nichtmuhamedanern zu den Militärschulen, das Verbot der Massenansiedlung der Tscherkessen, des Gebrauchs irregulärer Truppen und des nicht-autorisierten Waffentragens seitens letzterer, die Amnestie für die Aufständischen in Philippopol, die Kultusfreiheit, der Erlaß der rückständigen Steuern in den heimgesuchten Distrikten, die Anerkennung des Eigenthumsrechts der Christen. Die zweite Klasse umfasse hauptsächlich Gesetzesvorlagen über die Presse, das Gerichtswesen, die Gemeindeverwaltung, das Budget.

So verlockend auch diese Verheißungen waren, so wurde ihnen doch, da sie schon zu oft gemacht und nie erfüllt worden waren, von den europäischen Staatsmännern wenig Beachtung geschenkt. Was über die eben damals in der Türkei stattfindenden Parlamentswahlen verlautete, konnte nicht den Glauben einflößen, daß man es hier mit einer wirklichen Vertretung des Volkes zu thun habe; denn die Abgeordneten wurden weit weniger vom Volke gewählt, als von den Regierungsbeamten ernannt. Auch fand, nachdem das Parlament eröffnet war, von Seiten des Präsidenten der Abgeordnetenkammer ein solcher Terrorismus statt, daß an das Aufkommen einer christlichen Opposition und an das Diskutiren der als Mißstände bezeichneten Regierungsmaßregeln vorerst gar nicht zu denken war. Die russische Regierung gab bei dieser Sachlage die Hoffnung nicht auf, die Großmächte zu einem gemeinsamen Schritte zu vermögen. Um ihrer diplomatischen Sprache mehr Nachdruck zu verleihen, beauftragte sie den General Ignatjew, welcher inzwischen von Konstantinopel nach Petersburg zurückgekehrt war, die Kabinette der Großmächte zu besuchen und eine diplomatische Entscheidung herbeizuführen. Ignatjew kam mit seiner Gemahlin am 4. März in Berlin an, erklärte, er habe wegen eines Augenleidens Urlaub genommen, und wandte sich wegen seines leidenden Zustandes zuerst an den Fürsten Bismarck. Er hatte mehrere Unterredungen mit demselben, konferirte auch mit anderen Diplomaten, hatte eine Audienz beim Kaiser und schied mit voller Beruhigung von dem besten Freunde Rußlands. Am 8. März eröffnete Ignatjew, immer noch an den Augen

leidend, in Paris Unterhandlungen mit dem Herzog von Decazes, dem Minister des Auswärtigen. Graf Schuwalow, der russische Botschafter in London, war gleichfalls nach Paris gekommen und erstattete Ignatjew genauen Bericht über die Temperaturverhältnisse an der Themse. Auf Grund dieser Mittheilungen und der Besprechungen mit dem von Wohlwollen überfließenden französischen Minister arbeiteten die beiden russischen Diplomaten einen neuen Entwurf aus, welcher im allgemeinen die Beschlüsse der Konferenz zusammenfaßte und am 11. März dem englischen Ministerium von Schuwalow vorgelegt wurde. Daß ebendamals durch eine Verordnung des Kaisers Alexander vom 3. März als Reserve der aktiven Armee, welche vorderhand in ihren bisherigen Militärbezirken zu bleiben habe, acht weitere Armeecorps und ein Grenadiercorps gebildet wurden, zeigte, wenn es auch als ungeschuldige Folge der allgemeinen russischen Militärorganisation angeündigt wurde, doch den ganzen Ernst der Situation.

Ob Ignatjew seine Urlaubstreife auch nach London ausdehnte, hing davon ab, wie sich die englischen Minister zu dem Protokoll-Entwurf stellten. Da Schuwalow beruhigende Nachrichten hierüber nach Paris telegraphirte, so traf Ignatjew am 16. März in London ein. Die Abrüstungsfrage bot immerhin noch große Schwierigkeiten. Lord Derby wollte nur dann das Protokoll unterschreiben, wenn Rußland sich verpflichtete, gleichzeitig mit der Türkei abzurüsten. Ignatjew und Schuwalow wollten davon nichts hören, wollten die Abrüstungsfrage von der Protokollfrage vollständig trennen und erst nach Erledigung dieser über jene verhandeln. Die Gegensätze schienen, trotz der von der englischen Thronrede gerühmten Uebereinstimmung, unvereinbar. In der russischen Reichskanzlei mußten neue Instruktionen, die Genehmigung zu weiteren Abschwächungen eingeholt werden, was neue Verzögerung verursachte. Ignatjew reiste am 22. März von London ab, begab sich über Paris nach Wien, konferirte am 25. mit dem Grafen Andrássy und hatte eine Audienz bei Kaiser Franz Josef. Am 28. März traf er wieder in Berlin ein und hatte alsbald eine Konferenz mit dem Fürsten Bismarck. Seine Mission schien gescheitert, der Protokoll-Entwurf vom englischen Kabinet abgelehnt zu sein. Und doch lief wenige Tage darauf die Nachricht ein, daß von Ignatjew vorgeschlagene und von dem eng-

lischen Kabinet modificirte Protokoll sei von sämtlichen Großmächten unterzeichnet worden. Am 31. März waren die Botschafter von Deutschland, Rußland, Oestreich, Frankreich, Italien (Graf Münster, Graf Schuwalow, Graf Beust, Graf Harcourt, General Menabrea) im Auswärtigen Amt mit Lord Derby zusammengekommen und hatten das Protokoll unterschrieben. In demselben erklärten die Botschafter in Betreff Montenegro's im Interesse eines dauerhaften Abkommens eine Grenzberichtigung und die Gewährung freier Schifffahrt auf der Bojana für wünschenswerth; die Pforte wurde aufgefordert, ihre Armee auf den Friedensfuß zu setzen und in möglichst kurzer Frist die nothwendigen Reformen auszuführen; zugleich wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Pforte die für die Ruhe Europa's unerläßlichen wirksamen Verbesserungen in den christlichen Provinzen einführe und auf diesem von ihrer eigenen Ehre und ihrem Interesse vorgeschriebenen Wege aufrichtig und thatkräftig verharre; auch wurde nicht verhehlt, daß die Mächte sich entschlossen hätten, durch die Vermittlung ihrer Vertreter in Konstantinopel und durch ihre Agenten in den türkischen Provinzen sorgfältig darüber zu wachen, ob und wie die Versprechen der Pforte ausgeführt würden. Am Schlusse hieß es: „Wenn aber die Hoffnung der Mächte noch einmal getäuscht und die Lage der christlichen Unterthanen des Sultans nicht so verbessert würde, daß die Verwicklungen, welche die Ruhe im Orient periodisch stören, verhindert werden, so glauben die Mächte erklären zu müssen, daß ein solcher Stand der Dinge unverträglich mit ihren Interessen, wie mit den Interessen Europa's im allgemeinen sei; für einen solchen Fall behalten sich die Mächte vor, gemeinsam die Mittel zu bezeichnen, welche sie für geeignet halten, um das Wohl der christlichen Bevölkerungen und die Interessen des allgemeinen Friedens sicher zu stellen.“ Vor der Unterzeichnung dieses Protokolles gab Schuwalow folgende Erklärung ab: „Wenn der Friede mit Montenegro geschlossen wird und die Pforte die Rathschläge Europa's annimmt und sich bereit zeigt, ihre Armee auf den Friedensfuß zu setzen und die im Protokoll erwähnten Reformen ernsthaft in Angriff zu nehmen, so möge sie einen Specialgesandten nach Petersburg senden, um über die Abrüstung zu verhandeln, wozu auch der Kaiser seinerseits die Zustimmung geben würde. Sollten jedoch so blutige Auftritte wie

diejenigen, wodurch Bulgarien verheert worden ist, wiederkehren, dann wird die Demobilisirung wieder zum Stillstand gebracht.“ Graf Derby dagegen verlas folgende Erklärung: „Da England nur im Interesse des europäischen Friedens in die Unterzeichnung des Protokolls willigte, sei es als selbstverständlich zu betrachten, daß, falls der Zweck, nämlich die gegenseitige Abrüstung und das friedliche Einvernehmen zwischen Rußland und der Türkei, nicht erreicht werde, das Protokoll als null und nichtig angesehen werden solle.“ Menabrea erklärte Italien durch die Unterzeichnung des Protokolls nur so lange für gebunden, als durch dasselbe das zwischen den Mächten hergestellte Einvernehmen aufrechterhalten bleibe.

Daß ein so redigirtes Protokoll die Unterschrift Englands erhielt, war kein Wunder. Das Einvernehmen der Großmächte war allerdings wiederhergestellt, aber um welchen Preis? Nicht nur war hinter das Berliner Memorandum, das von Zwangsmaßnahmen sprach, zurückgegriffen, sondern auch hinter die Konferenzvorschlüge, welche die Mitwirkung der Großmächte bei Ernennung der Gouverneure und die Einsetzung einer internationalen Kommission verlangten. Von ersterer war gar keine Rede mehr, und letztere war in eine aufmerksame Beobachtung durch die Botschafter und Konsuln, wie sie thatsächlich zu jeder Zeit bestanden hat, verflüchtigt. Die Einführung und Durchführung von Reformen war dem guten Willen der Pforte überlassen, und der am Schluß gemachte Vorbehalt war so allgemein gehalten, daß jede der Großmächte denselben nach Belieben interpretiren und auch mit einer neuen Konferenz oder einem neuen Protokoll sich begnügen konnte. Die Abrüstungsfrage, über welche man zu keinem Einverständnis kam, war in das Protokoll nicht aufgenommen; indem aber Derby in seiner nachträglichen Erklärung die Gleichzeitigkeit der Abrüstung als absolute Forderung Englands betonte, bildete sie thatsächlich doch wieder einen integrirenden Bestandtheil des Protokolls, und dieses war eben damit bereits völlig werthlos. Denn Schuwalow zählte ja ausdrücklich die Bedingungen auf, unter welchen Rußland zur Abrüstung bereit sein werde. Daß von diesen Bedingungen keine einzige sich erfüllen werde, war leicht vorauszusagen. Die Türkei konnte nicht abrüsten, so lange der Friede mit Montenegro nicht geschlossen war, und ob dieser ge-

schlossen würde, lag zum Theil in der Hand Rußlands, das die Montenegriner zur Stellung höherer oder niederer Forderungen veranlassen konnte; aber auch abgesehen davon, war es nicht glaublich, daß die Türkei vor Rußland abrüstete und wie ein Befiegter in Petersburg antichambre; auch die Ueberwachung der Reformen, mit denen es ja der Türkei nie Ernst war, bot Rußland eine unerschöpfliche Quelle zur Verweigerung der Demobilisirung. Man konnte fragen, welchen Werth unter solchen Umständen ein solches Protokoll für Rußland gehabt und warum es für eine materiell ganz werthlose Sache einen so großen diplomatischen Apparat aufgewendet habe. Es war unleugbar, daß, wenn die Pforte dieses Protokoll, schon um der Schumalowschen Erklärung willen, nicht annahm, ihre Halsstarrigkeit aufs neue in höchst unangenehmer Weise hervortrat; daß dagegen Rußland, wenn es immer neue Versuche machte, durch wohlgemeinte Konferenzvorschläge einem Kriege vorzubeugen, als der friedfertige Theil erschien, und daß dasselbe, wenn es auf eine ablehnende Antwort der Pforte hin zum Schwerte griff, als der zum Krieg gezwungene Theil erschien, welcher, da er als slavischer und griechisch-katholischer Staat bei dieser orientalischen Frage am meisten interessirt war, das allein that, was die anderen Großmächte hätten thun sollen und, wenn sie in der nämlichen Lage wären, gethan hätten. Die englischen Minister und die sporenklirrenden Magyaren mochten sagen, was sie wollten: Rußland erschien, wenn es nach dem Scheitern der Konferenz und des Protokolls den Versuch machte, der Pforte mit der Degen Spitze das Friedensprotokoll zu diktiren, nicht als der moskowitzische Eroberer, sondern als der Mandatar Europa's. Daß aber ein Protokoll, vor den Thoren Konstantinopels unterschrieben, ganz anders lautete, als ein im Auswärtigen Amt zu London unterzeichnetes, ließ sich denken. Wem dann die russischen Bedingungen nicht gefielen, der konnte sich bei der Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit der Herren Beaconsfield und Derby für die neue Täuschung bedanken.

Am 3. April übergab der englische Geschäftsträger in Konstantinopel und am 4. der russische das Protokoll dem Minister Savfet Pascha; jener hatte den Auftrag, zu erklären, daß das Protokoll nichts enthalte, was die Pforte nicht vernünftigerweise an-



nehmen könne; die Geschäftsträger der anderen vier Großmächte unterstützten die Bemühungen ihrer Kollegen durch empfehlende Rathschläge. Aber die Pforte hatte, wenn sie den Pariser Vertrag von 1856 einseitig für sich auszubeuten dreist genug war, keinen Grund, im April auf das Protokoll Europa's eine andere Antwort zugeben, als die, welche sie im Januar auf der Konferenz Europa's gegeben hatte. In ihrem Rundschreiben vom 9. April lehnte sie das Protokoll ab. Das Schreiben Savfet Pascha's gieng die einzelnen Punkte des Protokolls und der Schuwalow'schen Erklärung Punkt für Punkt durch und stellte denselben den Standpunkt der Souveränität entgegen. Montenegro „als integrierenden Bestandtheil des ottomanischen Reiches betrachtend“, wogegen Fürst und Volk stets protestirten, machte die Pforte das Gelingen der Unterhandlungen davon abhängig, ob in Cetinje die Rathschläge der Mäßigung die Oberhand behielten. Zur Durchführung aller versprochenen Reformen erklärte sich die Pforte bereit, falls dieselben nicht einen besonderen und ausnahmsweisen Charakter trügen, der mit den Grundbestimmungen der neuen Verfassung in Widerspruch stände. Die Ueberwachung durch die Vertreter der Großmächte und die wenn auch noch so mild ausgesprochene Schlußdrohung beantwortete sie mit den „legitimsten Protesten und der formellsten Opposition“, sich darauf berufend, daß sie durch den Pariser Vertrag den Großmächten gleichgestellt, daß durch denselben das Princip der Nichtintervention ausdrücklich bestätigt, und daß dieser, der für die anderen Mächte eben so bindend sei, wie für die Türkei, durch ein Protokoll, an welchem die Türkei nicht mitgewirkt habe, nicht beseitigt werden könne. Einen Specialgesandten könne die Pforte nur unter der Bedingung nach Petersburg schicken, wenn Rußland einen solchen nach Konstantinopel schicke; einen Zusammenhang zwischen einem solch internationalen Höflichkeitsakt und der Entwaffnung vermöge sie nicht wahrzunehmen, müsse vielmehr in der Forderung Rußlands ein Mittel der Verzögerung erblicken. Sie protestire daher gegen den Inhalt des Protokolls vom 31. März und erachte dasselbe, soweit es die Türkei betreffe, als aller Billigkeit und demgemäß auch jeden verbindlichen Charakters bar. Am Schluß erklärte Savfet Pascha: „Zur Zielscheibe geworden für feindselige Angriffe, für unverdiente Verdächtigungen und für offenbare Rechtsverletzungen, welche

gleichzeitig Verletzungen des Völkerrechts sind, weiß die Türkei, daß sie heute für ihre Existenz kämpft. Stark durch die Gerechtigkeit ihrer Sache und durch ihr Gottvertrauen erklärt sie, sich nicht um Entscheidungen zu kümmern, die ohne sie und gegen sie getroffen sind.“ In der mündlichen Unterhaltung mit Lord Derby sagte Musurus Pascha bei Ueberreichung des Rundschreibens, nur die Annullirung des Protokolls könnte ein befriedigendes Verhältniß zwischen der Pforte und den Großmächten herstellen; die Haltung der Pforte sei durchaus defensiv; sie wünsche den Krieg nicht, werde ihn aber der Aufopferung der nationalen Unabhängigkeit vorziehen, welche ihr mit der Annahme des Protokolls verbunden zu sein scheine. Derby erwiderte, die Meinungsverschiedenheit zwischen der englischen und der türkischen Regierung scheine so groß zu sein, daß eine weitere Erörterung nutzlos sei. Die Erklärungen im Parlament lauteten weniger schroff für die Türkei. In der Unterhaus Sitzung vom 13. April sagte der Kriegsminister Hardy: „England habe immer im Einvernehmen mit den Mächten zu Gunsten der Christen gehandelt, aber nicht eine Politik gewünscht, welche einen Krieg gegen die Türkei anstrebe; diese habe England kein Unrecht gethan; trotz seiner Sympathien für die Christen habe England nicht ein Mandat Gottes, einen Krieg für dieselben zu unternehmen; England würde nur dann das Schwert gegen die Türkei ziehen, wenn diese die Ehre und die Interessen Englands beeinträchtigte.“ Im Oberhaus erklärte Derby am 16. April ausdrücklich, daß der letzte Absatz des Protokolls nicht die Anwendung von Zwangsmaßregeln bedeute, sondern nur eine neue Berathung der Mächte über etwaige weitere Schritte, und am 19., er habe die Pforte wiederholt gewarnt, daß sie keine Hilfe von England zu erwarten habe; falls aber der Krieg zwischen Rußland und der Türkei ausbreche, behalte sich die Regierung, obgleich sie nicht zu interveniren wünsche, doch das Recht vor, die Interessen Englands zu schützen, falls sie dieselben für bedroht halte. Um diese britischen Interessen gehörig zu wahren und besonders auch dafür zu sorgen, daß die türkischen Interessen sich nicht zu weit von denselben entfernten, wurde schon am 30. März der englische Botschafter in Madrid in der gleichen Eigenschaft nach Konstantinopel abgesandt, was um so auffallender war, da England diesen Schritt nicht im Einvernehmen mit den anderen Mächten that und Layard

als Russenfeind längst bekannt war. Wenn auch die englischen Blätter meldeten, daß Layard am 22. April dem Sultan officiell die Mißbilligung seiner Regierung über die Ablehnung des Protokolls ausgedrückt habe, so hatte dieser diplomatische Akt doch nicht die geringste Bedeutung gegenüber der Thatsache, daß Layard sich in Konstantinopel befand, daß er in kurzem der Hausfreund der Pforte war, daß im türkischen Generalstab und in der türkischen Flotte viele englische Officiere dienten, daß England zum Schutze seiner Interessen in Ostindien und zur Abwehr russischer und persischer Zudringlichkeiten mit Khelat, dem ostindischen Vorlande gegen Afghanistan, einen Vertrag abschloß, wonach es dem dortigen Chan eine Subsidie von 10,000 Pfd. Sterling und Unterstützung gegen innere und äußere Feinde zusicherte und sich dafür das Recht ausbedang, die Städte des Chanats militärisch zu besetzen, Forts zu errichten, Telegraphen und Eisenbahnen anzulegen. Weitere Schritte Englands waren je nach der Entwicklung des orientalischen Drama's zu erwarten.

In Petersburg, wo das Rundschreiben der Pforte am 12. April übergeben wurde, fand am 13. ein großer Kriegsrath statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, die gesamte russische Armee zu mobilisiren und im Norden wie im Süden Reservearmeen aufzustellen. Man dachte nicht bloß an die Donau und das Schwarze Meer, sondern auch an die England leicht zugängliche Ostsee. Die dortigen Seefestungen wurden inspiciert, Landbatterien errichtet, Torpedo's gelegt. Am 20. April reiste Kaiser Alexander nebst dem Thronfolger von Petersburg ab und traf am 23. in Rischew ein, wo der zum Oberbefehlshaber der russischen Feldarmee ernannte Bruder des Kaisers, Großfürst Nikolai, sein Hauptquartier hatte. Der Kaiser hielt Truppenrevuen und kriegerische Anreden. Am 24. April lüftete sich der Schleier, und es erfolgte die russische Antwort auf die türkische Ablehnung. An diesem Tage richtete Fürst Gortschakow ein Rundschreiben an die russischen Botschafter in Berlin, Wien, Paris, London und Rom. Der Wortlaut desselben war im wesentlichen folgender: „Das kaiserliche Kabinet hat seit dem Beginn der orientalischen Krisis alle ihm zu Gebot stehenden Mittel erschöpft, um unter der Mitwirkung der Großmächte eine dauerhafte Pacification der Türkei herbeizuführen. Alle, in Folge des zwischen den Kabinetten der Mächte hergestellten Einverständnisses, der

Pforte nach und nach gemachten Vorschläge sind jedoch auf den unüberwindlichen Widerstand der Pforte gestoßen. Das in London unterzeichnete Protokoll war der letzte Ausdruck des Gesamtwillens Europa's. Das kaiserliche Kabinet hatte dazu als einem letzten Veröhnungsversuch die Hand geboten. Die Pforte hat mit einer abermaligen Ablehnung darauf geantwortet. Diese Eventualität war von dem Londoner Protokoll nicht ins Auge gefaßt worden. Die Kabinette hatten zwar den Fall vorausgesehen, daß die Pforte die Versprechungen, welche sie machen würde, nicht erfüllte, aber nicht den Fall, daß die Pforte die Forderungen Europa's zurückweisen würde. Zu gleicher Zeit ist auch die Erklärung des Lord Derby zum Protokoll konstatirt worden, daß, falls die gegenseitige Abrüstung und der Friede zwischen Rußland und der Türkei, für England der einzige Zweck der Unterzeichnung des Protokolls, nicht erreicht würde, das Protokoll als null und nichtig betrachtet werden sollte. Die Ablehnung der Pforte und die Motive, welche ihr zu Grunde liegen, lassen keine Hoffnung, daß die Pforte den Wünschen und Rathschlägen Europa's entgegenkommen werde, und schließen auch die Garantie dafür aus, daß die für die Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung ins Auge gefaßten Reformen zur Ausführung gelangen; sie machen auch den Frieden mit Montenegro und die Ausführung der Bedingungen unmöglich, unter denen die Abrüstung und Pacification herbeigeführt werden könnte. Unter diesen Umständen ist jedes Gelingen eines Ausgleichsversuches ausgeschlossen, und es bleibt nur die Alternative, entweder den Zustand der Dinge fort dauern zu lassen, welchen die Mächte als mit ihren Interessen und denen Europa's für unverträglich erklärt haben, oder zu versuchen, durch Zwangsmaßregeln zu erreichen, was von der Pforte auf dem Wege der Verständigung zu erlangen den einmüthigen Anstrengungen der Mächte nicht gelungen ist. Mein erhabener Herr hat beschlossen, das zu unternehmen, wofür Se. Majestät die Großmächte aufgefordert hatte, in Gemeinschaft mit ihm thätig zu sein. Se. Majestät hat seinen Armeen Befehl gegeben, die Grenze der Türkei zu überschreiten. Indem mein erhabener Herr diesen Schritt thut, erfüllt er eine Pflicht, welche ihm durch die Interessen Rußlands auferlegt ist, dessen friedliche Entwicklung durch die beständigen Wirren im Orient gehemmt wird. Se. Ma-

jestät hat die Ueberzeugung, zu gleicher Zeit den Anschauungen Europa's zu entsprechen.“

Das von Kaiser Alexander aus Kischenew vom 24. April datirte Manifest erhielt folgende bemerkenswerthe Stellen: „Unsere treuen Unterthanen kennen das lebhafteste Interesse, welches wir beständig den Geschicken der von der Türkei unterdrückten christlichen Bevölkerung gewidmet haben. Unser Wunsch, das Los derselben zu verbessern und zu gewährleisten, wird von der ganzen russischen Nation getheilt, welche sich nunmehr bereit zeigt, neue Opfer zu bringen, um die Lage der Christen auf der Balkanhalbinsel zu erleichtern. Gut und Blut unserer treuen Unterthanen ist uns immer theuer gewesen. Unsere ganze Regierung bezeugt die beständige Sorgfalt, Rußland die Wohlthaten des Friedens zu erhalten. Diese Sorgfalt hat uns unaufhörlich seit Beginn der traurigen Ereignisse in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien beseelt. Wir hatten uns vor allem das Ziel gesteckt, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen mit den europäischen Großmächten, unseren Allirten und Freunden, zu einer Verbesserung der Lage der Christen im Orient zu gelangen. Nachdem wir alle friedlichen Bemühungen erschöpft haben, sind wir durch die hochmüthige Halsstarrigkeit der Pforte genöthigt, zu entscheidenderen Akten überzugehen. Das Gefühl der Billigkeit, das Gefühl unserer eigenen Würde legt uns dies gebieterisch auf. Auf das tiefste überzeugt von der Gerechtigkeit unserer Sache und indem wir in Demut der göttlichen Gnade und Hilfe uns anvertrauen, lassen wir unsere treuen Unterthanen hiedurch wissen, daß der Augenblick, welchen wir voraussahen, als wir jene Worte sprachen, auf welche ganz Rußland mit so großer Einmüthigkeit antwortete, daß dieser Augenblick nunmehr gekommen ist. Wir hatten die Absicht ausgesprochen, selbständig zu handeln, sobald wir es für nothwendig halten sollten und die Ehre Rußlands es erfordern sollte. Indem wir heute den Segen Gottes auf unsere tapferen Armeen herabsehen, ertheilen wir ihnen den Befehl, die Grenze der Türkei zu überschreiten.“ Der Kaiser reiste am 2. Mai von Kischenew ab. Beim Empfang der Stände in Moskau am 5. Mai dankte er für den durch die That bewiesenen Patriotismus: „Ihre Opferwilligkeit übertrifft unsere Erwartungen.“ Hier und in anderen Städten wurden reiche Geldbeisteuern auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt.

Ein Erlaß der Kaiserin forderte zur Bildung von Hilfsvereinen für die verwundeten und franken Krieger auf. Ueberall wurden Subskriptionen für diese Zwecke eröffnet. Das russische Volk gieng mit nationaler Begeisterung einem Kriege entgegen, der ihm als ein Befreiungskrieg für unterdrückte und mißhandelte Glaubens- und Stammesgenossen erschien, wenn es sich auch der Wunden des letzten Krieges noch lebhaft erinnerte.

Der russische Geschäftsträger Melidow reiste am 23. April mit dem ganzen Botschaftspersonal von Konstantinopel ab, der türkische am 26. von Petersburg. Jener machte, bevor er abreiste, Savfet Pascha in einer Note darauf aufmerksam, daß die Pforte sich eine schwere Verantwortung zuziehen würde, wenn die Sicherheit der russischen Staatsangehörigen auf irgend einem Punkte des türkischen Reiches gefährdet würde. Die Pforte beabsichtigte anfangs, sämtliche russische Unterthanen, welche in der Türkei wohnten, auszuweisen; doch ließ sie sich durch auswärtige Vorstellungen davon abbringen und war zuletzt miteinverstanden, daß der neuernannte Botschafter des Deutschen Reiches, Prinz Neuß, die Angehörigen Rußlands unter seinen Schutz nahm. In einem Rundschreiben vom 24. April beantwortete Savfet Pascha das Gortschakow'sche Schreiben. Darin erklärte er, daß Rußland, im Begriff, dem osmanischen Reiche den Krieg zu erklären, keine direkte Verletzung seiner Rechte anzuführen vermocht und thatsächlich auch nicht angeführt habe, keinen jener Gründe, welche im Völkerrechte den Recurs an die Waffen gestatten, sondern sich nur auf die Verwerfung der früher der Pforte gemachten Vorschläge und auf die Nichtannahme des Protokolls und der demselben beigefügten Schuwalow'schen Erklärung berufe. Darauf erinnerte Savfet die Mitunterzeichner des Pariser Vertrags an den Artikel 8 desselben, welcher folgendermaßen lautet: „Wenn zwischen der Pforte und einer oder mehreren der kontrahirenden Mächte Meinungsverschiedenheiten entstehen, welche ihre Beziehungen zu stören drohen, so wird die Pforte und jede dieser Mächte vor Anwendung von Gewaltmaßregeln den Mitkontrahirenden Gelegenheit geben, diesem Bruche durch ihre Vermittlung vorzubeugen.“ Auf diesen Artikel sich berufend, hat Savfet die Signaturmächte, „denselben in der jetzigen ernstern Lage zur Anwendung zu bringen und dieser gefährlichen Spannung, welche auf den Beziehungen der beiden Staaten

laste, mittelst einer dem Recht und den Verträgen entsprechenden Vermittlungsaktion ein Ziel zu setzen.“ Die Pforte fand eine, freilich bloß diplomatische Unterstützung bei dem englischen Kabinet. Lord Derby drückte in seiner Antwort vom 1. Mai auf das Gortschakow'sche Mundschreiben „sein tiefes Bedauern“ über die russische Kriegserklärung aus und bestritt die Behauptung Gortschakow's, daß die Antwort der Pforte auf das Protokoll alle Hoffnung auf Nachgiebigkeit derselben und alle Sicherheit für die Anwendung der vorge schlagenen Reformen abgeschnitten habe. Rußlands militärisches Vorgehen nannte er ein Zuwiderhandeln gegen den Pariser Vertrag und gegen die Londoner Konferenz vom Jahre 1871, eine Trennung vom europäischen Konzert und ein Abweichen von einem Grundsatz, zu dem der Kaiser Alexander selbst feierlich seine Zustimmung gegeben habe. Derby verwahrte sich ausdrücklich gegen die Annahme, daß Rußland im Interesse Großbritanniens und der anderen Mächte handle, und erklärte, daß die Entscheidung der russischen Regierung nicht eine solche sei, der die britische Regierung ihren Beitritt oder ihre Zustimmung geben könne.“ Zunächst erklärte zwar England seine Neutralität, zugleich aber auch die Bedingungen, unter welchen allein es dieselbe aufrecht zu halten vermöge.

Graf Schuwalow reiste in jenen Tagen von London nach Petersburg, um dem Fürsten Gortschakow genauen Bericht über die im englischen Kabinet herrschende Stimmung zu erstatten und den neuen diplomatischen Feldzugsplan mit ihm zu besprechen. Dies war für Lord Derby eine günstige Gelegenheit, um der russischen Regierung die für England unantastbaren Punkte zu bezeichnen. In seinem Schreiben vom 6. Mai an Schuwalow stellte Derby die Nothwendigkeit der ungehinderten Verbindung zwischen Europa und dem Osten, d. h. zwischen England und Ostindien, durch den Suezkanal obenan. „Ein Versuch, den Kanal zu blockiren oder in anderer Weise den Kanal und dessen Zugänge zu sperren, würde von Englands Regierung als eine Drohung gegen Indien und als eine schwere Schädigung des Welthandels angesehen werden.“ In zweiter Linie nannte er Konstantinopel, das vom militärischen, politischen und kommerziellen Standpunkt eine so außerordentliche Wichtigkeit besitze, daß die englische Regierung nicht mit Gleichgültigkeit zusehen könnte, wenn diese Position in

andere Hände als die ihrer gegenwärtigen Besitzer übergehen sollte. Drittens sprach Derby von der Schiffahrt in dem Bosporus und in den Dardanellen und fand die bisherigen Bestimmungen hierüber so ungemein „weise und heilsam“, daß er nicht zweifelte, England würde gegen etwaige wesentliche Veränderungen in denselben ernsthafteste Entwendungen zu machen haben. Damit waren die Wünsche oder vielmehr die Proteste Lord Derby's noch nicht erschöpft. Im Verlauf der Begebenheiten, meinte er, könnten ja noch andere Interessen auftauchen, wie z. B. im Persischen Meerbusen, welche gleichfalls von England vertheidigt werden müßten. Doch vertraue das englische Kabinet auf die Versicherungen des Kaisers, als er in Livadia sein Ehrenwort verpfändete, daß er weder Konstantinopel erwerben noch Bulgarien länger besetzt halten werde, als die Sicherheit und der Friede der christlichen Bevölkerung es durchaus erforderten.

Dem Grafen Schuwalow lag auf seiner Reise nach Petersburg alles daran, den Fürsten Bismarck zu sprechen, der sich damals in Friedrichsruhe im Lauenburgischen befand. Er begab sich daher am 12. Mai von Köln direkt nach Friedrichsruhe und hatte dort eine mehrstündige Unterredung mit dem Fürsten, welcher, im Auftrag des Kaisers, auch dessen Flügeladjutant, Graf Lehndorf, beizohnte, um dem Kaiser sofort Bericht darüber erstatten zu können. Am 16. Mai traf Schuwalow in Petersburg ein und wurde am folgenden Tage vom Kaiser und von Gortschakow empfangen. Den Tag darauf, am 18. Mai, richtete Gortschakow ein Schreiben an Schuwalow, welches die Antwort auf die Derby'sche Depesche enthielt. Darin sagte er, Rußland wolle weder den Suezkanal blokiren noch die Schiffahrt auf demselben in irgend einer Weise unterbrechen oder bedrohen, da es diesen Kanal als ein internationales, dem Welthandel nothwendiges Werk betrachte, das von jedem Angriffe frei bleiben müßte. Rußland könne sich zwar als mit Aegypten im Kriegszustand befindlich betrachten, da dessen Kontingent in der türkischen Armee stehe; dennoch werde es aus Rücksicht für die europäischen und besonders für die englischen Interessen Aegypten nicht in den Kreis seiner militärischen Operationen einbeziehen. Was die Erwerbung Konstantinopels betreffe, so sei die russische Regierung zwar nicht im Stande, dem Verlauf oder dem Resultat des Krieges vorzugreifen, sie wie-



berhole aber doch die Erklärung, daß die Wegnahme Konstantinopels nicht in der Absicht des Kaisers liege; die Zukunft Konstantinopels sei eine Frage von gemeinsamem Interesse, die nur durch gemeinsames Einverständniß gelöst werden könne; würde der Besitz dieser Stadt in Frage gestellt, so dürfte sie keiner einzigen der europäischen Mächte gehören. Auch die Frage von der Schifffahrt in den Dardanellen sollte durch allgemeines Einverständniß auf billigen und wirksam garantirten Grundlagen entschieden werden, da diese Meeresstraße, obgleich beide Ufer ebendenselben Herrscher gehörten, doch die Verbindung zweier großen Seen, an welchen die ganze Welt Interessen habe, bilde. Der Persische Golf und die Route nach Indien würden durch die russischen Waffen nicht berührt werden. So lange England neutral bleibe, werde Rußland die von England erwähnten britischen Interessen respektiren, erwarte dagegen auch, daß England in gleicher Weise die besonderen Interessen, welche Rußland am Kriege habe und um deren willen es sich selbst so große Opfer auferlegt habe, in billige Berücksichtigung ziehe. Die beklagenswerthen Zustände der Christen unter türkischer Herrschaft rufen in Rußland eine fortwauernde Agitation hervor, welche auf seine internationalen Beziehungen, seinen Handel, seine Finanzen, seinen Kredit nachtheilig einwirken. Um die Quelle dieser beständigen Krisen versiegen zu machen, habe der Kaiser beschlossen, seinem Lande die Lasten des Krieges aufzuerlegen. Dieser Zweck könne nur dann erreicht werden, wenn die christlichen Bevölkerungen der Türkei in eine solche Lage versetzt würden, in welcher ihre Existenz und Sicherheit gegen die unerträglichen Mißbräuche der türkischen Verwaltung garantirt sei. Dieses Interesse, für Rußland ein Lebensinteresse, widerspreche keinem einzigen Interesse Europa's. „Da der Kaiser gezwungen sei, dieses Ziel allein, ohne die Mitwirkung der anderen Mächte, zu verfolgen, so sei er auch entschlossen, die Waffen nicht niederzulegen, ohne daß dieser Zweck vollständig, sicher und wirksam erreicht worden sei.“ Schuwalow traf am 9. Juni wieder in London ein und übergab dieses Schreiben dem Lord Derby. In Berlin, wo er auf der Rückreise am 6. Juni ankam, hatte er den Wortlaut des Antwortschreibens mitgetheilt. Der englische Geschäftsträger Mac-Donnell, welcher hievon Kunde erhielt und bei Herrn v. Bülow über den Eindruck, den das Schreiben auf ihn

gemacht habe, sondirte, erhielt am 9. Juni zur Antwort: „Ich glaube, die russische Erwiderung wird die allgemeine Billigung Europa's finden, und ich vertraue darauf, daß England darin ein ferneres Unterpfind für den ernstlichen Wunsch des Kaisers von Rußland erblickt haben wird, den Krieg auf Sicherung von Frieden und Sicherheit für die christlichen Völkerschaften der Türkei zu beschränken.“ Die englische Regierung war von dem Gortschakow'schen Schreiben weniger befriedigt; so wohlthwend auch die Erklärung in Betreff des Suezkanals auf sie wirkte, so wurde sie doch hinsichtlich Konstantinopels ihrer Besorgnisse nicht ganz entlastet. Sie veranstaltete daher neue Kriegsrüstungen, verstärkte die Mittelmeerflotte und gab den Befehl, daß diese, welche im Verlauf der Konferenz von der Besika-Bai nach dem Piräus und nach Malta zurückbeordert worden war, dem Kriegsschauplatz sich wieder nähern solle. Ein Theil der Flotte zeigte sich im Piräus, ein anderer bei Kreta, mehrere Schiffe hielten bei Alexandria Wache, um für alle Fälle die Straße nach Indien zu beschützen.

Im Parlament erregten die 5 Resolutionen, welche Gladstone vorlegte, lange Debatten. Die erste derselben sprach von den Greuelthaten in Bulgarien im vorigen Jahre; die zweite verlangte, daß England der Pforte, so lange diese nicht Bürgschaften für eine bessere Regierung gebe, jede materielle oder moralische Unterstützung entziehe; die dritte forderte die Regierung auf, dahin zu wirken, daß die beunruhigten Bezirke der Türkei einer örtlichen Freiheit und thatsächlichen Selbstverwaltung sich erfreuten; die vierte erinnerte an die weise und ehrenvolle Politik Englands in Betreff Griechenlands 1826 und 1827 und sprach den Wunsch aus, daß England die Pforte zu einer durch die Humanität und Gerechtigkeit gebotenen Aenderung ihres inneren Verwaltungswesens veranlassen möge; die fünfte faßte den Inhalt der vier ersten zusammen und beantragte eine Adresse an die Königin in diesem Sinne. Diese 5 Resolutionen, welche im Unterhaus am 7. Mai zur Debatte kamen, waren offenbar nicht sehr geschickt abgefaßt, da sie von dem, was sie sagen wollten und sollten, zu viel verschwiegen. Trevelyan erwarb sich daher ein Verdienst, als er am 8. Mai Gladstone ersuchte, seiner zweiten Resolution einen anderen Wortlaut zu geben, und die dritte und vierte fallen zu lassen. Er beantragte folgende Fassung der zweiten Resolution: „Das Haus

ist der Ansicht, daß die Pforte durch die Behandlung ihrer Unterthanen und durch die Verweigerung von Garantien für eine bessere Verwaltung jeden Anspruch auf materielle oder moralische Unterstützung Englands verlor.“ Gladstone gieng auf beide Vorschläge ein, worauf Hartington, der Führer der Liberalen, der mit der ursprünglichen Fassung nicht einverstanden war, Gladstone die Unterstützung der liberalen Partei zusagte. Gladstone sagte in seiner Rede vom 8. Mai, er wolle kein Tadelsvotum gegen die Regierung beantragen, obgleich nichts bedauernswerther genannt werden könne als ihre auswärtige Politik in den letzten 18 Monaten. Die Antwort Derby's auf das russische Rundschreiben werde in der Türkei mit Jubel begrüßt werden; die Sprache der ministeriellen Presse sei unverkennbar darauf angelegt, einen Krieg vorzubereiten, nicht zu Gunsten der Türkei, wohl aber um britische Interessen zu schützen. Diese seien aber durch Rußland nicht gefährdet. Wenn die Minister Rußland nicht für zuverlässig halten, weshalb sie dann demselben gestatten, allein in der Türkei Ordnung zu schaffen? Rußland habe in Polen sich allerdings viel zu Schulden kommen lassen; aber England habe in dem indischen Aufstand auch manche Greuel begangen. England habe es in der Hand gehabt, durch einmüthige Aktion mit den Mächten den gegenwärtigen Krieg zu verhindern. Jetzt habe die Todesglocke türkischer Tyrannei geschlagen. Die ehemaligen Mitglieder des Gladstone'schen Kabinetts, Childers und Lowe, unterstützten Gladstone und erklärten, daß letzterer nicht England in einen Krieg mit der Türkei treiben, wohl aber einen Krieg Englands mit Rußland, wozu das Ministerium große Lust zeige, verhüten wolle und die vollständige Lossagung Englands von der Türkei bezwecke. Die Regierung habe die bulgarischen Megeleien mit Leichtfertigkeit behandelt, dadurch Rußland beleidigt und so den Ausbruch des Krieges gefördert. Minister Croft tadelte die Pforte wegen ihres Verhaltens gegenüber dem Protokoll, aber auch Rußland wegen der Schuwalow'schen Erklärung, sprach von der Bemühung des Kabinetts, den Krieg zu lokalisieren und die Neutralität zu bewahren, und hielt die englischen Interessen nicht für gefährdet, so lange Kaiser Alexander seinem Worte, daß er Konstantinopel nicht angreifen werde, treu bleibe. Lord Derby verhehlte im Oberhaus sein Mißtrauen gegen die Pläne Rußlands nicht und wahrte dem Pariser

Vertrag seine volle Geltung, so lange er nicht von den Unterzeichnern aufgehoben oder abgeändert sei. Damit wollte er wohl einen russisch-türkischen Separatfrieden, der begreiflicherweise manche Bestimmung des Vertrags aufheben würde, zum voraus als ungiltig bezeichnen, so lange nicht solche Modifikationen von den Signaturmächten genehmigt seien, was so ziemlich gleichbedeutend wäre mit der Forderung, daß Rußland vor den Friedensverhandlungen sein Konzept den englischen Ministern zur Korrektur vorlegen solle. In der Sitzung vom 14. Mai wurde die erste Gladstone'sche Resolution mit 354 gegen 223 Stimmen verworfen, worauf Gladstone die zweite zurückzog. In einer am 31. Mai in Birmingham gehaltenen Rede machte Gladstone die englische Regierung für den Ausbruch des Krieges verantwortlich und verlangte die Auflösung des Parlamentes, damit das Volk beweisen könne, daß es mit den Liberalen sympathisire. Die Frage von der etwaigen Neutralisirung des Suezkanals beantwortete der Minister Northcote in der Sitzung des Unterhauses vom 4. Mai dahin, daß England irgend einem Abkommen, wodurch die Durchfahrt von Kriegsschiffen gehindert würde, schon wegen Indiens nicht zustimmen könne. In einer Depesche vom 16. Mai an Lord Lyons bezeichnete Derby den Vorschlag des Herrn v. Lesseps, den Kanal durch eine internationale Kommission neutralisiren zu lassen, als unpraktisch und erklärte, er werde, wie er es Rußland gegenüber bereits gethan habe, die Pforte darauf aufmerksam machen, daß die Schifffahrt in dem Kanal in keiner Weise durch den Krieg gestört werden dürfe. Die Pforte erwiderte am 21. Juni, sie könne den Kanal als einen Theil des türkischen Reiches nicht für neutral erklären lassen; sie behalte sich alle territorialen Rechte und Prärogativen vor und werde feindlichen Schiffen keinen Zugang gewähren. Bei einem Banket am 23. Juni stellte der Schatzkanzler Northcote die gewagtesten Behauptungen und die entschiedensten Forderungen auf: „Die Interessen Englands seien identisch mit denen Europa's und der ganzen Welt. England verlange Betheiligung an der Regelung der Orientfrage. Wenn der Tag der Regelung komme, welcher vielleicht bald komme, werde England in ehrenvoller, seiner würdigen Weise daran theilnehmen.“ Alle Regierungsblätter spielten von nun an seitenlange Variationen über das Thema, daß Englands Stellung in Indien durch Rußlands Vorgehen bedroht sei, obgleich Minister

Salisbury selbst in einer Banketrede diese Behauptung als ein „Nachtgespenst“ verspottet hatte. Die schärfste Verurtheilung der traditionellen „britischen Politik“ und des Dogma's von den „britischen Interessen“ sprach die Times mit folgenden Worten aus: „Die Schwäche unserer Politik in Bezug auf Rußland liegt darin, daß unsere Politik für alle zwischen dem adriatischen Meere und dem chinesischen Reiche gelegenen Länder, das ist für einen großen Theil der östlichen Halbkugel, einen Zustand dauernder Barbarei, Wüstenei und Unnahbarkeit verlangt. Weil wir Interessen in Indien haben und das Wachstum der russischen Macht in einer fernen Zukunft und unter gewissen unwahrscheinlichen Umständen uns in unserem Wege dorthin behindern könnte, deshalb kann keine Veränderung auf irgend einem Theile der Weltkugel, der dem russischen Reiche nahe liegt, gestattet werden. Die von der Natur am meisten gesegneten und in der Geschichte berühmtesten Landstriche müssen auf immer dem Müßiggang und der Barbarei zur Unterkunft dienen, dem Reisenden nahezu verschlossen bleiben; ihre Bevölkerung muß verderben und vergehen, ihre Dörfer müssen in Trümmer fallen: und das wird britische Politik genannt.“ Die Times hätte dabei eine historische Parallele ziehen und noch hinzufügen können, daß die Staatsmänner aus der Schule Ludwig's XIV. aus dem nämlichen Grunde einer Einigung Deutschlands sich widersetzt hätten und daß noch am 14. März 1867 Thiers als sein Ideal jene Zeit aufgestellt habe, als Frankreich von einer Menge kleiner Staaten umgeben war. Und wenn die englischen Minister keine Friedensnote redigiren können, ohne von der Unantastbarkeit der britischen Interessen zu sprechen, so finden wir, daß sie sich die nämliche Sprache angewöhnt haben, die wir in den Jahren 1867 bis 1870 mit einer Art Stel in den Aktenstücken Napoleons III. gelesen haben, welche, wenn auch von Friedenssehnsucht überfließend, doch stets den obligaten Refrain hatten: „so lange die Interessen und die Ehre Frankreichs nicht verletzt sind.“ Hat es das englische Ministerium wirklich darauf abgesehen, sich durch seinen rohen Egoismus ebenso verhaßt zu machen, wie die oben bezeichneten Regierungen?

Inzwischen hatten die russischen Heere ihren Vormarsch begonnen. Um bis zur ersten Vertheidigungslinie der Türkei, bis zur Donau, zu gelangen, mußten die Russen Rumänien durch-

ziehen. Dieses Land befand sich in einer eigenthümlichen Lage. In der Mitte zwischen den zwei streitenden Mächten gelegen, hatte es die Wahl, entweder neutral zu bleiben oder an eine derselben freiwillig sich anzuschließen oder unfreiwillig sich nach irgend einer Richtung fortreiben zu lassen. Durch die Konvention vom 19. Aug. 1858, in welcher die Großmächte in einer Konferenz zu Paris die Organisation der Fürstenthümer Moldau und Walachei bestimmten, blieb Rumänien unter der Oberhoheit der Türkei, konnte also, vor die Frage gestellt, ob es in einem Kriege zwischen Rußland und der Türkei mit diesem oder mit jenem Staate sich verbinden solle, staatsrechtlich nicht zweifelhaft sein. Andererseits hatte die Pforte, welche Rumänien am liebsten zu einem zweiten Bulgarien gemacht hätte, durch kleinliche Chikanen, durch ihre Opposition bei Abschluß von Handelsverträgen, durch Niederhaltung jedes Scheines von rumänischer Souveränität, sich allmählich gründlich verhaßt gemacht, so daß Rumänien vom nationalen Standpunkt aus bei der Wahl seines Allürten auch wieder nicht zweifelhaft war. Schloß es sich an die Türken an, so bekam es die Russen als Feinde ins Land, Rumänien wurde Kriegsschauplatz und konnte nichts gewinnen, weder durch den Sieg noch durch die Niederlage der Türken. Verband es sich mit den Russen, so kamen diese als Freunde, der Kriegsschauplatz wurde nach Bulgarien verlegt, und die Siege der Russen verschafften Rumänien seine Unabhängigkeit, während bei einer, übrigens unwahrscheinlichen Niederlage derselben das Verhältniß des Fürstenthums zur Türkei das nämliche blieb. In diesem Sinne wirkte die rumänische Gesandtschaft, welche, den Ministerpräsidenten Bratiano an der Spitze, im Oktober 1876 sich nach Livadia zum Kaiser Alexander begeben hatte. Durch den Wortlaut der türkischen Verfassung, in welcher von den „privilegirten Provinzen“ des ottomanischen Reiches, von den „Chefs“ dieser Provinzen und von dem alle Angehörigen des Reiches umfassenden Namen „Ottomanen“ die Rede war, fühlte sich das ganze Land beunruhigt. Sollten diese Benennungen und die an dieselben sich knüpfenden Bestimmungen etwa auch für Rumänien gelten? In der Abgeordnetenversammlung wurde am 2. Januar das Ministerium hierüber interpellirt, und Bratiano erwiderte unter dem Beifall der Kammer, die Regierung werde nicht ruhen, bis die Türkei durch einen ebenso feierlichen Akt, wie ihn die neue türkische Verfassung

darstelle, erklären werde, daß Rumänien nicht einen Theil des ottomanischen Reiches bilde. Der rumänische Vertreter bei der Pforte, Fürst Ghika, überreichte am 3. Januar Savfet Pascha eine Depesche, worin die rumänische Regierung, unter Berufung auf die Kapitulationen und Verträge, die Bestimmungen der türkischen Verfassung in allem, was Rumänien betraf, für null und nichtig erklärte und in formellster Weise gegen die Verletzung der durch die Verträge garantirten Rechte Rumäniens protestirte. Die Antwort Savfet Pascha's vom 7. Januar versicherte, daß die Stellung der vereinigten Fürstenthümer durch die türkische Verfassung nicht alterirt werde. Damit war die rumänische Regierung nicht zufrieden und erklärte in einer Note vom 10. Januar, Rumänien könne nur durch die formelle Versicherung der Pforte befriedigt werden, daß Rumänien nicht in den von der Verfassung erwähnten „privilegirten Provinzen“ inbegriffen sei und daß die Rumänien an die Türkei knüpfenden Bande lediglich von den alten, durch neuere Verträge besiegelten Kapitulationen herrühren. Die Pforte sah sich genöthigt, durch eine officielle Interpretation der betreffenden Verfassungsartikel die Bedenken Rumäniens zu beseitigen und den durch ihre ungeschickte Hand hervorgerufenen Streit zu erledigen. Am 8. Februar fand eine Neubildung des Ministeriums statt: Bratiano behielt das Präsidium und übernahm das Innere, Demeter Sturdza die Finanzen, Dogan die Justiz, Campineanu die öffentlichen Arbeiten; Jonescu behielt das Auswärtige, Slaniceanu das Kriegswesen. Für den am 6. April abtretenden Jonescu übernahm am 14. Michael Cogalniceanu das Ministerium des Auswärtigen, für Sturdza in den folgenden Tagen Epureanu das Finanzministerium, für Slaniceanu, welcher zum Chef des Generalstabs designirt war, Cernat das Kriegsministerium. Das Generalbudget für 1877, welches 81 Mill. Fr. an Einnahmen und 87½ Mill. Fr. an Ausgaben berechnete, wurde von der Abgeordnetenkammer am 13. März angenommen. Durch eine Botschaft des Fürsten vom 4. April wurde der Senat, welcher bei der Berathung des Budgets sich hindernd gezeigt hatte, aufgelöst und die Session der Abgeordnetenkammer geschlossen. Ein am 14. April im Palaste des Fürsten abgehaltener großer Ministerath, welchem auch die ehemaligen Kabinetpräsidenten beizwohnten, beschloß, angesichts der drohenden Eventualitäten keinerlei defini-

tive Maßregeln ohne die Mitwirkung der Kammern zu ergreifen. In einem Rundschreiben vom 16. April theilte Cogalniceanu den auswärtigen Regierungen mit, die rumänische Politik werde dahin streben, kein nationales Interesse zu verletzen, den Frieden zu erhalten und strenge Neutralität zu beobachten.

Die wichtigste Entscheidung war bereits getroffen. Die russisch-rumänische Konvention wurde am 16. April abgeschlossen. Der russischen Armee wurde darin der freie Durchzug durch das Land gestattet, die Benutzung der Eisenbahnen, Flüsse, Landstraßen, der Post und des Telegraphen eingeräumt, die Hilfsquellen des Landes zur Verfügung gestellt, dem Oberbefehlshaber die Befugniß ertheilt, im Rücken der Operationsarmee an allen geeigneten Punkten, ausgenommen in der Hauptstadt Bukarest, Etappen zu errichten. Obgleich diese Konvention kein Offensivbündniß mit Rußland gegen die Türkei enthielt, war sie doch eine thatsächliche Kriegserklärung an letztere. Die rumänische Regierung traf daher auch alle Vorsichtsmaßregeln. Zum Schutze der Hauptstadt gegen einen türkischen Handstreich wurde am 18. April die Zusammenziehung von 10,000 Mann bei Bukarest angeordnet; durch ein Dekret des Fürsten vom 20. April wurde die Mobilisirung des stehenden Heeres und der Territorialarmee nebst den Reserven anbefohlen; ein großer Theil der Armee und ein Artilleriepark von 80 Kanonen wurde nach dem der türkischen Festung Widin gegenüberliegenden, wohl verschanzten Kalafat dirigirt. Die formellen Auseinandersetzungen mit der Türkei folgten rasch. Ein Schreiben des Großveziers vom 19. April forderte, angesichts der Koncentration der russischen Armee an der rumänischen Grenze, den Fürsten auf, gemeinschaftlich mit der Türkei militärische Maßregeln zur Abwendung der russischen Invasion zu treffen. Cogalniceanu erwiderte in einer Depesche vom 22. April, die Entscheidung über die Frage, ob Rumänien am Kriege theilnehmen und somit den Weg der Neutralität verlassen solle, müsse der rumänischen Kammer, welche auf den 26. April einberufen sei, überlassen werden. Zugleich wurde der Pforte erklärt, daß Rumänien einem Einmarsch türkischer Truppen mit bewaffneter Hand entgegentreten würde. Fürst Karl eröffnete am 26. April die Kammern und erklärte in seiner Rede, „die Bemühungen seiner Regierung bei den Mächten, die Neutralität Rumäniens als Recht anzuerkennen, seien erfolglos



gewesen; so trete nun an sie selbst die Pflicht heran, um jeden Preis und mit allen Opfern vorzubeugen, daß Rumänien nicht zum Kriegsschauplatz werde. Gegen den Einmarsch der Russen hätten die Mächte nicht protestirt. An den Kammern nun sei es, durch ihr Botum der Regierung ihre Haltung vorzuschreiben. Für die Erhaltung der alten Rechte Rumäniens und für die Vertheidigung der Integrität seiner Grenzen werde er mit seiner Person einzustehen wissen an der Spitze der jungen und tapferen Armee.“ In der Sitzung vom 29. April genehmigte die Abgeordnetenversammlung mit 79 gegen 25, der Senat mit 41 gegen 10 Stimmen die ihnen vorgelegte Konvention mit Rußland, später die zur Mobilisirung der Armee geforderten Kredite. Sobald die Pforte Nachricht von dem Abschluß der Konvention erhielt, stellte sie dem rumänischen Agenten in Konstantinopel seine Pässe zu und richtete an die auswärtigen Regierungen ein Rundschreiben vom 2. Mai, worin sie die Regierung Rumäniens der Verletzung des Pariser Vertrags anklagte. Auch damit war der Krieg formell nicht erklärt, der Kriegszustand war aber geschaffen, und beide Theile, der ottomanische Lehnsherr und der „Chef“ der rumänischen Provinz, begrüßten sich über das Donaubett hinüber mit Kanonen.

Die Rumänen blieben nicht auf halbem Wege stehen. In der Sitzung vom 21. Mai nahm die Abgeordnetenversammlung folgende Tagesordnung an: „die Kammer nimmt Akt davon, daß der Krieg zwischen Rumänien und der Türkei erklärt, die zwischen beiden Mächten bestandenen Bande zerrissen und die einstimmig gewünschte Unabhängigkeit des Landes hiedurch officiell sanktionirt wurde; die Kammer zählt auf die Gerechtigkeit der Garantiemächte.“ Der Senat nahm eine ähnliche, die Unabhängigkeit Rumäniens aussprechende Tagesordnung an. „Ein einziger elender Rest der alten Türkenherrschaft, sagte Cogalniceanu, die Tributzahlung, war noch übrig.“ Dieser Rest wurde von den Rumänen, welche sich rühmten, die Nachkommen der römischen Ansiedler in Dacien zu sein, dem Sultan und seinen Pascha's vor die Füße geworfen und die rumänische Nation für unabhängig erklärt. Am 22. Mai, dem ersten Jahrestag der Thronbesteigung des Fürsten Karl, brachten die Minister und die Kammern dem Fürsten ihre Glückwünsche dar. Der Ministerpräsident Bratiano begrüßte

ihn in seiner Ansprache als ersten unabhängigen Fürsten des Landes. Derselbe erwiderte: „Eine Erniedrigung bestand noch für die Rumänen und ihren Fürsten; ich will von den schlecht definirten und ganz unbegründeten Banden sprechen, welche in Konstantinopel und in Bukarest Vasallenthum heißen. Meine Erwählung und meine Herrschaft haben keine andere Bedeutung gehabt als die Befreiung Rumäniens von diesen Banden. Die Pforte selbst hat im Laufe der Ereignisse, welche wir weder gewünscht noch hervorgerufen haben, diese Bande gebrochen. Wir werden sie nicht wiederherstellen.“ Der Fürst übernahm selbst den Oberbefehl über die Armee, welche aus 38,000 Mann Infanterie und 8200 Reitern bestand und 120 Feldgeschütze mit sich führte. Die Ausrüstung der Armee war trefflich; die Infanterie hatte gute Gewehre, die Artillerie Krupp'sche Geschütze. Die Armee war in zwei Armeecorps, jedes von diesen in zwei Divisionen eingetheilt. Chef des Generalstabs war Slaniceanu, Kommandirender des ersten Corps General Lupu, Kommandirender des zweiten Corps General Radovici. Den östlichen Theil des Landes der einmarschirenden russischen Armee überlassend, hielt die rumänische Armee den westlichen Theil, zwischen Krajova und Kalafat, besetzt und hielt sich hier bis in die ersten Tage des Septembers in der Defensiv. Sie hatte bis zu jener Zeit keinen Allianzvertrag, nur eine Durchmarsch-Konvention geschlossen. Aber auch so war die Zukunft Rumäniens an die Waffenerfolge Rußlands geknüpft. In einem Rundschreiben vom 3. Juni theilte Cogalniceanu den auswärtigen Mächten die Unabhängigkeitserklärung mit, erhielt aber von keiner derselben eine zustimmende Antwort. Die türkische Regierung erhob in einem Rundschreiben vom 5. Juni Protest gegen diese Aufkündigung der Vasallenschaft und erklärte, daß sie, „unbekümmert um die Reden und Handlungen der aufrührerischen Regierung der Moldau-Walachei, ihre Rechte unverfehrt zu wahren gesonnen sei und sich vorbehalte, gegen die Fürstenthümer die ihr geeignet scheinenden Mittel anzuwenden.“ Die militärische Ausführung dieses diplomatischen Vorbehaltes hatte gute Weile. Erst mußte die russische Armee vernichtet werden, ehe die türkische Regierung daran denken konnte, durch irgend ein geeignet scheinendes Heilmittel den Rumänen ihre Unabhängigkeitsjucht auszutreiben.

Zugleich mit der Kriegserklärung, am 24. April, rückte die

russische Armee in Rumänien ein. Sechs Armeecorps hatten sich an der Grenze angesammelt: das 7., 8., 9., 10., 11. und 12. Dieselben standen unter den Generalen Fürst Barclay de Tolly, Radetzki, Krüdener, Fürst Woronzow, Fürst Schachowskoi, Wanowski. Der Oberbefehlshaber, Großfürst Nikolai, hatte zum Generalstabschef den General Niepokoitschizki, welchem General Lewizki als eine Art Stellvertreter beigegeben war. Der Aufmarsch nach der Donau gieng nicht rasch vor sich. Von Bessarabien führte dahin nur eine einzige Eisenbahnlinie, welche von Ungheni nach Jassy führte, von da sich südlich wandte, bei Barboschi, zwischen Galaz und Braila, den Sereth überschritt und von da die Richtung nach Bukarest einschlug. In Folge der heftigen Regengüsse war die Eisenbahn nicht an allen Punkten zuverlässig und die Landstraße stellenweise unbrauchbar. Diese dem schnellen Anmarsch der Russen sich entgegenstellenden Hindernisse hätten von den Türken beträchtlich vermehrt werden können, wenn sie die bei Barboschi über den Sereth führende Eisenbahnbrücke vor der Ankunft der ersten russischen Truppen zerstört hätten. Die Absendung einiger Monitors der türkischen Donauflotte hätten hingereicht, um den Widerstand der kleinen rumänischen Besatzung in Galaz zu überwinden und die Brücke, welche von der türkischen Donaufestung Matschin nur 30 Kilometer entfernt ist, zu vernichten. Es gehört zu den mancherlei Unbegreiflichkeiten des türkischen Obercommando's, daß diese günstige Gelegenheit versäumt wurde. Umgekehrt war es eine rühmenswerthe Leistung der russischen Armee, daß die Kavalleriebrigade Skobelew den Weg von der russischen Grenze bis Barboschi in einem Tage zurücklegte und sich des wichtigen Uebergangspunktes bemächtigte. Infanterie und Artillerie rückten sofort nach und sicherten den Russen für alle Fälle den Besitz der Eisenbahnbrücke und der Stellung Galaz-Braila. Der Aufmarsch der russischen Armee vollzog sich hierauf in durchaus regelmäßiger Weise. Die Türken hatten zwar durch ihre Flotte in dem Schwarzen Meere und auf der Donau ein entschiedenes Uebergewicht; denn die russische Panzerflotte im Schwarzen Meere war erst im Entstehen, und was Rußland an Schiffen in der Ostsee hatte, das konnte die Dardanellen nicht passiren, kam also hier gar nicht in Berechnung. Aber die Türken verstanden es nicht, diese Uebermacht auszunützen, während die Russen an Energie und

Einsicht alles aufboten, um die Lücken ihres Offensiv- und Defensivsystems auszufüllen. Auf dem Schwarzen Meere gelang ihnen dies nicht; hier blieben die Türken die beherrschenden. Ihre Kriegsflotte sicherte den Transport von Truppen und Proviant nach Batum und Trapezunt, brachte die ägyptischen Hilfstruppen, die unter dem Prinzen Hassan 6000 Mann stark in Konstantinopel landeten, sicher auf den Kriegsschauplatz, führte Mannschaft von Montenegro nach Rumelien und warf Landungstruppen nach dem zu Aufständen stets geneigten muhamedanischen Abchasien, um die kaukasischen Völkerstämme zur Rebellion gegen die russische Herrschaft aufzureizen und die in Armenien operirenden Russen für ihren Rücken besorgt zu machen. All diese Maßregeln mußten die Russen unmächtig über sich ergehen lassen. Anders war es im Donaugebiet. Die Pforte versprach sich Wunderdinge von den Leistungen ihrer Donauflotte und des englischen Großsprechers Hobart Pascha. Die Russen errichteten gegen diese Schiffe bei Braila und an anderen Orten Uferbatterien und hemmten die freie Bewegung der Flotille durch Legung von Torpedo's. Bei Keni, unterhalb Galatz, und bei Matschin, oberhalb Braila, wurde die Donau durch Torpedo's abgesperrt. Dieses Sperrsystem wurde später zur Sicherung des Brückenbau's mit bestem Erfolg angewandt. Am 11. Mai wurde ein türkischer Monitor, in dessen Pulverkammer eine russische Batterie bei Braila eine Granate warf, samt seiner Besatzung von etwa 150 Mann in die Luft gesprengt. Wenige Tage darauf wurde ein Panzerthurnschiff untauglich gemacht. Zwei russische Officiere, Dubaschew und Schestakow, sprengten am 26. Mai den stärksten türkischen Monitor im Matschin-Kanal durch Torpedo's in die Luft. Diese kühne That legte die türkische Donauflotte lahm; sie wagte kaum mehr eine Offensive; wo sie eine solche versuchte, mußte sie unter Verlusten unter den Schutz der Donaufestungen zurückgehen; russische Schiffe dagegen liefen ungehindert von Odessa aus und griffen am 11. Juni die türkischen Schiffe in der Sulinamündung an. Die Türken hatten zwar am 3. Mai die Küsten des Schwarzen Meeres in Blockadezustand erklärt, aber sie waren offenbar nicht im Stande, eine wirkfame Blockade zu erzwingen.

Nachdem der Aufmarsch der russischen Armeecorps gegen die Donau vollendet war, traf Kaiser Alexander am 6. Juni mit dem

Fürsten Gortschakow und einer großen Anzahl militärischer und diplomatischer Persönlichkeiten in Rumänien ein. Er nahm sein Hauptquartier in Plojesti, nördlich von Bukarest, wohin auch Großfürst Nikolai seit dem 15. Mai sein Hauptquartier verlegt hatte. Der Wasserstand der Donau überragte die Normalhöhe immer noch um 16 Fuß, und das rumänische Ufer war an vielen Stellen noch überschwemmt. Aber wenn auch der Uebergang nicht sofort zu bewerkstelligen war, so wurden doch alle Vorbereitungen dazu getroffen. Die Torpedoboote zur Absperrung der Donau, die zerlegbaren Kanonenboote zur Recognoscirung, die Ponton-Parcs zum Brückenschlagen waren an Ort und Stelle bereit. Nachdem durch einen kaiserlichen Befehl vom 8. Mai noch drei weitere Armeecorps mobilisirt waren, hatte das russische Obercommando auf dem europäischen Kriegsschauplatz über 9 Armeecorps zu verfügen. Von diesen standen 7 an der Donau, 2 (das 7. und das 10.) hatten den Küstenstrich zwischen Odessa und der Krim zu bewachen. Jene 7 waren in der Mitte Juni's so vertheilt: Das 14. Armeecorps stand zwischen Galatz und Braila, das 11. bei Oltenizza und bei Giurgevo, das 8. bei Simniza, das 9. bei Turnu-Magurelli, das 12., das 13. und das 4. weiter rückwärts von letzteren bei Saleasa, Alexandria und Bukarest. Diese Aufstellung wies darauf hin, daß der Hauptübergang zwischen Simniza und Turnu-Magurelli, gegenüber den bulgarischen Festungen Sistowa und Nikopoli, erfolgen sollte, und daß ein etwaiger Uebergang bei Braila eine untergeordnete Bedeutung hatte. Daß diesen drohenden Anstalten gegenüber das türkische Obercommando sich fortwährend in der Rolle eines stillen Dulders gefiel, war auffallend und erregte am Bosphorus Unwillen und Verdacht. Der Oberbefehl in Bulgarien war Abdul Kerim Pascha übertragen, welcher im vorigen Jahre die serbische Milizarmee ohne allzugroße Mühe über den Haufen geworfen hatte. Den Russen gegenüber hielt er selbst seine Stellung für etwas schwieriger. Er traf am 17. April in Schumla ein und übernahm das Commando. Von da an bis zu seiner Abberufung bestand fast seine ganze Wirksamkeit in einer Kette von Unterlassungsjünden. Die bei Barbofschi ist bereits erwähnt. Von Hirsowa oder irgend einem anderen Punkte aus konnte er Truppen nach der Eisenbahnlinie Braila-Bukarest werfen und Bahnthteile, welche schwer wieder herzustellen waren, zerstören lassen. Von Widdin aus war das

gegenüberliegende Kalafat leicht zu nehmen. Dsman Pascha, welcher in Widdin stand, war gewiß ganz der Mann für eine solche Unternehmung. Er konnte, wie Omer Pascha 1853, nach der Wegnahme Kalafat's bis zur Muta vordringen und die sogenannte Kleine Wallachei in seine Gewalt bringen. Abdul Kerim that nichts von dem, obwohl Blum Pascha, ein früherer preußischer Officier, ihn dringend dazu aufforderte. Sei es, daß ihm von Konstantinopel aus, wo sich eine Art Oberhofkriegsrath etablirt hatte, die Hände gebunden waren, oder daß er die Armee in verwaarlostem Zustand angetroffen hatte, oder daß er, wenn er geheimnißvoll von „seinem Plane“ sprach, sicher war, die Russen, wenn sie die Donau überschritten, wie in einer Mausfalle abzufangen: Abdul Kerim that nichts und ließ viel geschehen. Wie stark seine Armee war, ist kaum annähernd zu sagen. Nach den wahrscheinlichsten Angaben standen in der Dobrudscha 20,000 Mann, in Silistria 10,000, in Ruffschuk 30,000, in Schumla 20,000, in Widdin 35,000, zusammen 115,000. Dazu kam eine Reservearmee von 30,000 Mann, welche südlich des Balkan gebildet wurde, mehrere tausend, die von Montenegro heranzuziehen waren, und jene unberechenbare Menge von irregulären Truppen, welche zwar für die Operationsarmee eine Last waren, vom Feinde aber in Rechnung gezogen werden mußten. Den thatenlustigen Softa's, welche am 11. Mai 1876 in Konstantinopel eine Revolution im Handumdrehen gemacht hatten, lag das Unthätigkeitssystem Abdul Kerim's schwer auf den Nerven. Eine Deputation derselben erschien am 24. Mai in der Abgeordnetenkammer, forderte die Absetzung Mahmud Damad's und des Kriegsministers Redif Pascha, die Zurückberufung Midhat's und die Ernennung fähiger und energischer Generale. Der Sultan beantwortete die Forderungen der jugendlichen Politiker mit Verhängung des Belagerungszustandes und mit Verhaftung der Zubringlichsten.

Bevor die beiden Gegner auf bulgarischem Boden zusammenstießen, machte Kaiser Alexander noch einmal den Versuch, England auf seine Seite zu ziehen, dessen Neutralität sich zu sichern und für bestimmte Eventualitäten ein bestimmtes Abkommen zu treffen. Am 8. Juni hatte Graf Schuwalow eine vertrauliche Unterredung mit Lord Derby, zu dem Zwecke, sich mit diesem über die Bedingungen zu verständigen, welche der Pforte gegenüber

aufgestellt werden sollten, falls dieselbe bereit wäre, vor der Ueber-  
schreitung des Balkans durch die russischen Streitkräfte auf einen  
Friedensschluß einzugehen. Den Inhalt der Unterredung übergab  
er später Lord Derby in einer Denkschrift. Dieselbe enthielt zu-  
erst eine Ergänzung des Gortschakow'schen Schreibens vom 18. Mai.  
„Unsere Zusicherungen bezüglich Konstantinopels können sich nur  
auf eine Besitzergreifung oder eine dauernde Occupation beziehen.  
Es wäre ein seltsamer Fall ohne Präcedens, wenn bei dem Be-  
ginn eines Krieges einer der Kriegführenden sich im voraus ver-  
pflichtete, seine militärischen Operationen nicht bis unter die Mau-  
ern der Hauptstadt zu verfolgen.“ Die Türken würden in ihrer  
Hartnäckigkeit, wenn sie sich gegen eine solche Eventualität gesichert  
wüßten, den Krieg eher verlängern, als abkürzen. Es wäre also  
Sache der englischen Minister, auf die Türkei in dem Sinne ein-  
zuwirken, daß sie, ehe es zu dem gefürchteten Neusterben käme, Frie-  
den schließen würde. „Was die Meerengen betrifft, so sind die  
Abmachungen, kraft deren das Schwarze Meer, das in Friedens-  
zeiten geschlossen ist, in Kriegszeiten allen Rußland feindlichen  
Flotten geöffnet wird, in einem gegen letzteres mißtrauischen  
und feindlichen Geist abgefaßt.“ Diese Frage müsse durch allge-  
meine Uebereinkunft in einer Rußlands Interesse befriedigenden  
Weise neugeordnet werden; falls Rußland als Sieger aus dem  
Kriege hervorgehe, werde es diese Forderung stellen. Die Haupt-  
sache aber sei unter allen Umständen, daß der wesentliche Zweck  
des Krieges erreicht werde. Es sei unumgänglich nothwendig für  
Rußland, den anhaltenden Krisen im Orient dadurch ein Ende zu  
machen, daß es die Ueberlegenheit seiner Waffen so völlig fest-  
stelle, daß künftig die Türken nicht in Versuchung geriethen, es  
leichtfertig herauszufordern, und andererseits die Christen und be-  
sonders die bulgarischen in eine gegen die Mißbräuche der türki-  
schen Verwaltung gesicherte Lage bringe. England verlange die  
Erhaltung des osmanischen Reiches im Princip und die Unverletz-  
lichkeit von Konstantinopel und den Meerengen. Darüber könnte  
man sich verständigen. Zwar könnte Rußland keine Beschrän-  
kungen seiner eventuellen Operationen zugeben; aber die Folgen  
dieses Krieges könnten schon im voraus in gewisse vereinbarte  
Grenzen abgeschlossen werden. „Wir könnten jetzt schon die Ver-  
sicherung geben, daß, wenn die Neutralität der Mächte aufrecht

gehalten wird, und wenn die Pforte uns um Frieden bittet, bevor unsere Armee den Balkan überschritten hat, der Kaiser einwilligen würde, diese Linie nicht zu überschreiten. Der Friede würde in diesem Falle unter folgenden Bedingungen abzuschließen sein: Die Bulgarei würde bis an den Balkan zu einer autonomen Vasallenprovinz unter der Garantie von Europa gemacht werden. Die türkischen Truppen und Beamten würden entfernt und die Festungen entwaflnet und rasirt werden. Die Selbstverwaltung würde hergestellt werden, gestützt auf eine Nationalmiliz, die sobald als möglich organisiert werden müßte. Die Mächte würden übereinkommen, dem südlich vom Balkan gelegenen Theil der Bulgarei, sowie den anderen christlichen Provinzen der Türkei, die bestmöglichen Garantien für eine regelmäßige Verwaltung zu sichern. Montenegro und Serbien würden eine Gebietserweiterung erhalten, die gemeinsam zu bestimmen sein wird. Bosnien und die Herzegowina würden mit Institutionen versehen werden, die nach gemeinsamem Einverständnisse mit ihrem inneren Zustande verträglich und geeignet wären, dort eine gute einheimische Verwaltung zu sichern. Die Grenzlage dieser Provinzen zu Oestreich-Ungarn gibt dieser Macht eine vorwiegende Stimme in deren zukünftiger Organisation. Serbien wie die Bulgarei würden unter der Souveränität des Sultans bleiben; die Beziehungen des Souveräns zu den Vasallen würden in solcher Weise geordnet, daß Konflikten vorgebeugt wird. Was Rumänien betrifft, das seine Unabhängigkeit proklamirt hat, so ist der Kaiser der Ansicht, daß dies eine Frage ist, die nur durch allgemeines Einverständniß geregelt werden kann.“ Als Entschädigung für seine Kriegskosten würde sich Rußland die Rückgabe des 1856 abgetretenen Theiles von Bessarabien bis zum nördlichen Donauufer (das Delta ausgeschlossen) und die Abtretung Batums mit einem anstoßenden Territorium ausbedingen. In diesem Falle könnte Rumänien entschädigt werden, entweder durch die Proklamation seiner Unabhängigkeit oder, wenn es Vasall bliebe, durch die Abtretung eines Theiles der Dobrudscha. Würde Oestreich-Ungarn seinerseits eine Kompensation verlangen, so hätte Rußland nichts dagegen, wenn es dieselbe in Bosnien und zum Theil in der Herzegowina nähme. Sollte die Pforte diese Bedingungen annehmen, bevor der Balkan überschritten wäre, so würde der Kaiser die Kriegsoperationen einstellen. Würde aber die Pforte



sich weigern, so würde Rußland den Krieg fortführen, bis die Pforte gezwungen wäre, den Frieden zu unterzeichnen. Dann aber könnten die Bedingungen des kaiserlichen Cabinets andere sein. Solange der Krieg diesseits des Balkans bleibe, wäre sein Ziel die oben angegebenen Bedingungen, der Krieg würde lokalisiert, die Auflösung des osmanischen Reiches verhindert. Der Kaiser wünsche nun zu wissen, „ob er in den angegebenen Grenzen der englischen Neutralität sicher sein könne, einer Neutralität, welche selbst eine nur zeitweilige Occupation von Konstantinopel und der Meerengen durch diese Macht ausschliesse.“ Lord Derby wollte, bevor er über so wichtige Vorschläge eine Antwort ertheilte, vorher mit seinen Kollegen konferiren. Bei einer zweiten Unterredung, welche am 11. Juni stattfand, sprach Lord Derby seine Zweifel darüber aus, daß, selbst wenn England den vorgeschlagenen Bedingungen zustimmte, die Pforte dieselben annehmen würde; denn der englische Einfluß in Konstantinopel sei nur so lange groß gewesen, als man dort angenommen habe, England werde zur Vertheidigung der Türkei die Waffen ergreifen; mit der Erklärung der englischen Neutralität habe sich dies geändert. „Wir könnten Rathgeber sein, aber nicht mit der Autorität sprechen, welche Beschützern zukommt.“ Darauf erwiderte Schuwalow, Rußland beabsichtige bei diesen Verhandlungen nicht sowohl, daß England der Pforte die Friedensbedingungen aufdränge, als daß es durch den bei diesem Friedensprogramm gewährten Beweis von Mäßigung sich die Neutralität Englands sichere. Es sei gar nicht zu erwarten, daß die Pforte diese Bedingungen, so mäßig sie auch seien, annehme, bis sie durch schmerzliche Erfahrung darüber belehrt sei, wie unzureichend ihre Widerstandsmittel seien. Zugleich sagte Schuwalow, Fürst Gortschakow habe diesen Vorschlag dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrassy im engsten Vertrauen mitgetheilt, und drückte wiederholt seine Zuversicht aus, daß von dem Widerstand irgend einer festländischen Macht nichts zu befürchten sei. Am 12. Juni machte Lord Derby dem Botschafter Layard Mittheilung von diesen Friedensbedingungen und richtete die Frage an ihn, ob nach seinem Ermessen irgendwelche Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden sei, daß die Pforte denselben beistimmen werde. Layard erwiderte am 13. Juni telegraphisch, es sei keine Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, und für den Augen-

blick wäre es daher gefährlich, dem Sultan oder seinen Ministern diese Bedingungen vorzulegen. Die Gründe hiefür setzte er in einer längeren Depesche auseinander, die am 13. Juni abgefaßt wurde, aber erst am 23. in London eintraf. Inzwischen hatte Schuwalow am 14. Juni Lord Derby ein Telegramm des Fürsten Gortschakow überreicht, worin dieser seinen Vorschlag hinsichtlich der Theilung Bulgariens in zwei Provinzen corrigirte und die Theilung für unthunlich erklärte. „Vertliche Informationen beweisen, daß die Bulgarei eine einzige Provinz bleiben müsse; sonst würde der fleißigste und begabteste Theil der bulgarischen Bevölkerung, und namentlich derjenige, der am meisten unter der türkischen Mißverwaltung gelitten, von den autonomen Einrichtungen ausgeschlossen bleiben.“ Lord Derby erwiderte Schuwalow, „daß nach seinem Ermessen die türkische Regierung wohl schwerlich die zuerst vorgeschlagenen Bedingungen würde angenommen haben, ausgenommen unter dem absoluten Druck der Nothwendigkeit, daß aber die nunmehr eingeführte sehr wichtige Veränderung deren Annahme noch unwahrscheinlicher gemacht habe.“ Aus diesen resultatlos verlaufenden Verhandlungen ist zu ersehen, welcher großen Werth Rußland darauf legte, sicher zu sein, daß es nicht durch seinen Krieg mit der Türkei schließlich in einen Krieg mit England verwickelt werde; wie sehr es bereit war, um diesen Preis sein Programm bedeutend zu ermäßigen; wie alle anderen Mächte, sogar Oestreich, keine wesentlichen Einwendungen gegen solche Bedingungen machten; wie sorgfältig England sich hütete, seine Meinung über die Berechtigung solcher Vorschläge auszusprechen, und wie es noch weit mehr davor sich hütete, seinen durch Layard's kunstfertige Hand mühsam wiederhergestellten Einfluß in Konstantinopel dadurch wieder in Frage zu stellen, daß es den empfindsamen türkischen Ministern diese Bedingungen auch nur mittheilte. Layard kannte seine Leute, sowohl die in Konstantinopel als auch die in London, und wußte recht wohl, was sie gerne oder nicht gerne hörten. Es konnte daher auch nicht fehlen, daß die Depeschen Derby's voll waren von Lobsprüchen über Layard's Talent, die Intentionen seines Kabinetts richtig aufzufassen, beziehungsweise zu errathen und den türkischen Ministern nur solche Vorschläge zu machen, bei welchen die „britischen Interessen“ bis auf den letzten Hintergedanken hinaus gewahrt blieben.

Es war recht wohl möglich, daß der zartfühlende Layard den türkischen Ministern zur Annahme noch ganz anderer Bedingungen rathen mußte, wenn anders diese, durch seine halben Versprechungen im Widerstande bestärkt und nachher doch im Stiche gelassen, von dem Engländer noch einen Rath begehrt. Die Diplomatie war nun zu Ende. Die Kanonen hatten das Wort. Die Wasser der Donau fielen allmählich und gestatteten den Uebergang. In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni setzte das Regiment Hjasan, dessen Inhaber Generalfeldmarschall Moltke war, bei Galatz auf Booten über die Donau. Die auf den beherrschenden Höhen von Budjak aufgestellten türkischen Truppen wurden nach mehrstündigem Kampfe zum Rückzug nach Matschin gezwungen. Am 22. Juni setzte ein zweites Regiment über den Fluß, Matschin wurde von den Türken aufgegeben, und General Zimmermann, der kommandirende General des 14. Armeecorps, hielt am 23. seinen Einzug in der kleinen Donaufestung. Darauf wurde am 26. eine Schiffbrücke geschlagen; die übrigen Theile des Corps folgten nun rasch; am 28. war dasselbe vollständig auf dem rechten Donauufer. Die Türken räumten die ganze untere Dobrudscha, überließen den Russen ohne allen Widerstand Satttscha, Tultscha, Babadagh, Hirsowa und zogen sich nach der Linie Czernawoda-Küstendtsche am Trajanswall zurück. Bald gaben sie nach geringem Widerstande auch diese Linie auf, und General Zimmermann nahm dort am 19. Juli Stellung. Der Uebergang der Hauptarmee erfolgte in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni bei Simniza. Das 8. Armeecorps unter General Radezki sollte vorangehen. Nachts zwei Uhr fuhr das Polhynische Infanterieregiment nebst einigen Kosaken unter Führung des Generalmajors Jolchin auf Booten über den Strom, erst bei der Landung von den türkischen Vorposten mit Flintenschüssen empfangen. Es folgte Zug um Zug; die vorliegenden Höhen wurden von den Russen genommen, die Stadt Siftowa angegriffen und Nachmittags 3 Uhr besetzt, nachdem sich die Türken theils nach Nikopoli, theils nach Tirnowa zurückgezogen hatten. Das Uebersetzen auf Booten gieng ununterbrochen fort. Der Bau einer Schiffbrücke, welcher am 28. Juni begonnen wurde, konnte, da ein heftiger Sturm eintrat, erst am 2. Juli vollendet werden. Der Kaiser verlegte am 29. Juni sein Hauptquartier nach Simniza, kam von da nach Siftowa und

wurde von den bulgarischen Einwohnern der Stadt mit Begeisterung begrüßt. Eine Proklamation des Kaisers an die Bulgaren, vom 27. Juni, wies darauf hin, daß für die bulgarischen Christen die Stunde der Befreiung von der muselmännischen Willkürherrschaft endlich geschlagen habe, und daß es ihre Pflicht sei, die sie befreienden russischen Waffen auf jede Weise, durch Wort und That, als Bürger und als Soldaten, zu unterstützen. In der Mitte des Monats Juli waren 4 Armeecorps, das 8., 9., 12., 13., auf bulgarischem Boden; das 11. und 4. waren noch auf dem linken Ufer. Zunächst besetzten die Russen die Jantra-Linie von Sistowa bis Gabrowa am Fuße des Schipka-Passes. Sie bemächtigten sich am 1. Juli der Jantra-Brücke bei Bjela und dieser Stadt selbst, verjagten am 7. Juli die Türken aus Tirnowa, der alten Hauptstadt des Bulgarenreiches, und nahmen am 10. Drewnowa und Gabrowa. Großfürst Nikolai verlegte am 12. Juli sein Hauptquartier von Sistowa nach Tirnowa; der größere Theil des 8. Corps folgte ihm; Fürst Tscherkassky, welcher mit der Reorganisation der Verwaltung Bulgariens beauftragt war, nahm gleichfalls Quartier in Tirnowa.

Zur Sicherung Sistowa's und der Jantra-Linie schien der Besitz der oberhalb liegenden Donaufestung Nikopoli nothwendig. General Krüdener griff mit einem großen Theile des 9. Corps am 13. Juli und an den folgenden Tagen die Befestigungswerke der Stadt an und zwang sie am 16. Juli zur Kapitulation. 6000 Mann, 2 Pascha's, 40 Geschütze und 2 Monitors fielen in die Hände des Siegers. Kleinere Abtheilungen der Russen besetzten die gegen Gabrowa hin liegende Stadt Selwi und am 19. Juli Lowak. Die Avantgarde des 8. Corps, welche von General Gurko befehligt wurde, aus 4 Schützenbataillonen, der bulgarischen Legion (6 Bataillonen) und einiger Reiterei bestand und gegen 40 Geschütze mit sich führte, wandte sich nach dem Balkan. Sie hatte Tirnowa und Gabrowa besetzt, begann am 13. Juli, von ortskundigen Bulgaren geführt, den Uebergang über den östlich vom Schipka-Paß sich hinziehenden Harfibi-Paß, jagte die den Ausgang des Passes bewaffneten Türken am 14. zurück, ließ durch die vorschwärmenden Kosaken die Telegraphenleitung bei Jeni-Sagra zerstören und diese Stadt besetzen und zog mit der Hauptmasse in das Tundscha-Thal. Unter fortwährenden Gefechten mit den Truppen Keouf Pascha's besetzte

Gurko am 16. Juli Maglitsch, am 17. die durch ihre Rosenkultur berühmte Stadt Kasanlik und das am südlichen Eingang des Schipka-Passes gelegene Dörfchen Schipka. Von hier rückte er von Süden aus gegen den Schipka-Paß vor, in welchen Fürst Mirski mit 2 Regimentern von Gabrowa aus eingedrungen war; die dort aufgestellten türkischen Truppen sahen sich am 18. Juli von zwei Seiten zugleich angegriffen und zogen sich in der Nacht auf den 19. Juli schleunigst zurück. Gurko und Mirski vereinigten sich; der Schipka-Paß und der Hanköi-Paß waren in den Händen der Russen. Reiterabtheilungen wurden von hier aus nach allen Seiten hin vorgeschickt, Eski-Sagra, Karabunar, Jamboli besetzt, und am 25. Juli standen russische Reiter in Rasköi und Hermanly, welche Orte zwischen Adrianopel und Philippopel liegen. Dieses Vordringen von Tirnowa über den Balkan bis auf zwei Tagemärsche von Adrianopel hatte sich so rasch entwickelt, die Siege waren so rasch auf einander gefolgt, daß Adrianopel bereits ein verlorener Posten, Konstantinopel schwer bedroht zu sein schien und bereits von den Friedensbedingungen gesprochen wurde. Es war die Rosenzeit des russischen Feldzuges, das Glück lächelte dem Zaren wie ein wolkenloser Maienhimmel, aber die Dornen und Gewitterwolken zeigten sich sofort.

In Konstantinopel herrschte große Entmuthigung, als die Nachricht eintraf, die Russen hätten die Donau überschritten, Sistowa und Nikopoli seien genommen, die Jantra-Linie sei besetzt, der Schipka-Paß in den Händen der Russen, die Reitercharen Gurko's ständen bereits im Mariza-Thal. Flüchtlinge, von allen Seiten in Konstantinopel eintreffend, vermehrten die Verwirrung. In Dolma-Bagtsche, dem Palast des Sultans, wurde schon die Uebersiedlung nach dem asiatischen Brussa erwogen. Die bisherigen Leiter des Ministeriums und der Armee mußten für die Mißerfolge büßen. Der Minister des Auswärtigen, Savfet Pascha, welcher bereits von Friedensanträgen sprach, der Kriegsminister Redif Pascha, welcher die Armee nicht in gutem Stande erhalten hatte, der Oberbefehlshaber Abdul Kerim, welcher einen sublimen Plan, aber keinen Erfolg hatte, wurden am 20., der Scheik-ul-Islam, Chairulla-Effendi, am 26. Juli abgesetzt. Redif und Abdul Kerim wurden nach der Insel Lemnos verbannt. Zum Scheik-ul-Islam wurde der fanatische Kara Chalil Effendi, zum

Kriegsminister Mustapha Pascha, zum Befehlshaber der Donauarmee der Hugenottensohn Detroit aus Magdeburg, Mehemed Ali Pascha, zum Minister des Auswärtigen der damalige Botschafter in Wien, Karifi Pascha, ernannt. Dieser blieb nicht lange im Amte. Auf die Nachricht, daß bei dem Vorrücken der Russen und Bulgaren die muselmännische Bevölkerung mißhandelt worden sei, was hinsichtlich der Russen falsch, bezüglich der Bulgaren als ein nicht gerade unbegreiflicher Racheakt anzusehen war, debütierte Karifi mit einem sehr ungeschickten Rundschreiben vom 19. Juli. Darin erklärte er den Großmächten, daß bei den von den Russen und Bulgaren verübten Greueln der Sultan nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn die muselmännische Bevölkerung Repressalien ergreife und sämtliche Christen niedermegle. Die Christen in Konstantinopel hatten auf dies hin allen Grund, an Maßregeln zur Sicherheit ihres Lebens zu denken. Wohlhabendere Familien flüchteten sich nach Athen oder nach den Prinzen-Inseln; wer zurückblieb, bewaffnete oder verbarrikaderte sich; die Deutschen beabsichtigten die Errichtung einer Bürgerwehr. Der deutsche Botschafter, Prinz Reuß, begab sich am 29. Juli zum Großbezier Ethem Pascha und fragte ihn, wie es denn komme, daß die Pforte diese, durch nichts gerechtfertigte Drohung ganz Europa entgegenschleudere, ihre muselmännischen Unterthanen durch solche Schreiben geradezu zum Christenmord aufbege und sie zum voraus schon von aller Schuld freispreche, und bei allem dem gar nicht bedenke, daß sie durch solche Entfesselung der schlimmsten Instinkte sämtliche europäischen Staaten zu ihren offenen Feinden mache. Eine ähnliche Sprache führte auch Lahard. Der undiplomatische Diplomat Karifi, welcher in europäischen Aktenstücken laut sagte, was andere im Kreise von Auserwählten kaum zu flüstern wagten, gab seine Entlassung ein. Server Pascha, der Präsident des Senats, wurde am 1. August zum Minister des Auswärtigen ernannt. Auch von einer Zurückberufung Midhats war damals die Rede. Je schlechter es auf beiden Seiten des Balkans stand, desto nachdrücklicher forderte die Reformpartei, daß dem tüchtigsten Staatsmann, den die Türkei habe, wieder die Leitung der türkischen Politik übertragen werden solle. Midhat selbst machte sich zur Rückkehr bereit. Er hatte indessen in London und in Paris verweilt und begab sich nun plötzlich nach Wien, um einem Rufe

des Sultans aufs schnellste entsprechen zu können. Aber der Umschlag der Kriegsergebnisse machte es seinem geschworenen Feinde, Mahmud Damad Pascha, möglich, seinem Schwager, dem Sultan, begreiflich zu machen, daß man auch ohne einen für diesen so unbequemen Großvezier die Türkei vor ihren Feinden retten könne.

Nicht geringer als in Konstantinopel war auf diese Sieges-telegramme hin die Aufregung in London. Was sollte nun aus den „britischen Interessen“ werden? Schon der Donau-Übergang hatte zur Folge, daß der englische Admiral Hornby mit 9 Panzerschiffen am 3. Juli auf's neue in der Besika-Bai erschien und sich zum Tigersprung fertig machte; 4 weitere Panzerschiffe folgten in den nächsten Tagen; nach dem Übergang über den Balkan wurde eine Armee von 3000 Mann, kaum für Invaliden erschrecklich, nach Malta transportirt und die konservativen Zeitungen Londons verlangten gebieterisch das Eingreifen Englands in den Orientkrieg. Bald war von dem Einlaufen der Flotte in den Dardanellen, bald von der Besetzung Konstantinopels, bald von einer Vorpostenstellung in Gallipoli die Rede. Der englische Botschafter Layard erhielt den Auftrag, „nicht officiell, aber officiös“ bei der Pforte anzufragen, ob sie nicht zu ihrem Schutze die Einfahrt der englischen Flotte in die Dardanellen wünsche. Die Pforte konnte sich verschiedener Fälle erinnern, daß die Russen aus dem türkischen Gebiet wieder hinausgedrängt worden seien, aber keines einzigen Falles, daß England, wenn es einmal von einer wichtigen See-Station Besitz genommen hatte, hinauszubringen gewesen wäre; sie dachte wohl an das spanische Gibraltar und an das italienische Malta; dabei war sie sich sehr wohl bewußt, daß nicht zum Schutze der Türkei, sondern zur Wahrung der britischen Interessen die Flotte vor Konstantinopel kommen solle, damit, falls es ans Theilengienge, England sein Erbstück schon zur Hand habe. Layard erhielt also zur Antwort, die englische Flotte dürfe die Dardanellen passiren und vor Konstantinopel ankern, wenn England ein Schutz- und Trugbündniß mit der Türkei abschließe; wenn nicht, so nicht. Soweit war der von Gespenstern geplagte Lord Beaconsfield noch nicht. Eine Allianz mit der Türkei gegen Rußland, eine neue Auflage der Situation von 1854, aber ohne Frankreichs Beistand, ein Handinhandgehen mit Baschi-Bosuzuck und Tscherkessen war dem doch auch für einen ruhmfüchtigen englischen Premier

ein sehr ernsthaftes Ding. Darauf erhielt Layard den Befehl, bei der Pforte officiös anzufragen, ob sie es nicht in ihrem Interesse fände, daß England Gallipoli besetzte und so besetzte, daß es gegen einen russischen Handstreich sicher wäre. Auch dies gestand die Pforte nicht zu, die Gründe waren die nämlichen; der Besitz von Gallipoli war identisch mit der Beherrschung des Hellespont. Von der Pforte abgewiesen, suchte England die Staatsmänner an der mittleren Donau zum Abschluß einer englisch-österreichischen Allianz zu verführen. Was im Krimkrieg Frankreich gewesen war, sollte nun Oestreich sein. England brauchte zu einem Kriege und auch nur zu einem imponirenden Auftreten gegen Rußland durchaus die Allianz eines Kontinentalstaates; denn es hatte ja keine Landarmee, nur ein paar tausend Söldner. Graf Andrassy aber war das Dreikaiserbündniß ein sichereres Unterpfand für die Wahrung der österreichischen Interessen, als die Allianz mit einem Staate, welcher von Oestreich nur Opfer verlangte, selbst aber ihm nichts bot, und welcher, was schon in dem Parlamentarismus seiner Regierung lag, ein unzuverlässiger Bundesgenosse war. Unter solchen Umständen war denn auch die Sprache der englischen Minister vorderhand etwas zurückhaltend. In der orientalischen Debatte, welche am 19. Juli im Oberhaus eröffnet wurde, wies Lord Derby die Aufforderung zur direkten Einmischung zurück und bezeichnete als den günstigsten Zeitpunkt zur Einmischung, falls eine solche beschlossen würde, den Schluß des Krieges, wenn die Kämpfenden erschöpft, England aber noch frisch sei. Das Cabinet werde sich auf nichts einlassen, was es für unausführbar halte. Es habe einerseits Rußland offen seine Meinung über dessen Kriegserklärung mitgetheilt, und Graf Schuwalow habe ihm gedankt, daß er ihm so deutlich gesagt habe, welches die von England gelegten Torpedo's wären, damit Rußland dieselben vermeiden könnte, andererseits habe es der Pforte gesagt, daß sie niemals auf den militärischen Beistand Englands rechnen dürfe. John Bright gieng in der Rede, welche er am 25. Juli zu Bradford hielt, noch etwas weiter als Derby. England habe, sagte er, bei der Ausdehnung seiner Kolonien so viele verwundbare Punkte, daß niemand, der im Genuß seines Verstandes sei, den Krieg herbeiwünschen könne. England könne mit Erfolg nur die eine Politik verfolgen, die Politik des Friedens, der Gerechtigkeit, der Re-



ligion. Die Aufschließung der Dardanellenstraße, die Freiebung der Schifffahrt durch dieselbe lasse sich nicht mehr hindern. England würde eine große Thorheit begehen, wenn es dieselbe aufhalten oder Konstantinopel gegen die Russen vertheidigen wollte. Nur wenn Rußland sich des Suezkanals bemächtigen wollte, wozu nicht die geringste Wahrscheinlichkeit vorlag, müsse England das Schwert ziehen. Ein Comité, welchem der Geschichtsschreiber Freeman angehörte, sagte in einem öffentlichen Aufruf, welchem sich auch die Geschichtsschreiber Carlyle und Froude anschloßen: „Die Neutralisirung der Dardanellen und des Bosporus würden wir als eine Wohlthat für die ganze Welt ansehen; es ist nicht zu rechtfertigen, einer Macht wie Rußland, die so große Fortschritte auf der Bahn der Civilisation gemacht hat, den Gebrauch ihrer Flotte für einige Monate des Jahres unmöglich zu machen. Wir sind außer Stande, unseren Patriotismus so weit zu treiben, daß wir uns beunruhigt fühlen sollten durch die Aussicht, die russische Flotte ungehindert in das Mittelmeer einlaufen zu sehen. Wir können das nicht in einem anderen Lichte ansehen, als daß den Flotten Frankreichs, Italiens, Oestreichs, Spaniens, der Türkei, Griechenlands und Englands, welche jetzt dort sind, eine neue zugefügt wird.“

Die zweite Periode des russisch-türkischen Feldzugs hat durch den einen Namen „Plewna“ ihre Signatur erhalten. Vollständig unbekannt, tauchte dieser Name plötzlich am europäischen Horizont auf und beschäftigte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt bis in den December. General Krüdener schickte am 17. Juli, auf die Nachricht, daß feindliche Truppen in der Richtung nach Plewna marschiren, zwei Regimente, denen bald ein drittes nachfolgte, gegen Plewna, das zwischen Nikopoli und Lowaß, am Wid-Flusse liegt. General Schilder-Schuldner, welcher diese Expedition kommandirte, fand bei seiner Ankunft am 19. Juli die Stadt und die umliegenden Höhen bereits besetzt und konnte beobachten, wie fortwährend neue Regimente von Westen her in die Stadt einzogen. Er griff am 20. Juli an und wurde mit einem Verlust von 66 Officieren und 2771 Mann zurückgeschlagen. Eine türkische Division brach von Plewna gegen Lowaß auf, warf am 27. Juli die Russen aus dieser Stadt und drängte sie nach Selwi zurück. Die Türken versuchten auch letzteren Ort einzunehmen, wurden

aber zurückgewiesen. Im Besitz von Plewna und Lowak hielten sie die ganze russische Armee im Schach. Die Russen hatten sich überraschen lassen und mußten diese Unterlassungszünde schwer büßen. Schon seit einigen Wochen hatte Osman Pascha, der Kommandant von Widdin, Abdul Kerim den Vorschlag gemacht, er wolle, mit Zurücklassung einer nothdürftigen Besatzung, mit allen entbehrlichen Truppen nach Nikopoli sich wenden und von dort aus den rechten Flügel der Russen bedrohen. Das Obercommando ließ sich nicht darauf ein und befahl ihm, in Widdin zu bleiben. Erst gegen die Mitte Juli erhielt er den Befehl, von Widdin abzumarschiren. Er hatte einen weiten Marsch, um nach Nikopoli zu gelangen, erfuhr unterwegs die Kapitulation dieser Festung, wandte sich nun rechts und wählte mit richtigem Blick die von Hügeln umgebene Stadt Plewna zu seinem Standorte. Dieselbe war nicht befestigt; Osman verstand es aber, gleich in den nächsten Tagen Stadt und Anhöhen aufs trefflichste zu verschanzen und eine improvisirte Festung ersten Ranges daraus zu machen. Gerade dies war ja die starke Seite der Türken, sich eine starke Defensiv zu schaffen und in dieser mit Ausdauer und Tapferkeit sich zu halten. Daß sie zur Offensive sich weniger günstig angelegt fühlten, kam in den folgenden Wochen den Russen sehr zu Statten. Daß man aber im russischen Hauptquartier die Straße nach Widdin zu wenig im Auge behielt; daß man von dort eine Armee von etwa 30,000 Mann anmarschiren ließ, ohne durch Kundschafter oder leichte Kavallerie Kunde davon zu erhalten; daß man vollends diese Armee in solcher Nähe von Sitowa und Nikopoli vorbeiziehen und in dem nahen Plewna sich festsetzen ließ, ohne irgend welche Ahnung von ihrer Existenz zu haben, das war eine unverzeihliche Nachlässigkeit. „Wo sind denn unsere Kosaken?“ riefen die russischen Blätter unnmuthig aus.

Der russische Feldzugsplan war durch die Stellung Osman's in Plewna plötzlich über den Haufen geworfen. Die 4 russischen Armeecorps, welche in der Mitte Juli's im mittleren Bulgarien waren, bildeten drei getrennte Armeen. Zwei Corps unter dem Befehl des Großfürsten-Thronfolgers machten gegen Osten Front, gegen die Linie Rusischuk-Masgrad-Schumla; das dritte Corps, unter Radetzki, hatte die Linie von Tirnowa bis zum südlichen Ausgang des Schipka zu decken; das vierte Corps, unter Krüdener,

sollte westlich von der Jantra-Linie, gegen die Osma und den Wid operiren. Diese Streitkräfte waren für eine rasche und energische Kriegsführung nicht hinreichend, auch wenn sich von Westen her kein Gewitter zusammenzog und dem Schipka-Paß gegenüber kein überlegener Feind sich zeigte. Dies mußte aber in Rechnung gebracht und es mußte lieber gleich mit 10 bis 12, als mit 4 bis 6 Armeecorps von Siftowa aus der Feldzug begonnen werden. Hatte das russische Obercommando namhafte Schwierigkeiten anfangs nur im Osten, gegen das Festungsviereck, gesucht, in Folge der Erfolge Gurko's jenseits des Balkans den Weg nach Adrianopel und Konstantinopel gebahnt und geöffnet sich gedacht und den Westen Bulgariens, vollends nach der Einnahme von Nikopoli, kaum beachtet, so trat jetzt ein Rückschlag ein. Der Westen wurde jetzt so sehr zur Hauptsache, daß, welche glückliche Ereignisse auch im Osten und im Süden eintreten mochten, der Feldzug in Bulgarien so lange nicht gewonnen war, so lange Plewna in türkischen Händen blieb. Die Gefahr von dort wuchs; nach dem Balkan konnte nur die nothdürftigste Anzahl von Truppen geschickt werden; von Vorstößen gegen die Thäler der Tundscha und der Mariza war keine Rede mehr; man mußte dort zufrieden sein, wenn man sich nur in dem Passe halten konnte. Im Osten, wo von Anfang eine größere Truppenmasse versammelt war, mochten die Operationen einen regelmäßigen, aber entscheidungslosen Verlauf nehmen. Der Großfürst Nikolai, das Zwingende der Lage würdigend, gab dem General Krüdener den Befehl, Plewna um jeden Preis zu nehmen. Mehrere Regimenter vom 11. und vom 4. Corps stießen als Verstärkungen zu Krüdener, und diejenigen Truppen seines eigenen Corps, welche als Besatzung in Nikopoli standen, konnten diese Festung verlassen und nach Plewna marschiren, nachdem die vierte rumänische Division, um jene abzulösen, am 29. Juli über die Donau gegangen und in Nikopoli eingerückt war. Dieser Schritt der rumänischen Armee war zwar noch keine Aktion, aber doch der Anfang davon; die weiteren Kriegseignisse konnten noch weitere Maßregeln hervorrufen. General Krüdener hatte jetzt etwa 38,000 Mann; Osman, welcher inzwischen Verstärkungen erhalten hatte, befehligte etwa 50,000 Mann und hatte treffliche Stellungen, wohlverschanzte Positionen und eine gute Artillerie. Dies war ein Mißverhältniß. Auch wenn das

Zahlenverhältniß das umgekehrte gewesen wäre, hätte Krüdener doch eine sehr schwierige Aufgabe gehabt. Am 30. Juli erfolgte die zweite Schlacht bei Plewna. General Krüdener griff das türkische Centrum bei Griviça, General Schachowskoi den rechten Flügel bei Radisowo an; die Kosakendivision Skobelew deckte die linke russische Flanke gegen Lowak. Bis in die Nacht hinein wurde von den Russen mit wundervollem Muth gekämpft; aber sie wurden von den Türken, die tapfer Stand hielten, zurückgeschlagen. 8000 Russen lagen todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld. Wer den Türken verwundet in die Hände fiel, wurde unter den schändlichsten Mißhandlungen ermordet, obgleich die Türkei der Genfer Konvention beigetreten war. Auch hier, wie bei dem Pariser Vertrag von 1856, finden wir wieder, daß die Türkei sich sehr gerne Rechte übertragen läßt, auch kein Bedenken trägt, Pflichten zu übernehmen, aber keinen Augenblick daran denkt, letztere zu erfüllen.

Diese Niederlage machte einen erschütternden Eindruck. Fürst Nikolai verlegte am 31. Juli sein Hauptquartier von Tirnowa nach Bjela, am 13. August nach Gornji-Studen, wo auch der Kaiser eintraf. Die Einwohner von Tirnowa riefen angsterfüllt: „Die Türken kommen über uns!“ Soweit war es noch nicht, Dank der Lethargie, in welche Osman nach seinem Siege zurückfiel. Aber klar lag nun zu Tag, daß Rußland die militärische und moralische Kraft des Gegners unterschätzt hatte und bisher mit zu geringen Streitkräften aufgetreten war. Es mußten so rasch als möglich weitere Armeecorps über die Donau gebracht werden, oder der Feldzug von 1877 war unwiderruflich verloren. Diese Einsicht brach sich im russischen Hauptquartier Bahn. Man suchte das Versäumte nachzuholen. Die beiden Armeecorps, welche indessen zwischen Odessa und der Krim zum Zweck der Küstendeckung gestanden waren, erhielten den Befehl, nach Bulgarien abzumarschiren. Wenige Ersatztruppen genügten für den Schutz der Küste. Die Garde, das Grenadiercorps und mehrere andere Armeetheile wurden mobilisirt, 185,467 Mann Ersatzreserve und Landwehr einberufen und später eine Aushebung von 206,000 Rekruten anbefohlen. Die beiden letzten Einberufungen mochten der Operationsarmee nicht mehr direkt zu gut kommen und die mobilisirten Armeecorps vor September nicht auf dem Kriegsschauplatz

zu erwarten sein. Um so werthvoller war für die russische Armee eine Verstärkung, die aus nächster Nähe kam. Rußland hatte in-  
 dessen die Kooperation der rumänischen Armee immer zurück-  
 gewiesen, wohl aus Rücksicht auf Oestreich-Ungarn, das an der  
 unteren Donau nicht ein siegreiches, starkes Rumänien sehen wollte,  
 von dem die in Ungarn wohnenden Rumänen sich angezogen ge-  
 fühlt hätten. Nach den beiden Niederlagen bei Plewna und nach  
 den anderen Mißerfolgen der Russen hielt man in Oestreich-Ungarn  
 den Feldzug nicht mehr für so gefährlich. Ohne daß ein östreichi-  
 scher Protest erfolgte, schloß Rußland mit Rumänien eine neue  
 Konvention, wonach die rumänische Armee die Donau überschreiten  
 und an den Kriegsoperationen theilnehmen sollte. Dem Ver-  
 langen des Fürsten Karl, daß seine Armee nicht unter russischem,  
 sondern unter seinem Commando stehen sollte, wurde von Ruß-  
 land entsprochen, ja dem Fürsten Karl das Obercommando über  
 die ganze russisch-rumänische Cernirungsarmee vor Plewna über-  
 tragen. Als Generalstabschef wurde ihm der russische General  
 Zadow beigegeben. Am 2. September giengen zwei rumänische  
 Divisionen bei Korabia über die Donau; eine dritte stand schon  
 längst in Nikopoli; die vierte blieb in Kalafat. In einer Pro-  
 klamation vom 8. September begründete der Fürst dem Lande  
 gegenüber dieses kriegerische Vorgehen mit folgenden Worten: „Der  
 Krieg verlängert sich wider Erwarten und nimmt türkischerseits  
 einen hartnäckigen, fanatischen Charakter gegen die Christen an,  
 und das Schicksal Rumäniens wird höchst kritisch. Rumänien  
 leidet durch den Krieg zuallererst, und wie schrecklich wäre seine  
 Lage, wenn die Türken den Krieg über die Donau trügen! Unsere  
 Pflicht erheischt es, Anstrengungen zur Hintanhaltung solcher Even-  
 tualitäten zu machen. In Gefahr, durch Passivität alles zu ver-  
 lieren, was wir besitzen, ohne Garantie, daß die Türkei zwischen  
 Defensiv- und Offensivkrieg einen Unterschied machen würde, müssen  
 wir mit der russischen Armee kooperiren, um das Ende des Krie-  
 ges um jeden Preis zu beschleunigen.“

Die Russen waren nach ihrer Niederlage vom 30. Juli in  
 ihren Stellungen vor Plewna geblieben. Osman Pascha wagte  
 nicht, seinen Sieg auszubenten und den Versuch zu machen, ob er  
 nicht den Feind nach der Donau zurückzudrängen vermöchte. Er  
 begnügte sich in den nächsten Wochen, seine Vertheidigungslinie

noch mehr zu befestigen und rings um Plewna einen Ring von Verschanzungen anzulegen, welcher einen Flächenraum von nahezu 2 Quadratmeilen umfaßte und auch die im Westen der Stadt über den Wid führende Brücke in sich schloß. Nur zweimal versuchte er in dieser Zeit zur Verbesserung seiner Vertheidigungsstellung einen Angriff auf die russischen Linien. Am 30. August suchte er die Russen aus ihren Stellungen bei Pelisat zu verdrängen und sandte zugleich von Lowak aus eine Abtheilung seiner Truppen gegen Selwi. Beide Angriffe wurden von den Russen zurückgewiesen. Dagegen errangen die Russen am 3. September einen wichtigen Erfolg. General Imeretinski erstürmte mit 20,000 Mann größtentheils neuangekommener Truppen die Verschanzungen der Türken bei Lowak und nahm diese Stadt. Darauf schloß er sich an die Cernirungsarmee vor Plewna an, welche nun 9 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen umfaßte und etwa 400 Geschütze hatte. Diese Armee fühlte sich durch die neuesten Erfolge zu einem dritten Angriffe auf Plewna ermuthigt. Derselbe fand am 11. September statt. Die Rumänen stürmten auf dem rechten Flügel gegen die Griviza-Redoute, das russische Centrum gegen das besetzte türkische Lager, General Skobelew gegen die südlichen Verschanzungen. Die Rumänen nahmen die Griviza-Redoute, Skobelew eroberte eine Verschanzung im Süden; aber alle übrigen Angriffe wurden von den Türken zurückgeschlagen, am 12. auch dem ohne Unterstützung gelassenen Skobelew die Verschanzung wieder entzogen; nur die Griviza-Redoute konnte von den Türken nicht zurückerobert werden; doch hatte sie für den Angreifer nicht den gehofften Werth, weil hart hinter ihr die Plewniza-Redoute lag, von welcher aus jene beschossen werden konnte. So war auch dieser neue Angriff für die Cernirungsarmee eine Niederlage; der einzige Erfolg, die Wegnahme der Griviza-Redoute, war mit einem Verlust von etwa 14,000 Mann erkauft.

Auch auf anderen Kriegsschauplätzen wurde den russischen Waffen Stillstand geboten und traten bedenkliche Augenblicke ein. Gurko's Reiter konnten sich im Thal der Tundscha und der Mariza nur wenige Tage halten. Vor ihnen erhob sich eine neue Armee und hinter ihnen nahm Plewna die russischen Streitkräfte in einer Weise in Anspruch, daß nach dem Schipka nur wenige Verstärkungen abgesandt werden konnten. Keouf Pascha, der Be-

fehlshaber der türkischen Balkanarmee, war dem ungestümen Vordringen der Truppen Gurko's nicht gewachsen. Zu seiner Verstärkung wurde Suleiman Pascha aus Montenegro berufen. Dieser hatte einen vergeblichen Versuch gemacht, den kriegerischen Serbenstamm der Montenegriner gerade so niederzuwerfen, wie dies im J. 1862 Omer Pascha gethan hatte, der in Cetinje, der Hauptstadt des Landes, den Frieden diktirte. Nach dem türkischen Kriegsplan sollte Suleiman von der Herzegowina aus mit 10,000 Mann durch den Duga-Paß vorgehen, die Festung Niksch entsetzen und verproviantiren und von da in das Innere von Montenegro vorrücken. Gleichzeitig sollte von der entgegengesetzten Richtung, von Albanien aus, Ali Saib Pascha mit 30,000 Mann in Montenegro eindringen. Beide sollten in der Mitte des Landes zusammentreffen und vereinigt auf Cetinje vorgehen. Von Osten her sollte, um möglichst viele feindliche Streitkräfte von der Hauptaktion abzulenken, Mehemed Ali mit 5300 Mann in Montenegro einfallen. Die Gefahr war für das kleine Land, das nur etwa 25,000 Mann aufstellen konnte, nicht gering. Die Montenegriner mußten nach drei Seiten Front machen. Am 3. Juni überschritt Ali Saib, von der Festung Spuz ausrückend, die montenegrinische Grenze und griff am 4. die feindlichen Stellungen bei Novoselo an. Petrowitsch schlug ihn am 4., 6. und 20. Juni nach heftigen Kämpfen zurück und machte ihn auf einige Zeit unfähig zu weiteren Operationen. Mehemed Ali rückte erst am 23. Juni von Kolaschin aus in Montenegro ein. Bei dem Kloster Moratscha wurde er von Wukowitsch und Pejowitsch, welche nur 5 Bataillone hatten, besiegt und über die Grenze zurückgeworfen. Hartnäckiger war der Kampf gegen Suleiman. Dieser drängte am 4. Juni die Montenegriner, welche unter dem Fürsten Nikita am Eingange des Duga-Passes standen, zurück, verproviantirte am 10. die Festung Niksch, forcirte am 17. den Marsch durch den Engpaß von Dstrog und wandte sich nach dem Zeta-Thal, die Vereinigung mit Ali Saib suchend. Unter fortwährenden Kämpfen bewerkstelligte er diese endlich am 24. Juni, aber nicht auf montenegrinischem, sondern auf albanischem Boden, in der Nähe von Spuz. Sein Marsch quer durch Montenegro hindurch war ein Meisterstück von Energie, aber genügt hat er nichts. Von einem Siegesmarsch nach Cetinje war keine Rede mehr. Die Türken hatten große Verluste, und

bald darauf wurde der größte Theil ihrer Truppen zur Vertheidigung Bulgariens abgerufen. Dies benutzte der Fürst Nikita, um durch Eroberungen in der Herzegowina und in Albanien sein kleines Gebiet zu arrondiren. Zunächst rückte er vor die Festung Nikitch. Nach längerer Einschließung und Beschießung zwang er sie zur Kapitulation am 8. September. Darauf nahm er sämtliche Forts des Duga-Passes. Nach einer Pause von einigen Wochen zog er gegen Süden und suchte sich des Landstriches, welcher zwischen der Grenze seines Landes und dem Bojana-Fluß liegt, zu bemächtigen. Am 11. November begannen hier die Operationen. Im Laufe dieses Monats nahm er den Hafentort Spizza und sämtliche Borwerke von Antivari. Türkische Kriegsschiffe, welche zur Verstärkung der Besatzung von Antivari am 30. November Mannschaft dort ausschiffen wollten, wurden durch das Feuer der montenegrinischen Batterien zum Rückzug genöthigt. Bei der Bedrängniß, in welche gegen das Ende des Jahres die Türkei gerieth, war es sehr wahrscheinlich, daß die Montenegriner den bedrohten Landstrich nahmen und bis gegen Skutari vordrangen. Sie hatten dann, was sie nothwendig brauchten: eine geschützte Grenze und einen Küstenstrich am adriatischen Meer.

Suleiman und Mehemed Ali hatten im Juli von Konstantinopel aus den Befehl erhalten, schleunigst nach Osten zu ziehen. Jener schiffte sich am 16. Juli im Hafen von Antivari auf türkischen Transportdampfern ein, landete bei Dedeagh, fuhr von dort mit der Eisenbahn nach Adrianopel und Hirmanlü und wandte sich von da rechts nach dem Schipka-Paß. Bei Eski-Sagra hatte General Gurko am 27. Juli eine feste Stellung bezogen. Seine Vortruppen, welche die Thäler der Tundscha und der Marika durchstreift hatten, hatte er dorthin zurückgezogen. Neouf Pascha griff ihn, ohne die Ankunft Suleiman's abzuwarten, am 30. und 31. Juli an, wurde aber beidemale zurückgeschlagen. In der folgenden Nacht traf Suleiman in der Nähe von Eski-Sagra ein, vereinigte sich mit den Trümmern der geschlagenen Armee Neouf Pascha's und griff in der Früh des 1. August die Verschanzungen der überraschten Russen an. Diese wurden trotz aller Tapferkeit zurückgedrängt, mußten Eski-Sagra aufgeben und zogen sich nach Kasanlik und von da nach dem Schipka-Paß, ein kleinerer Theil rechts nach dem Hankibi-Paß zurück. Die Truppen Suleiman's



folgten unter Brennen und Morden. Die Städte Eski-Sagra und Kasanlik wurden niedergebrannt, die Einwohner niedergehauen und einige in die Flammen der brennenden Häuser geworfen. Darauf legte sich Suleiman mit etwa 40 Bataillonen quer vor den Schipka-Paß und machte jedes weitere Vordringen unmöglich. Eine richtige Strategie schrieb ihm vor, den Paß rechts oder links zu umgehen, die Russen im Rücken und zugleich in der Front anzugreifen und nach Vernichtung der aus nur etwa 4000 Mann bestehenden Vertheidigungsmannschaft die russischen Truppen vor Plewna und am Som-Flusse in ihren Flanken zu bedrohen und mit Osman-Pascha und Mehemed Ali gemeinschaftlich zu operiren. Aber hier so wenig als in Montenegro sah man ein planmäßiges Zusammenwirken und Zueinandergreifen der türkischen Streitkräfte und Führer, sondern jeder handelte für sich und blieb fest an seine Scholle gebunden. Suleiman glaubte, nachdem er am 15. August einen schwachen Umgehungsversuch gemacht hatte, den Stier an den Hörnern packen zu können und griff die russischen Verschanzungen im Schipka-Paß in der Front an. General Gurko befehligte dort nicht mehr. Er hatte den Befehl erhalten, in Petersburg das Commando über die zweite Garde-Kavallerie-Division zu übernehmen und dieselbe auf den Kriegsschauplatz zu führen. Es gelang zwar Suleiman, das am südlichen Abhange gelegene Dorf Schipka am 19. August zu nehmen, aber den Paß selbst zu erstürmen, vermochte er trotz seiner Uebermacht nicht. Vom 20. bis 26. August machte er täglich die heftigsten Angriffe, bemächtigte sich einiger wichtiger Stellungen und war nahe daran, den Paß in seine Gewalt zu bekommen. Da brachte am 23. August, als schon die äußerste Gefahr da war und die wenigen russischen Truppen vor Erschöpfung fast kampfunfähig waren, General Radekki selbst Verstärkungen herbei und vertrieb die Türken von den umschließenden Anhöhen. Der tüchtige General Dragomirov wurde, kaum auf dem Schlachtfeld angekommen, am 24. verwundet, General Doroschinski fiel. In den folgenden Tagen suchten beide Theile ihre Vertheidigungsstellung zu verstärken und beschränkten sich auf gegenseitige Kanonade und Plänklergefechte. Am 17. September versuchte Suleiman den von den Russen verschanzten Berg St. Nikolas, den höchsten Punkt des Schipka-Passes, durch einen nächtlichen Ueberfall in seine Gewalt zu

bringen. 3500 Freiwillige rückten, in 3 Kolonnen vorgehend, vor Tagesanbruch den Berg hinan. Es gelang ihnen, die Russen zu überrumpeln und sich auf der Höhe festzusetzen. „Der Schipka ist unser!“ lautete das Telegramm, welches der Feldtelegraph in das Hauptquartier Suleiman's brachte. Wenige Minuten nachher war in Konstantinopel Jubel über diesen Erfolg. Von hier wurde die Nachricht nach allen Weltgegenden telegraphirt. Aber der hinkende Bote kam nach. Der Schipka-Paß war zwar nahezu in der Gewalt der Türken, aber nur auf 6 Stunden. Um 6 Uhr Morgens waren die Türken Herren der Anhöhe, um 12 Uhr aber wurden sie wieder zurückgetrieben, und da ihnen keine Reserven zu Hilfe kamen, wurde mehr als ein Drittheil der Freiwilligen verwundet oder getödtet. Abends 4 Uhr war kein einziger Türke mehr auf dem St. Nikolas. Von da an fiel das ganze Jahr hindurch im Schipka-Paß nichts Bedeutendes mehr vor. Die Türken mußten, nachdem sie den günstigsten Zeitpunkt versäumt hatten, darauf verzichten, hier vorzudringen zu können.

Ähnlich wickelten sich die Ereignisse im nördlichen Bulgarien am Dom-Fluß ab, wo der türkischen Donauarmee zwei russische Armeecorps unter dem Großfürsten-Thronfolger gegenüberstanden. Auch hier traten für die russische Kriegführung bedenkliche Augenblicke ein; dieselben wurden aber von den türkischen Heerführern nicht ausgenützt. Mehemed Ali, welcher als Nachfolger Abdul Kerims am 22. Juli das Commando der Donauarmee übernommen hatte, befehligte zwei Armeecorps und eine unberechenbare Anzahl von irregulären Truppen und stand hinter dem Schwarzen Dom. Die Russen überschritten diesen Fluß, sahen sich aber von überlegenen Streitkräften angegriffen und wieder zurückgedrängt. Am 30. August bei Karahassankiöi, am 5. September bei Kazelowa, am 4. bis 7. September bei Radikiöi zurückgeschlagen, mußten sie alle ihre Stellungen am Dom aufgeben und in der Richtung nach Bjela sich zurückziehen. Sie besetzten und befestigten die zwischen der Jantra und dem Schwarzen Dom befindlichen günstigen Stellungen und versperrten Mehemed Ali den Weg nach Bjela. Denn dorthin durften sie den Feind nicht vordringen lassen, da sonst die Brücke bei Siftowa, der Rücken der Cernirungsarmee vor Plewna und der Rücken der Schipka-Armee bedroht war. Die Jantra-Linie mußte um jeden Preis gehalten werden. Umgekehrt hatte

Mehemed Ali von Konstantinopel den Befehl erhalten, dieser Linie sich zu bemächtigen. Während er vorgieng, rückten ihm die Russen bis Sinantivi entgegen. Sie wurden am 14. September geschlagen und zogen sich nach dem von ihnen verschanzten Plateau zurück. Nun griff Mehemed Ali am 21. September die russische Stellung bei Tscherkowna an, wurde aber trotz seiner Uebermacht geschlagen. Er sah nun ein, daß seine Streitkräfte zur Forcirung der wohl befestigten und vertheidigten Stellungen vor Bjela nicht ausreichten, und zog sich hinter den Schwarzen Lom zurück. In Konstantinopel, wo man nur von Siegen träumte und es kaum erwarten konnte, bis die ganze russische Armee über die Donau zurückgetrieben war, war man sehr ungehalten über diesen Rückzug. Ein Telegramm vom 22. September, nicht minder voreilig als das am 17. vom Schipka eingelaufene, hatte einen vollständigen Sieg Mehemed Ali's und die Zurückwerfung der Russen nach Bjela angekündigt. In türkenfreundlichen Zeitungen war bereits von einem „Seitenstück zur Beresina“ die Rede. Die türkischen Minister hielten den Feldzug für entschieden und erwogen bereits die Höhe der von ihnen zu fordernden Kriegszuschädigung. Der officielle Bericht über die Niederlage bei Tscherkowna machte diesen orientalischen Märchen ein Ende. Mehemed Ali wurde abgesetzt und das Commando über die Donauarmee dem vorwärtsstürmenden Suleiman übertragen, an dessen Stelle Keouf Pascha den Oberbefehl über die Balkan-Armee erhielt. Suleiman traf am 4. Oktober in Kasgrad ein und übernahm sein neues Commando. Doch gieng er nicht, wie man in Konstantinopel glaubte, sofort über den Lom, um die Russen nach Bjela zurückzuwerfen; denn diese hatten inzwischen bedeutende Verstärkungen erhalten; vielmehr befestigte er seine Stellungen bei Rustschuk und Kasgrad und hielt sich zunächst in der Defensiv. Der Großfürst-Thronfolger sandte am 24. Oktober mehrere Truppenabtheilungen gegen den Lom vor, um die feindlichen Stellungen hinter demselben zu erkunden. Bei einer dieser Reconoscirungen fiel der Neffe des Kaisers, Prinz Sergius von Leuchtenberg, bei Bassarbowo. Erst im November ergriff Suleiman die Offensive. Vom 18. bis 26. November unternahm er von Rustschuk und Radikivi aus mehrere Vorstöße gegen den russischen linken Flügel bei Birgos und Metschka, wurde aber zurückgewiesen. Das dortige Vorgehen hatte wohl nur den

Zweck, seinen Hauptangriff zu verdecken. Dieser war gegen den russischen rechten Flügel gerichtet. Am 4. December warf Fuad Pascha mit 20,000 Mann die aus zwei Regimentern bestehende russische Avantgarde bei Maren zurück. Dieselbe mußte sich nach Elena und von da noch weiter westlich bis Jakowiza zurückziehen. Zu gleicher Zeit wurde ein russisches Regiment, das nördlich von Elena bei Slatariza stand, von einer türkischen Division angegriffen und zurückgedrängt. Da beide Orte von Tirnowa nicht weit entfernt sind, so war aufs neue die Jantra-Linie und der Balkan in Gefahr. Aber Fuad Pascha verstand es nicht, seinen Sieg auszunützen, und begnügte sich am 5. December mit einer Kanonade. Als er dann am 6. gegen Jakowiza vorrückte, war der kommandirende General des auf diesem Flügel aufgestellten Corps, General Dellingshausen, bereits mit Verstärkungen dort angelangt. Fuad wurde am 6. zurückgeschlagen und konnte nicht mehr weiter vordringen. Darauf machte Suleiman auf seinem rechten Flügel den Versuch, die feindliche Linie zu durchbrechen, gieng bei Krasna über den unteren Lom und griff am 12. December die Linie Trstenik-Metschka an. Aber er wurde zurückgeschlagen und mußte über den Lom zurückgehen. Seine Erfolge waren nicht bedeutender als die des Magdeburger Hugenotten-Sohnes Mehemed Ali. Er hatte in Montenegro, am Schipka, am Lom, überall gleich ungestüm angegriffen; aber erreicht hatte er nichts. Es fehlte, wie meist bei den türkischen Generalen, an der Strategie und an der gründlichen und raschen Ausnützung der örtlichen und militärischen Vortheile. Das in der Dobrudscha stehende, vom General Zimmernmann befehligte russische Armee-corps hielt beständig die Linie Tschernatwoda-Küstenbtsche und fand seine Aufgabe darin, der russischen Operationsarmee ihre über Galaß führenden rückwärtigen Verbindungen zu sichern. Die ihm beigegebenen zwei Kavallerie-Divisionen benützte er zur Reconoscirung der Küste in der Richtung nach Barna. Dies gab am 27. September Veranlassung zu einem Gefecht bei Basardschik. Das türkische Obercommando schenkte der Dobrudscha wenig Aufmerksamkeit, machte gar keinen Versuch zur Verdrängung der Russen und zog den größten Theil der ägyptischen Hilfstruppen, welche ursprünglich gerade für die Dobrudscha bestimmt waren, nach dem Lom.

Die ersten bedeutenden Erfolge der Russen wurden vom asia-

tischen Kriegsschauplatz gemeldet, wenn gleich auch in Armenien die ersten Monate reich an überraschenden Wechselfällen waren. Den Oberbefehl führte dort der in Tiflis residirende Statthalter Kaukasiens, Großfürst Michael, ein Bruder des Kaisers. Mit der speciellen Leitung der Operationen war General Boris-Melikow, ein geborener Armenier, beauftragt. Der türkische Oberbefehlshaber in Armenien war Mukhtar Pascha. Am 24. April, dem Tag der Kriegserklärung, rückten 4 russische Kolonnen in Türkisch-Armenien ein. Das Nion-Corps unter General Oklobjio gieng von Poti und St. Nikolai aus gegen die wichtige Hafenstadt Batum vor. Nach mehreren kleinen Gefechten am Kindrijschi-Fluß wurde Oklobjio am 23. und 24. Juni von Derwisch Pascha, welcher mit Verstärkungen in Batum eingetroffen war, in einem heftigen Kampfe zurückgedrängt und mußte wieder über die Grenze zurückgehen. Eine zweite Kolonne wandte sich nach der Festung Ardahan und erstürmte dieselbe am 17. Mai. Von der dritten Kolonne hielten einige Abtheilungen die Festung Kars umzingelt, während andere am 29. Mai 4000 tscherkessische Reiter, welche bei Begly-Ahmed, südwestlich von Kars, gelagert waren, in einem nächtlichen Angriff großentheils vernichteten. Der größte Theil dieser Kolonne überschritt das Soghanlü-Gebirge und marschirte gegen Erzerum. Die vierte Kolonne unter General Tergufassow nahm am 30. April die Festung Bajazid und drang über Diadin und Karakilissa, welche Orte am 8. Mai und 4. Juni besetzt wurden, bis Delibaba vor, um sich in dessen Nähe mit der dritten Kolonne zu vereinigen und gemeinschaftlich mit derselben auf Erzerum loszugehen. Aber diese Kolonne, welche von Boris-Melikow selbst befehligt wurde, wurde am 25. Juni bei ihrem Angriff auf die festen Stellungen der Türken bei Sewin, wo Feisy Pascha kommandirte, zurückgeschlagen und mußte den Rückzug über das Soghanlü-Gebirge antreten. Auch die Belagerung von Kars konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden. Am 8. Juli zogen die letzten russischen Truppen von dort ab und lehrten nach Alexandropol zurück. Mukhtar Pascha, welcher dem sich zurückziehenden Feinde in vorsichtiger Entfernung gefolgt war, zog am 9. Juli wieder in Kars ein. In Folge dieses Rückzugs der dritten Kolonne konnte sich Tergufassow nicht bei Delibaba halten, geschweige weiter vorbringen. Auch er mußte den Rückzug antreten, wobei Ismail

Pascha ihm folgte. Jedes Gefecht vermeidend, kam Tergukassow nach Karakilissa, schlug von da die Straße nördlich von Bajazid ein und langte am 5. Juli in der russischen Grenzstadt Jgdir an, von der er im April ausgezogen war. Doch blieb er hier nur so lange, bis seine Truppen sich ein wenig erholt hatten und einige Verstärkungen von Erzerum eingetroffen waren. Denn die Stadt Bajazid war schon am 18. Juni von feindlichen Scharen, die vom Wan-See vordrangen, genommen worden, und die russische Besatzung, welche Tergukassow bei seinem Vorrücken dort zurückgelassen hatte, hatte sich, 1500 Mann stark, in die Citadelle zurückgezogen und inzwischen alle Angriffe des aus 13,000 Mann bestehenden türkischen Heeres zurückgeschlagen. Aber ein Entsatz that Noth. So brach denn Tergukassow schon am 8. Juli wieder von Jgdir auf und eilte nach Bajazid. Am 10. Juli kam er vor der Stadt an, griff sofort den Feind an und schlug ihn nach achttündigem Kampf aus seinen Verschanzungen und aus der Stadt zurück. Darauf zerstörte er die größeren Werke der Citadelle, zog mit der Besatzung, mit allen Kranken und Verwundeten ab und bezog eine feste Stellung bei Jgdir. So stand in der Mitte des Monats Juli die kaukasische Armee in den nämlichen Stellungen, wie vor dem 24. April, und von einem fast vierteljährigen Feldzug war kein einziger Gewinn übrig geblieben als der Besitz der Festung Ardahan. Die Russen hatten in Armenien den nämlichen Fehler begangen wie in Bulgarien: sie hatten den Gegner unterschätzt und waren mit zu geringen Streitkräften auf dem Kriegsschauplatz aufgetreten. Dies wirkte um so ungünstiger, da die muhamedanischen Bewohner von Abchasien, später auch die von Daghestan, von den Türken aufgereizt und unterstützt, im Rücken der kaukasischen Armee die Fahne des Aufstands aufsteckten. Eine türkische Panzerflotte setzte am 12. Mai bei dem kleinen Fort Gudauty 1000 Tscherkessen ans Land und besetzte am 16. Mai den Hafenort Suchum-Kale. Doch konnte sich der Aufstand nicht lange halten, da die russischen Truppen für dessen Lokalisierung sorgten und die dort zahlreich wohnenden Christen keinen Theil daran nahmen. Daher fuhren am 31. Juli die türkischen Landungstruppen nebst einem Theil der Aufständischen wieder ab und segelten nach dem europäischen Kriegsschauplatz. Von da an nahm der Aufstand keine bedeutenden Dimensionen mehr an. Die Em-

pörung in Daghestan war bis zum December auf allen Punkten unterdrückt.

Entscheidende Unternehmungen konnten in Armenien erst nach dem Eintreffen der nothwendigen Verstärkungen stattfinden. Dieselben konnten aber vor dem Ende des Monats September nicht ankommen. Von der Mitte Juli's bis gegen Ende August's fanden nur unbedeutende Gefechte statt. Die Angriffe Derwisch Pascha's auf das Rion-Corps und die Ismail Pascha's auf die Truppen Tergukassow's wurden zurückgewiesen. Das Centrum der beiden Armeen stand zwischen Alexandropol und Kars. Mukhtar Pascha hatte eine von den beiden Jagni-Bergen bis zum Madjscha-Dagh sich hinziehende, sehr feste, jedoch zu ausgedehnte Stellung. Es war schwer, mit nur etwa 40,000 Mann eine Vertheidigungslinie von 4 Meilen zu behaupten. Eine Durchbrechung dieser Linie, ein Abschneiden des einen Flügels vom anderen war zu befürchten. Die Russen unternahmen mehrere Reconoscirungen, um einen Einblick in die türkischen Stellungen zu erhalten. Am 25. August entriß Mukhtar den Russen durch eine nächtliche Ueberumpelung den von diesen besetzten Felsenhügel Kifil-Tepe. Endlich kamen bei den Russen die ersehnten Verstärkungen an. Darauf unternahm Loris-Melikow am 2. Oktober einen allgemeinen Angriff auf die feindliche Stellung. Die Russen nahmen rechts den Großen Jagni, links den Madjscha; aber es gelang ihnen nicht, das Centrum zu durchbrechen, und da der Große Jagni von dem daneben liegenden Kleinen Jagni aus beschossen werden konnte, so hatte jener für die Russen wenig Werth. Sie zogen sich daher am 3. und 4. wieder in ihre früheren Stellungen zurück. Mukhtar Pascha verkürzte am 9. Oktober seine Vertheidigungslinie durch Räumung des Kifil-Tepe, schwächte sie aber unvorsichtigerweise durch Unbesetzung des Großen Jagni. Beide Stellungen wurden sofort von den Russen besetzt und auf die Erfahrungen vom 2. Oktober hin ein neuer Schlachtplan entworfen, dessen Urheber schaft dem General Obrutschew zugeschrieben wird. Die Schlacht am Madjscha-Dagh (oder bei Wisinkidi) am 15. Oktober brachte eine volle Entscheidung. General Lazarew umgieng den rechten Flügel der Türken und griff sie im Rücken an; General Heimann durchbrach das Centrum, vereinigte sich mit Lazarew und beide drängten den linken Flügel nach Kars zurück. Dadurch war der

rechte Flügel der Türken, welcher auf dem Madſcha aufgestellt war, ganz isolirt, die Rückzugslinie ihm abgeſchnitten. General Scheremetjew erſtürmte den Berg und zwang die ganze Mannſchaft, 22 Bataillone, zur Kapitulation. Darauf zogen die Ruſſen vor Karš und begannen aufs neue die Belagerung. Die Generale Heimann und Terguſaſſow zogen gegen Erzerum. Dorthin hatte ſich Muſhtar Paſcha gewandt, und auf ſeinen Befehl hatte Iſmail Paſcha gleichfalls den Rückzug angetreten. Beide vereinigten ſich am 27. Oktober und ſtellten ſich auf den Höhen von Dewe-Bohun auf. Aber auch Heimann und Terguſaſſow hatten ſich vereinigt, erſtürmten am 4. November die vom Feinde beſetzten Höhen und zwangen ihn, ſich in die Feſtung Erzerum zu flüchten. Der ſchwach ausgeführte Angriff auf eines der Vorwerke derſelben am 9. November mißlang. Zu einem raſchen Reſultat kam es hier nicht. Dagegen gelang es dem General Loris-Melikow in der Nacht vom 17. auf den 18. November die Feſtung Karš zu erſtürmen. Ungeheure Vorräthe an Munition und Proviant, über 300 Kanonen, gegen 20 Fahnen wurden erbeutet, 17,000 Mann, darunter 5 Paſcha's und 800 Officiere, gefangen genommen, außer den Kranken und Verwundeten. Großfürſt Michael hielt am 19. November ſeinen feierlichen Einzug in Karš. Die Feſtung war nun zum drittenmal von den Ruſſen erobert (1828, 1855, 1877); es war nicht wahrſcheinlich, daß ſie dieſelbe zum drittenmal herausgeben würden. Dieſe Erfolge der Ruſſen in Armenien, ſo glänzend ſie auch waren und ſo wichtig für ihre Stellung in Kaukaſien, waren übrigens für die Entſcheidung des ruſſiſch-türkischen Krieges nicht von hervorragender Bedeutung. Nicht in Armenien, ſondern in Bulgarien mußten die großen Schläge geführt werden, und alles drehte ſich hier immer noch um Plewna. So lange dieſer feſte Punkt von den Ruſſen nicht genommen war, blieb der größte Theil ihrer Truppen feſtgebannt, und von einem Marsch nach Sofia und Adrianopel konnte keine Rede ſein.

Die Erfolge und Mißerfolge der Ruſſen wurden nirgends ſo aufmerkſam beobachtet als in England. Der dortige Premierminister Lord Beaconsfield (Diſraeli) erklärte am 9. November bei dem Lordmayorsbanket, „die Politik der Regierung ſei auch jezt noch die einer bedingungsweiſen Neutralität. Sobald aber britiſche Interereſſen angegriffen oder bedroht werden ſollten, müſſe



diese Neutralität aufhören. Man habe diese Politik selbstüchtig getadelt. Wenn sie dies sei, so sei sie jedenfalls ebenso patriotisch und gleich vortheilhaft für England wie für die Türkei. Die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit der Türkei, vor Jahresfrist noch ein Gegenstand des Spottes, werde jetzt, wie auch das Kriegsglück ausfallen möge, nicht mehr bezweifelt, nachdem eine halbe Million türkischer Soldaten diese Unabhängigkeit bewiesen habe. Er zweifle nicht an einem ganz Europa befriedigenden Frieden; denn Kaiser Alexander habe erklärt, sein einziger Zweck sei, die christlichen Unterthanen der Pforte zu schützen, und habe sein kaiserliches Wort und seine Ehre dafür verpfändet, daß er keinen Gebietszuwachs anstrebe. Der Sultan dagegen habe sich in der formellsten Weise bereit erklärt, alle Veränderungen zu bewilligen, welche den Christen die von dem russischen Kaiser gewünschte Sicherheit und Wohlfahrt geben. Im Grunde genommen stimmten also beide Souveräne in allen Fragen überein, und nur militärische Gründe und Rücksichten könnten den Abschluß des Friedens aufhalten.“ Diese in der bekannten leichtfertigen Manier Lord Beaconsfield's gehaltene Rede gieng über die in Kavarna (17. Juli) und in anderen bulgarischen und griechischen Orten verübten Plünderungen und Mezeleien, welche zu der gepriesenen „Sicherheit und Wohlfahrt“ schlecht stimmten, mit vornehmer Bergeßlichkeit weg, schenkte den unglaublichen Versicherungen der Pforte unbedingtes Vertrauen und machte dem Kaiser Alexander die Zumuthung, hinsichtlich der Friedensbedingungen sich einfach an das Protokoll der Konferenz von Konstantinopel zu halten. Wenn England jede über dieses Maß hinausgehende Bedingung verwarf, trotzdem daß Rußland in diesem Kriege ungeheure Opfer gebracht hatte und bekanntlich mit den Opfern auch die Forderungen steigen, so war für Rußland auch nach der glänzendsten Führung des Krieges der Friedensschluß eine sehr schwierige Sache. Die „Times“ äußerte sich über den Premier sehr wegwerfend: „Jede Wiederholung seiner kopflosen Rhetorik vermindert deren schädliche Wirkung, weil der wahre Werth jener Redekunst dadurch zu besserer Würdigung gelangt.“ Wohlthuend gegenüber den Tischreden des Premierministers war die Erklärung, welche am 28. November Lord Derby einer Deputation gab, die ihm eine Denkschrift „zur Wahrung der britischen Interessen im Orient“ überreichte und in ihrer

mündlichen Auseinandersetzung geradezu den Abschluß eines Angriffs- und Vertheidigungsbündnisses mit der Türkei verlangte. Die russischen Erfolge in Armenien waren damals schon bekannt und der Fall von Plewna wurde befürchtet. Lord Derby sagte: „Ich kann nicht glauben, daß der wahre Verbindungsweg zwischen England und Indien durch das Euphrat-Thal geht, bin vielmehr der Ansicht, daß, so lange unser Weg durch den Suezkanal ununterbrochen und ungestört ist, wir eine Verbindung haben, die angemessen ist und für alle Zwecke ausreicht. Es scheint mir schwierig zu beweisen, daß der Suezkanal in Gefahr käme, falls Rußland nach Trapezunt gienge. Auch kann ich, falls die Afghanen und das Volk von Kabul gegen uns aufständen, nicht glauben, daß für uns daraus die Gefahr entstände, es möchte sich unsere ganze muhamedanische Bevölkerung in Indien mit jenen verbinden. Es ist falsch, zu behaupten, daß Oestreich bereit wäre, irgend etwas für die Türkei zu unternehmen, falls wir es in seinem Vorgehen ermutigten. Der Abschluß eines Trug- und Schutzbündnisses mit einer im Kriege befindlichen Macht wäre unsererseits der Eintritt in den Krieg. Wir alle erinnern uns, daß vor vielen Jahren (1870) ein Minister (Ollivier) einen großen Krieg wegen des Prestige's unternahm; er sagte, daß er es mit leichtem Herzen thue; er kam aber nicht mit leichtem Herzen heraus, weder er selbst noch sein Land. Und da wir glauben, daß ein Krieg, bevor er eine Nothwendigkeit geworden, ein Verbrechen ist, so müssen wir ungemein vorsichtig sein, daß wir nichts sagen oder thun, was uns unnöthig in einen Krieg treiben würde. Was die Bedrohung Konstantinopels betrifft, so kann ich Sie nur auf die beim Ausbruch des Krieges veröffentlichte Depesche (vom 6. Mai) hinweisen. Wir haben in so starken Ausdrücken, wie es der diplomatische Gebrauch nur gestattet, darüber gesprochen, daß wir unter keinen Umständen gestatten würden, daß Konstantinopel in andere Hände als die seines jetzigen Besitzers gerathen würde.“ Nach diesen Aeußerungen beschränkte Lord Derby die brittischen Interessen hauptsächlich auf die zwei Punkte, daß England in ungestörter Benützung des Suezkanals blieb und Rußland nicht seine Hand nach Konstantinopel ausstreckte. Wenn alle englischen Minister so dachten, so gab es für den europäischen Frieden keine weitere Gefahr. Aber Lord Derby hatte nur an dem Kolonialminister

Graf Carvarnon einen Gesinnungsgenossen. Diese beiden bildeten allein die gemäßigte Partei im englischen Cabinet; die übrigen Minister, von Lord Beaconsfield fortgerissen und von der Königin aufgestachelt, trieben mit vollen Segeln, wenn auch noch nicht einem Kriege, so doch dem Marmara-Meer zu. Gladstone dagegen wurde nicht müde, bei verschiedenen Gelegenheiten, so am 12. und am 23. November, die türkische Regierung als eine aus Betrug und Lüge zusammengesetzte zu bezeichnen, welche den Krieg nur zur Aufrechthaltung ihrer Willkürherrschaft führe, und daran zu erinnern, daß England allein schuld daran sei, daß das vereinigte Europa nicht vor 12 Monaten die orientalische Frage ohne Blutvergießen geregelt habe.

Inzwischen war alle Welt auf die Entwicklung des Plewna-Drama's gespannt. Nach dem verunglückten Angriff vom 11. September war dort eine längere Pause eingetreten, nur unterbrochen durch die isolirten Angriffe der Rumänen auf die Plewniza-Redoute am 18. September und 19. Oktober, welche kein anderes Resultat hatten als den Verlust sehr vieler Leute. Mit der Ankunft des Ingenieur-Generals Totleben und mit dem Eintreffen des Gardecorps, dem bald das Grenadiercorps folgte, trat auch hier ein vollständiger Umschwung ein. General Totleben, welcher Ende Septembers im Hauptquartier anlangte, wurde dem Generalstab der russisch-rumänischen Armee, deren Stabschef damals General Zmeretinski war, zugetheilt und hatte die Cernirung von Plewna zu leiten. Das System des Stürmens, mit welchem man so üble Erfahrungen gemacht hatte, wurde aufgegeben und eine regelmäßige Belagerung eingeleitet, bei welcher Osman Pascha keine andere Wahl bleiben sollte, als aus Mangel an Proviant zu kapituliren oder einen Durchbruchversuch zu machen. Diese Alternative konnte ihm aber erst dann gestellt werden, wenn die Cernirung sich auch auf die Westseite von Plewna ausdehnte. Diese war indessen aus Mangel an ausreichenden Streitkräften von der Einschließung fast ganz unberührt geblieben. Die Straße nach Sofia stand Osman offen, und von dort konnte er ungehindert Verstärkung an Mannschaft, Munition und Proviant erhalten und so die entstandenen Lücken immer wieder ausfüllen. In Orhanje, zwischen Plewna und Sofia, hatte sich eine türkische Entsatzarmee unter Cheffet Pascha gebildet. Durch diese wurde Osman mit allem Nöthigen

versehen. Russische Reiterabtheilungen entdeckten zwar zuweilen einzelne Transporte und nahmen sie weg; aber größeren Transporten wurde eine ganze Infanteriedivision, Artillerie und Reiterei als Bedeckung mitgegeben, und gegen diese konnten die russischen Reiter nichts ausrichten. Noch am 10. Oktober brachte Chefket Pascha einen bedeutenden Transport nach Plewna und hatte daselbst am 11. eine Unterredung mit Osman, worauf ersterer, um die Verbindung mit Orkhanje zu sichern, in den Stellungen von Gornji-Dubnik und Telisch 12,000 Mann zurückließ und dieselben stark besetzte. Diese sonderbare Art von Cernirung, bei welcher dem Cernirten ein breites Thor zum beliebigen Gebrauch offen blieb, dauerte bis zum 24. Oktober. Mit diesem Tage hörte auch auf der Westseite von Plewna die Gemüthlichkeit auf. Das Gardecorps war in der Stärke von 3 Infanteriedivisionen, 2 Kavalleriedivisionen und 1 Schützenbrigade in Bulgarien angelangt. Sofort wurde unter dem Oberbefehl des energischen Generals Gurko eine neue Operationsarmee gebildet, welche aus 2 Infanteriedivisionen, 1 Kavalleriedivision, 1 Schützenbrigade der Garde und aus verschiedenen Abtheilungen anderer Divisionen bestand. Ihre Aufgabe war, die von den türkischen Truppen besetzten Stellungen auf der Westseite von Plewna einzunehmen, den Feind nach Orkhanje und gegen Sofia zurückzuwerfen und jede Verbindung zwischen diesen Orten und Plewna unmöglich zu machen. Diese Westarmee gieng am 22. Oktober südlich von Plewna über den Wid und griff am 24. die bei Gornji-Dubnik wohl verschanzten türkischen Truppen an. Um die Aufmerksamkeit Osman's von diesen Vorgängen abzulenken und zu verhindern, daß er von Plewna einen Ausfall mache und den Truppen Gurko's in den Rücken falle, eröffnete die Cernirungsarmee am 24. Oktober aus allen Batterien ein bis zum Abend dauerndes Bombardement, als ob damit ein allgemeiner Sturm eingeleitet werden sollte. General Gurko ließ die hartnäckig vertheidigten Verschanzungen von Gornji-Dubnik erstürmen und zwang am 28. Oktober den Rest der türkischen Division, welcher sich nach Telisch geflüchtet hatte, nach zweistündiger Beschießung zur Kapitulation. Auf dies hin räumte Osman am 31. Oktober die Stellung zwischen dem Brückenkopfe an der Wid und dem Dorfe Dolnji-Dubnik und überließ sie der Garde, welche zu beiden Seiten der Straße Plewna-Sofia eine

festen Stellung einnahm. Die Truppen der Westarmee breiteten sich nun im Süden und Norden des westlichen Bulgariens aus. Sie besetzten im Süden die für den Balkan-Übergang wichtigen Orte Teteven und Etropol (31. Oktober und 25. November), im Norden an der Donau Rahova (21. November durch die Rumänen), Dschibra-Balanka und Lom-Balanka, in der Mitte zwischen diesen beiden Linien Radomirza, Lukowiza, Jabloniza, Pravez, Braza, Berkowaß. Durch dieses allgemeine Vorrücken der Russen war Mehemed Ali, welcher an der Stelle Chesket Pascha's das Commando übernommen hatte, genöthigt, die Stellung bei Orkhanje aufzugeben, den von dort nach Sofia führenden Balkan-Paß, gewöhnlich Etropol-Paß genannt, mit einer Besatzung zu versehen und sich nach Sofia zurückzuziehen. Von einem Entsatze Plewna's war keine Rede mehr. Osman hatte von Westen her keine Unterstützung, auch nicht einen einzigen Proviantwagen mehr zu erwarten.

Der eiserne Ring, welcher Plewna umschloß, wurde von Woche zu Woche enger. Am 9. November erstürmte General Skobelew den südlich von Plewna gelegenen „Grünen Hügel“ und wies alle Versuche der Türken, diese Stellung wieder zu erobern, zurück; am 12. November errichtete eine rumänische Division im Nordwesten von Plewna, bei Sufurlu, neue Batterien; an diese schloßen sich bei Gornji-Etropol die neuangekommenen beiden Grenadier-Divisionen an. Unter diesen Umständen schwand für Osman jede Hoffnung. Der Großfürst Nikolai sandte daher am 12. November ein Schreiben an ihn, worin er ihm die militärische Lage von Plewna schilderte, das Vorrücken des Generals Gurko bis Teteven und Braza meldete und ihn darauf aufmerksam machte, daß bei einer solchen Lage jeder weitere Widerstand nur neues nutzloses Blutvergießen verursachen würde. Osman antwortete am 13. November, er theile zwar die Gefühle der Humanität, welchen der Großfürst Ausdruck verliehen habe, werde aber, welche Dispositionen auch zur Einnahme Plewna's getroffen sein möchten, dennoch keinen Augenblick an eine Kapitulation denken. „Den Pflichten, welche meine Stellung mir auferlegt, werde ich in keinem Falle untreu werden, und wir alle, meine brave Armee und ich, sind entschlossen, bis zum letzten Tropfen unser Blut für die Ehre unseres Vaterlandes und für die Vertheidigung seiner Rechte zu vergießen.“ Osman wollte nicht das Schicksal des Marschalls Bazaine

haben, der, ohne einen letzten Kampf zu versuchen, die Kapitulation unterschrieb und seinem Vaterlande viel Nachtheil und Schmach bereitete, dem Gegner aber in höchst bedenklicher Zeit einen großen Dienst erwies. Lange halten konnte sich Osman in Plewna nicht mehr; denn seit dem 10. Oktober hatte er keine Lebensmittel und keine Munition mehr erhalten, wußte auch, daß ihm von keiner Seite solche zugeführt würde. So blieb ihm also nichts übrig, als einen Durchbruchversuch zu machen. Daß derselbe nach irgend einer Richtung hin gelingen werde, konnte er kaum hoffen, und wenn es je der Fall sein sollte, so konnte er der alsbaldigen Verfolgung der Russen und bei seiner ausgehungerten Armee der Vernichtung nicht entgehen. Und doch machte er den Versuch. Auf dem Schlachtfeld, nicht in der Festung wollte er, wenn es durchaus sein mußte, kapituliren; mit einer besiegten und niedergeschmetterten Armee, nicht mit einer eingeschlossenen wollte er sich ergeben. Dann hatte er dem Sultan gegenüber seine volle soldatische Schuldigkeit gethan und dem Feinde gegenüber seine Ehre als Feldherr gewahrt. Auf Montag den 10. December wurde das Wagstück festgesetzt. Nur noch auf vier Tage reichte der Zwieback. Der Krankenstand war ein enormer; die Sterblichkeit stieg zuletzt bis auf 90 Mann an einem einzigen Tage. Am Abend des 10. concentrirte sich die ganze Armee am Wid-Fluß; die Leichtverwundeten schloßen sich an; die Schwerverwundeten und die Kranken wurden zurückgelassen. Das russische Oberkommando war schon seit dem 7. December von dem Plane unterrichtet und traf die nöthigen Maßregeln. Am Abend des 9. kamen zwei Spione zu Skobelew und machten ihm Meldung von den Vorbereitungen Osman's. Am 10., Morgens 3 Uhr, kam ein dritter Spion und berichtete, die Krifschina-Redoute sei bereits von den Türken geräumt, worauf die Truppen Skobelew's dieselbe besetzten und in Vertheidigungsstand setzten.

Mit Tagesanbruch gieng die Armee Osman's am 10. December über den Wid. Der größte Theil schlug die Richtung nach Gornji-Stropol ein, wo das Grenadiercorps stand, ein anderer Theil wandte sich nordwestlich gegen Sufurlu, wo eine rumänische Division aufgestellt war. Beide sollten die Straße nach Widdin zu gewinnen suchen. Das Grenadiercorps und die Rumänen erwarteten den Angriff. Osman selbst leitete den Kampf bei Gornji-

Stropol. Das sibirische Regiment, welches die vordersten Schützengräben besetzt hielt, wurde im ersten Anprall über den Haufen geworfen. Aber die zweite Vertheidigungslinie hielt Stand. Es entstand ein furchtbarer Kampf. Die Türken kamen keinen Schritt vorwärts. Um 11 Uhr ergriff der kommandirende General Ganekfi die Offensive und warf in einem Massenangriff die türkische Armee nach dem Wid zurück. Auch bei Sufurlu konnten die Türken nicht vordringen. Die rumänische Division schlug dieselben zurück. Die beiden anderen rumänischen Divisionen besetzten die vom Feinde geräumte Plewniza-Redoute, nahmen das schwach vertheidigte befestigte Lager von Bukowa und marschirten gegen Plewna selbst an. Das sechste rumänische Linienregiment rückte um 12 Uhr in Plewna ein. Die zurückgeschlagenen Türken waren auf den engen Raum zwischen der Stadt und dem Wid zusammengedrängt und sahen sich einem furchtbaren Artilleriefener ausgesetzt. Vorwärts konnten sie nicht; denn hier stand der siegreiche Feind; rückwärts in die geräumten Verschanzungen konnten sie nicht mehr; denn diese waren von den Russen und Rumänen besetzt. Osman, durch eine Kugel in den linken Oberschenkel getroffen, konnte den Widerstand nicht so lange fortsetzen, bis der letzte Mann zusammengeschossen war. Er hatte seine Pflicht erfüllt, der militärischen Ehre genug gethan. Da ließ er um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr die weiße Flagge aufziehen. Dieselbe wurde wegen des Nebels längere Zeit nicht bemerkt. Erst als sie zum viertenmal aufgepflanzt ward, wurde sie bemerkt und der Kampf eingestellt. General Ganekfi kam mit einigen Officieren in das Haus an der Wid-Brücke, in welches sich Osman zurückgezogen hatte, und verhandelte mit ihm über die Kapitulationsbedingungen. Die Sache war sehr einfach; sie stand nicht besser als bei Sedan. Osman begriff und ergab sich bedingungslos. Von einem kaiserl. Adjutanten abgeholt, fuhr er nach der Stadt. Der Großfürst Nikolai traf ihn unterwegs, schüttelte ihm die Hand und sagte: „Ich beglückwünsche Sie zu der Vertheidigung von Plewna; sie gehört zu den glänzendsten Kriegsthaten, welche die Geschichte aufzuweisen hat.“ Auch Fürst Karl von Rumänien begrüßte ihn. „Plewna liegt zu den Füßen Eurer Majestät!“ meldete ein Officier dem Kaiser Alexander. „Aber der Krieg ist noch nicht beendigt,“ erwiderte dieser. Darauf begrüßte der Kaiser die Generale Totleben, Zmeretinski und Ga-

nekti mit den Worten: „Das ist ganz euer Verdienst und besonders das deinige, Eduard Iwanowitsch (Totleben).“ Am folgenden Tage hielt er seinen Einzug in Plewna, wohnte einem Dankgottesdienst bei und empfing, während er bei einem angesehenen Bulgaren ein Frühstück einnahm, den Besuch Osman's. Er gab diesem unter anerkennenden Worten seinen Säbel zurück. Die russische Stadt Charkow wurde Osman für die Zeit seiner Gefangenschaft als Aufenthaltsort angewiesen. Osman strahlte in Ruhmesglanz auch als Besiegter. Vom 19. Juli bis zum 10. December hatte er sich in Plewna, das eine offene Stadt war und von ihm zur Festung umgewandelt wurde, gehalten, den Russen und Rumänen in dieser Zeit einen Verlust von wenigstens 30,000 Mann beigebracht und ihre eigentliche Operationsarmee festgebannt. Seine Kapitulation erfolgte erst, als Proviant und Munition ausgingen, als eine mörderische Schlacht gegen ihn entschied und etwa 4000 Mann seiner Armee auf dem Schlachtfelde lagen. Daß in Plewna weder ein russischer noch ein rumänischer Gefangener aufgefunden wurde, kennzeichnete auf's neue die barbarische Kriegführung der Türken. Für die Russen war der 10. December von ungeheurer Bedeutung. In Gefangenschaft geriethen in Folge der Kapitulation: 10 Pascha's, 2000 Subalternofficiere, 128 Stabs-officiere, 36,000 Soldaten, wobei die 4000 in der Schlacht Verwundeten und was sonst krank und verwundet war, nicht miteingerechnet sind. An Pferden wurden 1200, an Kanonen 77 erbeutet. Doch noch bedeutender als diese Siegestrophäen waren die Konsequenzen des Sieges. Der Uebergang über den Balkan, der Marsch nach Adrianopel waren die natürlichen Folgen der Katastrophe von Plewna. Daran konnte auch der heftig auftretende Winter nichts ändern. Am Don-Fluß spürte man sofort die Wendung des Kriegsglückes. Suleiman, welcher bei seinem Angriff vom 12. December noch nichts von der Kapitulation Osman's gewußt zu haben scheint, zog auf die Nachricht hievon die Truppen Fuad Pascha's von Elena und Slatarika zurück. Darauf wurden am 15. December beide Orte von den Russen wieder besetzt. Suleiman hielt sich hinter seiner Vertheidigungslinie Rußschuck-Kasgrad-Osmanbazar und machte keine Vorstöße mehr gegen die Jantra-Linie. Andererseits hatte die Armee des Großfürsten-Thronfolgers keinen Grund, durch eine rasche Offensive das nehmen zu wollen, was ihr,



wenn die neuen Operationen jenseits des Balkan's gelangen, von selbst zu fallen mußte. Es trat daher hier ein Stillstand ein, zuweilen von russischen Recognoscirungen unterbrochen. Suleiman wurde bald mit einem Theil seiner Armee nach dem südlichen Bulgarien abberufen, um die Linie Sofia-Adrianopel gegen die vorstürmenden Russen zu vertheidigen.

Kaiser Alexander verließ am 15. December den Kriegsschauplatz und traf nebst dem Fürsten Gortschakow am 22. in Petersburg ein, von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen. Auch Fürst Karl reiste von Plewna ab. Am 27. December traf er in Bukarest ein, und sagte in seiner Ansprache an die Kammern, er sei stolz darauf, eine Armee zu befehligen, welche durch die Einnahme von Plewna der Geschichte der Nation ein neues ruhmreiches Blatt hinzugefügt habe. Der Kammerpräsident Rosetti hieß den „Heerführer und konstitutionellen Fürsten“ willkommen und sagte: „Sie haben mit ihrem Degen die Unabhängigkeit Rumäniens in den großen Balkan eingezeichnet.“ Die rumänische Armee gieng wieder auf das linke Donauufer zurück und übernahm die Belagerung der Festung Widdin. Eine neue Vertheilung der russischen Streitkräfte wurde vorgenommen. Die Armee des Großfürsten-Thronfolgers erhielt eine Stärke von 75,000 Mann. Die Dobrudscha-Armee wurde um eine Kavalleriedivision verstärkt. Bei Tirnowa wurden als nächste Reserve 3 Infanteriedivisionen aufgestellt. Die von General Gurko befehligte Westarmee wurde 75,000 Mann stark. Die Süd- oder Schipka-Armee, über welche General Radetzki das Commando führte, hatte 60,000 Mann. Dieser Armee waren die Generale Skobelew und Mirski zugetheilt. Das gemeinschaftliche Ziel dieser beiden Operationsarmeen war Adrianopel, und der Plan, nach welchem dieses Ziel erreicht werden sollte, war folgender: General Gurko sollte mit der Westarmee den Etropol-Balkan passiren, die alte Bulgaren-Hauptstadt Sofia wegnehmen, von dort sich links wenden und über Jachtiman, Tatar-Basardschik, Philippopel gegen Adrianopel vorgehen. Von der Süd-Armee sollte der rechte Flügel unter Skobelew von Gabrowa aus rechts vom Schipka-Paß, der linke Flügel unter Mirski von Travna aus links vom Schipka-Paß über Seitenpässe den Balkan überschreiten. Beide sollten zu gleicher Zeit in der Nähe des Dorfes Schipka eintreffen und die türkische

Schipka-Armee im Rücken und in den Flanken angreifen, während Radezki von den Höhen des Schipka hinabstieg und in der Front angriff. Gelang dieses Unternehmens, so sollte die Armee Radezki's gegen Adrianopel vorrücken, den rechten Flügel Suleiman's bedrohen und ihm den Rückzug abschneiden. Zwischen diesen zwei großen Armeen sollte General Karzow mit einer kleineren Abtheilung vorgehen, den Trajan-Paß überschreiten, in das Giopsu-Thal niedersteigen und, in steter Fühlung mit der Avantgarde Gurko's, gegen Philippopel vorrücken. Wenn alle diese Operationen nach Zeit und Ort genau in einander griffen, so war die Türkei verloren. Doch erforderte die Ausführung derselben eine ungeheure Spannkraft und Ausdauer seitens der russischen Truppen. Ein Balkan-Uebergang über Schnee und Eis, theilweise unter heftigen Schneestürmen, bei 22 Grad Kälte, über Höhen von 4000 Fuß ist unter allen Umständen eine bewundernswerthe Leistung. Da General Gurko von der nördlichen Seite des Stropol-Balkans bis Adrianopel den weitesten Weg zurückzulegen hatte, so mußte er zuerst seinen Uebergang bewerkstelligen, während die Operationen der Generale Karzow, Skobelew und Mirski erst zu beginnen hatten, wenn Gurko schon in Sofia stand. Letzterer brach daher noch am 25. December auf, Karzow dagegen erst am 3. Januar, Skobelew und Mirski erst am 5. Januar. Die dem General Gurko gegenüberstehende Armee wurde von Schakir Pascha befehligt, dem Nachfolger Mehemed Ali's. Letzterer war, weil er mit seiner schwachen Sofia-Armee Plewna nicht hatte entsetzen können und nicht einmal einen Versuch dazu gemacht hatte, wieder abberufen und bald darauf mit der Vertheidigung des östlich von Adrianopel gelegenen Süd-Bulgariens beauftragt worden. General Gurko ließ auf der Nordseite des von den Türken besetzten Baba-Konak-Passes einige Abtheilungen seiner Armee stehen, um den Feind zu beschäftigen und seine Aufmerksamkeit festzuhalten. Er selbst umgieng mit dem Gros seiner Armee diesen Paß auf zwei Saumpfadern und wollte die am südlichen Ausgange derselben befindliche Linie Arabkonak-Taschköfen in der linken Flanke und im Rücken fassen. Am Morgen des Christfestes, bei einem eisigen Nebel, traten die ersten Truppen ihren Marsch an. Die Sappeure hatten schon einige Tage vorher den Weg etwas verbessert und erweitert, an den steilsten Stellen Stufen in das Eis gehauen.

Auf diesen Stufen mußten die Kanonen aufwärts geschoben werden. Am Abend des 26. Decembers stiegen die vordersten Truppen in die Ebene von Sofia hinab. Die Pferde und die Geschütze konnte man auf der spiegelglatten Straße kaum hinabbringen. Am 30. Dec. Abends standen die Truppen am südlichen Abhang des Balkans und waren bereit, die besetzten Stellungen der Türken bei dem Dorfe Taschköfen und bei Arabkonak anzugreifen. Das Dorf wurde am 31. umgangen, der Feind im Rücken angegriffen und in die Flucht geschlagen. Auch die Stellung von Arabkonak war am Abend dieses Tages eingeschlossen. In der Nacht zog der größte Theil der Vertheidigungsmannschaft ab, so daß am folgenden Tage die Russen fast ohne Widerstand sich der Stellung bemächtigten. So war der westliche Balkan gerade mit Ende des Jahres überschritten. Als nächste Trophäe winkte Sofia. Das Uebrige konnte sich, da die Türkei an ihren letzten Hilfsquellen angekommen war, der Gewalt der vorwärtstrebenden russischen Truppen nicht entziehen.

Auch von anderen Seiten erhoben sich neue Gefahren gegen die türkische Herrschaft. Serbien schwankte das ganze Jahr hindurch zwischen Krieg und Frieden. Wollte es den ersteren, so mußte es seiner Sache sicher sein, da ein neuer Mißerfolg alle Schrecken eines Türken-Einfalles über das Land gebracht hätte. Die Ereignisse vor Plewna, in den ersten Monaten des Feldzugs, waren zum Vosschlagen nicht ermuthigend. Serbien brauchte einen siegreichen Allirten, nicht einen solchen, für dessen Waffen es selbst besorgt sein mußte. Eine Zeitlang konnte Rußland die Betheiligung Serbiens am Krieg nicht einmal anrathen; denn Oestreich war entschieden dagegen. Dieser Widerstand nahm um so mehr ab, je weniger Erfolge die Russen in Bulgarien aufzuweisen hatten. Bei der Eröffnung der Skuptschina am 2. Juli sprach Fürst Milan von den Anstrengungen Serbiens zur Erfüllung seiner nationalen Mission, und die am 8. Juli dem Fürsten votirte Adresse hob ausdrücklich hervor, daß der Fürst, indem er im vorigen Jahre das Volk zu den Waffen gerufen, den Wünschen und Aufgaben Serbiens entsprochen habe. Sämtliche Maßregeln und Auslagen der Regierung während des letzten Krieges wurden am 20. Juli nachträglich genehmigt, das Budget der Ministerien des Kriegs und des Auswärtigen mit Bezug auf die kritische Lage durch Accla-

mation nach dem Vorschlag der Regierung angenommen und am 5. August der Regierung das volle Vertrauen der Skuptschina ausgesprochen und ihr vollkommene Aktionsfreiheit gelassen. Der Antrag, die Tributzahlung an die Pforte zu verweigern, wurde auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten Nistic abgelehnt. Darauf wurde die Skuptschina am 5. August geschlossen. Das Amtsblatt vom 11. August führte zwar bei Veröffentlichung des Finanzgesetzes die Summe von 225,251 Gulden als Tribut an die Pforte auf; zugleich aber erging vom Kriegsministerium an die Kommandanten der aktiven und der Reserve-Armee der Befehl zur Bereitschaft. Der englische Generalkonsul erhob Vorstellungen gegen die serbischen Rüstungen. Nistic antwortete ihm, Serbien müsse für alle Eventualitäten gerüstet sein. Am 18. August kam als Bevollmächtigter des Moskauer Aktionscomité's General Fadejew nach Belgrad, bot für den Fall des sofortigen Losschlagens reichliche Geldmittel an und erbat sich ein Commando in der serbischen Armee. Aber Nistic wollte nicht mit einem Privatcomité, sondern nur mit der russischen Regierung sich alliiren und fragte daher bei dem russischen Obercommando in Betreff des Fadejew'schen Antrags an. Die Antwort lautete, derselbe sei abzulehnen. Als aber die Lage vor Plewna im September sich verschlimmerte und es der russischen Regierung wünschenswerth erschien, daß die serbische Armee gegen die Straße Sofia-Plewna vordringe und eine Unterstützung Osman's von dieser Seite her verhindere, kam Fürst Bertelew, der Sekretär Ignatjew's, mit großen Geldsummen in Belgrad an. Am 13. September verließen die serbischen Truppen das Lager von Topschider und marschirten nach der südlichen Grenze. Die Pforte verlangte Aufklärungen hierüber und forderte Abrüstung. Die serbische Regierung ließ sich nicht aufhalten und gab ausweichende Antworten. Doch kam der Krieg auch jetzt noch nicht zum Ausbruch. Die serbische Regierung wollte, bevor sie zum zweitenmal das Risiko eines Krieges eingieng, genau wissen, um welchen Preis sie denn eigentlich zu kämpfen habe. Sie verlangte, daß Rußland ihr die Unabhängigkeit Serbiens und die Annectirung aller derjenigen türkischen Gebiete, in welchen das serbische Element vorwiege, garantire. Fürst Gortschakow, welcher wußte, daß Oestreich eine Vergrößerung Serbiens nicht wünsche, gab keine bindenden Zusagen, stellte die Annectirung einiger Grenz-

distrikte in ferne Aussicht und sprach viel von der wohlwollenden Gesinnung Rußlands. Ein solcher Handel schien dem Ministerium Nistic, das an ein Großserbien dachte, nicht reell genug. Der Befehl zum Ausmarsch wurde daher nicht gegeben. Als aber die Nachricht von dem Falle Plewna's nach Belgrad kam und die russische Westarmee unter General Gurko sich zum Marsch gegen Sofia anschickte, glaubte die serbische Regierung, der günstige Zeitpunkt sei nun da, und dem russischen Obercommando war es sehr erwünscht, wenn die serbischen Truppen einen Theil der türkischen Sofia-Armee von Gurko abzogen und diesem bei seinem späteren Vorrücken gegen Adrianopel den Rücken deckten. Beide Regierungen verständigten sich nun, und am 12. December erließ Fürst Milan eine Proklamation an sein Volk, worin er die Pforte der Vertragsverletzung anklagte, weil sie die nach Alt-Serbien zurückkehrenden Flüchtlinge, welchen volle Amnestie zugesagt war, unter verschiedenen Vorwänden mit neuen Verfolgungen und Vergewaltigungen bedrängt habe. Das serbische Volk wurde daran erinnert, daß die Völker die wahre Freiheit nur dann erlangen könnten, wenn sie dieselbe um den Preis ihrer größten Anstrengungen, nöthigenfalls um den Preis ihres Blutes erkauften. „Wenn im vorigen Jahre die Kräfte des Feindes denen des kleinen serbischen Fürstenthums überlegen waren, so finden wir, indem wir heute in den Kampf eintreten, auf dem Kriegsschauplatz die heldenmüthige, mit Ruhm bedeckte russische Armee; wir finden daselbst unsere heroischen Brüder aus Montenegro und unsere tapferen Nachbarn, die Rumänen, welche die Donau überschritten haben und gekommen sind, für ihre Unabhängigkeit und für die Freiheit der unterdrückten Christen zu kämpfen. Somit vorwärts, ihr Krieger, an der Seite der siegreichen Adler des kaiserlichen Befreiers und im Vertrauen auf den Allmächtigen, den Beschirmer der Gerechtigkeit! Vorwärts im Namen der Befreiung unseres Vaterlandes!“ In diesem Aktenstück war eine förmliche Erklärung der Unabhängigkeit Serbiens nicht enthalten, aber die Erringung derselben als das Ziel des Kampfes bezeichnet. Am 14. December veröffentlichte das Amtsblatt ein fürstliches Dekret über die Einführung des Belagerungszustandes und Kriegszustandes, und Christic, der Vertreter Serbiens in Konstantinopel, erhielt den Befehl, dem Minister des Auswärtigen, Server Pascha, die Kriegserklärung

mitzutheilen und die türkische Hauptstadt zu verlassen. Gleichzeitig erhielt die serbische Armee den Befehl, die türkische Grenze zu überschreiten; am 16. December begab sich Fürst Milan nach Alexinaq, wo zunächst das Hauptquartier aufgeschlagen wurde. Die Antwort der türkischen Regierung auf die serbische Kriegserklärung bestand in einer Proclamation des Sultans an die Serben vom 24. December, worin Fürst Milan für abgesetzt erklärt wurde. Die serbische Armee bestand aus 5 abgesetzten Corps: bei Saitschar stand unter dem Oberst Horvatovitsch das Timok-Corps, bei Alexinaq unter dem Oberst Leschnanin das Morawa-Corps, im mittleren Morawa-Thal als Reserve für beide unter General Belimarkowitsch das Schumadja-Corps, an der Südwestgrenze unter Oberst Mikolitsch das Javor-Corps, an der Westgrenze unter General Mimpitsch das Drina-Corps. Die Wegnahme der Festung Nisch war das nächste und hauptsächlichste Ziel der serbischen Kriegsführung und fiel dem Morawa-Corps als Aufgabe zu. Dasselbe traf am 15. December in der Nähe der Festung ein, besetzte die Höhen von Mramor und schloß Nisch von allen Seiten ein. Zur Deckung der Cernirung gegen feindliche Angriffe wurde eine Truppenabtheilung die Morawa aufwärts, eine andere in westlicher Richtung ausgeschildt. Beide trafen mit dem Feinde zusammen und schlugen ihn zurück; jene bemächtigte sich der Stadt Leskowag, diese der Stadt Kurfumlje. Am 24. December begann die Beschiesung der Festung Nisch. Das Timok-Corps nahm am 16. December das westlich von Widdin gelegene Ndlie, das Schumadja-Corps eroberte am 24. December nach achttündigem Kampfe Ak-Palanka, und beide vereinigt bemächtigten sich am 28. December der mit einigen Befestigungen versehenen Stadt Piroto, in welcher sie 23 Geschütze und über 1000 Gewehre erbeuteten. Die Serben hatten es in diesem Kriege sehr zu empfinden, daß ihnen nicht die türkische Hauptmacht, wie im Jahre 1876, sondern nur geringe Streitkräfte gegenüberstanden.

Die kriegerischen Ereignisse, welche den ganzen Norden der Balkanhalbinsel beherrschten, konnten an den südlichen Provinzen nicht spurlos vorübergehen. Die griechischen Unterthanen der Türkei konnten nicht hinter den slavischen zurückstehen wollen. Freilich hatten diese die russischen Armeen zu ihren Allirten, jene

die englische Flotte als Gegnerin. So waren die Lese verschieden ausgeheilt. Auf der Insel Kreta strebte die griechische Bevölkerung nach Vereinigung mit dem Königreich Griechenland. Sie betheiligte sich, mit Ausnahme eines einzigen Bezirks, nicht an den Wahlen zum türkischen Parlament, da sie ihre Rechte und Privilegien nicht der türkischen Verfassung opfern wollte. Die Generalversammlung verlangte volle Durchführung des organischen Statuts, wie dasselbe im vorigen Jahre von der Versammlung der christlichen Abgeordneten festgesetzt war und wonach die Verwaltungsbeamten nach Maßgabe der christlichen und muhamedanischen Bevölkerung gewählt werden sollten. Außerdem verlangte sie die Wahl eines christlichen Generalgouverneurs durch die Bevölkerung und dessen Bestätigung durch den Sultan, die Feststellung eines jährlichen Tributs, dessen Höhe von einem europäischen Schiedsgerichte bestimmt werden sollte, und die Stellung dieses veränderten Verfassungsstatuts unter die Garantie der europäischen Großmächte. Die Pforte lehnte diese Forderungen ab und ließ durch den Gouverneur Samih Pascha die Kreter auffordern, eine aus 5 christlichen und 5 muhamedanischen Mitgliedern bestehende Delegation nach Konstantinopel zu senden, um hier mit der Pforte zu verhandeln. Auf dies giengen die Griechen nicht ein, da sie den Ausgang voraussehen, und griffen zu den Waffen. Die türkische Autorität erstreckte sich nur auf die Festungen und das von diesen beherrschte Gebiet; in den Provinzen hatte sie bei ihrer geringen Militärmacht keine Gewalt mehr. Es kam zu kleinen Zusammenstößen; in Apokorona wurden die türkischen Behörden ohne Kampf verjagt und am 14. December die Unabhängigkeit der Insel proklamirt. Die Führer der Bewegung ließen sich auf keine Verhandlungen mit den türkischen Abgesandten, welche Garantien für die Durchführung der Reformen anboten, mehr ein, sondern bestanden auf der Vereinigung mit dem Königreich Griechenland. Nach dem nämlichen Ziele strebten die Provinzen Thessalien und Epirus. Die dortigen Zustände wurden unerträglich. Die im Jahre 1876 in Thessalien angesiedelten Tscherkessen und die eingedrungenen Baschi-Bosuzs waren die Herren des Landes. Ganze Ortschaften wurden von denselben ausgeplündert, selbst in der Hauptstadt Larissa Personen auf offener Straße angefallen, und jeder, der sich widersetzte, sah sich den

schändlichsten Mißhandlungen ausgesetzt. Die Sicherheit des Lebens und des Eigenthums hatte aufgehört. Eine Insurgentenschar setzte sich unter einem Führer, Namens Kostakis, in der Gebirgskette bei Trikala, welche Gelegenheit zur Fühlung mit Epirus bot, fest. Die türkischen Lokalbehörden konnten und wollten gegen die irregulären Banden, welche das Land durchzogen, nichts ausrichten. Die Regierungstruppen waren für die Bevölkerung kaum weniger gefährlich als jene Räuberbanden, daher die Griechen geduldig alles über sich ergehen ließen und auf das von Athen aus gegebene Zeichen warteten. Dort befand sich unter dem Vorsitz des Patrioten Leonidas Bulgaris ein Centralaktionscomité, welches die Erhebung und Befreiung aller unter der türkischen Herrschaft stehenden Griechen sich zur Aufgabe machte und auf verborgenen Wegen Waffen und Munition nach Thessalien lieferte. Auch in Epirus standen kleine Scharen von Griechen unter den Waffen. Sowohl hier als in Thessalien fanden unbedeutende Gefechte statt. Zu einem allgemeinen Aufstand aber kam es nicht. Ein solcher hatte nur dann Aussicht, wenn zu gleicher Zeit die Kriegserklärung Griechenlands an die Türkei erfolgte.

Die Streitkräfte des Königreichs Griechenland reichten zu einem Kampfe mit der Türkei nur dann aus, wenn es den günstigen Zeitpunkt, in Thessalien einzumarschiren, nicht verpaßte. Es durfte weder zu früh den Kampf beginnen, um nicht das Schicksal Serbiens vom Jahre 1876 zu haben, noch zu spät, um nicht von der Theilung der Beute sich ausgeschlossen zu sehen. Sobald die russischen Waffen das entschiedene Uebergewicht in Bulgarien hatten, was unmittelbar nach der Kapitulation von Plewna der Fall war, mußte Griechenland die nationale Fahne erheben, Thessalien und Epirus besetzen und den späteren Friedensverhandlungen unumstößliche Thatfachen entgegenbringen. Bis dahin hatte die Regierung dafür zu sorgen, daß die Armee in feldmäßiger Ausrüstung war. Am 9. Februar erklärte der Minister-Präsident Komunduros bei Berathung des Kriegsbudgets die getroffenen militärischen Vorbereitungen für durchaus nothwendig, betonte aber die Aufrechthaltung der Neutralität als den Interessen des Landes entsprechend. Mit 70 gegen 61 Stimmen nahm die Kammer am 7. März ein von der Opposition bei einer untergeordneten Frage beantragtes Mißtrauensvotum an, worauf das Cabinet Komun-



duros seine Entlassung einreichte und Deligeorgis, der Führer der Opposition, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde. Dasselbe kam am 10. März in folgender Weise zu Stande: Deligeorgis übernahm das Präsidium, das Auswärtige und das Innere, Lewides die Finanzen, Antonopulos die Justiz, A. Mauro-michalis den Krieg, Zochios die Marine, Rufos den Unterricht. Die Kammer gab Deligeorgis, als er bei der Budgetberathung die Kabinettsfrage stellte, am 13. März mit 75 gegen 72 Stimmen ein Vertrauensvotum und nahm am 29. März das Gesetz über Aufstellung einer außerordentlichen Reserve von 20,000 Mann und das ganze Militärgesetz in dritter Lesung an und vertagte sich darauf. Nach ersterem Gesetz sollte, damit Griechenland in kürzester Frist eine größere Armee bekäme, aus der waffenfähigen Mannschaft vom 22. bis zum 26. Lebensjahre eine Infanterie-Reserve von 20,000 Mann durch Auslosung einberufen werden, deren Dienstzeit auf 7 Jahre und deren Uebungen auf 6 Monate berechnet waren. Dadurch bekam Griechenland eine Armee von 34,000 Mann zur Verfügung, und zwar 12,000 Mann in der aktiven Armee, 2000 Mann in der alten und 20,000 Mann in der neuen Reserve. Mit der russischen Kriegserklärung stieg die Aufregung. Um die Regierung vor excentrischen Schritten zu bewahren, ließ England die Erklärung abgeben, daß es eine Ueberschreitung der türkischen Grenze durch griechische Regierungstruppen nöthigenfalls mit einer Ausschiffung englischer Truppen im Piräus beantworten würde. Ein Geschwader von 8 englischen Panzerschiffen traf am 24. Mai, auf der Fahrt nach der Besika-Bai, im Piräus ein, um den Nachkommen des Miltiades und Themistokles die Größe der englischen Machtmittel vor Augen zu stellen. In solch mißlicher Lage that dem kleinen Lande die Eintracht der verschiedenen Parteien doppelt Noth. Es war der allgemeine Wunsch des Landes, daß das Partei-Ministerium sich in ein Coalitions-Ministerium umwandeln sollte, in welchem die Führer sämtlicher Parteien oder wenigstens Mitglieder derselben sich in die einzelnen Portefeuilles theilten. Für eine Zeit, welche über die Zukunft Griechenlands entschied, paßte der Parteihader nicht, vielmehr paßte nur der Homerische Vers: „Ein Wahrzeichen nur gilt, das Vaterland zu retten.“ In Folge dessen kam am 31. Mai ein neues Kabinet zu Stande, in welchem Komunduros

wieder das Präsidium übernahm, von den anderen hervorragenden Parteiführern keiner theilhaftig war. Nach mehreren Besprechungen, welche die letzteren mit einander hatten, wurde am 7. Juni das Kabinet definitiv zusammengesetzt: Kanaris übernahm das Präsidium und die Marine, Komunduros das Innere, Trikupis das Auswärtige, Deligeorgis die Finanzen, Zaimis die Justiz, Theodor Delijannis den Kultus, Zimbrakakis den Krieg. Dieses aus den ersten Kräften Griechenlands bestehende Kabinet brachte neue Finanz- und Militäransprüche vor die Kammer. Dasselbe bewilligte alles bereitwillig. Eine mobile Nationalgarde wurde sofort einberufen, die Reservisten aufgeboten, die Bildung von 12 Freiwilligen-Jägerbataillonen angeordnet, zur Sicherung der Häfen Torpedos ausgerüstet, die Errichtung von großen Lagern an der Nordgrenze befohlen. Aus allen türkischen Provinzen, in welchen Griechen wohnten, strömten Freiwillige herbei und wurden sofort in die Armee eingereiht. Man glaubte vor einem Wendepunkt der neueren griechischen Geschichte zu stehen, den Traum von einem Großgriechenland bald in Wirklichkeit übergehen zu sehen.

Diese Vorgänge in Athen erregten die Aufmerksamkeit der türkischen Regierung in hohem Grade. Ihr Gesandter verlangte schon im Juni Aufklärungen von der griechischen Regierung. Diese wies in ihrer Antwort auf die beunruhigenden Zustände in Thessalien hin. Wenige Wochen darauf kam die Nachricht von dem Gemetzel in Kavarna und in anderen von Griechen bewohnten Orten. In Athen kam es darüber zu Volksaufläufen. Das neue Kabinet wollte und konnte nicht unthätig bleiben. Es richtete an sämtliche Großmächte ein Memorandum vom 4. August, worin konstatiert war, daß gegenüber den Gewaltthatigkeiten der Tcherkessen die türkischen Behörden eine vollständige Unmacht und Unfähigkeit an den Tag legten, weshalb Griechenland, das dem Hinschlachten seiner Stammesgenossen nicht unthätig zusehen könne, genöthigt sei, mit ungeheuren Opfern seine Streitmacht auf dem Kriegsfuß zu erhalten. Darauf wandte sich die Pforte, nicht an das griechische Kabinet, dessen geharnischte Antwort sie sich nicht auf direktem Wege bestellen wollte, sondern an das englische Ministerium, an dessen Spitze kein Canning mehr stand, sondern ein Disraeli oder Lord Beaconsfield, und denuncirte das feindselige Auftreten Griechenlands, das sich in den fortwährenden Rüstungen,

in der Aufnahme der aus der Türkei zuströmenden Freiwilligen, in der Thätigkeit der politischen Vereine und der Presse kundgebe. Schließlich sprach die Pforte die Drohung aus, daß nöthigenfalls türkische Truppen nach Athen marschiren würden, um das Uebel mit der Wurzel auszurotten. Das französische Kabinet, welchem eine ähnliche Denunciation zugegangen war, hatte dieselbe, in richtiger Würdigung der Sache, zurückgewiesen; das englische aber nahm sie bereitwillig an und beauftragte seinen Vertreter in Athen, Wyndham, dem griechischen Ministerium Mittheilung von den türkischen Beschwerden zu machen. Dem gegenüber erklärte Trifupis in seinen Noten vom 4., vom 11. und vom 27. September an England, beziehungsweise an die Türkei, letztere würde, anstatt gegen Griechenland Klage zu führen und sich in grundlosen Beschwerden zu ergehen, besser thun, wenn sie ihren Verbindlichkeiten gegen die Kreter nachkäme, die sich gezwungen sehen, ihren Herd zu verlassen und sich in das Gebirge zu flüchten, um den sie bedrohenden Mißhandlungen und Megeleien zu entgehen, und wenn sie keine Eiserkesseln nach Macedonien, Epirus und Thessalien schickte. Nicht die Türkei, sondern Griechenland habe ein Recht zu klagen. Türkische Drohungen und Handstreiché könnten die Aktion des Hellenenthums im Orient nicht niederhalten, ein ungerechter Angriff gegen Griechenland würde unfehlbar das ganze hellenische Volk zur Erhebung führen, und der Ausgang des Nationalitätskriegs, der sich daraus entwickeln würde, hänge nicht vom Glücke der Waffen in geordneten Schlachten ab. Auch fand Trifupis den Schritt der Türkei bei dem englischen Kabinet ganz unvereinbar mit den einem jeden unabhängigen Staate schuldigen Rücksichten. „Wenn die Pforte gegen Griechenland Beschwerden formuliren will, so möge sie sich nicht an England, sondern an Griechenland selbst wenden!“

Am 15. September starb der 87jährige Präsident des Ministeriums, Konstantin Kanaris, welcher in den griechischen Freiheitskämpfen sich so rühmlich ausgezeichnet und in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1822 im Kanal von Chios das türkische Admiralschiff in die Luft gesprengt hatte. Die Minister gaben auf dies hin ihre Entlassung ein, zogen aber dieselbe wieder zurück, da der König sie aufforderte, unter diesen ernstern Zeitverhältnissen auf ihrem Posten zu bleiben. Die Nachricht von der Einnahme

Blewna's beschleunigte die Rüstungen und erweckte die größten Hoffnungen. In Athen und in den anderen größeren Städten fanden Dankgottesdienste und Beleuchtungen statt. Der Kammer wurden Vorlagen über die Ernennung der Officiere der mobilen Nationalgarde und über die Einberufung der Reserven gemacht. Kriegsmaterial aller Art traf täglich in Masse ein, theils für die Regierung, theils für die Aktionscomité's. Ueberall bildeten sich Vereine zur Pflege der Verwundeten. Ein neuer Befreiungskrieg stand bevor. Wer rasch zugriff, der konnte etwas gewinnen.

Aegypten kam trotz seiner zerrütteten Finanzen seiner Vasallenpflicht nach und sandte dem bedrängten Sultan 6000 Mann unter dem Prinzen Hassan Pascha. Am 16. Juni lief die ägyptische Flotte mit dieser Mannschaft und mit einer Menge trefflichen Kriegsmaterials im Hafen von Konstantinopel ein. Der Krieg, welchen der Khedive mit dem König Johannes von Aebessinien begonnen und so unglücklich geführt hatte, wurde nach langen Verhandlungen, die von Gordon Pascha geführt wurden, im Mai durch den Abschluß eines Friedensvertrags beigelegt. Dagegen brach in Darfur ein Aufstand gegen die ägyptische Herrschaft aus. Die Truppen des Khedive wurden zurückgeschlagen und konnten sich kaum mehr im Lande halten. Dadurch war der Khedive verhindert, weitere Hilfstruppen nach Konstantinopel zu senden.

Die Pforte war gegen das Ende des Jahres in der größten Noth. Niemals seit der Aufrichtung des türkischen Reiches auf der Balkanhalbinsel hatten sich von allen Seiten solche Gefahren gegen sie aufgethürmt und waren dem Herzen der Monarchie so nahe gerückt. Sie stand in offenem Krieg mit Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro; Aufstände erhoben sich in Thessalien, Epirus, Kreta; die Empörung in Bosnien und in der Herzegowina, welche den Ausgangspunkt dieser orientalischen Krisis gebildet hatte, war noch nicht unterdrückt; ein Krieg mit Griechenland war dem Ausbruch nahe. Die türkische Herrschaft über die slavische und die griechische Race schien nicht mehr haltbar zu sein. Sie war auf Willkür und Grausamkeit, auf Lüge und Betrug basirt und verdiente mit vollem Recht den Todesstoß. Weder Parlament noch Minister wußten einen Ausweg. Das türkische Regierungssystem mußte entweder mit all seinen Schleichigkeiten fortdauern oder es mußte ganz aufhören. Einen Mittelweg gab es nicht.

Die türkische Race wollte allein herrschen, ihre Herrschaft nicht mit den Christen theilen. Die neue Verfassung und das neue Parlament änderten hierin nichts. Die beiden Briefe, welche der von dem Großvezier Ephem Pascha verfolgte Botschafter in Wien, Meho Pascha (Fürst Bogorides), an die türkische Regierung schrieb und veröffentlichte, sind ein vernichtendes Votum über die Willkürherrschaft in Konstantinopel. In dem einen Briefe, in welchem er seine Berzichtsleistung auf den türkischen Staatsdienst mittheilte, erklärte er, er habe weder die Lust noch den Muth, der Aufforderung, nach Konstantinopel zu kommen, zu entsprechen. Er kenne die dortige Regierung zu gut, als daß er sich in die gewisse Gefahr einer ungerechten Anklage und Verurtheilung begeben möchte; denn gegen die persönliche Feindschaft eines Großveziers finde man auch jetzt noch keinen Schuß. In dem zweiten Schreiben nannte er die Verfassung einen todten Buchstaben, da sie vor dem Belieben des Großveziers nichts gelte, und sprach von den „verderblichen Wirkungen einer gewissenlosen Politik, die mit den wahren Interessen des Reiches es leicht nehme.“ Auch in dem Parlament, das vom 19. März bis zum 28. Juni tagte, machte sich das System der Willkür sehr bemerklich. Der Antrag des Griechen Sarakiotis, Abgeordneten für Konstantinopel, welcher am 2. Juni die Abschaffung der den Christen auferlegten Militärsteuer und die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht empfahl, erfuhr allgemeinen Widerstand und wurde am 21. Juni mit großer Mehrheit verworfen, nachdem die Kommission zwar die Nothwendigkeit der Heranziehung der Christen zum Kriegsdienst anerkannt, aber die Vertagung der Ausführung dieser Maßregel beantragt hatte. Den Säbel, auf den die türkische Race ihre Herrschaft stützte, wollte sie nicht mit den Christen theilen. Die armenischen Abgeordneten von Adrianopel und Erzerum brachten die vielen Leiden zur Sprache, welche die Christen ihrer Provinzen durch die Tcherkessen zu erdulden hätten, und verlangten, daß dieselben aus den christlichen Provinzen entfernt werden sollten. Aber die muhamedanische Kammermehrheit unterbrach diese Abgeordneten fortwährend, ließ sie kaum ausreden und beschloß, daß diese Reden nicht im Amtsblatt veröffentlicht werden dürften. Von den verschiedenen Gesetzen, welche vom Parlament berathen wurden und unter welchen ein Preßgesetz und ein Gemeindegesetz anzuführen

sind, kam zunächst nur das Gesetz über die innere Zwangsanleihe zur Ausführung, und zwar dieses schon am 1. Juli. Ein Versuch der türkischen Regierung, eine Anleihe in England zu machen, war mißlungen. Da sie nur noch die Hälfte der Zinsen der öffentlichen Schuld bezahlte, so hatten selbst die Engländer keine Lust, ihre überflüssigen Gelder ihr anzuvertrauen. Sie entschloß sich daher, zu der halben Million Papiergeld noch drei weitere Millionen türkischer Livres drucken zu lassen und auszugeben.

Die sprichwörtliche Grausamkeit der eigenen Kriegsführung vollständig ignorirend, richtete der türkische Minister des Auswärtigen am 8. August eine Note an die Großmächte, worin er sich über die durch die Russen an türkischen Verwundeten, Frauen und Kindern verübten Grausamkeiten beklagte. Solcher Noten wurden mehrere abgeschickt. Der englische Botschafter ahmte das Beispiel seines Vorgängers Elliot vom Jahre 1876 nach und sandte hierüber glaubensvolle Berichte an seine Regierung ein. In Berlin wurde dem türkischen Botschafter beim Ueberreichen der Note deutlich zu verstehen gegeben, was man von solchen Angaben halte. Dagegen schrieb der englische Militärattaché im russischen Hauptquartier, Wellesley, in einem Bericht vom 6. August an Lord Derby, daß alle Engländer, welche den Gefechten beigewohnt, und alle Berichterstatter englischer Blätter, die von ihm befragt wurden, einstimmig bezeugt hätten, sie hätten niemals auch nur eine einzige grausame Handlung von den Russen begehen sehen, dagegen oft bemerkt, wie die türkischen Gefangenen äußerst wohlwollend behandelt worden seien. Wellesley erklärte geradezu den russischen Soldaten jeder Grausamkeit für unfähig. Grausamkeiten wurden allerdings an türkischen Einwohnern Bulgariens begangen, aber nicht von Russen, sondern von Bulgaren, und darüber sollte die türkische Regierung, in Erinnerung an 1876, nicht lange Notizen schreiben. Die deutsche Reichsregierung, von sämtlichen Großmächten und mehreren anderen Staaten Europa's unterstützt, ließ der vergeßlichen Pforte eine Note überreichen, worin dieselbe erinnert wurde, daß sie im Jahre 1865 der Genfer Konvention beigetreten sei, aber die Bestimmungen derselben durch ihre Heere jeden Tag mit Füßen treten lasse und der fortwährenden Mißhandlung der verwundeten und gefangenen Russen nicht Einhalt thue. Die Pforte erwiderte darauf mit einer erstaunlichen Naivetät, daß ihren Soldaten diese Bestim-

mungen nicht bekannt seien, daß sie die Konvention ins Türkische werde übersetzen und dann den Soldaten mittheilen lassen. Mit dieser Konvention machte es die Pforte wie mit dem Pariser Vertrag von 1856. Sie ließ sich von den Großmächten europäisch behandeln und handelte ihnen und ihren christlichen Unterthanen gegenüber türkisch. Fortwährend wurden unter dem Vorwand des Hochverraths Bulgaren aufgegriffen, Hunderte derselben in Konstantinopel, Adrianopel und Philippopel aufgehängt, andere in Gefängnisse nach Asien geschickt, von wo keiner mehr zurückkam. Die türkischen Behörden giengen in ihrer Mißachtung jedes Rechtes und jeder Verbindlichkeit so weit, daß sie drei Muselmänner, welche an dem Mord zu Saloniki theilhaftig und zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurtheilt waren, einige Zeit frei herumlaufen ließen. Dieselben waren in die Festung Wididin gebracht und nach Ausbruch des Krieges nach Saloniki gesandt worden, wo der Gouverneur sie auf freien Fuß setzte unter dem Vorgeben, daß er keine Weisungen aus Konstantinopel habe. Prinz Reuß richtete am 29. August eine sehr ernsthaft gehaltene Note an die Pforte und versicherte, daß „nach erfolgter Konstatirung der Thatfachen die Regierung des deutschen Kaisers sich jeden weiteren Schritt vorbehalten.“ Server Pascha, der Minister des Auswärtigen, gestand in seiner Antwort vom 13. September den Fall zu, suchte ihn aber dadurch abzuschwächen, daß er sagte, dem Gouverneur von Saloniki, welcher Weisungen in Betreff der 3 Häftlinge verlangt habe, sei eingeschärft worden, er solle die über sie verhängten Strafen vollstrecken, und dieser Auftrag sei bereits vor der Mittheilung des Botschafters ausgeführt worden.

Am 13. December erfolgte die Eröffnung der zweiten Session des türkischen Parlaments in Dolma-Bagdsche. Said Pascha, der erste Sekretär des Sultans, verlas in dessen Anwesenheit die Thronrede. In derselben wurde des Aufstands in Bosnien und der Herzegowina als eines durchaus grundlosen gedacht, das Märchen von der Grausamkeit der Russen, ohne den Namen derselben zu erwähnen, aufs neue aufgetischt, der Beschluß der Regierung mitgetheilt, die nicht muselmännische Bevölkerung in die Armee einzureihen, und verschiedene neue Gesetzentwürfe angeführt. Den Tag vorher, am 12. December, also zwei Tage nach Osman's Kapitulation, wandte sich die Pforte, von dem englischen Kabinet,

das aus Furcht vor weiteren russischen Siegen den Frieden rasch abgeschlossen zu sehen wünschte, hiez zu veranlaßt, in einem Rundschreiben an die fünf neutralen Großmächte und bat sie um ihre Vermittlung. In diesem Aktenstücke erklärte die Pforte: „sie sei sich bewußt, durch nichts den Krieg hervorgerufen zu haben; sie habe niemand bedroht und bedrohe niemand; sie habe ihren Unterthanen eine, alle gewünschten Reformen umfassende, Verfassung gegeben; damit sei die Reformfrage gelöst; jeder Zweifel an der strengen Durchführung der Verfassung und der Reformen müsse vor der förmlichen und feierlichen Erklärung über die Aufrichtigkeit ihrer Entschließungen verschwinden; für den militärischen Ruhm hätten beide Theile genug gethan; eine Fortsetzung des Krieges habe somit keinen Sinn, da ja Kaiser Alexander vom Beginn der Feindseligkeiten an laut und öffentlich Eroberungszwecke zurückgewiesen habe; im Namen der Menschlichkeit rufe sie daher das Gerechtigkeitsgefühl der Großmächte an.“ Dieses Rundschreiben, von dem fast jeder Satz eine Lüge oder eine Heuchelei war, konnte schon deswegen die Vermittlung der Großmächte nicht bewirken, weil eine solche nur dann möglich ist und nur dann nicht zur Intervention wird, wenn auch der andere kriegsführende Theil sie wünscht. In diesem Sinne beantworteten vier Großmächte dieses Schreiben. England aber dachte, sobald es die Erfolglosigkeit dieses ersten Schrittes erkannte, auf ein neues Auskunftsmittel. Inzwischen wurde in der Presse und in Versammlungen Lärm geschlagen und wieder das Register der „britischen Interessen“ aufgelesen. Der Kriegsminister Hardy erklärte in einer Arbeiterversammlung zu Edinburg am 12. December: „Wenn es sich darum handle, die Interessen Englands und das Gebäude des britischen Reiches zu vertheidigen, werde das Land alle Kräfte aufbieten, um jeden Angriff zurückzuweisen. Die englische Flagge wehe als die höchste überall in Asien, in Afrika und in Amerika. Er hoffe, die Einnahme Plewna's werde den Frieden herbeiführen, und könne nicht glauben, daß ohne die geeignete Intervention Englands der Friede geschlossen werde.“ Die ministerielle Presse unterstützte des Ministers Glauben und Hoffnung und verlangte, daß beim Abschluß des Friedensvertrages die Stimme Englands gehört werde. Aehnliches hätte ja im Interesse seiner eigenen und der europäischen Machtverhältnisse auch Oestreich beim Abschluß



des Versailler Vertrages fordern können. Die Antwort Bismarck's wäre wohl eben so rund als klar gewesen. Das englische Kabinet entwickelte eine höchst nervöse Thätigkeit; mit jedem weiteren Marsch der Gurko'schen Armee wurde der Pulsschlag Lord Beaconsfield's rascher; ein Ministerrath um den anderen wurde gehalten; der englische Botschafter Layard wohnte den türkischen Ministerräthen wie ein regelmäßiges Mitglied bei; das englische Parlament wurde „wegen wichtiger und dringender Angelegenheiten“ schon auf den 17. Januar einberufen. Man sah bereits klar, wie der Premierminister dem Krieg zutrieb, wie er Rußland sein „Entweder-Oder“ zuwarf, wie er demselben gegen die unerhörten Anstrengungen eines ersten Feldzuges keine andere Wahl ließ, als sofort einen zweiten Feldzug und zwar gegen die unerschöpflichen Geldquellen und die meerbeherrschende Flotte Englands zu unternehmen oder sich unter das Gebot des Dreizacks zu beugen. Nicht jedermann dachte so in England. Mehrere Handelskammern sprachen in ihren Eingaben an die Regierung von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Neutralität. Die „Association für die Orientfrage“ beklagte sich in einem Aufruf über die Minister, „welche seit Jahresfrist alles erschöpften, um England in einen Krieg zur Erhaltung der Türkei hineinzuziehen; es sei dringend nothwendig, daß von allen Schichten des Volkes dem Kabinet deutliche Erklärungen für die Erhaltung der Neutralität und ein entschiedener Protest gegen einen Krieg für die Türkei abgegeben würden.“ Um einen legitimen Vorwand zu irgendwelcher Art von Einmischung zu erhalten, beredete die englische Regierung die Pforte zu einem zweiten Schritt. Dieselbe richtete ihr Vermittlungsgesuch nicht mehr an Europa, sondern ausschließlich an England, und der Sultan Hamid schrieb einen Brief an die Königin Viktoria. Diese sandte sofort auf den Rath ihrer Minister folgendes Telegramm an den Kaiser von Rußland: „Ich habe vom Sultan ein direktes Gesuch erhalten, das ich nicht ohne Antwort lassen kann. Da ich weiß, daß Sie aufrichtig den Frieden wünschen, so bedenke ich mich nicht, Ihnen diese Thatsache mitzutheilen, in der Hoffnung, daß Sie die Verhandlungen zur Abschließung eines Waffenstillstandes, der zu einem ehrenvollen Frieden führen kann, beschleunigen können.“ Rußlands Antwort, die in das folgende Jahr fiel, konnte keine andere sein, als daß die Pforte, wenn sie

Waffenstillstand und Frieden wolle, sich zuallererst mit ihrem Gesuch direkt an Rußland wenden und mit diesem die Bedingungen vereinbaren müsse. So privatim, wie zwischen Schwiegermutter und Schwiegervater, ließ sich eine so schwer wiegende Frage nicht abmachen.

Mehr als England war Oestreich-Ungarn bei der orientalischen Frage interessirt, da es diesem Staate nicht gleichgiltig sein konnte, ob die auf der Balkanhalbinsel wohnenden Südslaven unter der Herrschaft der Türkei oder unter der Herrschaft oder auch nur unter dem überwiegenden Einfluß Rußlands standen, und ob die Mündung der Donau von der Türkei oder von Rußland oder von Rumänien beherrscht wurde. Rußland an der unteren Donau nicht mächtig werden zu lassen, war feststehender Grundsatz der östreichischen Politik. Ob Oestreich an der Lösung der orientalischen Frage sich aktiv beteiligen werde, war eine Frage, die das ganze Jahr hindurch aufgeworfen wurde. Dabei handelte es sich hauptsächlich darum, ob es mit oder gegen Rußland operiren wolle. That es jenes, so konnte es, während Rußland in Bulgarien einrückte, Bosnien und die Herzegowina besetzen, bis nach Saloniki vorrücken und die Befreiung sämtlicher christlichen Provinzen von der türkischen Herrschaft zu seiner ersten Friedensbedingung machen. Der Feldzug wurde, wenn Oestreich und Rußland nach einem gemeinschaftlichen Plan handelten, weder sehr blutig noch sehr lange; aber er kostete mehr Geld, als den östreichischen Finanzen zuträglich war, und versetzte die türkenfreundlichen Ungarn und die russenfeindlichen Polen in die äußerste Erbitterung. Dies waren Faktoren, mit denen in dem dualistischen Oestreich zu rechnen war. Andererseits konnte dasselbe die militärischen Schachzüge Rußlands aufs strengste überwachen, bestimmte Grenzen, die nicht zu überschreiten wären, bezeichnen, im Nothfall die Maßregel von 1854 wiederholen und mit einem Heer den Rücken der russischen Aufstellung bedrohen. Dann handelte es im Sinne der Ungarn und Polen, aber gegen den Willen der Slaven, zumal der Südslaven, zog sich Rußlands unverföhnliche Feindschaft zu und sprengte das Dreikaiserbündniß. Unter solchen Umständen hielt es die östreichische Regierung für das zweckmäßigste, in der Neutralität zu verharren, auf die Entschlüsse Rußlands mäßig einzuwirken, Rumänien und Serbien in einiger Demut zu erhalten. Mit dieser Haltung waren hauptsächlich die

Ungarn und die Südslaven unzufrieden, da jene eine aktive Politik gegen Rußland verlangten und zwar um so lärmender, je weiter die Russen vorrückten, diese dagegen den Einmarsch in Bosnien und die Herzegowina und die Vereinigung dieser Provinzen, welche das natürliche Hinterland von Dalmatien ausmachen, mit dem Königreich Kroatien forderten. Die Regierung ließ sich in keine dieser beiden Strömungen hineintreiben, verharrte in ihrer Neutralität und hielt die Fortdauer des Dreikaiserbundes für das Sicherste. Die Nationalitätenfrage, an denen Oestreich krankt, hielt seinen Arm gelähmt und verurtheilte den Donaufstaat in einem Augenblicke, wo derselbe nach so manchem Mißgeschick und großen Verlusten einen welthistorischen Beruf erfüllen konnte, zur unbehaglichen und unrühmlichen Passivität.

Die Ungarn mit ihrem theatralischen Türkenschwindel sorgten dafür, daß die östreichische Regierung dessen, wovor sie sich zu hüten hatte, stets bewußt blieb. Der magyarisches Stamm nimmt in Oestreich-Ungarn eine ähnliche Stellung ein wie der osmanische in der europäischen Türkei. Dort wie hier herrscht eine asiatische Minderheit über eine europäische Mehrheit und Civilisation, beansprucht für sich alle Rechte und Privilegien und sucht die anderen Nationen ihrer Willkür zu unterwerfen. Was die Magyaren gegen deutsche Beamte in Ungarn, gegen die Siebenbürger Sachsen, gegen Miletics und Genossen ausübten, war weniger blutig, aber nicht weniger rechtswidrig als das, was die Türken in Bulgarien, Kreta u. s. w. sich erlaubten. Die gefühlvolle Freundschaft, welche Ungarn und Türken für einander hegten, hatte ihre natürliche Begründung. An lauten Kundgebungen fehlte es nicht. Dem Besieger Serbiens, Abdul Kerim, überreichte eine Deputation der ungarischen Studenten am 13. Januar im Kriegsministerium zu Konstantinopel einen Ehrensäbel; Midhat Pascha, damals noch Großvezier, ließ sich die Deputation vorstellen; am 15. Januar wurde ein Verbrüderungsbanket veranstaltet. Das Seitenstück hiezu spielte in Pesth, wo vom 29. April bis 5. Mai eine Deputation der Softa aus Konstantinopel verweilte. Die Gemeindebehörden, das Abgeordnetenhaus, die Studenten, Vereine aller Art wetteiferten mit einander, durch eine Reihe von Festen und Aufmerksamkeit der Sympathie der Magyaren für ihre türkischen Stammverwandten den entschiedensten Ausdruck zu geben. Das Abgeord-

netenhaus votirte dem Sultan seinen Dank für die Ueberfendung der Corvina, d. h. der 35 Bücher, welche die Türken einst aus der Bibliothek des Königs Mathias Corvinus geraubt hatten. Um jene Zeit besuchte Erzherzog Albrecht, welcher am 18. April sein 50jähriges Militär-Dienstjubiläum gefeiert hatte und für einen warmen Förderer der österreichisch-russischen Freundschaft galt, als Generalinspektor der Armee die südlichen Grenzdistrikte. Er traf am 9. Mai in Agram ein, dessen Bevölkerung den Freund Rußlands enthusiastisch empfing. Dies gab Veranlassung zu einer Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhaus am 14. Mai, welche der Ministerpräsident Tisza in beschwichtigendem Sinne beantwortete. Am 4. Mai wurden in Wien und in Pesth, im Abgeordnetenhaus des Reichsraths und des Reichstags Erklärungen, der Minister über die Haltung der Regierung gegenüber dem russisch-türkischen Kriege, als Antwort auf Interpellationen, abgegeben. In Wien sagte Minister von Lasser: „Die Regierung sieht sich vor die doppelte Aufgabe gestellt, einmal, alles aufzubieten, damit eine europäische Komplikation vermieden werde, sodann, bezüglich der Folgen des Krieges auf die definitive Gestaltung der Dinge im Orient den der Lage und den Interessen der Monarchie entsprechenden Einfluß unter allen Umständen geltend zu machen. Zur Wahrung ihrer Interessen behält sich die Regierung auch nach Erklärung der Neutralität Oestreich-Ungarns ihre Aktionsfreiheit vor; denn sie ist sich bewußt, daß keine andere Macht in der europäischen Türkei näherliegende Interessen wahrzunehmen hat als Oestreich-Ungarn.“ Aehnlich lautete die Erklärung Tisza's in Pesth. Damit war die ungarische Opposition nicht zufrieden. Der Abgeordnete Helfy fragte am 16. Mai, ob die Regierung die Zeit noch nicht für gekommen erachte, entschieden Stellung zu nehmen und mit den übrigen Mächten die Aufrechterhaltung des Pariser Vertrags zu erwirken. Auf den Kampf der zwei einander gegenüberstehenden Parteien in Wien hinweisend, fuhr Helfy fort: „Man darf nicht vergessen, daß die Macht nicht existirt, welche Ungarn veranlassen könnte, hilfreiche Hand zur Ausbreitung der russischen Macht zu leihen. Es kann geschehen, daß wir eines schönen Tages überrascht hören, daß man die Soldaten dahin geschickt habe, wohin wir sie nicht wünschen; aber es ist gewiß, daß die öffentliche Meinung jene Soldaten als Landesverräther bezeichnen würde. Die

öffentliche Meinung wird diejenigen Brandmarken, welche die Soldaten dahin führen.“ Tisza berief sich auf seine Erklärung vom 4. Mai und sagte, keine Regierung könne bei der Leitung der äußeren Politik parlamentarische Instruktionen annehmen; wenn die Regierung in der Minderheit bleibe, so habe der, welcher das Vertrauen des Hauses genieße, die Leitung zu übernehmen. Die russisch-rumänische Konvention rief neue Interpellationen hervor. Baron Simonyi wollte wissen, ob die Occupation oder Annectirung irgend eines Theiles des türkischen Reiches beabsichtigt werde; Szanyi fand diese Konvention im Widerspruch mit dem Pariser Vertrag. Tisza erwiderte am 26. Juni, weder Mobilisirung noch Occupation sei beschlossen, aber die Besitznahme des Nachbargebietes durch eine fremde Macht werde nicht geduldet werden; die Lokalisirung des Krieges sei noch immer das Streben der Regierung. Eine Volksversammlung von etwa 8000 Personen, welche am 26. Juli gehalten und von Pulszky geleitet wurde, nahm eine Resolution an, in welcher die russische Kriegführung in Bulgarien mißbilligt, die Ausbreitung der russischen Macht für unvereinbar mit den Interessen Oestreich-Ungarns erklärt und beschlossen wurde, die Regierung durch eine Deputation aufzufordern, auf die Einstellung dieser inhumanen Kriegführung hinzuwirken und die Interessen der Monarchie gegenüber der Aggressionspolitik Rußlands rechtzeitig mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren. Helfy rief unter stürmischem Beifall: „Gebt uns Waffen gegen Rußland!“ Klapka verlangte Allianz mit England gegen Rußland, das nach Niederwerfung der Türkei auf Oestreich losgehen werde. Ähnliche Türkenmeetings wurden auch in anderen Städten Ungarns gehalten. In einem Gegenmeeting zu Agram am 5. August wurde die Allianz mit Rußland und die Annectirung Bosniens und der Herzegowina gefordert, die Türkei für lebensunfähig, die Osmanenherrschaft für eine Schmach Europa's, die Befreiung der Balkanchristen für eine Forderung der Civilisation erklärt. Auf neue Interpellationen antwortete Tisza am 27. September, die Interessen der Monarchie seien durch keine Gefahr bedroht, die russischen Truppen würden nicht durch Serbien marschiren, dem Dreikaiserbündniß sei theilweise die Lokalisirung des Krieges zuzuschreiben. Schließlich fragte er, ob es motivirt sei, daß die Gemüther in Ungarn türkischer seien als die Türken.

Letzteres zeigte sich besonders am Abend des 18. September, als die Nachrichten von der Zurückschlagung des dritten russischen Angriffs auf Plewna, von der angeblichen Einnahme des Schipka-Passes durch Suleiman und von dem siegreichen Vordringen Mehemed Ali's gegen die Jantra-Linie eintrafen. In Pesth wurde geflaggt und illuminirt, ein Aufruf des Bürgerausschusses sprach von der Gerechtigkeit der Sympathien der ungarischen Nation für die das heilige Recht der Menschheit und die Völkerfreiheit vertheidigenden Ottomannen, und die allgemeine Parole war: „Für Bilagos—Plewna!“ Dieser Türkenwindel und dieses Frohlocken über die „Vernichtung der Russen“ wiederholte sich in mehreren Städten Ungarns. Zu gleicher Zeit sollte den Türken materielle Hilfe geleistet werden. Am 26. September entdeckten die Behörden an der südöstlichen Ecke der siebenbürgischen Landesgrenze ein Waffen- und Munitions-Depot für mehr als 6000 Infanteristen. Die Untersuchung ergab die Existenz eines Komplots, bei welchem vorzugsweise Ungarn und Polen theilhaftig waren, und welches zum Zweck hatte, in Rumänien einzufallen, die Bahn bei Bufeo und Marashesti zu zerstören, die rückwärtigen Verbindungen der russischen Armee zu beunruhigen und allenfalls einer von Silistria aus, wo damals türkischerseits ein Brückenbau beabsichtigt wurde, vordringenden Abtheilung der türkischen Armee die Hand zu reichen. In Galizien hegte man die gleichen Antipathien gegen Rußland wie in Ungarn. In Lemberg mußten Verhaftungen vorgenommen werden, da einige Agitatoren die Bevölkerung zu bewaffneten Feindseligkeiten gegen Rußland zu verleiten suchten. Heißblütige Landtagsabgeordnete wollten eine Adresse einbringen, in welcher nicht bloß eine Allianz mit Rußland verworfen, sondern die Wiederaufrichtung des alten Königreichs Polen als eine der ersten Bedingungen für die Wiederherstellung des europäischen Friedens dargestellt wurde. Um einer aufregenden Adreßdebatte zuvorzukommen, ließ die Regierung den galizischen Landtag, bevor die Adresse auf die Tagesordnung kam, am 31. August schließen.

Um übrigens für alle Fälle bereit zu sein, berief die Regierung auf den 31. Juli einen Ministerrath, an welchem auch die ungarischen Minister Tisza und Szell theilnahmen. Es handelte sich darum, ob allgemeines Einverständnis über die bisher eingehaltene Politik vorhanden sei, und ob eine theilweise Mobilisirung für

gewisse Eventualitäten beschlossen werden solle. Der Ministerrath beschloß weder eine allgemeine noch eine theilweise Mobilisirung, sondern ertheilte Andrassy, dessen Politik vollständig gebilligt wurde, die Ermächtigung, eventuell die Verstärkung der an der Südgrenze vertheilten Truppen eintreten zu lassen. Als solche Eventualitäten wurden bezeichnet: Gefahr eines Christengemezels, Aufstand in Bosnien, östreichfeindliche Haltung Serbiens oder Montenegro's. Die Bestimmung des Zeitpunktes für die Durchführung dieses Beschlusses wurde Andrassy anheimgestellt. Türkenfreundliche Blätter ließen den Ministerrath über eine Drohnote an Gortschakow berathen und brachten damit die Anwesenheit Midhat Pascha's in Verbindung. Das an sich nicht sonderlich politische Ereigniß, daß der Kaiser Franz Josef am 11. September bei der Hostafel zu Kaschau auf Kaiser Alexander zu dessen Namenstag einen Toast ausbrachte, wurde durch das demonstrative Dementi, das es in Pesth fand, zu einem politischen Sensationsstück gemacht. Franz Josef nannte den russischen Kaiser seinen „theuren Freund und Allirten.“ Da dies nicht im Einklang war mit der politischen Strömung in Ungarn, so theilte das dortige Ministerium in einem officiellen Telegramm den angeblichen Wortlaut des Toastes „auf das Wohl meines theuren Freundes“ mit. Auf diese Censur hin beruhigten sich die freien Geister der magyarischen Nation. Ein kalter Strahl auf dieses Türkenfeuer war die Erklärung, welche Andrassy am 9. December in der geheimen Sitzung des Ausschusses der ungarischen Delegation abgab. Er sprach sich entschieden dagegen aus, „daß die Christen im Orient länger dem Vorurtheil überlassen würden, als habe Oestreich kein Herz für ihre Wohlfahrt, und als sei es das Interesse Oestreichs, die Türkei in dem Zustande, in welchem sie vor der jetzigen Bewegung war, unverändert zu erhalten. Ihm fehle der Muth, für den Statusquo der Türkei in solchem Sinne einzustehen und die Macht der Monarchie für einen Zweck einzusetzen, an dessen Berechtigung und Erreichbarkeit kein Staatsmann Europa's, selbst kein türkischer mehr glaube. Oestreich handle nicht unter dem Drucke einer andern Macht. Es gebe keine Macht Europa's, die ohne Oestreich die Regelung der orientalischen Dinge unternehmen könnte.“ Sämtliche Mitglieder des Ausschusses erklärten sich vollständig befriedigt und beantragten, dem Plenum der ungarischen Delegation mitzutheilen, daß nach den Erklärungen

Andrassy's die Diskussion über die Politik der Regierung zu verschieben sei. Am 12. December sagte Andrassy im nämlichen Ausschuß: „Der Fall Plewna's ändere nichts an seiner Politik, die nicht auf Zufälle gebaut sei. Auch ohne Theilnahme am Krieg sei Oestreich stark genug, seine Interessen zu wahren. Er wolle lieber mit als ohne Wahrung der guten Beziehungen zu den andern Mächten die Staatsinteressen verteidigen. In dem Ausschuß der östreichischen Delegation machte Andrassy am 19. December ähnliche Mittheilungen und fügte hinzu: „Die Regierung konnte in der Bekriegung der Türkei durch Serbien keinen Grund erblicken, aus der bisherigen Haltung herauszutreten. Sollte aber Serbiens Vorgehen unsere Interessen in Mitleidenschaft ziehen, beispielsweise durch eine Aktion in Bosnien und der Herzegowina, so würde dagegen entschieden Einspruch erhoben, nöthigenfalls solches Vorgehen faktisch verhindert werden.“ Die Nachricht von dem Fall Plewna's rief in Pesth große Bestürzung hervor, während in Ugram dieses Ereigniß durch Illumination, Musik und Böllerschüsse gefeiert wurde. Eine große Volksversammlung in Pesth beschloß am 16. December die Regierung aufzufordern, mit allen Mitteln, selbst unter Anwendung bewaffneter Macht, der weiteren Machtausbreitung Rußlands entgegenzutreten. Diese Resolution sollte dem Minister Tisza durch eine Deputation überreicht werden; aber dieser weigerte sich, die Deputation zu empfangen, da sie in Begleitung einer großen Volksmenge gekommen war. Es kam zu Ausschreitungen der Menge, worauf die Polizei den Platz säuberte. Auf die Interpellation hierüber erklärte Tisza am 17. December, die Regierung könne nicht dulden, daß in Ungarn über die äußere und innere Politik durch Straßendemonstrationen entschieden werde; es sei ihre Pflicht, das Vertrauen zu Ungarn zu erhalten; er baue auf den Patriotismus der Bürger.

---

## Frankreich.

Der orientalischen Frage gegenüber sich neutral haltend, widmete Frankreich seine ganze Thätigkeit dem Ausbau der Verfassung, der Feststellung der Republik, der Reorganisation der Armee. Seit dem



12. Dec. 1876 war Jules Simon, ein Mitglied der Linken, Ministerpräsident. Er operirte nicht ohne Glück gegenüber den feindlichen Parteien und galt für den Mann, welcher in jenem Augenblick eine politische Nothwendigkeit war. Mit den widerspenstigen Präfecten und Präfecturbeamten räumte er gründlicher auf als sein Vorgänger Dufaure. Das Amtsblatt vom 6. Januar veröffentlichte die Absetzung von 8 bonapartistischen Präfecten und das vom 22. Februar die Absetzung von 51 Generalsekretären, Unterpräfecten und Präfecturräthen, sowie die Versetzung von etwa 100 derartigen Beamten. Dies geschah, ohne daß der Präsident der Republik, Marschall Mac Mahon, Einwendungen machte. Auch nach dieser Seite schien die Stellung Jules Simons auf lange Zeit gesichert. Am 9. Januar begann die zweite ordentliche Sitzung der beiden Kammern. Die Abgeordnetenkammer wählte mit 326 gegen 14 Stimmen Jules Grévy, der Senat den Herzog von Audiffret-Pasquier wieder zum Präsidenten. Das am 10. Januar der Kammer vorgelegte Budget schloß mit einer Einnahme von 2,791,427,804 Fr. und mit einer Ausgabe von 2,785,616,713 Fr. ab, also mit einem Ueberschuß von 5,811,091 Fr. Bei der Wahl der aus 33 Mitgliedern bestehenden Budgetcommission wurde am 25. Januar Gambetta und 19 seiner treuesten Anhänger und von diesen er selbst zum Präsidenten gewählt. Er war also im Stande, in diesem Ausschuß alles, was er wollte, durchzusetzen. Der Antrag der Regierung, daß ihr die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des bonapartistischen Abgeordneten Paul Cassagnac, welcher sich in der Presse die frechsten Angriffe gegen die Regierung und die Kammer erlaubt hatte, ertheilt werden solle, wurde am 16. März mit 296 gegen 197 Stimmen angenommen. Nur die Rechte und die doktrinären Intransigenten stimmten dagegen. Cassagnac gegenüber, welcher sich auf den republikanischen Grundsatz der unbedingten Pressfreiheit berief, hob Jules Simon hervor, daß es ihm sehr unzumuthbar erscheine, Grundsätze einem Manne gegenüber auszuüben, welcher nach seinem eigenen Geständniß, wenn er die Gewalt besäße, dieselben nicht beobachten würde. Vom Zuchtpolizeigericht wurde Cassagnac am 5. April zu 2 Monaten Gefängniß und 3000 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Der Antrag des Abgeordneten Laisant (von der Linken), die militärische Dienstzeit von 5 Jahren auf 3 Jahre herabzusetzen, wurde am

23. Februar trotz des Widerspruches des Ministerpräsidenten in Erwägung gezogen. Die zur Vorberathung des Antrags eingesetzte Kommission wählte Thiers, der bekanntlich für eine möglichst lange Dienstzeit war, zu ihrem Vorsitzenden. Derselbe sprach sich in der Kommission entschieden gegen den Antrag aus und hielt fest an seinem Satze: „in 3 Jahren kann man keinen guten Unterofficier ausbilden, und ohne gute Unterofficiere ist keine gute Armee möglich“. Auch der Kriegsminister Berthaut äußerte sich in diesem Sinne. Die dreijährige Dienstzeit sei ein verhängnißvoller Irrthum; es bedürfe nicht nur der Instruktion, sondern auch der militärischen Erziehung, und diese sei das Werk der Zeit. Bei der dreijährigen Dienstzeit verliere die Armee am Ende des ersten Jahres ihre besten Kräfte, am Ende des zweiten die noch befriedigenden Elemente, so daß das Contingent im dritten Jahre nur noch aus moralisch und physisch verdorbenen Leuten bestehe. Bei der Eisenbahndebatte, welche am 12. März eröffnet wurde, handelte es sich darum, ob die kleinen Eisenbahnen, die sich nicht selbständig erhalten könnten, in den Besitz der bestehenden sechs großen Gesellschaften übergehen oder vom Staate angekauft werden sollten. Für jenes war der Arbeitsminister Christophle, für dieses der Abgeordnete Lecèsne. Letzterer schilderte die großen Uebelstände, welche sich aus diesem Monopol der Gesellschaften ergeben, und hielt für das einzige Heilmittel gegen die verrotteten Eisenbahnzustände den Erwerb sämtlicher Bahnen durch den Staat, wozu ein Anfang durch die Annahme seines Antrags gemacht würde. Um sämtliche Linien, sowohl die produktiven als die unrentablen, an sich zu bringen, würde der Staat eine Anleihe von 2 Milliarden nöthig haben. Bei der Steigerung der Mißbräuche auf den französischen Bahnen und bei der Zunahme des Despotismus der Gesellschaften gegenüber dem Handel und der Industrie war der Antrag Lecèsne der allein verständige und mußte über kurz oder lang als einziges Rettungsmittel angenommen werden. Gambetta sah dies ein und stimmte dafür. Doch wurde dieser Antrag, wonach der Staat zunächst einmal die vom Bankerott bedrohten Lokalbahnen der westlichen Departements ankaufen sollte, am 22. März mit 244 gegen 201 Stimmen abgelehnt. Der vermittelnde Antrag Mallin-Targé's, wonach diese Bahnen in den Besitz der großen Orleansgesellschaft übergehen, dabei aber die Controle des Staates über

Tarifbestimmung u. s. w. auf wirksame Weise gesichert werden sollte, wurde mit 246 gegen 207 Stimmen angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Beaussire, daß die Kammerkommissionen, welche indessen, wie die Kammern selbst, ihre Sitzungen in Versailles halten mußten, ermächtigt sein sollten, ihre Sitzungen in Paris zu halten, wurde am 2. März mit 324 gegen 164 Stimmen angenommen. Die Berathung des neuen Gemeindegesetzes und des Preßgesetzes gieng langsam vorwärts. Am 14. Mai wurde ersteres, das sehr liberal gehalten war, in erster Lesung angenommen. Zum Preßgesetz stellte der Bonapartist Cuneo d'Ornano den Antrag, daß das unter dem Ministerium Dufaure erlassene Gesetz, wodurch sämtliche Preßvergehen vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen wurden, abgeschafft und die Entscheidung über Preßvergehen den Geschworenen zurückgegeben werden sollte. Da unter einem republikanischen Ministerium vorzugsweise die Bonapartisten in die Versuchung kamen, sich Preßvergehen zu Schulden kommen zu lassen, so war es begreiflich, daß dieser, übrigens fast allgemein günstig aufgenommene Antrag, von jener Partei ausgieng. Schon die mit einer Revision der Preßgesetze beauftragte Kommission hatte sich dafür ausgesprochen und nicht einmal den Antrag des Ministerpräsidenten angenommen, welcher verlangte, daß mit solchen Preßvergehen, bei denen es sich um eine Beleidigung des Präsidenten der Republik oder fremder Souveräne handle, eine Ausnahme gemacht und daß diese auch künftig von dem Zuchtpolizeigericht abgeurtheilt werden sollten. Die Kommission sprach sich für unbedingte Abschaffung jenes Gesetzes aus. In der Sitzung vom 15. Mai, in welcher der Antrag des Abgeordneten Cuneo d'Ornano verhandelt wurde, wiederholte Jules Simon seinen in der Kommission mitgetheilten Vorbehalt und fand es überhaupt nicht zweckmäßig, daß man zu einer stückweisen Veränderung der Preßgesetzgebung schreiten wollte, anstatt bis zur Berathung über die gesamte neue Preßordnung, welche in der Vorbereitung begriffen war, zu warten. Trotzdem wurde der Antrag mit 392 gegen 56 Stimmen angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Leblond auf Verschärfung der Geschäftsordnung wurde am 11. Mai für dringlich erklärt. Derselbe galt vorzugsweise den Bonapartisten, welche jede ihnen mißliebige Debatte durch fortwährende Zwischenrufe des größtmöglichen Inhalts störten. Daher verlangte auch

der Bonapartist Cazeaux die Dringlichkeitserklärung für den Antrag, daß nur der Kammerpräsident, nicht die Kammer selbst (wie die Linke wollte), die neu einzuführenden Disciplinarstrafen verhängen dürfe, welcher Vorschlag gleichfalls angenommen wurde.

Vom größten Interesse war das gegen die Klerikalen gerichtete Interpellationsgesuch des Abgeordneten Leblond. Verschiedene Thatfachen hatten dasselbe veranlaßt. Die legitimistische „Union“ vom 7. März veröffentlichte ein neues Manifest des Grafen Chambord in Form einer Rede, welche derselbe an eine Deputation reicher Fabrikbesitzer aus Marseille gerichtet hatte. Darin erklärte Heinrich V., „daß er auf seinem Rechte beharre und entschlossen sei, seine Pflicht zu thun, sobald die für sein direktes und persönliches Auftreten günstige Stunde gekommen sein werde, und daß er auf den Sieg der Monarchie über die Gewaltthätigkeiten des Radikalismus vertraue, welcher sich schon zum Triumph vorbereite, indem er alles insultire, was eine Nation, die geachtet sein wolle, achten müsse: den Klerus und die Magistratur, d. h. Religion, Gerechtigkeit und Armee“. Die République française erwiderte darauf, daß der Graf von Chambord, wenn er die Rolle des Don Carlos spielen wolle, sehr bald und auf seine Kosten erfahren würde, daß Frankreich nicht Spanien sei, daß das Gesetz in Frankreich für alle ohne Unterschied geschaffen sei, und daß alle Rebellen, aus welchem Blut sie auch hervorgehen würden, sich der Strenge der Gerechtigkeit aussetzen. In der folgenden Nummer nannte das Gambetta'sche Blatt den Enkel König Karls X. einen Don Carlos in Pantoffeln, der durch seine Schwachköpfigkeit seine Freunde zur Verzweiflung bringe, eine lächerliche Vorsehung, einen faulenzenden Phrasenschmied, eine lebende Parodie der päpstlichen Unfehlbarkeit. Vom 3. bis 7. April tagte in Paris die „katholische Versammlung“ unter dem Ehrenpräsidium des Cardinal-Erzbischofs von Paris und dem wirklichen Vorsitz des Senators Chesnelong. Ein reichhaltiges Programm war vorgelegt: Eintreibung des Peterspfennigs, Sonntagsheligung, Unterricht, katholische Presse, katholische Fabriken. Die Beschlüsse dieser Versammlung zielten darauf hin, sich in allen Gesellschaftsschichten dauernden Einfluß zu sichern, die Richter, Aerzte, Lehrer, Bauern, Soldaten und Arbeiter in ihre Gewalt zu bekommen. Bei den einen sollte dies durch die katholischen Uni-

versitäten, bei den anderen durch die zahllosen Broschüren ermöglicht werden. Beim Arbeiterstand hatte diese klerikale Propaganda bisher am wenigsten Eingang gefunden. Daher erließ der ehemalige Kürassierofficier de Mun, Vorsteher aller Pariser Arbeitervereine, ein Rundschreiben an die französischen Pfarrer, worin er sie aufforderte, die nach Paris reisenden Arbeiter an die katholischen Arbeitervereine zu verweisen. Auch wurde die Abhaltung eines Kongresses der katholischen Arbeitervereine zu Paris beschlossen. „Frankreich wird in allem katholisch sein, oder es wird nicht sein“, sagte die „Défense“, das Preßorgan des Bischofs Dupanloup. Ein weiterer Beschluß der Versammlung gieng dahin, alle Katholiken Frankreichs zur Unterzeichnung einer an den Marschall Mac Mahon und an die Kammern zu richtenden Petition aufzufordern. Gegenstand derselben war der Gefangene im Vatikan. In seiner Allocution vom 12. März hatte der Papst das ganze Sündenregister der italienischen Regierung aufgezählt, von der Wegnahme des Kirchenstaates bis zum neuesten Gesetz über die Mißbräuche der Geistlichkeit, und sich bitter darüber beklagt, daß man ihm alle Mittel zu einer freien Kirchenverwaltung genommen habe, daß man fälschlich von ihm sage, er genieße die vollste Freiheit, während er in Wahrheit, so lange er einer fremden Herrschaft unterworfen sei, nicht frei sei und nicht frei sein könne. Auf diesen Schmerzensschrei des Vatikans begab sich am 20. März eine Deputation der klerikalen Senatoren und Abgeordneten zum Herzog von Decazes, dem Minister des Auswärtigen, und sprach ihm ihr Bedauern darüber aus, daß die Lage des Papstes „eine immer peinlichere werde“. Die Katholikenversammlung nahm die Sache noch kräftiger in die Hand. In dem Petitions-Entwurf war von den neuen Hindernissen die Rede, welche dem Papste bei der Regierung der Kirche in den Weg gelegt würden, sodann die Befürchtung ausgesprochen, daß er durch weitere Maßregeln bald vollständig verhindert sein werde, mit der katholischen Welt zu verkehren, und die Bitte an den Marschall und an die Kammern gerichtet, „alle Mittel anzuwenden, um der Unabhängigkeit des Papstes Achtung zu verschaffen, seine Verwaltung sicher zu stellen und den französischen Katholiken den unentbehrlichen Genuß einer Freiheit zu sichern, die ihnen theurer sei als alle anderen, die Freiheit des Gewissens und des Glaubens.“ In

einem Rundschreiben an die Präfekten befahl Jules Simon, die Kolportirung dieser Petition zu verhindern; denn „die Verbreitung dieser Schriften, deren Ausdrücke für die öffentlichen Gewalten eines benachbarten und befreundeten Landes beleidigend sind, kann nicht unter den Schutze des Petitionsrechts fallen, und die Regierung kann nicht dulden, daß die Bürger öffentlich angereizt werden, sich in die inneren Angelegenheiten einer fremden Nation zu mischen“. Die Bischöfe wollten mit ihrem Eifer nicht zurückbleiben. Der Hirtenbrief des Bischofs von Angers enthielt heftige Angriffe auf die italienische Regierung. Der Bischof von Nevers forderte in einem an den Marschall Mac Mahon gerichteten Schreiben diesen auf, dem Papste wieder die zur Ausübung seiner Gewalt erforderliche Freiheit zu verschaffen, ließ das Schreiben drucken und schickte es an sämtliche Beamte seiner Diöcese, vom Präfekten bis zu den Bürgermeistern, nebst einem aufreizenden Rundschreiben vom 7. April, welchem noch die Ansprache des Papstes vom 12. März und ein vom Bischof hiezu verfaßter Kommentar beigefügt war. Nach einem Beschlusse des Ministerrathes drückte der Kultusminister Martel dem Bischof von Nevers die Mißbilligung der Regierung aus, welche nicht dulden könne, daß die Geistlichkeit sich in die äußere Politik mische. Ein päpstliches Schreiben vom 17. Januar ertheilte der neugegründeten katholischen Universität zu Lille die kanonische Bestätigung und ernannte für dieselbe den Bischof von Lydda in partibus infidelium zum Kanzler, damit dieser die Person des Papstes vertrete und neben anderen Rechten auch das Recht ausübe, die Doktoren einzusetzen und die Ehregrade zu ertheilen. Daraus gieng hervor, daß das Recht der Gradverleihung, welches durch das neue Unterrichtsgesetz dem Staat zum Vortheil der Universitäten abgenommen worden war, faktisch nicht von diesen, sondern vom Papste oder vielmehr von den ihn leitenden Jesuiten ausgeübt wurde, und zwar durch die Vermittlung eines von keiner bürgerlichen Regierung abhängigen, nur dem päpstlichen Stuhle verantwortlichen fremden Prälaten.

Die Republikaner sahen endlich ein, welchem Irrthum sie sich hingegeben hatten, als sie nach dem Schlage von 1871 den Aufschwung der klerikalen Partei sehr beifällig betrachteten und glaubten, sie könnten aus diesen Wallfahrten nach Lourdes und aus diesem verzückten Bodengerutsch politisches Kapital für ihre Re-

vanhegedanken schlagen. Sprach doch Gambetta selbst in einer schwachen Stunde von einer „katholischen Mission“ Frankreichs und malte sich den Revanchekrieg als einen Kreuzzug des katholischen Frankreichs gegen das konfessionell zerklüftete und darum nicht mehr so mächtige Deutschland aus. Nun aber erkannten sie ihren Irrthum und merkten, daß, wo der Klerikalismus gedeiht, für Republikanismus wenig Raum mehr übrig bleibt, und daß, wenn der geplante Kreuzzug gegen Deutschland und Italien den gewünschten Erfolg hätte, die Aufrichtung eines legitimistisch-klerikalen Thrones die für sie höchst unerwünschte Folge sein würde. Die Republikaner forderten also, was die Reichsregierung und die Partikularregierungen in Deutschland längst unaufgefordert gethan hatten, von ihrer Regierung, daß sie die Uebergriffe der Bischöfe auf das politische Gebiet zurückweisen und von dem Klerus Gehorsam gegen die Staatsgesetze verlangen sollte. Daß derselbe genau wisse, was in Frankreich das Gesetz vorschreibe, dafür sorgte der sorgfältig ausgearbeitete Bericht des Abgeordneten Guichard über das Kultusbudget. Dieser Bericht verlangte strenge Ausführung des Konkordats und der organischen Gesetze, welche in Frankreich das Verhältniß zwischen Kirche und Staat regelten. Er erinnerte die Bischöfe und den Klerus daran, „daß die päpstlichen Breve's nicht ohne Erlaubniß der Regierung veröffentlicht werden könnten; daß die Prälaten ihre Diöcesen nicht ohne specielle Erlaubniß der Regierung verlassen dürften; daß ohne diese Erlaubniß weder bischöfliche Konferenzen, noch sonstige Versammlungen des Klerus, Landeskoncile oder Diöcesansynoden, statthaben dürften; daß die Priesterseminarien gehalten seien, sich in ihrem Unterricht an die bestehenden gesetzlichen Regeln, an die gallikanische Lehre zu halten; daß die bischöflichen Hirtenbriefe und die Predigten der Geistlichen keinen Angriff auf Personen, am wenigsten auf die Minister oder andere Beamte enthalten dürften; daß die Sammlungen für den h. Stuhl, die Peterspfennige und dergleichen ungesetzlich seien, und daß die Regierung großes Unrecht hätte, wenn sie dieselben ferner gestattete.“ Sodann erinnerte der Berichterstatter daran, „daß die vom Staate nicht erlaubten religiösen Genossenschaften sich ins Unabsehbare vervielfältigten, daß die Jesuiten sich nach und nach in alle Diöcesen eingedrängt hätten, daß sie die Weltgeistlichen unterworfen hätten und durch betrüglische Mittel die Güter der toden

Hand wiederherstellten zum großen Schaden für die Sicherheit der Familien und des Staates, kurz, daß in allen Stücken den Forderungen des ultramontanen Ehrgeizes bestimmte gesetzliche Vorschriften entgegengestellt werden könnten, auf welche man bisher nur zu wenig Rücksicht genommen habe.“ Die klerikale Presse antwortete auf diesen Bericht, das Konkordat und die organischen Gesetze seien veraltete und in Verfall gekommene Aktenstücke, von denen man nach der großen Veränderung, die sich 1870 in der Kirche vollzogen habe, gar nicht mehr sprechen sollte. Aber wenn diese formell noch gültigen Gesetze nichts mehr gelten sollten, so konnten ja die Republikaner an ihre Stelle andere setzen, die möglicherweise den Klerikalen noch weit unangenehmer wären.

Am 3. Mai interpellirte Leblond die Regierung über die Maßregeln, welche sie zu treffen gedenke, um die ultramontane Aufwieglung zu unterdrücken, und bezeichnete diese Agitation als eine „Kriegserklärung gegen Italien.“ Jules Simon zählte alles auf, was er zur Abkühlung des klerikalen Eifers gethan habe, und sagte über den Inhalt der bischöflichen Schreiben folgendes: „Diese Dokumente beruhen auf der Idee, daß der Papst Gefangener in Rom ist, und daß die Freiheit der Katholiken deshalb leidet. Es ist aber nicht richtig, daß der Papst Gefangener ist. Die betreffenden Erklärungen sind, wenn nicht ganz falsch, doch zum wenigsten übertrieben. Das italienische Garantiegesetz hat alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen, damit die geistliche Unabhängigkeit des h. Vaters nicht beeinträchtigt werde. Wenn man dieses Gesetz gelesen hat, ist es nicht gestattet, zu sagen, daß der Papst ein Gefangener sei.“ Am 4. Mai wurde die Debatte fortgesetzt. Gambetta war der Redner dieses Tages. „Angesichts der Gefahr,“ sagte er, „welche durch die ultramontanen Umtriebe geschaffen wird, angesichts der Unruhe des Landes und der aufgeregten Stimmung Europa's ist es nöthig, einmal die ganze Wahrheit zu sagen. Es thut heute Noth, den Klerikalen die Maske abzureißen und die politische Aktion einer politischen Partei im hellen Tageslicht zu zeigen. Nicht der Glaube leitet die Klerikalen. Der Glaube ist einzelnen Personen oder der durch ihre Leichtgläubigkeit getäuschten Menge eigen; aber er hat nichts mit den verwegenen Unternehmungen, die gegen die neuere Gesellschaft gerichtet sind, zu thun. Wer sind die Männer, die an der Spitze



der katholischen Vereine und Comité's stehen? Die Führer der großen Gesellschaft, welche alle Mittel, die Religion, die Diplomatie, die Wohlthätigkeit, den Parlamentarismus, benützt, um aus ihnen eine Kriegsmaschine, einen Sturmbock, den sie gegen den Staat richten, zu machen? Diese Männer sind dieselben, welche sich einst selbst die Mitglieder der „Regierung des Kampfes“ nannten, die Verbündeten vom 24. Mai, Männer wie Buffet, Ernoul, Chesnelong, Depeyre u. s. w. Am 12. März hält der Papst eine Rede, worin er sich darüber beklagt, daß er nicht frei sei; am 20. März wenden sich die katholischen Senatoren und Abgeordneten an Decazes, um ihn zu einer diplomatischen Verwendung zu Gunsten Pius IX. aufzufordern. Hierauf versammelt sich der katholische Kongreß; ihm folgt die Petitionsbewegung; dann kommen die Hirtenbriefe der Bischöfe und der respektwidrige Brief des Bischofs von Nevers an Mac Mahon. Wie hat die klerikale Partei zu einem solchen Grade der Verwegenheit gelangen können? Warum wagen es die Bischöfe, die doch besoldete Staatsbeamte sind, in so auffallender Weise ihre Befugnisse zu überschreiten? Einfach darum, weil man sich seit zu langer Zeit an eine Politik der Nachgiebigkeit dem Klerikalismus gegenüber gewöhnt hat, weil man nicht von vorn herein bedacht hat, wie bedenklich die Annahmen der ultramontanen Aufwiegler sind. Der klerikale Geist hat bescheiden angefangen. Er machte sich zuerst über die gallikanischen Freiheiten lustig und behandelte Bossuet und die französischen Kirchenlehrer wie Schuljungen; er hat mit unschuldiger Miene um die Erlaubniß, die Armen unentgeltlich zu unterrichten, und dann eines schönen Tages überschritt man die Grenze zwischen dem Elementar- und dem höheren Unterricht, und heute ist die Partei im Besiße von Universitäten und verleiht die Grade ebenso wie der Staat. Seit 1870, seit der Unfehlbarkeitserklärung, haben die Ultramontanen sich alles erlaubt, und, was man auch sagen mag, seit dieser Zeit existirt keine gallikanische Partei mehr im Klerus; alle Geistlichen, groß und klein, die Bischöfe wie die Pfarrer und Vicare, beugen sich unter das päpstliche Joch, die einen bereitwillig, die anderen mit Schmerz, aber mit Ergebung. Es ist unerträglich, daß die Prälaten das Staatsoberhaupt auffordern dürfen, alle Verbindungen mit der französischen Revolution, wie man in der klerikalen Sprachweise sich ausdrückt, abzubrechen.

Was hat denn das italienische Volk gethan? Es hat von seinem Boden, von seinem Lande Besitz genommen. Wo ist das Heilmittel gegen solche Ausschreitungen? Es findet sich in der strengen Anwendung des Konkordats, der Gesetze, welche die Kirche an den Staat knüpfen. Wir wollen nichts anderes als die Anwendung der bestehenden Gesetze. Ist das eine übertriebene Forderung? Die Republik muß sich vertheidigen gegen diejenigen, welche sie zu Grunde richten wollen. Der Klerikalismus, das ist der Feind!“ Nach dieser großes Aufsehen erregenden Rede sprach noch Jules Simon: „er habe jederzeit die Achtung vor dem Gesetz über alles andere gestellt und niemand das Recht zugestanden, es zu umgehen, und als Minister werde er noch strenger sein, wenn er sehe, daß der Name der Religion mißbräuchlich verwendet werde, um Schriftstücke zu verbreiten, welche die Ruhe des Landes stören und unseren freundschaftlichen Beziehungen zu Italien ein Hinderniß in den Weg legen könnten.“ Darauf erklärte er sich einverstanden mit der von der Linken eingebrachten Tagesordnung, wonach die Regierung, angesichts der ultramontanen Kundgebungen, welche die innere und äußere Sicherheit des Landes bedrohen und eine offenkundige Verletzung des Gesetzes ausmachen, von der Kammer eingeladen werden sollte, alle Mittel, die in ihrer Gewalt ständen, anzuwenden, um diese antipatriotische Agitation zu unterdrücken. Diese Tagesordnung wurde mit 361 gegen 121 Stimmen angenommen. Daß gegen dieses Votum der Erzbischof Guibert von Paris in einem Schreiben an den Minister Martel protestirte, kennzeichnete die Lage.

Die Klerikalen versäumten nicht, dem Vatikan zu berichten, daß Jules Simon auf der Tribüne der Kammer erklärt habe, der Papst sei nicht, wie dieser am 12. März gesagt habe, ein Gefangener, sondern genieße vollständige Freiheit. Darauf beklagte sich der Papst bei der nächsten Gelegenheit öffentlich darüber, daß der Ministerpräsident von Frankreich ihn als einen „Lügner“ bezeichnet habe. Am 15. Mai wurde dieses Wort dem Marschall Mac Mahon von geschäftigen Personen mitgetheilt. Am Vormittag des 16. Mai erhielt Jules Simon einen Brief des Marschalls, worin es hieß: „Ich habe soeben im Amtsblatt den Bericht über die gestrige Sitzung gelesen. Ich habe mit Ueberaschung gesehen, daß weder Sie noch der Herr Justizminister auf der Tribüne die wichtigen Gründe geltend gemacht haben, welche

die Abschaffung eines Preßgesetzes hätten verhindern können, das vor weniger als zwei Jahren auf den Vorschlag des Herrn Dufaure votirt worden und dessen Anwendung Sie selbst kürzlich von den Gerichten verlangten. Und doch war in mehreren Ministerberathungen, selbst noch in der gestrigen, entschieden worden, daß der Ministerpräsident und der Justizminister es übernehmen würden, die Aufhebung dieses Gesetzes zu bekämpfen. Man hatte sich schon darüber wundern können, daß die Abgeordnetenkammer in ihren letzten Sitzungen ein ganzes Gemeindegesetz berathen, daß sie sogar mehrere Bestimmungen, wie die Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen, annehmen konnte, das alles, ohne daß der Minister des Innern an der Berathung theilnahm. Diese Haltung des Rabinetschefs gibt Anlaß zu der Frage, ob derselbe den nöthigen Einfluß auf die Kammern bewahrt hat, um seine Ansichten zur Geltung zu bringen. Eine Aufklärung in dieser Hinsicht ist unvermeidlich; denn wenn ich nicht, wie Sie, dem Parlament gegenüber verantwortlich bin, so habe ich eine Verantwortlichkeit Frankreich gegenüber, welche mich heute mehr als jemals in Anspruch nehmen muß.“ Jules Simon antwortete dem Marschall sofort. Zu seiner Rechtfertigung theilte er ihm mit, daß er der Berathung des Gemeindegesetzes wegen einer Unpäßlichkeit nicht habe anwohnen können; auch sei ausgemacht gewesen, daß die Frage der Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen erst bei der zweiten Berathung erörtert werde, und nur durch eine Art Ueberrumpelung sei sie schon früher auf die Tagesordnung der Kammer gekommen. Mit der Verweisung der Preßvergehen vor die Geschwornen habe er sich sowohl im Ministerrath als in der Kammer einverstanden erklärt und nur für die Prozesse wegen Beleidigung des Präsidenten der Republik und der fremden Souveräne eine Ausnahme verlangt. Schließlich verlangte Simon seine Entlassung und äußerte den Wunsch, durch Männer ersetzt zu werden, welche, wie er, der konservativ-republikanischen Partei angehörten. Die übrigen Minister, von der Sachlage benachrichtigt, reichten gleichfalls ihre Entlassung ein.

In Paris herrschte auf die Nachricht von der so schlecht motivirten Entlassung des Ministeriums Simon eine ungeheure Aufregung. Am Abend des 16. Mai versammelten sich etwa 250 Abgeordnete der Linken. Gambetta sprach von dem allen Ueberlieferungen des parlamentarischen Systems zuwiderlaufenden Akte

des Präsidenten der Republik, wodurch er ein ganzes Ministerium, welches in keiner der beiden Kammern in der Minderheit geblieben sei, gleichsam in den Bann gethan habe. Angesichts eines solchen Aktes, der eine zum mindesten persönliche Politik enthülle, sei es nothwendig, daß die Vertretung des Landes die neue Phase, in welche die gegenseitigen Beziehungen der öffentlichen Gewalten allem Anschein nach treten sollten, mit Ruhe und Kaltblütigkeit ins Auge fasse. Für die Sitzung des folgenden Tages schlug er folgende Tagesordnung vor: „Die Mehrheit der Kammer wird nur zu einem Kabinet Vertrauen haben, welches frei in seinem Handeln und entschlossen ist, nach den republikanischen Principien zu regieren, die allein Ordnung und Wohlstand im Innern und Frieden nach Außen verbürgen können!“ In der Sitzung vom 17. Juni wurde der Minister der öffentlichen Arbeiten, Christophle, welcher von den abtretenden Ministern allein anwesend war, über die Kabinettskrisis interpellirt. Derselbe gab keine Auskunft, worauf Gambetta auf die Tribüne stieg und sagte, eine Debatte sei unvermeidlich, da die Kammer die Pflicht habe, in der jetzigen Krisis zum Lande und zur ausübenden Gewalt zu sprechen. „Alle Welt hat sich ängstlich gefragt, ob der Brief des Marschalls nicht ein Symptom gefährlicher Intriguen in der Umgebung des Staatsoberhauptes sei; lebhafter als je ist die Befürchtung rege geworden, daß außerhalb der verfassungsmäßigen Regierung eine geheime Staatsgewalt bestehe, gegen welche das Ministerium nicht ankämpfen konnte. Die Unruhe ist so groß, daß man annehmen muß, der Präsident der Republik sei selbst in den letzten 24 Stunden von ihr betroffen worden. In der That wurde soeben in den Vorfällen der Versammlung eine Depesche angeschlagen, welche zu beweisen scheint, daß der Präsident der Republik das Bedürfnis fühle, die öffentliche Meinung im Innern zu beruhigen und auf die auswärts entstandenen Befürchtungen, ja vielleicht auf gebietrische Aufforderungen von außen beschwichtigend zu antworten. Man liest in dieser Depesche, daß der Präsident der Republik stets auf die Erhaltung des Friedens bedacht ist, daß er die besten Beziehungen zu den fremden Mächten unterhalten und alle ultramontanen Aufwieglungen entschlossen unterdrücken will. Nun wohl, die Kammer hat am 4. Mai nichts anderes verlangt; ganz genau daselbe besagte die Tagesordnung, welche sie damals annahm.

Ein gefährlicher, wohlbekannter Rathgeber hat dem Marschall den unglücklichen Gedanken eingeflüßt, der in dem Briefe an den Ministerpräsidenten ausgedrückt wird, daß nämlich der Präsident der Republik dem Lande gegenüber eine besondere Verantwortlichkeit habe, eine Verantwortlichkeit, die über der Ministerverantwortlichkeit steht. Die Urheber solcher Einflüsterungen sind die wahren Feinde des Marschalls, und sie führen ihn zu seinem Untergang. In einer Laufbahn, die ganz mit militärischen Arbeiten und militärischem Ruhm ausgefüllt ist, hat der Marschall keine Zeit gefunden, die Künste der Politik zu studiren. Die Kammer hat also das Recht, ihn zu warnen, ihn zur genauen Beobachtung der Verfassung zu verweisen und ihn so vor den perfiden Rathgebern zu behüten, die er in der Stunde der Gefahr nicht an seiner Seite finden würde. Das Land, der einzige Souverän, will eine verständige, definitive Republik. Es will endlich von den Männern der Reaction befreit werden, welche ihr bleiches Antlitz jederzeit im Augenblick der Unsicherheit und der Angst zeigen. Der Präsident der Republik muß erklären, ob er mit den Republikanern regieren will, welche das Zutrauen des Landes haben, oder mit den Männern, deren Unpopularität so offenkundig dargethan worden. Wenn es zur Auflösung kommt, so hat die Mehrheit nichts zu fürchten, aber das Land wird in der Auflösung der Kammer die Vorrede des Krieges sehen, und verbrecherisch würden diejenigen handeln, welche den Krieg hervorriefen.“ Darauf verlas Gambetta die bereits angeführte Tagesordnung, welche mit 355 gegen 154 Stimmen angenommen wurde.

Inzwischen war das neue Kabinet gebildet worden. Es hatte nicht die Färbung, welche Simon in seinem Antwortschreiben gewünscht hatte, wohl aber diejenige, welche Gambetta ahnte. In diesem Kabinet übernahm der Herzog von Broglie das Präsidium und die Justiz, Fourtou das Innere, Caillaux die Finanzen, Paris die öffentlichen Arbeiten, Brunet den Unterricht, Gicquel des Touches (erst einige Tage später) die Marine; der Herzog von Decazes und der General Berthaut, die Minister des Auswärtigen und des Krieges im abgetretenen Kabinet, traten auf den speciellen Wunsch des Marschalls in das neue Kabinet ein. Broglie, Caillaux, Paris waren Orleanisten, Fourtou Bonapartist, Meaux und Brunet hoch-

klerikale Legitimisten. Ganz Europa, besonders Deutschland und Italien, sahen sich dieses Kabinet mit Mißtrauen an. Dies ahnte Mac Mahon und seine Umgebung, daher der von jenem an Decazes gerichtete Brief im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Darin hieß es, daß der Marschall die freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen zu den fremden Mächten aufrecht zu erhalten wünsche und deshalb auch ferner die auswärtige Politik durch die geschickte Hand des Herzogs von Decazes geleitet sehen möchte. Am folgenden Tage, am 18. Mai, trat das Kabinet vor die Kammern. Broglie verlas im Senat, Fourtou in der Abgeordnetenkammer eine Botschaft des Präsidenten. Darin hieß es: „Die Kabinette Dufaure und Jules Simon haben in der Kammer nicht die Mehrheit erlangen können. Ich konnte keinen Schritt weiter auf diesem Wege machen, ohne mich an die republikanische Fraktion wenden zu müssen, welche eine radikale Aenderung aller unserer Einrichtungen will. Mein Gewissen und mein Patriotismus gestatten mir nicht, mich auch nur im entferntesten dem Triumph dieser Ideen anzuschließen, welche schließlich nur Unordnung und den Niedergang Frankreichs hervorrufen können. Ich bin überzeugt, daß das Land denkt wie ich. Die letzten Wahlen, wo alle Kandidaten sich auf meinen Namen bezogen, zielten keineswegs auf den Triumph dieser Theorien ab. Wenn das Land neuerdings befragt würde, so wiese es diese Verirrung zurück. Ich bin fest entschlossen, die Einrichtungen des Landes zu achten und aufrecht zu erhalten; bis zum Jahre 1880 kann ich allein eine Aenderung in Vorschlag bringen; aber ich habe nichts dergleichen vor. Um die Aufregung sich beruhigen zu lassen, ersuche ich die Kammer, ihre Sitzungen einen Monat auszusetzen. Sie werden dann das Budget in Berathung ziehen können.“ Auf die Verlesung dieser Botschaft durfte keine Diskussion mehr stattfinden. Senat und Kammer giengen sofort auseinander. Die Republikaner des Senats und der Kammer erließen am 19. Mai je ein besonderes Manifest. Jenes war von mehr als 100 Mitgliedern unterschrieben und sprach die Hoffnung aus, daß der Senat sich keiner Unternehmung gegen die republikanischen Einrichtungen anschließen werde. In dem Manifest der Linken der Abgeordnetenkammer war gesagt: „Das Dekret, das eure Bevollmächtigten betroffen hat, ist der erste Akt des neuen Kampfministeriums, welches dem Willen Frankreichs zu trotz ge-

denkt. Die Botschaft des Präsidenten der Republik läßt keinen Zweifel mehr über die Absichten seiner Rathgeber. Die Kammer ist auf einen Monat vertagt, bis man später von dem Senat ein Auflösungsdekret gegen sie erlangen kann. Von heute an treten wir wieder in direkten Verkehr mit euch. Wir fordern euch auf, zwischen der Politik der Reaktion und der Abenteuer, welche rücksichtslos alles aufs Spiel setzt, was seit sechs Jahren so mühsam errungen worden ist, und der gemäßigten und festen, friedlichen und fortschrittlichen Politik zu entscheiden, der ihr eure Zustimmung bereits gegeben habt.“ Dieses Manifest wurde sofort von 353 Abgeordneten, nachträglich auch von Thiers, der nicht in jener Versammlung zugegen war, schließlich im ganzen von 363 Abgeordneten unterschrieben.

Gambetta hatte das Richtige getroffen, wenn er in seiner Rede vom 17. Mai sagte, daß die Debatte vom 4. Mai den Rücktritt des Simon'schen Kabinetts veranlaßt habe. Die Ursachen lagen freilich tiefer. Der Marschall Mac Mahon, mit allen Fasern seines Lebens an die monarchischen Parteien gebunden und zu wenig Politiker, um die jeweilige Situation klar zu übersehen, war bei der Ausübung seines Präsidenten-Amtes auf die Rathschläge gewisser Personen angewiesen und dem überwiegenden Einflusse derselben preisgegeben. Zu dieser „geheimen Regierung im Elysée“ gehörten vorzugsweise die sehr bigotte Frau Marschallin, der sie leitende Bischof Dupanloup von Orleans, der Herzog von Broglie und der junge Vicomte von Harcourt, Sekretär der Präsidentschaft. Diese Personen haßten die Republik und ließen sich dieselbe nur so lange gefallen, als sie mußten, sehnten aber den Augenblick herbei, wo dies nicht mehr der Fall war. Schon damals, als Dufaure im December 1876 seine Entlassung nahm, wollte der Marschall sein Ministerium aus der Rechten nehmen und nicht Simon, sondern den Senatspräsidenten Audiffret-Pasquier mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragen. Aber sowohl dieser als der Herzog von Broglie riethen ihm damals, vorderhand lieber noch etwas weiter links zu greifen und einem republikanischen Ministerium Gelegenheit zu geben, jedermann zu zeigen, daß die Regierung das Land dem Radikalismus preisgebe. Zu diesem Zwecke wurde damals Jules Simon berufen. Allein seine Regierung fiel, bei der Vorsicht und Umsicht, welche er zeigte,

weit besser aus, als seine Feinde wünschten. So scharf diese auch jeden seiner Schritte beobachteten, so konnten sie doch lange keine Blöße entdecken. Und doch wünschten sie die große Schwenkung der Regierung nicht gar zu lange hinauszuschieben. Am Ende des Jahres 1877 fand die Wahl der Generalräthe und am Ende des Jahres 1878 die Wahl eines Dritttheils derjenigen Senatoren statt, welche am 30. Januar 1876 gewählt worden waren. Bei der Wahl der letzteren hatten die Generalräthe ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen. Diese nächste Senatorenwahl war aber ausschlaggebend für die Wahl eines neuen Präsidenten der Republik im Jahre 1880, wann das Mac Mahon'sche Septennat abgelaufen war. Denn dann traten der Verfassung gemäß Senat und Abgeordnetenversammlung zu einem Kongreß zusammen und wählten nach einfacher Stimmenmehrheit einen Präsidenten. Bei der großen Mehrheit, welche die Republikaner in der Abgeordnetenversammlung hatten, und bei der geringen und unzuverlässigen Mehrheit, welche Mac Mahon im Senat hatte, durfte man nicht daran denken, daß im Jahre 1880 Mac Mahon oder irgend eine andere nicht republikanisch gesinnte Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt werde. Die Zahlenverhältnisse wurden aber für die Monarchisten und Klerikalen noch ungünstiger, wenn die Wahlen von 1877 und 1878 unter einem republikanischen Ministerium sich vollzogen. Die Ernennung eines reaktionären Ministeriums, welches diese Wahlen beherrschte, die Abgeordnetenversammlung auflöste und durch Aufbietung des ganzen Regierungsapparats eine gefügige Kammermehrheit schuf, war also beschlossene Sache. Der Kammer der Klerikalen über die Debatte vom 4. Mai und die Klage des Papstes über Simon brachten den Becher vollends zum Ueberlaufen. Doch gestand der Marschall, um nicht den Vorwurf des Klerikalismus auf sich zu laden, in seinem Schreiben an Simon nicht ein, daß dessen Aeußerungen über den Papst und die Bischöfe ihn verletzt hätten, und mußte sich somit mit Vorwänden behelfen, an deren Giltigkeit niemand glaubte.

Das neue Ministerium nahm sofort, wie es in Frankreich alle Ministerien, republikanische und antirepublikanische machen, das große Reinigungsgeschäft vor. Von 87 Präfekten wurden gegen 50 abgesetzt oder versetzt. Von den Unterpräfekten, Generalsekretären und Präfekturräthen hatten etwa 150 das gleiche Schicksal. Die



neuen Beamten dehnten dann das Proskriptionsgeschäft auf die untern Angestellten bis zum Feldhüter aus. Vereine, Versammlungen und Presse wurden aufs schärfste überwacht, Kaffeehäuser und Schankwirthschaften, in welchen republikanische Politik getrieben wurde, geschlossen, die Eisenbahndirektoren zur Entlassung der gegen die Regierung feindselig auftretenden Beamten aufgefordert. Großes Aufsehen erregte die Verhaftung des Präsidenten des Pariser Gemeinderathes, Bonnet-Duverdier, am 1. Juni. Derselbe wurde beschuldigt, daß er in einer Versammlung den Marschall einen Dummkopf, einen Verräther genannt, seine Verwundung bei Sedan als eine Lüge bezeichnet und als letztes Mittel gegen ihn die Erschießung empfohlen habe, was von ihm durch eine Geberde angedeutet worden sei. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte ihn am 8. Juni zu 15 Monaten Gefängniß und 2000 Fr. Geldstrafe. Auf dem Ausstellungsplatz und in Compiègne sprach sich Mac Mahon sehr zuversichtlich über die neue Lage aus. Gambetta, in Amiens und Abbeville bei republikanischen Banketten gefeiert, verglich die 363 Unterzeichner des republikanischen Manifestes mit den 221 Abgeordneten unter der Restauration und zweifelte nicht daran, daß jene, wie einst diese, sämtlich wiedergewählt würden. Am 16. Juni traten die Kammern wieder zusammen. Die Budgetkommission, deren Präsident Gambetta war, beschloß, der Kammer die Genehmigung der zur Reorganisation der Armee nöthigen Kredite und die Ablehnung einer Berathung des übrigen Budgets vorzuschlagen. Broglie verlas im Senat eine Botschaft des Marschalls, worin jener, ohne dessen Zustimmung der Marschall die Abgeordnetenkammer nicht auflösen konnte, ersucht war, seine Genehmigung zu dieser Maßregel zu ertheilen. Dieselbe wurde damit begründet, daß die Republikaner die Zeit der Vertagung dazu benützt hätten, um durch ihr massenhaft verbreitetes Manifest eine neue Agitation unter die Bevölkerung zu werfen. Sie hätten sich an das Land gewandt und sollten nun durch Neuwahlen vor dieses geladen werden. In der Abgeordnetenkammer theilte gleichzeitig Fourtou die Botschaft des Marschalls mit, sprach von dem unauflöselichen Zwiespalt zwischen der Kammermehrheit und dem Präsidenten, von den Gefahren des Radikalismus und der Konvent-Sucht, wies die Existenz eines klerikalen Einflusses zurück und erklärte, die Mitglieder der Regierung verträten das Frankreich von 1789, welches

sich gegen das Frankreich von 1793 vertheidige. Gambetta, in seiner zweistündigen Rede von Cassagnac etwa hundertmal unterbrochen, erwiderte dem Minister: „Es gibt eine Partei, deren strafbare Anschläge die Kammer in ihrer Sitzung vom 4. Mai gebrandmarkt hat. Nicht wegen des Pressgesetzes oder des Gemeindegesetzes mußte das letzte Ministerium fallen, sondern weil es die Tagesordnung gegen die Ultramontanen und die Jesuiten angenommen hat. Vom Vatikan gieng der Schlag aus, welcher das Kabinet stürzte. Durch ganz Frankreich gieng der Ruf: der 16. Mai ist ein Pfaffenstreich! Ein Ministerium, das einen solchen Ursprung hat, hat nicht das Recht, sich auf 1789 zu berufen. In Wahrheit vertritt es die Gegen-Revolution. Es besteht aus Adeligen, welche die Demokratie nicht ertragen können, und aus den Agenten einer Körperschaft, welche Frankreich in Ketten schlagen möchte. Aus Gier nach Aemtern hat man den Marschall zum Bruche mit dieser Kammer gedrängt. Aber statt der 363 der gegenwärtigen Mehrheit werden in drei Monaten 400 hier erscheinen. Das Land weiß, daß, wenn die koalisirten Parteien siegen, sie ihm nur den Bürgerkrieg geben können. Die Wähler werden sich des Plebiscits und dessen, was man ihnen damals sagte, erinnern. Man versprach ihnen damals den Frieden und schickte sie in den Krieg.“ Die von Gambetta gethane Aeußerung, daß Italien durch dieses Ministerium bedroht sei und deshalb dort Beunruhigung stattfinde, bestritt Decazes; die Beziehungen zwischen beiden Regierungen seien herzlich und vertrauensvoll, wie überhaupt das Kabinet die Sympathien und das Vertrauen aller fremden Mächte besitze. Der Abgeordnete Renault, unter dem Ministerium Buffet Polizeipräfekt von Paris, jetzt Mitglied des linken Centrums, sagte in der Sitzung vom 19. Juni: „Wie das Kabinet Polignac verderblich für Karl X. war, so ist das jetzige Kabinet verderblich für den Marschall. Um Polignac zu stürzen, bedurfte es des Blutes; um das jetzige Ministerium zu stürzen wird das allgemeine Stimmrecht genügen.“ Darauf beantragte Choiseul, die Kammer solle erklären, daß das gegen das parlamentarische Gesetz der Mehrheit gebildete Ministerium vom 17. Mai das Vertrauen der Nation nicht besitze, und zur Tagesordnung übergehen. Mit 363 gegen 158 Stimmen wurde diese Tagesordnung angenommen. Am 21. Juni lehnte die Kammer mit 364 gegen 160

Stimmen ab, über die direkten Steuern abzustimmen, genehmigte aber einstimmig den Zusatzkredit von 209 Mill. Fr. für das Kriegsministerium und am 22. Juni 11 Mill. für die Marine und 1 für die Ausbesserung des Hafens von Toulon. Im Senat beantragte am 20. Juni der Berichterstatter Depeyre im Namen der Mehrheit der Kommission, der Senat solle die Zustimmung zur Auflösung der Abgeordnetenkammer erteilen. Victor Hugo und Jules Simon sprachen dagegen. Die Behauptung des letzteren, daß seine Zustimmung zu dem Votum vom 4. Mai der Grund seiner Entlassung gewesen sei, bestritten die Minister Broglie und Brunet und gaben als Grund den an, daß Simon sich zu sehr habe von Gambetta leiten lassen, so daß faktisch dieser, nicht jener der Ministerpräsident gewesen sei. Am 22. Juni erteilte der Senat mit 150 gegen 130 Stimmen seine Zustimmung. Am 25. Juni wurde das Auflösungsdekret in der Kammer verlesen. Die Republikaner trennten sich unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ Ein hoffnungsvoller Bonapartist rief dazwischen hinein: „Es lebe der Kaiser!“

Der Wahlfeldzug wurde sofort eröffnet. Die Vorstände der vier republikanischen Gruppen der Abgeordnetenkammer veröffentlichten am 23. Juni eine Erklärung, wonach die 363 Abgeordneten, welche das Manifest vom 19. Mai unterzeichnet hatten, übereingekommen waren, gemeinsam ihre Kandidatur wieder aufzustellen und einander gegenseitig bei den Wahlen zu unterstützen. Die Vorstände der drei republikanischen Fraktionen des Senats schloßen sich dieser Erklärung an. Die Republikaner beider Kammern wählten ein juristisches Comité, welches die Wahlmanöver der Präfekten und Unterpräfekten überwachen und Material zu einer gerichtlichen Anklage dieser Beamten sammeln sollte. Zum Präsidenten dieses Comité's wurde Dufaure ernannt. Das Ministerium, welches in dieser Wahlcampagne mit Hochdruck arbeitete, schickte den Marschall ins Bordertreffen. Er machte Rundreisen und hielt am 28. Juli in Bourges, am 16. August in Evreux politische Reden, worin er den Vorwurf des Klerikalismus von sich wies und zur Erwählung konservativer Kandidaten aufforderte. In Cherbourg und in Bordeaux empfing ihn das Volk am 20. August und am 10. September mit dem Rufe: „Es lebe die Republik! Es lebe Thiers! Es leben die 363!“ Großen Beifall fand das geflügelte

Wort Gambetta's, daß er am 15. August bei einem republikanischen Banket in Lille aussprach: „Wenn Frankreich bei den Wahlen sein souveränes Verdict gesprochen haben wird, wird man sich unterwerfen oder zurücktreten müssen (il faudra se soumettre ou se démettre). Auf diese Rede hin beschloß das Ministerium, eine gerichtliche Verfolgung gegen Gambetta einzuleiten. Derselbe wurde am 11. September von dem Zuchtpolizeigericht wegen Beleidigung des Marschalls und der Minister zu 3 Monaten Gefängniß und 2000 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Doch wagte die Regierung seine Verhaftung nicht. Der am 4. September erfolgte Tod des 80-jährigen Thiers versetzte sie in einige Verlegenheit. Er hatte unstreitig den populärsten, geachtetsten Namen in Frankreich und wurde von der republikanischen Partei als ihr wahrer Führer, von Gambetta mehrmals als Nachfolger Mac Mahon's bezeichnet. Um sich nicht dem Vorwurf der Gehässigkeit auszusetzen und den Republikanern nicht Gelegenheit zu einer nationalen Kundgebung zu geben, veröffentlichte das Ministerium ein Dekret des Marschalls, wonach das Leichenbegängniß Thiers' auf Staatskosten veranstaltet werden sollte. Da aber Frau Thiers unter allen Umständen die Einzelheiten der Bestattung selbst anordnen und den republikanischen Senatoren und Abgeordneten die erste Stelle beim Leichenkondukt anweisen wollte, so nahm die Regierung am 7. September das Dekret wieder zurück. Das Leichenbegängniß fand am 8. September unter zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung statt. Am Grabe sprachen Grévy, der Admiral Pothuan, die Akademiker Sacy und Vitry; die politische Rede hielt Jules Simon. Als Nachfolger Thiers' in der Vertretung seines Pariser Wahlbezirks, in der Führerschaft der französischen Demokratie und der 363 und in der Anwartschaft auf die Präsidentenstelle bezeichnete ein officielles Schreiben Viktor Hugo's und Gambetta's den Präsidenten der aufgelösten Kammer, Jules Grévy.

Die Amtszeitung vom 22. September veröffentlichte ein Dekret der Regierung, wodurch die Bornahme der Abgeordnetenwahlen auf den 14. Oktober und die Einberufung der Kammern zu einer außerordentlichen Session auf den 7. November festgesetzt waren. Mac Mahon erließ schon am 19. September sein Wahlmanifest, worin er erklärte, daß seine Regierung die ihr genehmen Kandidaten bezeichnen werde, daß feindliche Wahlen den Konflikt

nur verschärfen und die Krisis zum Nachtheil der Geschäfte verlängern würden, da er in keinem Fall dem Radikalismus nachgeben, vielmehr auf seinem Posten ausharren und mit Hilfe des Senats die konservativen Interessen vertheidigen würde. Die Pariser Presse gieng unbarmherzig mit diesem Manifest um. Lemoine fragte: „In welchem Jahre leben wir denn? Ist die französische Revolution eine Erfindung der Geschichtschreiber und Romandichter?“ About sagte: „Was hat denn Frankreich dem Marschall gethan, daß er es wie ein erobertes Land behandelt?“ Die Republikaner antworteten dem Marschall in einer Menge von Gegenmanifesten. Das Manifest vom 20. September widerlegte das des Marschalls Punkt für Punkt. Die republikanischen Senatoren sprachen in ihren Manifesten vom 4. und 12. Oktober von der unter der Leitung klerikaler und absolutistischer Einflüsse stehenden persönlichen Gewalt. Gambetta sagte in seinem Manifest an seine Wähler von Belleville: „Frankreich wird die diktatoriale Politik verdammen und dem Oberhaupt der ausübenden Gewalt keine andere Wahl lassen, als sich zu unterwerfen oder abzudanken.“ Wegen dieser neuen Herausforderung wurde Gambetta am 12. Oktober zu dreimonatlichem Gefängniß und zu einer Geldstrafe von 4000 Fr. verurtheilt. Doch auch jetzt wagte die Regierung nicht, ihn zu verhaften. In seiner Rede vom 9. Oktober vor etwa 7000 Personen rief er aus: „Die Existenz des allgemeinen Stimmrechts und die Zukunft der französischen Revolution mit allen ihren Errungenschaften steht auf dem Spiel.“ Am 24. September veröffentlichten die republikanischen Blätter aus Thiers' Nachlaß einen Brief an seine Pariser Wähler, welcher schneidig genug, nur etwas zu lang abgefaßt war. An die Manifeste der verschiedenen Parteien reiheten sich die Erlasse der Bischöfe an, welche eine dreitägige Andacht für den glücklichen Ausfall der Wahlen anordneten und den Besuchern dieser Andachten den Ablass des Papstes ankündigten. Die Wahlproklamationen der Republikaner wurden von den meisten Präfekten konfisicirt, da Fourtou die Verbreitung aller falschen Nachrichten über den Marschall und die Regierung, d. h. alle Angriffe auf dieselben verbot. Der Marschall selbst trat am 12. Oktober mit einem neuen Manifest hervor: „Ihr werdet für die Kandidaten stimmen, welche ich eurer freien Wahl empfehle. Geht ohne Furcht zur Abstimmung. Folgt

meinem Aufrufe! Ich selbst stehe für die Ordnung und den Frieden ein.“

Das Resultat der Wahlen vom 14. Oktober und der Stichwahlen vom 28. Oktober war, daß etwa 320 Republikaner und 210 Monarchisten gewählt wurden. Unter den letzteren befanden sich 112 Bonapartisten. Beide Theile hatten sich in ihren Erwartungen getäuscht. Die Republikaner hatten zum voraus verkündigt, daß sie 363 oder gar 400 Mann stark wiederkommen würden, hatten aber etliche dreißig Sitze verloren; die Regierung hatte auf eine Mehrheit in der Kammer gerechnet und trotz der rücksichtslosesten Beeinflussung volle 110 Abgeordnete weniger als die Republikaner. Von einem eigentlichen Sieg konnte also keine Partei reden, aber die Republikaner hatten, was denn doch die Hauptsache war, die Oberhand nach wie vor. Mit 320 Stimmen verweigerten sie das Budget so gut als mit 363. Eine Lösung der Krisis hatten die Wahlen nicht gebracht. Man stand immer noch vor der Frage, ob Unterwerfung oder Abdankung angezeigt sei. Eine neue Kammerauflösung konnte wohl kaum versucht werden. Abgesehen davon, daß eine solche die Aufregung ganz bedeutend gesteigert hätte, erklärte auch bereits die Gruppe der Konstitutionellen im Senat, etwa 13 Orleansisten, daß sie zu einer neuen Auflösung nicht mehr die Hand bieten würden, vielmehr rathen müßten, daß zu den Ueberlieferungen des parlamentarischen Regiments zurückgekehrt würde. In Folge dessen hatte der Marschall auch im Senat keine Mehrheit mehr für diese Frage, und eine zweite Auflösung war unmöglich. Auch die Generalrathswahlen vom 4. November fielen ungünstig für die Regierung aus. Die Republikaner siegten in 50 Departements. Der Ministerpräsident Broglie fiel in seiner eigenen Heimat durch. Unter solchen Umständen blieb dem Ministerium nichts anderes übrig, als seine Entlassung einzureichen. Am 6. November sprach man allgemein von einem neuen Kabinet unter dem Präsidium Pouyer-Quertier's, welcher nebst Jules Favre den Frankfurter Frieden unterzeichnet hatte. Doch kam dieses Ministerium des Selbstmordes und der Entlassung, wie die republikanische Presse es nannte, aus dem Scheinleben nicht hinaus. Somit mußte das Ministerium Broglie noch einmal vor die Kammern treten. Am 7. November traten dieselben zusammen. Jules Grévy wurde wieder zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung gewählt.

Am 12. November beantragte Leblond eine Abänderung der Geschäftsordnung zum Zweck eines wirksameren Einschreitens gegen die fortwährenden Störungen der Debatte, und Albert Grévy stellte den Antrag, zur Untersuchung der während der Wahlperiode vorgekommenen Mißbräuche einen parlamentarischen Ausschuß von 33 Mitgliedern zu ernennen. Der erste Antrag wurde am 13. November mit 303 gegen 39 Stimmen, der zweite am 15. November mit 320 gegen 203 Stimmen angenommen. Die Minister Broglie und Fourtou sprachen gegen den Grévy'schen Antrag. Letzterer erklärte, daß bisher jede Regierung in Frankreich in den Wahlkampf sich eingemischt habe, und erinnerte Gambetta an die Depeschen, welche er als Diktator von Bordeaux an die Präfekten gerichtet habe, um sie zur Einmischung in die Wahlen aufzufordern. Ferry sprach in der Sitzung vom 14. von der Gefahr einer klerikalischen Regierung. Wenn auch kein förmlicher Allianzvertrag zwischen Deutschland und Italien bestehe, so sei doch ein Einvernehmen zwischen beiden Staaten für den Fall des Sieges des Klerikalismus vorbereitet. Decazes bestritt die Richtigkeit dieser Behauptung. Nach der Annahme des Antrags wurden am 16. November die 33 Mitglieder der Untersuchungskommission aus den 4 republikanischen Gruppen gewählt.

Im Senat interpellirte Kerdrel die Regierung, welche Maßregeln sie gegenüber dieser parlamentarischen Untersuchungskommission zu ergreifen gedenke. Broglie erwiderte am 19. November, die Regierung werde ihren Beamten die Weisung geben, daß sie ohne ihre Erlaubniß in keinerlei Art von Verkehr mit dieser Kommission treten dürften. Mit 151 gegen 129 Stimmen nahm der Senat folgende Tagesordnung an: „Der Senat nimmt Akt von den Erklärungen der Regierung, und entschlossen, gemäß der von ihm immer aufrechterhaltenen konservativen Principien keinen Eingriff in die Rechte einer der öffentlichen Gewalten zu dulden, geht er zur Tagesordnung über.“ Dies war ein schwaches Vertrauensvotum für das Ministerium. Dasselbe reichte aufs neue seine Entlassung ein, und diesmal wurde sie angenommen (20. November). Der Marschall war in großer Verlegenheit. Deputationen des Senats, welche der Rechten angehörten und am 8. und 13. November zu ihm kamen, forderten ihn auf, im Widerstand zu beharren; aber Mittel zur Durchführung desselben konnten sie ihm

keine bieten. Er glaubte, einen Akt der Veröhnung zu begehen, wenn er am 23. November ein reines Geschäftsministerium ernannte, das den „politischen Kämpfen fremd bleiben“ und vorzugsweise darauf bedacht sein sollte, „einen guten Gang der Geschäfte herbeizuführen und das Einvernehmen zwischen den öffentlichen Gewalten wiederherzustellen“. In diesem Kabinet übernahm General Rochebouët das Präsidium und den Krieg, Marquis von Banneville das Auswärtige, Welche das Innere, Lepelletier die Justiz, Dutilleul die Finanzen, Dzenne den Handel, Faye den Unterricht, Graëff die öffentlichen Arbeiten, Roussin die Marine. Keiner von diesen Ministern hatte einen Sitz im Senat oder in der Kammer; nach ihrer politischen Farbe waren sie größtentheils Bonapartisten und Klerikale; insofern war der Unterschied zwischen diesem Kabinet und dem vorigen nicht bedeutend; er bestand hauptsächlich darin, daß das vorige Capacitäten hatte, dieses nicht. Am 24. November stellten sich die neuen Minister den Kammern vor und verlasen eine in dem oben angegebenen Sinne gehaltene Erklärung. Darauf brachte Marcère, welcher in dem Kabinet Dufaure Minister des Innern gewesen war, eine Interpellation über die Bildung des neuen Kabinetts ein. Die Diskussion hierüber fand sofort statt, obgleich Minister Welche einen Aufschub wünschte. Marcère, seine Interpellation begründend, sagte, die neuen Minister vertreten weder das Land noch das Parlament, sondern nur die persönliche Gewalt. Die Rückkehr zum parlamentarischen Recht sei das einzige Beruhigungsmittel. Der Abgeordnete Floquet erklärte, das neue Ministerium bilde nur die spanische Wand, hinter welcher die Coterie des Elysée ihr altes Treiben fortsetzen wolle. Minister Welche mochte sagen und versprechen, was er wollte: man hielt ihm immer das Unparlamentarische seiner Minister-Existenz entgegen. Jules Ferry stellte den Antrag, die Kammer solle erklären, daß sie, da das Ministerium vom 23. November vermöge seiner Zusammensetzung und seines Ursprungs die Verneinung der Volksrechte und der parlamentarischen Rechte sei und somit die seit dem 16. Mai so grausam auf dem Lande lastende Krisis nur verschärfen könne, zu diesen Ministern nicht in Beziehung treten könne und zur Tagesordnung übergehe“. Mit 323 gegen 108 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen. Das



Ministerium Rochebouët, kaum 24 Stunden alt, hatte bereits keine Berechtigung mehr zur Existenz.

Der Marschall war sehr erbittert, daß die Kammer seinen Ministern die Thüre gewiesen hatte. Im Ministerrath wurde beschlossen, dieselben sollten trotzdem in den Kammern erscheinen. Minister Welche ersuchte daher am 26. November die Kammer um schleunige Bewilligung der vier direkten Steuern. Bei dieser Frage mußte die Entscheidung kommen. Im Namen der Budgetkommission, deren Präsident Gambetta war, erklärte am 4. December Ferry, daß sie über den Gesegentwurf eines unparlamentarischen Ministeriums keinen Bericht erstatten, somit der Kammer die Bewilligung der vier direkten Steuern nicht vorschlagen könne. Gambetta fügte hinzu: „Die Kammer wird die Geldmittel des Landes nur darbieten, wenn man sich vor dem Willen des Landes gebeugt haben wird. Frankreich soll erfahren, ob die Nation regiert oder ob es ein einzelner Mann ist, der Frankreich zu befehlen hat“. Die Verlegenheit im Elysée stieg. Am 29. November berief Mac Mahon die beiden Kammerpräsidenten, Audiffret-Pasquier und Grévy, zu sich. Beide riethen ihm, den parlamentarischen Weg zu betreten und an gemäßigte Republikaner, wie Dufaure, sich zu wenden. Dieser wurde am 3. December zu einer Besprechung ins Elysée eingeladen. Nach manchen Verhandlungen und Mißverständnissen erhielt Dufaure am 6. December den Auftrag, ein parlamentarisches Kabinet zu bilden. Am 7. legte er seine Ministerliste vor. Der Marschall machte eine sehr bedenkliche Einwendung. Er erklärte, die Ministerien des Auswärtigen, des Krieges und der Marine seien Fachministerien und müßten außerhalb der Schwankungen des parlamentarischen Lebens erhalten werden, daher er die Ernennung dieser Minister sich selbst vorbehalte und die von Dufaure hiefür ihm vorgeschlagenen Namen nicht annehmen könne. Auf dies hin verzichtete Dufaure auf die Bildung eines neuen Kabinetts; denn sowohl ihm als der Kammer konnte nur mit einem gleichartigen, nicht mit einem ungleichartigen Kabinet gedient sein. Der Marschall machte eine neue Schwenkung. Von der gemäßigten Linken der Abgeordnetenkammer gieng er zur Rechten des Senats über, wandte sich an die Gruppe der Konstitutionellen und beauftragte am 8. December den Orleansisten Batbie mit der Bildung eines Kabinetts. Sofort sprach

man in Paris von einem Auflösungsministerium. Es war nicht anders. Einem Kabinet Bathie bewilligte die Kammer das Budget so wenig wie einem Kabinet Rochebouët oder Broglie. Somit mußte jenes, wenn es überhaupt länger als einen Tag existiren wollte, mit dem Gedanken einer neuen Kammerauflösung sich vertraut machen. Bevor es aber dazu schritt, mußte es sicher sein, daß es für diese verzweifelte Maßregel eine Mehrheit im Senate finde, und zuallererst mußte Bathie einen Mann finden, der die Verantwortung auf sich nahm, als Finanzminister die Staatsgelder einzuziehen und auszuführen, auch wenn sie von der Kammer nicht bewilligt waren. Ueber die Beseitigung dieser zwei Hindernisse unterhandelte Bathie vom 8. bis zum 12. December, kam aber zu keinem Resultat: niemand wollte das Finanzministerium übernehmen, und die Konstitutionellen im Senat erklärten sich gegen eine Kammerauflösung und riethen zu einer Politik der Versöhnung. In der Verzweiflung versielen die Auflösungsdirectoren auf schwindelhafte Pläne. Man sprach in diesen Kreisen davon, der Marschall könne ja das Budget durch ein Plebisцит genehmigen lassen oder durch ein einfaches Dekret promulgiren, vielleicht auch den Belagerungszustand verkündigen, Ausnahmsgerichte einführen, die Verfassung umstoßen. Allein auf solch Napoleonische Recepte ließ sich der Marschall nicht ein. Zu einem Staatsstreich hatte er weder Lust noch Energie genug. Doch bestand damals, ohne Wissen des Marschalls, ein Militärcomplot, das zu einem „zweiten December“ hindrängte. Der Name des Generals Ducrot wurde dabei genannt. Der Vorfall in Limoges, wo der Major Labordère dem ihm vom Brigadegeneral Bressolles zugekommenen Befehl, in der Nacht vom 13. December sich mit seinem Regiment zum Ausmarsch bereit zu halten, nicht Folge leistete, weil er darin die Vorbereitungen zu einem Staatsstreich erblickte, hieng damit zusammen. Beide Officiere wurden später abgesetzt.

Am 12. December war es Bathie immer noch nicht gelungen, ein Kabinet zusammenzubringen. Er forderte Pouyer-Quertier noch einmal auf, das Finanzministerium zu übernehmen. Dieser erwiderte, er habe keine Lust, sich ins Zuchthaus schicken zu lassen. So mußte denn Bathie selbst dem Marschall rathen, sich wieder an Dufaure zu wenden. Mac Mahon erklärte, lieber wolle er seine Entlassung geben. Aber seine Umgebung bestürmte ihn, doch

dies nicht zu thun und die Krisis nicht noch zu verschärfen. Er gab nicht ungern nach und beauftragte Audiffret-Basquier, die Vermittlung zu übernehmen. Es war Zeit zum Einlenken. In Paris wurde es allmählich unruhig. Die Geschäfte giengen immer schlechter. Die Pariser Handelskammer hatte schon am 28. November in einer Adresse den Marschall aufgefordert, endlich einmal dem Lande die nöthige Ruhe und Sicherheit zu geben. Der Sekretär Harcourt empfing die Deputation, welche die Adresse überreichen sollte, und sagte ihr, sie solle sich, wenn sie eine Lösung des Konflikts verlange, an die Kammermehrheit wenden. So ließ sich die Handelskammer nicht behandeln. In einer Versammlung von 2500 Kaufleuten und Industriellen wurde am 3. December eine zweite, noch energischere Adresse beschloffen. Die Deputation wurde auch diesmal nicht vom Marschall, sondern von einem Adjutanten empfangen. Anderen Deputationen, die aus der Provinz kamen, gieng es nicht besser. Am 12. December baten einige Senatoren und Abgeordnete, welche eine Adresse des Vogesen-Departements übergeben wollten, um eine Audienz. Jetzt erst gewährte er dieselbe. Seine Antwort war: „Ich bin nicht der Mann einer Partei. Ich werde die republikanischen Einrichtungen bis 1880 aufrecht erhalten, wenn ich bis dahin noch da bin.“ Die Schlacht war für den Marschall verloren. Am 13. December begannen die Kapitulationsverhandlungen. Am Vormittag dieses Tages begab sich, auf eine specielle Einladung hin, Dufaure in die Präfektur von Versailles, wo der Marschall ihn erwartete. Die Unterhandlungen giengen rasch vor sich. Von einem Vorbehalt in Betreff der drei sogenannten Fachministerien war keine Rede mehr. Am 14. December war alles fertig, die Ministerliste und die Botschaft an die Kammern unterzeichnet. In dem neuen Kabinet übernahm Dufaure das Präsidium und die Justiz, Marcère das Innere, Waddington das Auswärtige, Bardoux den Unterricht, General Borel den Krieg, Bothuan die Marine, Léon Say die Finanzen, Teisserenc de Bort den Handel, Freycinet die öffentlichen Arbeiten. Außer Borel gehörten sämtliche Minister dem Senat an, alle ohne Ausnahme der republikanischen Partei. Für die Klerikalen war die Einsetzung dieses Kabinetts ein schwerer Schlag, zumal da 4 Minister (Waddington, Say, Borel, Bothuan) Protestanten waren. Der Kreuzzug gegen das Königreich Italien

mußte auf gelegenerer Zeit verschoben werden. Am 14. December wurde in beiden Kammern eine Botschaft des Marschalls verlesen. Die wichtigsten Stellen derselben lauteten: „Die Wahlen vom 14. October haben aufs neue das Vertrauen des Landes in die republikanischen Einrichtungen bekräftigt. Um den parlamentarischen Regeln nachzukommen, habe ich ein Cabinet gebildet, welches aus beiden Kammern gewählt ist und aus Männern besteht, die entschlossen sind, durch eine aufrichtige Handhabung der konstitutionellen Gesetze jene Einrichtungen zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten. Das Interesse des Landes gebietet die Beilegung der Krisis, durch welche es hindurchgegangen ist, und fordert ebenso entschieden, daß dieselbe sich nicht erneuere. Die Anwendung des Auflösungsrechtes ist in Wirklichkeit nichts weiter als die letzte Berufung an einen Richter, gegen dessen Entscheidung es keine Appellation gibt, und kann nicht zum Regierungssystem erhoben werden. Ich glaubte, dieses Recht ausüben zu sollen, und setze mich nun in Uebereinstimmung mit der Antwort des Landes. Die Unabhängigkeit der Minister ist die Bedingung ihrer Verantwortlichkeit. Das Ende der Krisis wird der Ausgangspunkt für eine neue Aera des Wohlstands sein.“ Die Unterzeichnung dieses Aktenstückes, in welchem jeder Satz das direkte Gegentheil von dem aus sagte, was der Marschall seit dem 16. Mai so oft als seine innerste Ueberzeugung verkündigt hatte, war ein „se soumettre“ ohne Gleichen. Ob es einem Marschall von Frankreich nicht besser angestanden wäre; nach solchen Vorgängen zu einem „se démettre“ sich zu entschließen, ist ihm selbst zur Beantwortung zu überlassen.

Der Friede zwischen Regierung und Kammer war nun geschlossen. Die Gelder des Staatschatzes wurden nun wieder flüssig. Am 15. December wurden die vier direkten Steuern einstimmig bewilligt und der Regierung Vollmacht ertheilt, sämtliche Steuern nach den Bestimmungen des vorigen Budgets bis zum Ende des Februar zu erheben. In Folge eines Ministerdekrets wurden die noch schwebenden Proceffe sistirt, die rechtskräftig gewordenen Gefängnißstrafen nicht vollstreckt, die Geldstrafen nicht einzusammeln. Ein Amnestiegesetz, das sich auf alle seit dem 16. Mai durch Rede oder Schrift begangenen Vergehen erstreckte, wurde von Dufaure am 18. December in der Kammer eingebracht. Die Vertagung derselben bis 8. Januar fand am 18. December statt. Mit den Prä-

feften wurde wieder gründlich aufgeräumt. 82 derselben wurden abgesetzt, 1 wurde versetzt, nur 4 blieben auf ihren Plätzen. Der Marquis von Gontaut-Biron, welcher als Botschafter in Berlin mit den dortigen klerikalen Kreisen gegen den Reichskanzler intrigirte, wurde von Waddington abberufen und durch St. Vallier ersetzt welcher durch seine Verhandlungen mit General Manteuffel während der Occupation sich in Berlin ein gutes Andenken gesichert hatte.

## I t a l i e n.

Das Ministerium Depretis, welches, aus lauter Mitgliedern der Linken bestehend, seit dem 24. März 1876 im Amte war, hatte noch in jenem Jahre einen Gesetzentwurf über „die Mißbräuche der Kultusbeamten in der Ausübung ihres Amtes“ vorgelegt. Nach diesem Gesetze wurde derjenige Kultusbeamte, welcher in Ausübung seines Amtes die Einrichtungen, Staatsgesetze, königlichen Dekrete oder irgend welche andere Akte der öffentlichen Behörde öffentlich durch Wort oder Schrift tadelte oder schmähte, mit Gefängniß bis zu 3 Monaten und mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Lire bestraft. War die Rede oder Schrift darauf gerichtet, den Ungehorsam gegen die Staatsgesetze oder gegen die Handlungen der öffentlichen Behörde hervorzurufen oder die Ausübung der politischen und bürgerlichen Rechte zu verhindern, so war die Strafe verschärft. Folgte auf diese Aufreizung Widerstand oder Gewaltthätigkeit gegen die Behörde, so wurde der Urheber der Aufreizung noch höher bestraft, und in gleicher Weise auch diejenigen, welche solche Schriften oder Reden veröffentlichten oder verbreiteten, „von welcher kirchlichen Behörde und von welchem Orte sie immer ausgehen mögen.“ Am 18. Januar begann die Generaldebatte über diesen Gesetzentwurf. Es konnte nicht fehlen, daß es auch in Italien, wie in Deutschland, Abgeordnete gab, welche ein solches Gesetz für unnöthig und die bestehenden Gesetze für vollkommen ausreichend hielten. Die Bekämpfung der Aus-

nahmegesetze ist ja ein Steckenpferd des doktrinären Liberalismus. In der Sitzung vom 20. Januar sagte der Justizminister Mancini, man solle doch ja nicht glauben, daß nur der niedere Klerus von diesem Gesetz betroffen werde. Sollte ein Pfarrer einen der vorgeesehenen Mißbräuche begehen, so würde der Richter sich nicht darauf beschränken, diesen zu bestrafen, welcher die Befehle seines Oberen ausgeführt habe, sondern würde bis zur Quelle des Bergehens hinaufsteigen, bis zu der Person, welche zuerst jenen Befehl hinausgab, und würde einzig vor der Thüre des Vatikans stehen bleiben. Wie nothwendig dieses Gesetz war, bewies der Minister durch Anführung zahlreicher Fälle, bei welchen Bischöfe oder Pfarrer einen ungeseglichen Druck ausübten. Mit 150 gegen 100 Stimmen wurde das Gesetz am 24. Januar von der Abgeordnetenkammer angenommen. Im Senat begann die Debatte hierüber am 30. April. Es fand hier lebhaften Widerspruch. An die Doktrinäre, welche sich auf die unglückliche Cavour'sche Formel von der freien Kirche im freien Staate stützten, schloßen sich die Klerikalen an. Am 4. Mai erklärte Mancini, die Kirchenpolitik der Regierung habe gute Resultate ergeben. Schon 30 Bischöfe hätten um das Exequatur nachgesucht und es erhalten. Dem Papste sei seine Freiheit und vollständige Unabhängigkeit durch das Garantiegesetz gesichert. Von 24 Generalprokuratoren hätten 20 die Nothwendigkeit dieses Gesetzes anerkannt. Die gegenwärtige Gesetzgebung reiche nicht aus, um die Geistlichkeit wegen der Mißbräuche zur Rechenschaft zu ziehen. Bei der internationalen Bewegung in Benevento seien Priester theilhaftig gewesen. Trotzdem wurde das Gesetz, nachdem die einzelnen Artikel, zum Theil amendirt, angenommen waren, am 7. Mai schließlich als ganzes mit 105 gegen 92 Stimmen verworfen. Das Gesetz über den obligatorischen Elementarunterricht, vom 6. bis zum 9. Lebensjahr, wurde am 10. März von der Abgeordnetenkammer mit 208 gegen 20 Stimmen genehmigt nebst einer von Cairoli vorgeschlagenen Tagesordnung, wonach der religiöse Unterricht für nur fakultativ erklärt werden sollte. Der Gesetzentwurf über die Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandats mit gewissen Staatsämtern (Inkompatibilitätsgesetz), wodurch Geistliche jeder Confession, Universitätsprofessoren und überhaupt die meisten Beamtenklassen vom Abgeordnetenhaus ausgeschlossen sein sollten, wurde am 3. März von

der Abgeordnetenkammer, am 27. April mit einigen unwesentlichen Abänderungen vom Senat und in dieser Fassung schließlich von der Kammer am 11. Mai angenommen.

Depretis legte am 27. März seinen Finanzbericht vor und stellte zugleich einen Gesetzentwurf in Aussicht, wonach die Güter der Pfarreien und Bruderschaften vom Staate eingezogen und von der Gesamtrente die eine Hälfte den bisherigen Besitzern, die andere den Gemeinden zu Zwecken des Volksunterrichtes ausbezahlt werden sollte. Der Gesetzentwurf, wonach die Civilliste des Königs von 12,250,000 Lire auf 14,250,000 erhöht und Pensionsverpflichtungen von etwa  $\frac{1}{2}$  Mill. per Jahr vom Staat übernommen werden sollten, wurde am 14. Mai von der Kammer mit 202 gegen 56 Stimmen angenommen. Dadurch daß der König, dessen Civilliste im Jahr 1862 auf  $16\frac{1}{4}$  Mill. festgesetzt worden war, im Jahre 1868 wegen der ungünstigen Staatsfinanzen freiwillig dieselbe auf  $12\frac{1}{4}$  reducirte, war allmählich der Haushalt des Königs in Unordnung gekommen, der nun durch die Erhöhung um 2 Millionen abgeholfen wurde. Am 8. Juni wurde das Budget von der Kammer mit 200 gegen 9 Stimmen genehmigt. Der Gesetzentwurf über die Bewilligung von 700,000 Lire für die Betheiligung an der Pariser Weltausstellung wurde am 24. Januar und 21. Februar von beiden Kammern unter sympathischen Kundgebungen für Frankreich angenommen. Diese Sympathien erkalteten durch die Einsetzung des Ministeriums Broglie um ein ziemliches. Die Minister, am 23. Mai über die Beziehungen zu Frankreich interpellirt, gaben ausweichende Antworten, ließen aber die auf den Alpen gelegenen Forts mit großen Geschützen armiren, die Forts von Civitavecchia mit Geschützen versehen und vom General Bruzzo einen Plan sich vorlegen, wonach Rom selbst mit einem Gürtel von Forts umgeben und wenigstens gegen einen Handstreich gesichert werden sollte. In der Orientdebatte vom 23. April erklärte der Minister Melegari, Italien werde seiner Friedensmission treu bleiben, das Ministerium werde die Ereignisse aufmerksam verfolgen und, wenn es nöthig sei, die Unterstützung der Kammern nachsuchen. Die Feier des Verfassungsfestes wurde, da die Verfassung in diesem Jahre ihr 30jähriges Jubiläum beging, am 3. Juni besonders glänzend begangen. Das Abgeordnetenhaus überreichte dem König in corpore eine Adresse,

ebenso der Senat und der Magistrat von Rom. - Auf die Glückwünsche des Kammerpräsidenten Crispi antwortend, sagte der König: „Diese dreißig Jahre waren Jahre heldenmüthiger Opfer, unerschütterlicher Treue und unvergänglichen Ruhmes für Italien.“ Von dem Volke wurde der König bei der großen Revue mit ungeheurer Begeisterung empfangen. Das dem Parlamente vorgelegte Grünbuch enthielt 510 Dokumente über die orientalische Krisis in den zwei letzten Jahren. Eine Depesche Melegari's an Corti, den Botschafter in Konstantinopel, vom 6. December 1876 sprach sich zwar für die Unabhängigkeit Montenegro's und für die Vergrößerung seines Gebietes, aber dagegen aus, daß Montenegro Küstengebiet erhalte; falls aber dies doch geschehe, solle der montenegrinische Hafen nicht befestigt werden dürfen. Der Botschafter in Petersburg, Nigra, theilte in einem Bericht vom 10. December 1876 den Inhalt einer Unterredung mit dem Kaiser von Rußland mit. Letzterer gab ähnliche Erklärungen wie gegenüber Lord Loftus in Livadia: „er denke nicht an die Eroberung Indiens oder an Annektionen am Bosphorus, sondern wolle nur dem unerträglichen Zustand der Christen in der Türkei ein Ende machen.“ Auf die Erwiderung Nigra's, Italien wünsche, daß die Garantien für eine gute Verwaltung außerhalb der bewaffneten Occupation gefunden werden möchten, da eine solche Verwicklungen veranlassen und namentlich Schwierigkeiten bieten könnte, sobald es sich darum handle, sie zu einer bestimmten Zeit wieder aufhören zu lassen, äußerte der Kaiser: „Ich kann versichern, wenn ich gezwungen werde einzurücken, werde ich auch herauszugehen wissen.“ Der Rücktritt des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Zanardelli, am 12. November und die schwache Mehrheit, welche das Ministerium am 14. December bei dem von Salaris beantragten Vertrauensvotum erhielt, veranlaßten eine Ministerkrisis. Mit 184 gegen 162 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 22 Stimmen, war der Antrag Salaris' angenommen worden. Eine solche Mehrheit schien besonders dem Minister des Innern, Nicotera, welcher hauptsächlich angegriffen wurde, nicht genügend. Daher reichte am 16. December das Ministerium seine Entlassung ein. Der König nahm dieselbe an und beauftragte Depretis mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Erst nach zwölfstägigen Verhandlungen kam dasselbe am 28. December zu Stande. Depretis übernahm das Präsidium



und das Auswärtige, Crispi das Innere, der Senator Magliani die Finanzen, der Senator Bargonni den Staatsschatz, der Senator Perez die öffentlichen Arbeiten, Mancini die Justiz und den Kultus, Coppino den Unterricht, den Ackerbau und Handel, der Senator Mazzacapo den Krieg, Brin die Marine. Neu war bei dieser Kabinettsbildung die Errichtung eines Schatzministeriums. Das Votum der Abgeordnetenversammlung, welche am 28. November bei der Berathung des Strafgesetzbuches mit 130 gegen 20 Stimmen die Abschaffung der Todesstrafe beschloß, hatte keine Aussicht auf die Zustimmung des Senats.

Papst Pius IX. hielt am 12., 15. und 20. März Konsistorien. Im ersten sprach er, wie dies schon bei der Beschreibung der französischen Krisis angeführt wurde, über die Lage der Kirche und besonders über die gottlosen italienischen Gesetze, von welchen er das über die Mißbräuche der Kultusbeamten ausdrücklich erwähnte. Zugleich ernannte er 11 Kardinäle und verschiedene Erzbischöfe. Im zweiten Konsistorium nahm er die Ceremonie der Gutverleihung an 20 Kardinälen vor, nachdem er aufs neue über die Bedrückungen der Kirche geklagt und alle Akte der Regierung gegen die päpstliche Autorität für null und nichtig erklärt hatte. Im dritten Konsistorium bekräftigte er seine Aeußerungen vom 12. März und fügte hinzu, er werde vor der ganzen Welt Protest dagegen einlegen, daß man ihm die Redefreiheit entziehen wolle. Darauf vollzog er an 7 Kardinälen die Ceremonie der Mundschließung und Mundöffnung. Wegen der Allokution vom 12. März richtete der Justizminister Mancini am 18. März ein Rundschreiben an die Generalprokuratoren, worin er den schlechten Eindruck konstatarirte, „welchen die excessive Sprache der Allokution gegen die staatlichen Gesetze und Einrichtungen und gegen die Souveräne hervorgebracht habe. Der Staat werde für die der Kirche in Italien gewährten Freiheiten mit Undank belohnt. Durch die Allokution würden die Bischöfe aufgefordert, fremde Regierungen gegen Italien aufzuheben. Doch wolle die Regierung von einer Verfolgung derjenigen Journale, welche die Allokution veröffentlichten, abstehen.“ Als Erwiderung hierauf richtete der Kardinal-Staatssekretär Simeoni am 21. März ein Schreiben an die Nuntiatoren, worin er dagegen protestirte, daß die Mittheilung der Worte des Papstes von dem Gutdünken eines Justizministers abhängig

sein solle. In einem Schreiben vom 24. Mai ermahnte Pius den König Viktor Emanuel, keine weiteren Schritte gegen die Kirche zu thun, da ein solches Verfahren nur zum Verderben der Monarchie ausschlagen würde. Der Empfang verschiedener Pilgerscharen gab dem Papste Veranlassung zu neuen Klagen und Angriffen. Am 5. Mai empfing er gegen 2000 französische, am 17. die deutschen Wallfahrer, zu denen er das schon angeführte Wort über den deutschen „Attila“ sprach, am 30. Mai die österreichischen Pilger, am 6. Juni die polnischen Pilger, welche von Kardinal Ledochowski eingeführt waren. Letzterem gab er im April, als das Gerücht gieng, daß die deutsche Reichsregierung die Auslieferung des Kardinals verlange, Wohnung im Vatikan, „um in solcher Weise eine neue mögliche Beschimpfung der Kardinalswürde zu vermeiden und dem erlauchten Purpurträger, welcher schon so viel Leid zu erdulden hatte, einen neuen Schmerz zu ersparen.“ Am 3. Juni feierte Pius sein 50jähriges Bischofsjubiläum und empfing im Vatikan gegen 3000 Italiener, an welche er eine Anrede hielt. Die Geldspenden, welche bei dieser Gelegenheit aus allen Welttheilen, am reichlichsten aus Frankreich und Italien, einliefen, beliefen sich an barem Geld auf 16,476,381 Francs, theils in Gold, theils in Papier, wozu noch Geschenke im Werth von 5 bis 6 Mill. Lire hinzukamen. Dem Marschall Mac Mahon verlieh der Papst am 6. Juni als Dank für den 16. Mai das Großkreuz des Pius-Ordens. In dem Konsistorium vom 21. September ernannte er den Kardinal Pecci zum „Kämmerer der heil. römischen Kirche“. Die Kräfte des Papstes nahmen auffallend ab. Man durfte sich auf eine baldige Katastrophe gefaßt machen.

## England und Oestreich.

Am 1. Januar fand dem Parlamentsbeschuß gemäß in Indien die Kaiserproklamation statt. Die Königin von England führte von nun an zugleich den Titel „Kaiserin von Indien“. Die Feierlichkeit wurde in Delhi in Anwesenheit der Staatswürdenträger und vieler indischen Fürsten gehalten. In seiner Ansprache sagte der Vizekönig, Lord Lytton, die Kaiserin erkenne das Recht der Eingebore-

nen an, in ausgedehnter Weise an der Verwaltung des Landes theilzunehmen, und hob die militärische Stärke des Landes hervor, welche die Gefahr einer feindlichen Invasion ausschliesse. Auch zeigte er der Versammlung an, daß die Kaiserin eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Ordens vom „Stern von Indien“ genehmigt und einen neuen Orden, den „Indischen Reichsorden“ gestiftet habe. In der telegraphischen Botschaft der neuen Kaiserin, welche verlesen wurde, hieß es: „Vom Höchsten bis zum Niedrigsten mögen alle fühlen, daß unter unserer Herrschaft ihnen die großen Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gesichert sind.“ Für die orientalische Frage war es von Interesse, sich zu erinnern, daß in Ostindien 41 Millionen Muhamedaner neben 140 Millionen Hindu und 9 Millionen Bekennern verschiedener anderer Religionen wohnten. Das reiche Land war, besonders in der ersten Hälfte des Jahres, von einer gräßlichen Hungersnoth heimgesucht, welcher nahezu 1 Million Menschen erlag. Der kaiserlichen Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie nicht zur rechten Zeit die geeigneten Vorsichtsmaßregeln getroffen habe, um diesem großen Unglück zu begegnen. In Südafrika vollzog die englische Regierung, unbekümmert um die Satzungen des Völkerrechts, eine Annexion im großen Stil. Die Transvaal-Republik, am Ende der vierziger Jahre von holländischen Bauern, welche mit den Maßregeln der Regierung der Kapkolonie unzufrieden waren, gegründet, war im Begriff, die europäischen Waaren nicht mehr von der Kapkolonie oder dem bereits annectirten Natal zu beziehen, sondern vermittelt einer Eisenbahn, welche vom Innern des Landes durch portugiesisches Gebiet nach dem an der Delagoa-Bai gelegenen Hafen Lorenzo Marquez gebaut werden sollte, einen direkten Import europäischer Waffen zu bewerkstelligen. Dies bedeutete eine Gefährdung des englischen Handels. Die berühmten „brittischen Interessen“ standen auf dem Spiel. Kein Völkerrecht, kein Vertrag galt etwas dagegen. Ausdrücklich hatte England im Jahre 1854 die Transvaal-Republik als selbständigen Staat anerkannt. Davon wurde keine Notiz mehr genommen. Der englische Handelsminister Carnarvon sandte Sir Shepstone mit den ausgedehntesten Vollmachten nach Süd-Afrika ab. Dieser erschien in Pretoria, dem Sitz der Regierung der Transvaal-Republik, und erklärte dem Präsidenten der letzteren, Burgers, daß „er angesichts

der (durch englische Aufhegereien hervorgerufenen) Aufregung unter den Eingeborenen zu entscheidenden Mitteln, um Ordnung und Ruhe wieder herzustellen, greifen und zur Einverleibung des Gebietes in das britische Reich schreiten müsse.“ Der hierüber empörte „Volksrath“ weigerte sich, unter das britische Joch sich zu beugen und ließ bei Shepstone anfragen, welche Konsequenzen diese Weigerung nach sich ziehen könnte. Der englische Bevollmächtigte erwiderte sehr gelassen, wenn die Einwohner sich nicht gutwillig fügen wollten, so würde ihr Land mit Gewalt in Beschlag genommen. Präsident Burgers protestirte zwar gegen die Gewaltthat, rieth aber der Bevölkerung, sich zu unterwerfen. Englische Truppen rückten im Lande ein. In Pretoria wurde am 12. April die englische Flagge aufgehißt als Zeichen dafür, daß, wie in Delhi verkündigt wurde, „unter englischer Herrschaft die großen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit gesichert seien.“ Die unmittelbare Folge dieser Einverleibung, kündigte die Times vorsorglich an, wird die sein, daß die Oranje-Republik, welche nun eine englische Enclave geworden ist, dem von England geplanten Staatenbunde beitrith, d. h. gleichfalls einverleibt wird. „Konföderation unter englischer Flagge“ ist ja nur ein Euphemismus für Aufhebung der staatlichen Unabhängigkeit und Anerkennung der englischen Oberhoheit. Der seiner Freiheit beraubte Staat schickte eine Deputation mit einem Protest nach London. Carnarvon empfing die Abgesandten und erwiderte ihnen, es sei der englischen Regierung unmöglich, die Erklärung Shepstone's, daß der Transvaalstaat britisches Gebiet sei, umzustossen. Im Unterhause erklärte Lowther, Unterstaatssekretär der Kolonien, am 18. Juni auf die Anfrage Gourley's: „Die gesetzgebende Versammlung der südafrikanischen Republik und der Präsident Burgers hätten allerdings Protest erhoben gegen die Annexion Transvaals; aber dieser Protest sei nicht der Ausdruck der Gesinnung der Bevölkerung.“ Am 9. Juli legte der nämliche Lowther im Unterhause das südafrikanische Konföderationsgesetz vor. Die Berechtigung zur Einverleibung der Transvaal-Republik leitete er sehr einfach aus dem Umstande ab, daß die weiße Bevölkerung des Landes nur etwa 40,000, die schwarze 1 Mill. betrage, wodurch die Gefahr eines Racenkrieges entstehe. Die Hilfsquellen des Landes, sagte er, seien sehr groß, das Klima trefflich. Es gebe eine Fülle

von Erzen, Gold, Blei, Kupfer, Eisen, Kohle. Es sei zu hoffen, daß dem Lande unter britischer Herrschaft eine große Zukunft offen stehe. Der radikale Abgeordnete Courtney sprach gegen das Konföderationsgesetz, durch welches in den südafrikanischen Kolonien ein von der englischen Regierung ganz abhängiges Parlament, Senat und Unterhaus, errichtet werden sollte, und stellte die Frage, ob die jetzige Zeit für solche Annexionen geeignet sei. „Bald werde England Einspruch zu erheben haben gegen die Annexionen einer andern Macht, gegen Annexionen am Bosphorus. Wie dürfe nun England selbst mit solchem Beispiele vorangehen?“ Solche Stimmen wurden nicht gehört; das Gesetz wurde angenommen, die völkerrechtswidrige That sanktionirt. Sehr richtig wurde von einem deutschen Publicisten bemerkt: „Wenn Rußland nach glücklichem Kriege zur Annexion etlicher türkischer Bijalets schreitet, so darf es, um diesen Schritt zu begründen, nur eine Abschrift nehmen von der Proclamation, mit der soeben der britische Kommissär die Transvaal-Republik, ein Land von der Größe Großbritanniens und Irlands, der britischen Krone einverleibt hat.“ Dann freilich werden die britischen Interessen für das Völkerrecht und die Verträge, wie in Afrika gegen dieselben, sein.

Die weiteren Parlamentsverhandlungen boten wenig Interessantes. Das Unterhaus vom 24. April lehnte den Antrag Shaw's auf Wiederherstellung des irischen Parlaments mit 417 gegen 67 Stimmen ab. Der von Trevelyan jährlich gestellte Antrag, das Haushalter-Wahlrecht, welches durch das Disraeli'sche Wahlreformgesetz für die Städte giltig geworden war, auch auf die Grafschaften auszudehnen, wurde vom Unterhaus am 29. Juni mit 276 gegen 220 Stimmen abgelehnt. Der Antragsteller erklärte zur Begründung des Antrags, er bezwecke ein einheitliches Wahlsystem für das ganze Land und damit eine gerechtere Vertheilung der politischen Macht; gegenwärtig seien drei Fünftel der ganzen Bevölkerung von jedem Einfluß auf die Wahlen ausgeschlossen. Der Marquis von Hartington, Führer der Opposition, unterstützte den Antrag, für den selbst ein Mitglied der konservativen Partei sprach, während andere die Sicherheit des Thrones und der heiligsten Institutionen des Landes durch eine so gefährliche Maßregel bedroht sahen. Am 14. August wurde das

Parlament geschlossen. Die Thronrede äußerte sich über den orientalischen Krieg: „Wenn im Verlaufe des Kampfes die Rechte meines Reiches angegriffen oder gefährdet werden sollten, werde ich vertrauensvoll auf ihre Hilfe zählen, um dieselben zu vertheidigen und zu behaupten.“ Zum ersten Lord der Admiralität wurde im August der Schatzamtsekretär Smith ernannt. Zwischen England und Aegypten wurde eine Konvention abgeschlossen, wonach der Handel mit Negerflaven bei Strafe standrechtlicher Hinrichtung verboten wurde und englische Kreuzer das Recht erhielten, ägyptische Sklavenschiffe zu durchsuchen, andererseits ägyptische Kreuzer die des Sklavenhandels verdächtigen Schiffe, selbst wenn sie unter britischer Flagge segelten, in den ägyptischen Gewässern durchsuchen durften. Mit dem König von Dahomey ward am 12. Mai ein Vertrag geschlossen, worin den britischen Unterthanen Handels- und Niederlassungsfreiheit in dem dortigen Gebiet zugesichert und die Ausfuhr von Sklaven für immer aufgehoben war. Einen vollgiltigen Beweis von dem innigen Einverständnis, das hinsichtlich der Auslegung des so dehnbaren Begriffs der britischen Interessen zwischen der Königin und ihrem kriegerischen Premierminister bestand, gab der Besuch, welchen die Königin am 15. December dem Lord Beaconsfield auf dessen Landsitz Hughenden-Manor machte. Der ebendamals veröffentlichte dritte Band über das Leben des Prinzen Albert und die darin mitgetheilten türkenfreundlichen Briefe bildeten die Illustration zu diesem Besuche, der um so mehr Aufsehen erregte, da die Königin während ihrer Regierungszeit nur zweimal ihrem Premier (Lord Melbourne und Sir Robert Peel vor mehr als 30 Jahren) diese Ehre erwiesen hatte. Rußland durfte diesen Besuch als die Antwort auf Plewna ansehen.

Wie die äußere Politik Oestreich-Ungarns von der orientalischen Krisis beherrscht wurde, so waren für die innere Politik die Fragen über einen neuen Ausgleich mit Ungarn und über den Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Deutschland die dominirenden. Der unter den Auspicien des Ministeriums Beust abgeschlossene, für Ungarn so günstige Ausgleich lief mit dem 31. December 1877 ab. Die Verhandlungen des Jahres 1876 waren resultatlos geblieben. Zunächst stand man vor der Bankfrage. Die Ungarn, mit einem Entweder-Oder gleich bei der Hand, be-

harrten auf ihrer Alternative, entweder die gemeinsame Bank mit gleichen Rechten oder die selbständige ungarische Bank. Woher sie, die nicht einmal eine Anleihe aufbringen konnten, die nöthigen Fonds für eine ungarische Bank herzaubern wollten, war vorderhand noch ein Geheimniß. In Wien fanden Unterhandlungen der österreichischen und ungarischen Minister über die Organisation der gemeinsamen Bank statt. Die Frage über die Besetzung des Centralausschusses, welcher diese Bank zu leiten hatte, war die entscheidende. Die Oestreicher wollten, da die Mehrheit der Aktionäre in Eisleithanien sich befand, auch die Mehrheit im Ausschuss haben; die Ungarn, welche, sobald es ans Zahlen gieng, von der Gleichheit nichts wissen wollten, beanspruchten für sich die nämliche Mitgliederzahl wie die Oestreicher. Es kam zu keiner Einigung. Am 6. Februar reisten die ungarischen Minister nach Pesth zurück, und das Kabinet Tisza gab seine Entlassung ein. Es war schwierig, ein anderes Kabinet zu finden, da keine der liberalen Parteien des ungarischen Reichstags in der Bankfrage nachgab, wohl aber bedeutende Bruchtheile des Abgeordnetenhauses eine selbständige ungarische Bank und ein selbständiges Zollgebiet anstrebten. Der Kaiser nahm am 8. Febr. die Entlassung des Kabinetts Tisza an und wandte sich an die Mitglieder der altkonservativen Partei. Es wurde mit Baron Sennyey und Graf Majlath über die Bildung eines neuen Kabinetts unterhandelt. Diese hatten kaum über ein paar Duzend Stimmen im Abgeordnetenhaus zu verfügen. Es hätte sich also auch hier, wie in Frankreich bei Batbie, um ein Auflösungsministerium gehandelt, und die Auflösung des Unterhauses hätte nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. So mußten die Verhandlungen scheitern, und Tisza wurde am 12. Febr. vom Kaiser aufgefordert, die Bildung eines neuen Kabinetts wieder zu übernehmen. Derselbe erklärte, dieser Aufforderung nur dann nachkommen zu können, wenn eine Verständigung mit dem österreichischen Ministerium über die obschwebenden Differenzen in der Bankfrage, bezüglich welcher er seinen bisherigen Standpunkt völlig unverändert aufrecht erhalten müsse, bestimmt gesichert erscheine. Tisza blieb vorderhand im Amt, und die Verhandlungen über die Bankfrage begannen aufs neue. Da die Bildung eines konservativen ungarischen Ministeriums unangenehme Nachwirkungen in Oestreich gehabt hätte, so war man hier zu einigen Concessionen bereit. Am

20. Februar kam ein Einverständniß zu Stande. Von den 15 Generalrätthen des Centralausschusses der Bank sollte der Gouverneur auf den gemeinsamen Vorschlag der beiden Regierungen, die 2 Vicegouverneure auf den Vorschlag des Finanzministers jeder Reichshälfte vom Kaiser ernannt werden; 8 Generalräthe sollten nach freiem Ermessen von der Generalversammlung der Aktionäre und je 2 von ebenderselben nach den Vorschlägen der beiden Regierungen gewählt werden. Durch diese Vereinbarung war der Grundsatz der Gleichberechtigung der beiden Reichshälften gewahrt, die Mehrheit und ebendamit die Leitung der Bank thatsächlich aber doch den Oestreichern überlassen, da bei der Wahl der 8 Generalräthe die Oestreicher jedenfalls eine Mehrheit von Stimmen erhielten. Dieser Bankausgleich wurde am 21. Februar den Delegirten der österreichischen Verfassungspartei zur Begutachtung vorgelegt. Ministerpräsident Auersperg erklärte, daß das Cabinet die Geschäfte nicht fortführen könnte, falls die Partei ihre Zustimmung zu der Zusammensetzung des Generalrathes verweigerte. In der Versammlung der Verfassungspartei vom 24. Februar, welcher 194 Abgeordnete beizwohnten, wurde mit 123 gegen 62 Stimmen folgender Antrag Herbst's angenommen: „Die Verfassungspartei erklärt, indem sie sich vollständig freies Votum über die Ausgleichsvorlagen und über die Bankstatuten vorbehält und insbesondere die Frage über die Bestellung der Vicegouverneure der Bank als eine offene bezeichnet, daß sie im übrigen die von Seite der Regierung mitgetheilte Zusammensetzung des Generalrathes der Bank nicht für unannehmbar betrachtet.“ Darauf erfolgte am 26. Februar die Wiederernennung des Cabinets Tisza.

Der Gesetzentwurf über den Bankausgleich mußte die beiden Parlamente durchlaufen. Erst in der Herbstsession kam derselbe zur Berathung. Das ungarische Abgeordnetenhaus genehmigte in der Sitzung vom 8. und 10. November den Entwurf. Im österreichischen Abgeordnetenhaus begann die Debatte hierüber am 13. November. Baron Kellersperg und der ultramontane Weiß von Starkenfels sprachen dagegen und griffen das Ministerium heftig an. Ein Ausfall des ersteren auf den Fremden (Beust), der Oestreich zerrissen hat, fand großen Beifall. In der Sitzung vom 19. vertheidigte der Finanzminister Depretis die Vorlage, indem er die Vortheile der Erhaltung der gemeinsamen Bank gegenüber der



Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank hervorhob, die Nothwendigkeit der dualistischen Gestaltung der neuen Bank begründete und ausführte, daß der Kredit der Bank durch die neue Organisation nicht geschädigt werde, sondern aufrecht erhalten bleibe. Minister Unger betonte, namentlich Kellersperg gegenüber, die Nothwendigkeit des Ausgleichs mit Ungarn. Zum erstenmal werde jetzt zwischen Oestreich und Ungarn eine Brücke geschlagen, über welche man nicht nur von Oestreich nach Ungarn, sondern auch von Ungarn nach Oestreich gelangen könne. Es sei eine fortschreitende Besserung des Verhältnisses zu Ungarn vorauszu- sehen. Die Ablehnung der Bankvorlage würde den staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Krieg bedeuten. In diesem Sinne sprachen am 20. und 21. November auch Herbst und Giskra, worauf am 21. der Vertagungsantrag des Abgeordneten Schaupp mit 185 gegen 86 Stimmen abgelehnt und mit 169 gegen 103 Stimmen beschlossen wurde, in die Specialdebatte über die Bankvorlage einzutreten. Die weiteren Verhandlungen hierüber fielen in das folgende Jahr. Es fehlten noch viele sehr wichtige Punkte, bis der Ausgleich als vollzogen bezeichnet werden konnte. Seit dem 14. Mai berietben sich hierüber die Ausschüsse beider Parlamente, konnten sich aber nicht einmal über die Quoten, d. h. über den Beitrag jeder Reichshälfte zu dem gemeinsamen Budget einigen, da die Ungarn einen größeren Antheil an der Rückerstattung der Zölle für gewisse ausgeführte Artikel forderten. Die Verhandlungen über dieses Quotenverhältniß, welches die eigentliche Grundlage zum ganzen Ausgleich bildet, zerschlugen sich am 7. Juli. Die Frage der Achtzig-Millionen-Schuld, für welche die Ungarn ungemein wenig Neugierde zeigten, kam nicht einmal zur Verhandlung. Die Zolltarifffrage hing mit dem mit Deutschland abzuschließenden Handelsvertrag zusammen, welcher gleichfalls mit dem 31. December 1877 erlosch. Die Bevollmächtigten beider Staaten begannen im April ihre Verhandlungen über den Handelsvertrag, aber schon am 15. Mai reisten die deutschen Kommissäre, von ihrer Regierung abberufen, von Wien ab und gaben am 22. Oktober die Erklärung ab, die von Oestreich gemachten Vorschläge enthielten gegenüber dem Vertrag von 1868 wesentliche Verschlechterungen, könnten also nicht als geeignete Grundlage anerkannt werden. Damit hatten die Verhandlungen ein Ende. Im Gedanken an eine baldige Wie-

deranknüpfung derselben wurde der deutsch-österreichische Handelsvertrag auf 6 Monate verlängert. In dem großen Ministerrath vom 30. Oktober wurde beschlossen, mit Deutschland sofort Verhandlungen wegen eines Vertrags auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen einzuleiten, welcher für Oestreich den Export der Rohprodukte, für Deutschland unter den bereits angenommenen Control-Maßregeln die Fortdauer des Appreturverfahrens sichere. Gleichzeitig sollte, ohne daß das Resultat dieser Verhandlungen abgewartet würde, jener Tarif, welcher den bisherigen Verhandlungen mit Deutschland zu Grunde lag, bei den Parlamenten als „autonomer Tarif“ vorgelegt werden. Da der neue Ausgleich nicht zu Stande kam, so wurde der bisherige auf 3 Monate verlängert. Mit diesen politischen und wirthschaftlichen Provisorien schloß das Jahr.

Die Verhandlungen der einzelnen Parlamente boten manches Bemerkenswerthe. Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß am 29. Januar mit 15 gegen 11 Stimmen den Antrag zu stellen, das die geforderte Bewilligung eines Kredits von 600,000 Fl. für die Betheiligung Oestreichs an der Pariser Weltausstellung abgelehnt werde. Daß diese Ausstellung unzeitgemäß sei, darüber waren alle einig. Die Minderheit beharrte auf der Genehmigung des Kredits, und das Abgeordnetenhaus bewilligte denselben am 14. Februar mit großer Mehrheit. Das Herrenhaus nahm die Vorlage am 22. Februar an. Am 10. Februar beschäftigte sich das Herrenhaus mit der Ehegesetz-Novelle, welche vom Abgeordnetenhaus schon am 8. Februar 1876 angenommen worden war. Mit 57 gegen 33 Stimmen gieng das Abgeordnetenhaus am 20. über die Vorlage zur motivirten Tagesordnung über. Darauf beschloß der konfessionelle Ausschuß des Abgeordnetenhauses mit allen gegen 2 Stimmen, nun eine ziemlich gründlicher gehaltene Ehegesetz-Vorlage auszuarbeiten. Auch die Regierung trug sich mit dem Gedanken einer neuen Bearbeitung dieses Gesetzes, fragte aber vorher im Vatikan an. Eine Interpellation in Betreff der Anerkennung der Altkatholiken als einer selbständigen Religionsgesellschaft beantwortete der Kultusminister am 6. Nov. im Abgeordnetenhause dahin, daß dieselben erst am 13. Oktober eine die gesetzliche Anerkennung betreffende Erklärung abgegeben hätten, und daß das Ministerium am 18. Oktbr. den Beschluß gefaßt habe, die

Anerkennung der altkatholischen Religionsgesellschaft auszusprechen und die Konstituierung altkatholischer Kultusgemeinden in Wien, Warnsdorf und Nied zu genehmigen. Kinderadressen an den Papst zu richten, hielten die Ultramontanen für besonders geistreich. Der Kultusminister verbot diesen Unfug aufs strengste. Vom 16. bis zum 28. April tagte in Wien die österreichische Bischofskonferenz und vom 30. April bis zum 3. Mai der österreichische Katholikentag, letzterer unter dem Vorsitz des Grafen Egbert Belcredi. Beide befaßten sich hauptsächlich mit der Schulfrage. Es sollte mit allen erlaubten Mitteln dahin gewirkt werden, daß das konfessionslose System in der Schule beseitigt würde, und dem Bestreben, die Leitung des Unterrichtswesens ganz in die Hand der Staatsgewalt zu bringen, sollte entgegen gearbeitet werden. Die Schulen sollten katholische Anstalten sein mit Lehrern von katholischem Charakter unter Aufsicht der Kirche.

Die Landtage der Kronländer wurden auf den 5. April einberufen, der böhmische auf den 9., der von der Bukowina auf den 11. Die Landtage von Galizien und von Dalmatien wurden noch nicht einberufen, jener nicht, weil man keine russenfeindliche Orientdebatte wünschte, dieser nicht, weil er erst vor kurzem getagt hatte. Der Landtag von Tirol, dessen Klerikalismus der Regierung schon so viele Unannehmlichkeiten bereitet hatte, wurde am 26. Januar aufgelöst, weil der Beschluß desselben die Willkürlichkeit so weit trieb, daß er Landesumlagen, die nicht vom Landtag votirt waren, festsetzte. Darauf wurden Neuwahlen angeordnet und die Einberufung der Neugewählten auf den 9. April bestimmt. Es kam nichts Besseres nach. Dagegen errang die verfassungstreue Partei in Krain, dessen Landtag am 22. Mai gleichfalls aufgelöst wurde, bei den Neuwahlen einen vollständigen Sieg. In den böhmischen Landtag ließen sich die Alttschechen zwar wählen, traten aber nicht ein. Im Abgeordnetenhaus legten am 16. Nov. 32 czechische Abgeordnete bei Gelegenheit der Bank-Debatte einen schriftlichen Protest ein gegen den Dualismus, die direkten Wahlen und die Rechtsbeständigkeit des Hauses und stellten das Gesuch, ihr Mandat als erloschen zu betrachten, falls über ihre Schrift zur Tagesordnung übergegangen würde. Dieselben wurden sofort ihrer Mandate für verlustig erklärt. Ebendieselbe Partei richtete, der fanatische Deutschenhasser Rieger an ihrer Spitze, eine Adresse an das Moskauer

Slavencomité, worin Rußland zur „Befreiung des zum Tode verwundeten Böhmens“ aufgerufen wurde. Die czechischen Zeitungen, welche diese Adresse veröffentlichten, wurden am 29. Mai sämmtlich mit Beschlag belegt. Durch solche Kundgebungen entstand ein Zwiespalt zwischen den Czechen und Klerikalen Böhmens. Derselbe fand darin einen sehr starken Ausdruck, daß am 2. Juni, am Vorabend des Bischofsjubiläums des Papstes, etwa 200 czechische Studenten auf dem Biska-Berg bei Prag einen Scheiterhaufen errichteten und das Bild des Papstes und dessen antirusische Allocution vom 12. April unter Absingung nationaler Lieder und unter Verwünschungen gegen den Vatikan und gegen die Türkei verbrannten. Im Abgeordnetenhaus, welches, nach kurzer Winterseffion, vom 23. April bis 6. Juli tagte und am 4. September wieder zusammentrat, legte der Finanzminister am 23. October das Budget vor. Dasselbe ergab, da die Einnahmen auf 404, die Ausgaben auf 424 Mill. Fl. berechnet waren, ein Deficit von 20 Mill. Die bereits angeführten Delegationen kamen am 5. December in Wien zusammen. Die österreichische wählte den Grafen Trautmannsdorf-Weinsberg zum Präsidenten, Dr. Vidulich zum Vicepräsidenten, die ungarische wählte Szögheny zum Präsidenten und Slavy zum Vicepräsidenten. Beide Delegationen genehmigten die von Andrassy verlangte Indemnität für das noch nicht vorgelegte und bewilligte Budget der drei ersten Monate des folgenden Jahres. Wichtig für das Kaiserhaus und für die Monarchie war die Feier vom 24. Juli in Schönbrunn, bei welcher der Kronprinz Rudolf, nachdem er seine letzte Prüfung im Marinewesen bestanden hatte, für selbständig erklärt wurde und nun einen eigenen Hofstaat und Obersthofmeister erhielt. Letztere Würde wurde dem Linienhoffkapitän Grafen Bombelles übertragen.

## Die Schweiz.

Die Bundesversammlung tagte in Bern vom 5. März bis zum 28. März, vom 4. Juni bis zum 23. Juni und vom 3. December bis 22. December. In der ersten Session beriethen die beiden Räthe, Ständerath und Nationalrath hauptsächlich das Mi-

litärsteuergesetz, das Stimmrechtgesetz und das Fabrikgesetz. Die Sommeression beschäftigte sich vorzugsweise mit der Präsidentenwahl, mit Eisenbahnconcessionen und Zolltarif. Der Nationalrath wählte zum Präsidenten Martin von der Waadt und zum Vicepräsidenten Philippin aus Neuenburg, der Ständerath zum Präsidenten Hoffmann von St. Gallen und zum Vicepräsidenten Bessaz von Lausanne. Der Antrag des Nationalraths Stämpfli, daß der Staat den Betrieb sämtlicher Bahnen übernehmen sollte, womit der Grund zum Rückkauf derselben und zum Staatsbausystem gelegt wäre, wurde am 19. Juni im Nationalrath mit 80 gegen 42 Stimmen verworfen. Die oben angeführten drei Gesetze mußten, da die nöthige Zahl von Schweizerbürgern sich dafür aussprach, einer Volksabstimmung unterworfen werden. Dieselbe erfolgte am 21. October und ergab das Resultat, daß das Militärsteuergesetz mit rund 175,000 gegen 168,000 und das Stimmrechtgesetz mit 206,000 gegen 130,000 Stimmen verworfen wurden, das Fabrikgesetz dagegen mit 179,000 gegen 165,000 Stimmen angenommen wurde. Die welschen Kantone, außer Neuenburg, stimmten gegen alle drei Gesetze; sie wollten sich nicht, wie sie sich ausdrückten, germanisiren lassen. Die Annahme des Fabrikgesetzes, welches den Normalarbeitstag von 11 Stunden einführte war nur der Regsamkeit der Arbeiterklasse zu verdanken. Die Verwerfung des Militärsteuergesetzes mochte üble Folgen für die Durchführung der neuen Militärorganisation haben, deren Kosten theilweise von denen, die zum Militärdienst unfähig waren und dafür eine Ersatzsteuer zahlen sollten, getragen werden sollten. In ihrer Winteression wählte die Bundesversammlung am 13. December mit 103 gegen 45 Stimmen den Bundesrath Schenk zum Bundespräsidenten und mit 83 gegen 69 Stimmen Hammer zum Vicepräsidenten. Am 22. December vertheilte der Bundesrath die Departements in der Weise, daß Schenk das politische Departement, Heer Eisenbahn und Handel, Scherer das Militär, Droz das Innere, Anderwert Justiz und Polizei, Hammer Finanzen und Zölle, Welti Post und Telegraphen übernahm. Die Berathung über Herstellung des finanziellen Gleichgewichts begann der Nationalrath damit, daß er seine eigenen Diäten von 20 auf 16 Fr. herabsetzte und auch die Reiseentschädigungen reducirte. Bei der Berathung des Militärbudgets kamen wieder jene unvermeidlichen Anträge, welche bei

geringeren Kosten größere Leistungen erzielen wollten. Ein dahin gehender Antrag des Nationalraths von Buren wurde auf die energische Erwiderung der Bundesräthe Scherer und Welti abgelehnt.

Die Konferenz der Gotthardbahn-Gesellschaft wurde am 4. Juni in Luzern eröffnet. Die Gesamtkosten dieses wichtigen Unternehmens, anfangs auf 187 Mill. Fr. veranschlagt, wurden später auf 289 Mill. berechnet. Es handelte sich nun darum, wie das Mehrerforderniß von 102 Mill. durch allerlei Ersparungen und Vereinfachungen herabgesetzt und in welcher Weise dann diese Summe auf die drei an dem Unternehmen beteiligten Staaten vertheilt werden sollte. Die Konferenz beschloß, einige kostspielige Linien nicht auszuführen und drückte dadurch die Mehreigenz von 102 auf 46 Mill. herab. Von diesen sollten Deutschland und Italien je 10 Mill., die Schweiz 8 Mill. zahlen und der Rest durch Prioritäten gedeckt werden. Am 14. Juni wurde die Konferenz geschlossen. Ihr folgte am 27. Juli die Eröffnung einer Konferenz der Kantonen Bern, welche ein Einverständniß darüber erzielen sollte, in welcher Weise die der Schweiz zugewiesene Nachsubvention von 8 Mill. Fr. unter die einzelnen Kantone vertheilt werden sollte. Einige Kantone erklärten sich zu weiteren Beiträgen bereit, andere wollten sich aufs Warten verlegen und wieder andere (Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Solothurn, Tessin nebst der Nordostbahn und der Centralbahn) wollten gar nichts zahlen. Die Konferenz verlief resultatlos. Es wurde beschlossen, den Bundesrath zu ersuchen, eine Siebener-Kommission aufzustellen, welche über einen Vertheilungsmodus sich berathe und einer späteren Konferenz Vorschläge machen sollte. Diese Haltung einzelner Kantone, wo es sich um eine so geringe Summe und um ein gerade für die Schweiz einträgliches Unternehmen handelte, erregte in Deutschland großes Aufsehen und Befremden. Es wurde von dieser Seite die Frage aufgeworfen, ob etwa die Schweiz auf die Betheiligung des französischen Geldmarktes, der hiefür mit reichlichen Mitteln offen stände, warten wolle, und ob sie an den schlimmen Erfahrungen, die sie mit französischen Direktionen gemacht habe, nicht bereits übergenug habe. Die Entscheidung der Frage wurde auf das folgende Jahr verschoben. Günstiger standen die Verhältnisse auf kirchlichem Gebiete. Der Große Rath von Bern beschloß am

13. April, das neugeschaffene katholische Nationalbisthum in der Schweiz, welches bereits von den Kantonen Genf, Neuenburg, Solothurn und Aargau anerkannt war, gleichfalls anzuerkennen und an der Besoldung des Bischofs (6000 Fr.) und seines Vikars eine Jahresquote von 2750 Fr. zu übernehmen. Am 23. Mai wurde in Bern die christkatholische Synode eröffnet. Der von der liturgischen Kommission vorgelegte Ritualentwurf wurde provisorisch für ein Jahr eingeführt. Der Klerus dieser Kirche bestand um jene Zeit aus 70 Mitgliedern. Schlimm sah es im Kanton Tessin aus. Bei den dortigen Großrathswahlen am 22. Januar siegten die Ultramontanen: 67 Ultramontane und 52 Liberale wurden gewählt. Ein rücksichtsloses Regiment des Klerikalismus wurde im Kanton eingeführt, alle liberalen Lehrer trotz ihrer Anstellungsverträge abgesetzt, die Schule dem Obscurantismus ausgeliefert.

## Spanien und Portugal.

Nachdem der Karlisten-Aufstand niedergeschlagen war, hatte die Regierung des Königs Alfonso zu zeigen, ob sie im Stande sei, sich der reaktionären Einflüsse zu erwehren. Dieselben kamen vorzugsweise von klerikaler Seite. So bescheiden auch der Verfassungsartikel, welcher die Freiheit der Kulte festsetzte, klang, so wurde dieses Wenige durch die ministeriellen Erlasse doch noch mehr beschränkt und was noch übrig war, durch fanatische Priester und Beamte vollends in Abgang dekretirt. Während der König, welcher am 21. Februar eine Reise in die Mittelmeerstädte angetreten hatte, in Cadix sich befand, wagte es der von dem dortigen Bischof aufgestachelte Alkalde, zwei Polizeisoldaten in voller Uniform in die kleine Kapelle, in welcher 400 Protestanten am 29. März ihren Abendgottesdienst hielten, zu schicken und dem Prediger den Befehl zu ertheilen, daß er seine Rede schließen und die Gemeinde entlassen solle. Der Alkalde motivirte sein Einschreiten damit, daß man die Stimme des Predigers auf der Straße gehört habe und daß dadurch der Gottesdienst, obgleich bei geschlossenen Thüren gehalten, eine Uebertretung des Artikels IX der Verfassung sei.

In dem andalusischen Städtchen Iznatoral wurde einem protestantischen Elternpaar von dem Bürgermeister und dem Pfarrer ein Kind entrißen und katholisch getauft. Alles, was die Regierung darauf that, beschränkte sich auf einen Erlaß, worin das Verfahren der Gemeindebeamten getadelt und versichert wurde, die Regierung werde jeder Verletzung des Glaubens vorbeugen. Die früher mit Privilegien ausgestatteten und durch den langen Bürgerkrieg demoralisirten baskischen Provinzen konnten sich schwer in die neue Ordnung fügen, bei welcher sie jene Privilegien verlieren und wie die anderen Provinzen behandelt werden sollten. In San Sebastian wurde am 26. Januar die Rekrutirungsliste, welche an die Rathshaussthüre angeschlagen war, abgerissen. Der außerordentliche Landtag der Provinz Guipuzcoa beschloß am 18. März, von der Regierung zu verlangen: Beibehaltung der Administration, Umwandlung sämmtlicher Steuern in eine einzige Summe, welcher die zum allgemeinen Budget gehörigen Summen nicht beigezählt werden dürften, Sistirung der Rekrutirung bis zum Abschluß der Verhandlungen. Die Regierung gieng nicht darauf ein. Ein königliches Dekret vom 7. Mai verordnete die Gleichstellung der baskischen Provinzen mit den übrigen spanischen Provinzen, und ein Dekret vom 14. November verfügte speciell, daß dieselben ebenso wie die anderen Landestheile Steuern zahlen mußten. Zugleich wurden umfassende militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen, um jeden Aufstand zu bewältigen. Zur Versöhnung der Gemüther wurde durch ein Dekret vom 20. April allen Officieren und Soldaten der karlistischen Armee und allen Theilnehmern an den kantonalistischen Aufständen Amnestie zugesichert, falls sie sich binnen 30 Tagen bei den Behörden stellten. Trotzdem wurden mehrere Verschwörungen gegen die Regierung angezettelt, welche theils karlistischen theils kantonalistischen Ursprungs waren. Am 24. Mai wurden in Madrid und in Biskaya Verhaftungen vorgenommen. Der ehemalige Ministerpräsident Zorilla, welcher von Paris aus gegen die spanische Regierung konspirirte, wurde am 30. Juni von den französischen Behörden dort verhaftet und am 3. Juli bei Avricourt an die deutsche Grenze gebracht.

Die Cortes wurden von dem Ministerpräsidenten Canovas del Castillo am 5. Januar geschlossen und dabei die Versicherung wiederholt, daß das Ministerium fortfahren werde, seine Ver-



föhnungs-Politik zu befolgen. Am 10. Februar wurde die Auflösung des Senats verfügt und die Neuwahlen auf den 5. April festgesetzt. Um diese mehr im Sinne des Ministeriums zu leiten, setzte der Ministerpräsident, eine Kabinettsfrage daraus machend, im Februar die Absetzung des liberalen und rechtlich gesinnten Gouverneurs von Madrid, Elduayen, durch. Am 25. April wurden die Cortes eröffnet. Die Thronrede hob die günstigen Verhältnisse und Aussichten hervor, konnte aber angesichts der allgemeinen politischen Lage eine Verminderung des Heeres und der Flotte nicht vorschlagen. Das vom Finanzminister vorgelegte Budget berechnete Einnahmen und Ausgaben auf 735 Millionen. Zum Marineminister wurde am 23. September Admiral Pavia ernannt. Der Aufstand auf der Insel Kuba war dem Erlöschen nahe. Am 27. September ergab sich Castillo, welcher bei der Insurgentenregierung als Minister des Auswärtigen fungirt hatte, und viele andere Aufständische boten dem Generalkapitän Jovellar und dem General Martinez Campos ihre Unterwerfung an. In Portugal trat ein Ministerwechsel ein. In dem am 6. März neugebildeten Kabinet übernahm Avila das Präsidium, das Innere und das Auswärtige, Carlos Bento die Finanzen, Barros e Cunha die öffentlichen Arbeiten, Mexia Salema die Justiz, Suza Pento den Krieg, Jose Mello Cuvea die Marine.

---

## Belgien und Holland.

Der Zwiespalt zwischen dem klerikalen Ministerium und der liberalen Kammerminderheit Belgiens war durch nichts beizulegen. Der Klerikalismus war immer noch im Zunehmen. Ein hauptsächliches Mittel zur Ausdehnung seiner Macht war die Vermehrung der Klöster und des in denselben aufgespeicherten Reichthums. Jene hatten in den letzten Jahren in einem so bedenklichen Grade zugenommen, daß das Ministerium, welches sonst in dem statistischen Jahrbuch die Zahl der Klöster und der Insaßen derselben anzugeben pflegte, in dem Jahrbuch von 1875 gar keine Mittheilungen hierüber zu machen wagte. Im Jahre 1866 gab es in Belgien 18,200 Mönche und Nonnen, jetzt aber sind es deren

wenigstens 24,000. Der Einfluß, den diese Körperschaften vermöge ihres durch Vermächtnisse zunehmenden Reichthums auf das Parteiwesen, besonders bei Wahlen, ausüben, ist ungeheuer und eine Gefahr für das ganze Land, nicht bloß für den Liberalismus. Am 5. Juni interpellirte in der Kammer Frère-Orban, der Führer der Liberalen, das Ministerium über die Ansprache, welche der Nuntius in Brüssel an eine Deputation von ehemaligen päpstlichen Zuaven gehalten hatte. „Sie sind vollkommen berechtigt, zu hoffen,“ sagte der Nuntius, „daß der Zeitpunkt nahe ist, wo das Papstthum Ihres Armes bedarf, um den unterbrochenen Kampf gegen die Anarchie der Gewalt, durch welche das gesamte Europa bedroht ist, wieder aufzunehmen.“ Der Ministerpräsident Malou wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er die dem Nuntius in den Mund gelegten Worte und jede feindliche Absicht gegen Italien ableugnete und die weltliche Herrschaft des Papstes als eine verlorene Sache bezeichnete. Darauf brachte Frère-Orban die Tagesordnung ein: „Angesichts der von der Regierung abgegebenen offenen und kategorischen Aufklärungen geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ Dieser Antrag wurde mit 114 gegen 6 Stimmen angenommen. Zu gleicher Zeit übergab die Liga der Geusen dem italienischen Gesandten eine für Italien sympathische Adresse. Das Gesetz über Abstellung von Mißbräuchen bei den Wahlen wurde von den Liberalen bekämpft, weil es einerseits zwar jede Art von Beeinflussung bei Strafe untersagte, andererseits aber dem Klerus, sofern er sich innerhalb der Grenzen des Beichtstuhls hielt, volle Freiheit ließ. Auf diese Weise existirte das Gesetz nur für die Laien, nicht für die Geistlichen. Mit 56 gegen 46 Stimmen wurde am 9. Juni das Gesetz von der Abgeordnetenkammer angenommen. „Wenn der Pastor im Beichtstuhl mit Hilfe des geistlichen Müßzeuges ungestraft seinen Druck auf Gewissen und Willen seines Beichtkinds in allem, was die Akte des politischen und bürgerlichen Lebens betrifft, ausüben darf, so ist ohne Frage der Klerus absoluter Herr im Staate“, war das Urtheil der liberalen Blätter. Es war davon die Rede, den König zu ersuchen, er möchte diesem Gesetz seine Unterschrift verweigern. Auf solche Kundgebungen hin zog Malou den anstößigen Beichtstuhl-Paragraphen zurück. Darauf wurde das Gesetz am 28. Juni vom Senat mit 50 gegen 1 Stimme und in seiner nun verbesser-

ten Gestalt am 7. Juli von der Kammer mit 73 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Winteression der Kammern wurde am 13. November vom König mit einer Thronrede eröffnet, welche ziemlich farblos ausfiel. Unter dem Vorsitz des Königs Leopold II. tagte die internationale Kommission für die Erforschung des inneren Afrika vom 20. bis 25. Juni in Brüssel. Am 10. September wurde der Kongreß der Socialdemokraten in Gent eröffnet. 45 Mitglieder der Internationale waren, als Vertreter der socialistischen Vereinigungen in den verschiedenen Ländern Europa's und Amerika's, zugegen; Liebknecht fehlte nicht. Die Solidarität sämtlicher socialistischen Verbindungen, die Nothwendigkeit ihrer politischen Thätigkeit und die Errichtung eines Centralbüreaus für Korrespondenz und Arbeiterstatistik wurden beschloffen. Während diese Partei der Socialisten das allgemeine Stimmrecht und den Parlamentarismus als Kampfmittel benützte, wollte der äußerste linke Flügel der Socialdemokraten, welcher vom 6. bis 8. September in Berviers tagte, von einem anderen Mittel als der Revolution nichts wissen. Dies waren die Anarchisten oder Bakuninisten. Ihr Programm war höchst einfach: jedes Eigenthum, jede Art von Regierung, Verwaltungsbehörde, Volksvertretung sollte aufhören; es sollte keine besonderen Reiche und Staaten geben, die ganze Welt aus lauter einzelnen Arbeitergruppen bestehen, die sich zu bestimmten Zwecken mit einander vereinigten und nach Erreichung derselben wieder aus einander gehen sollten.

Die Regierung von Holland legte am 14. Februar der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Wahlgesezes vor. Die Zahl der Mitglieder der zweiten Kammer sollte auf 86 erhöht und der Wahlcensus herabgesezt werden. Die Bischöfe waren, obgleich in einem vorherrschend protestantischen Lande, dreist genug, eine Petition an die Regierung zu richten, in welcher sie, wie ihre französischen Kollegen, das Eintreten der Regierung für die Unabhängigkeit des Papstes verlangten. Wegen dieser unberechtigten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens zurückgewiesen, faßten sie, als Mac Mahon seinen 16. Mai machte, neue Hoffnungen. Ihre Presse war voll von siegesfroher Zuversicht, von Haß gegen Italien und gegen Deutschland. Diese Fieberhitze wurde durch die Ergänzungswahlen vom 15. Juni etwas abgekühlt. 28 Liberale und 15 Konservative wurden gewählt.

Erstere hatten 6 neue Kammerfitze errungen und geboten nun in der zweiten Kammer, in welcher 80 Abgeordnete waren, über 48 Stimmen, was ihnen, vorausgesetzt daß sie fest zusammenhielten, die unbedingte Mehrheit sicherte. Die Session der Generalstaaten wurde am 17. September eröffnet. Die Thronrede betonte die günstige Lage in Aichin, wo seit mehreren Monaten keine weiteren militärischen Operationen nothwendig gewesen seien und die Zahl der Truppen bald vermindert werden könne. Sowohl das Budget für Indien als das für Holland schloß mit einem Deficit ab; jenes betrug 16½ Mill. Gulden, dieses 7⅓ Mill. Das Ministerium Heemskerck wartete die Angriffe der Kammermehrheit nicht ab und gab am 27. September seine Entlassung ein. Dieselbe wurde vom König angenommen und Rappeyen van der Copello mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Erst am 1. November kam dieses zu Stande. Rappeyen übernahm das Innere, Baron van Heeckeren, der bisherige Kabinettschef des Königs, das Auswärtige, Schmidt die Justiz, Wichers die Marine, Gleichmann die Finanzen, de Roo van Alderwerelt den Krieg, van Boffe die Kolonien. Das Budget wurde genehmigt und das neue Wahlgesetz, wodurch die Zahl der Abgeordneten um 6 vermehrt werden sollte, mit 45 gegen 31 Stimmen angenommen. Darauf vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit.

---

## Skandinavien.

Die Regierung von Dänemark sah sich immer noch einer geschlossenen Kammer-Opposition, welche die ungeheure Mehrheit besaß, gegenüber. Das Budget kam abermals nicht zu Stande. Ein königliches Dekret vom 4. April befahl die Schließung des Reichstags. Darauf erließ die Opposition am 7. April ein von 70 Mitgliedern unterschriebenes Manifest an ihre Wähler, worin sie den Verlauf des Konflikts auseinandersetzte. „Das Ministerium Estrup habe sich von Anfang in den schärfsten Gegensatz zum Folkething gesetzt; aus Anlaß der diesjährigen Budgetvorlage sei der Kampf noch heftiger entbrannt; das Folkething habe vergebens den Versuch gemacht, das auf Seiten der Regierung stehende

Landsthing durch wesentliche Einräumungen zu einer Uebereinkunft hinsichtlich des Budgets zu vermögen. Das Ministerium habe seinem willkürlichen Verfahren dadurch die Krone aufgesetzt, daß es den Reichstag geschlossen, ohne ein giltiges Finanzgesetz für längere Zeit als bis zum 15. April erzielt zu haben, und ohne den mindesten Versuch zu machen, eine Verlängerung des interimistischen Finanzgesetzes beim Reichstag zu erwirken.“ Ein Memorandum des Ministeriums vom 12. April stellte den Konflikt in einer anderen Beleuchtung dar. „Das Folkething sei in seiner Opposition gegen das Ministerium soweit gegangen, daß es demselben zuletzt Gehör verweigerte und eine Vereinbarung unmöglich machte. Der Kernpunkt des Streites zwischen der Krone und dem Folkething bestehe darin, daß letzteres den König in der Wahl seiner Rathgeber beschränken, die Gleichberechtigung des Landsthings aufheben und die verfassungsmäßige Vertheilung der Gewalten umstürzen wolle. Der König habe für sich und seine Nachfolger und als Hüter der Verfassung die Pflicht, solche Versuche zurückzuweisen. Das Ministerium würde pflichtwidrig handeln, wenn es jetzt zurücktreten wollte. Die Auflösung des Folkething würde der Verfassung zuwider eine Verfassungsänderung lebighlich in die Hände der Wähler des Folkething legen. Den jetzigen Fall, daß ein Finanzgesetz an der Uneinigkeit der Kammern scheitere, habe die Verfassung nicht vorgesehen. Ein provisorisches Finanzgesetz bleibe daher der einzige Ausweg. Das Ministerium beschränke sich dabei auf das Nothwendigste, weil es die Wiederkehr geregelter Zustände zu erleichtern wünsche.“ Das vom gesamten Ministerium kontrafirmirte, auf Artikel 25 der Verfassung gestützte Gesetz über Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben bis dahin, wo das Budget für das Finanzjahr vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 erschienen sein würde, wurde vom König am 12. April unterzeichnet. Durch dieses provisorische Finanzgesetz, welches in Dänemark leichter durchgeführt wurde als in Frankreich, wurde der Konflikt noch geschärft. Am 1. Oktober wurde der Reichstag durch den Conseilspräsidenten ohne Thronrede eröffnet. Nach dreitägigen Verhandlungen über das Gesetz vom 12. April versagte das Folkething am 7. November demselben seine Genehmigung, nahm aber den Vorschlag eines Abgeordneten, das Budget nur vorläufig zu bewilligen, am 8. November an.

Da das Landsthing diesem interimistischen Finanzgesetz nur mit einigen Amendements seine Zustimmung gab und das Folkething nicht darauf eingieng, so berieth sich ein aus Mitgliedern beider Kammern bestehender Ausschuß über eine beide Theile befriedigende Redaction des neuen Gesetzes. Dasselbe wurde sodann noch am 8. November von den Kammern angenommen. Im Ministerium trat am 28. Juli die Personaländerung ein, daß der Minister des Kriegs und der Marine, General Hassner, auf sein Ansuchen seines Postens enthoben und dem Chef des Ingenieurcorps, General Dreher, diese beiden Ministerien übertragen wurden.

Der Reichstag in Schweden wurde am 17. Januar in Stockholm eröffnet. Die Thronrede kündigte Gesetzesvorlagen über Erweiterung der Militärpflicht, über Herabsetzung der Grundsteuer und über Bewilligung von Geldmitteln für die Flotte an. Das Armeegesetz wurde von der ersten Kammer in der vom Ausschuß modificirten Fassung mit 99 gegen 20 Stimmen angenommen, von der zweiten Kammer aber am 20. April mit 104 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Zur Aufrechthaltung der Neutralität im Orientkriege verlangte die Regierung einen Kredit von 2 Mill. Kronen. Sie erklärte mit richtiger Voraussicht, daß aus dem russisch-türkischen Kriege ein russisch-englischer hervorgehen und dann die Ostsee Kriegsschauplatz werden könnte; dann müßten Schweden und Norwegen im Stande sein, ihre Neutralität zu vertheidigen, da sonst England leicht auf den Gedanken kommen könnte, die schwedische Küste zur Operationsbasis gegen Rußland zu benutzen. Der Reichstag bewilligte die Exigenz. Das Storting in Norwegen aber, welches am 7. Februar vom König eröffnet worden war, lehnte die Bewilligung der zu dem gleichen Zwecke geforderten Summe von 1½ Mill. Kronen am 12. Juni ab.

---

## A m e r i k a.

Die Streitfrage, ob in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der republikanische Kandidat Hayes oder der demokratische Kandidat Tilden bei der Präsidentenwahl vom November 1876 die Mehrzahl der Stimmen erhalten habe, wurde nach lan-

gen Verhandlungen im Kongreß einer gemischten Kommission zur Entscheidung übertragen. Dieselbe bestand aus 7 republikanischen und 7 demokratischen Senatoren und Abgeordneten; der Bundesoberrichter Bradley wurde ihr als 15. unparteiisches Mitglied beigegeben. Da letzterer sich auf die Seite der Republikaner schlug, so entschied die Fünfzehnerkommission, welche besonders die Wahlakten von Florida, Louisiana, Südkarolina und Oregon zu prüfen hatte, mit 8 gegen 7 Stimmen, daß Hayes mit 185 gegen 184 Stimmen zum Präsidenten gewählt sei. Bradley verfocht die Ansicht, daß es der Centralgewalt und somit auch der Kommission nicht zustehe, die Stimmen, welche nach der Ansicht der einzelnen Staaten richtig abgegeben und in diesem Sinne von denselben nach Washington eingeschickt seien, zu beanstanden. Dies hieß nun freilich den Kernpunkt des Streites, ob die in den angeführten Staaten zu Gunsten Hayes' erzielte Mehrheit eine gesetzliche oder eine ungesetzliche gewesen sei, nicht lösen, sondern ignoriren. In der gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Häuser erhoben die Demokraten zuerst Widerspruch gegen diese Entscheidung. Die Aufregung in Washington war eine außerordentliche. Die Geschäftswelt sehnte sich nach einer raschen Lösung der Krisis und bestürmte den Kongreß mit Petitionen. In der Nacht vom 1. auf den 2. März wurde endlich im Kongreß Hayes, als mit 185 Stimmen gewählt, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten proklamirt, Wheeler als Vicepräsident. Die von der demokratischen Mehrheit des Repräsentantenhauses am 4. März angenommene Resolution, wonach Tilden und Hendricks, als mit 196 Stimmen gewählt, als Präsident und Vicepräsident erklärt werden sollten, und der von einer Versammlung demokratischer Abgeordneter gegen die Wahl von Hayes und Wheeler erhobene Protest hatten natürlich, nachdem der Kongreß sein Botum in gesetzmäßiger Weise abgegeben hatte, keine Bedeutung. Die geschlagene Partei der Demokraten, welche im Repräsentantenhaus, aber nicht im Senat die Mehrheit hatte, mußte sich fügen und die Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste von der nächsten Präsidentenwahl erwarten. Am 4. März leistete Hayes den Präsidenten-Eid und wurde als Präsident proklamirt, worauf er am 5. in einer Botschaft seine Regierungsgrundsätze kundgab. Dabei besprach er vorzugsweise die Lage der Südstaaten, wo die weiße und die schwarze Rasse einander

noch feindlich gegenüber standen. „Die Frage sei, ob Regierung oder keine Regierung, wirthschaftliche Ordnung mit allen ihren friedlichen Industrien und ihrem Glücke oder Rückkehr zur Barbarei. Bei der Lösung dieser Frage seien alle Bürger der Nation aufs tiefste theilhaftig. Wem das Interesse des gemeinsamen Landes und der gemeinsamen Humanität theuer sei, der dürfe sich dieser Frage gegenüber weder als Republikaner noch als Demokrat, sondern als Bürger der Republik fühlen. Es sei sein ernstester Wunsch, eine verständige Politik zu schaffen, welche aus dem politischen Leben die Unterscheidung der Rassen und die zwischen dem Norden und Süden auf immer auslöschen solle, damit sie nicht nur einen einigen Norden und einen einigen Süden, sondern auch ein einiges Land hätten. Das allgemeine Stimmrecht sollte auf allgemeiner Erziehung beruhen. Deshalb sollten die Staatsregierungen zur Unterstützung der Freischulen in liberaler Weise beständig Hilfsmittel geben, welche im Nothfall durch gesetzmäßigen Zuschuß der nationalen Behörde erhöht werden sollten.“ Als weitere Ziele seiner Regierung bezeichnete er eine Reform des Civildienstes in der Richtung, daß die Ernennung zu einem Amte nicht als Belohnung für Parteigängerdienste, sondern als Auszeichnung für Tüchtigkeit angesehen würde, und daß eine gleichmäßige Controle stattfinde. Als förderlich für diese Reform bezeichnete er eine Aenderung der Verfassung, wonach für das Amt des Präsidenten ein Zeitraum von sechs Jahren vorgeschrieben und eine Wiederwahl verboten würde. Hinsichtlich der finanziellen Lage des Landes sagte er, daß das Gefühl der Unsicherheit unzertrennlich sei von uneinlösbarem Papiergeld; das einzig sichere Papiergeld sei dasjenige, welches auf Metallbasis beruhe und zu jeder Zeit rasch in Metall umgewandelt werden könne. Die baldige Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung halte er für durchaus nothwendig.

Das Kabinet des neuen Präsidenten war folgendermaßen zusammengesetzt: William Swartz (New-York) übernahm das Aussenwärtige, John Sherman (Ohio) das Schaatzamt, George Mac Cary (Iowa) das Kriegswesen, Richard Thompson (Indiana) die Marine, Charles Devens (Massachusetts) die Generalstaatsanwaltschaft, David Key (Tennessee) das Postwesen, Karl Schurz (Missouri) das Innere. Dieses Kabinet wurde vom Senat am



10. März fast einstimmig bestätigt. Am meisten Aufsehen erregte die Ernennung des Deutschamerikaners Karl Schurz, des Führers der Reformpartei. Dieselbe bewies, daß es dem Präsidenten Hayes mit der Reform des Civildienstes und mit der Bekämpfung der Beamten-Korruption Ernst war, und daß er keine Lust hatte, auf die einfache Empfehlung eines Kongreßmitgliedes einer beliebigen Persönlichkeit einen einträglichen Posten zu übertragen. Die Republikaner, welche unter der Präsidentschaft Grant's das ganze Beamtenthum beherrscht hatten, waren daher mit dieser Wahl nicht zufrieden und fürchteten eine gründliche Beschränkung ihrer Willkürherrschaft durch Aufstellung strenger Beamten Gesetze. Der Kongreß trat am 15. Oktober zu einer außerordentlichen Session zusammen, hauptsächlich um das Kriegsbudget zu berathen. Der Beschluß des Repräsentantenhauses vom 5. November, wodurch der Bland'sche Antrag bezüglich der Ausprägung von Silberdollars als gesetzlichen Zahlungsmittels genehmigt wurde, war, bei dem niederen Stand des Silberdollars, nicht im Einklang mit der Finanzpolitik des Präsidenten und war geeignet, den Kredit des Landes zu schädigen. In der herkömmlichen Jahresbotschaft vom 3. December erklärte daher auch der Präsident, „die Durchführung der Wiederaufnahme der Doppelwährung und die Bezahlung der Bonds in Gold sei das einzige Mittel zur Wahrung des Staatskredits. Bei jeder gesetzgeberischen Maßregel, welche die Silberwährung betreffe, sei darauf Bedacht zu nehmen, daß die Zahlung des Kapitals und der Zinsen der Staatsschuld nicht in einem Münzfuße geringeren Werthes, als die jetzige Goldwährung sei, erfolge.“ Die Kämpfe mit den Indianern, welche sich von der Bundesregierung ungerecht behandelt und von ihren weißen Nachbarn beständig zurückgedrängt sahen, dauerten fort und nahmen im fernen Westen der Union eine Zeitlang eine bedenkliche Gestalt an. Dazu kam der Arbeiteraufstand an den Eisenbahnen, welcher in mehreren großen Binnenstädten in Folge der Herabsetzung des Lohnes im Juli ausbrach. In Pittsburg, Harrisburg, Chicago, St. Louis, Louisville, St. Franzisco und in anderen Städten kam es zu blutigen Zusammenstößen. Der Eisenbahnverkehr wurde gestört, viel Material zu Grunde gerichtet, die niederen Volksschichten sympathisirten und fraternisirten mit den streikenden Arbei-

tern, Bundestruppen mußten aufgeboden werden; eine kommunistische Färbung schimmerte durch die ganze Bewegung hindurch.

In der Republik Mexiko gelang es dem General Porfirio Diaz, welcher schon im vorigen Jahre an der Spitze seines Heeres den Weg nach der Hauptstadt sich gebahnt hatte, den Rest seiner Gegner sich zu unterwerfen und zuerst als provisorischer Präsident anerkannt, am 4. Mai als definitiver Präsident vom Kongreß bestätigt zu werden. In seiner Rede erklärte er seinen Entschluß, eine Wiederwahl nicht anzunehmen, und sprach dabei die Hoffnung aus, daß dieses sein Beispiel Veranlassung zu einer Aenderung der Verfassung bezüglich einer solchen Wiederwahl geben werde. Im Innern des Landes herrschte Ruhe. Das Land schickte sich an, sein Eisenbahnsystem zu erweitern. Mit den Vereinigten Staaten kam Mexiko in einigen Konflikt, der aber keine ernsthafte Formen annahm. In der Hafenstadt Acapulco ließ sich das Militär am 5. März verleiten, den Konsul der Vereinigten Staaten, welcher gegen die Mißhandlung eines nordamerikanischen Bürgers Vorstellungen erhoben hatte, zu verhaften und ins Gefängniß abzuführen. Dieser Streit wurde durch die Genugthuung, welche Mexiko gab, beigelegt. Am dem nördlichen Grenzfluß Rio Grande del Norte hatten die Regierungstruppen Kämpfe mit aufständischen und räuberischen Banden. Dabei kam es vor, daß jene bei der Verfolgung des Gegners Unionsgebiet betraten, wie umgekehrt Unionsstruppen die Verfolgung mexikanischer Marodeurs auf mexikanisches Gebiet ausdehnten. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hayes, sagte hierüber in seiner Botschaft vom 3. December: „Die Anerkennung des Generals Porfirio Diaz als Präsidenten von Mexiko sei nur in Folge der Vorfälle am Rio Grande aufgeschoben; indessen habe die mexikanische Regierung versichert, sie sei bemüht und auch im Stande, weiteren räuberischen Einfällen energisch zu steuern. In der südamerikanischen Republik Venezuela legte der Präsident Guzman Blanco, welcher durch seinen Sieg über die Konservativen am 22. April 1870 aus Kuder gelangt war, nach Ablauf seiner Amtszeit am 20. Februar seine Gewalt in die Hände seines Nachfolgers, des Generals Jacinto Gutierrez, nieder. In seiner Abschiedsbotschaft berührte er das Verhältniß der Republik zu Holland, mit welchem die unterbrochenen Beziehungen noch nicht wieder angeknüpft waren. Grund

hievon war, daß alle gegen die venezuelische Regierung gerichteten Aufstandsversuche auf der nahe gelegenen holländischen Insel Curacao reichliche Unterstützung fanden. Zur Aufhebung dieses unerträglichem Verhältnisses gab es, nach Blanco's Ansicht, kein wirksameres Mittel, als diese nach ihrer Bodenbeschaffenheit werthlose Insel um einen wenn auch hohen Preis anzukaufen. Als die hervorragendsten Errungenschaften während seiner siebenjährigen Regierung bezeichnete er: den inneren Frieden, welcher auf den von zahllosen Bürgerkriegen hinterlassenen Trümmern wieder aufgerichtet worden sei; die Freiheit der Wahlen, welche nach 30jähriger Vergessenheit wieder hergestellt worden sei; den Sieg der von den Holländern bedrohten nationalen Unabhängigkeit; die theilweise Anerkennung des Patronatsrechtes der Republik von Seiten des heil. Stuhles und die Ersetzung des Bischofs Guevara durch den Dr. Ponto; die Regelung der auswärtigen Schuld; den Bau einer Eisenbahn von Laguayra nach Caracas, welcher vor 10 Monaten begonnen worden sei und in weiteren 20 Monaten vollendet sein werde. Daß in der Republik Bolivia der Bischof Clavijo von Limira eine Falschmünzerverbande auf seinem Gute beherbergte, weshalb er gefangen genommen und vor Gericht geführt wurde, zeugte von der Erbärmlichkeit der dortigen socialen Verhältnisse. In dem Kaiserreich Brasilien erfolgte die Eröffnung der Kammern am 1. Februar. Die von der Prinzregentin verlesene Thronrede konstatarie, daß im ganzen Lande Ruhe und Frieden herrsche und daß das neue Wahlgesetz und das neue Rekrutirungsgesetz gute Ergebnisse erzielt hätten. Man werde jetzt mit der Einrichtung von Volksschulen, sowie von Normalschulen für beide Geschlechter vorgehen. Der Eisenbahnbau habe mit der Vollendung der Linie Bahia-Pernambuco ein bemerkenswerthes Ereigniß zu verzeichnen gehabt, und an der Vollendung anderer Linien werde eifrig gearbeitet. Mit England sei ein Postvertrag, mit Portugal ein Konsularvertrag, mit Argentinien und mit Paraguay ein Grenz- und Friedensvertrag abgeschlossen worden, worauf die letzten brasilischen Truppen Assuncion verlassen hätten. Die neue Session der Kammer, welche vom 2. Juni bis zum 16. Oktober dauerte, wurde vom Kaiser Don Pedro II. mit einer Thronrede geschlossen, worin der freundlichen Aufnahme, die der Kaiser bei seinem Besuch in Europa gefunden hatte, mit Dank Erwähnung gethan

war. Nach einer anderthalbjährigen Abwesenheit war der Kaiser, welcher mit seiner Gemahlin New-York und Philadelphia und alle Hauptstädte Europa's besucht, die Wunder Aegyptens kennen gelernt und überall gründliche Studien gemacht hatte, wieder in die Heimat zurückgekehrt. Es war zu erwarten, daß von den vielen herrlichen Einrichtungen, welche er da und dort gefunden, manches nach Brasilien, soweit es der dortige Boden erlaubte, werde verpflanzt werden.

Die in Centralamerika gelegene Republik Nicaragua rief durch die grobe Pflichtvergessenheit, welche die dortigen Behörden gegen das deutsche Konsulat sich zu Schulden kommen ließen, ohne daß die Regierung der Republik dagegen einschritt, einen Konflikt mit dem Deutschen Reiche hervor. Am 23. Oktober 1876 wurden in Leon auf offener Straße drei Pistolenschüsse auf den kaiserlichen Konsulatsverweser Paul Eisenstuck abgefeuert, und am 29. November überfiel ein gewisser Francisco Leal mit einer Abtheilung Polizeisoldaten den mit seiner Familie aus einer Gesellschaft heimkehrenden kaiserlichen Konsul Moriz Eisenstuck, wobei dieser mit Kolbenstößen mißhandelt, als Gefangener fortgeführt und nur durch die Dazwischenkunft einer Privatperson wieder freigelassen wurde. Der Konsul verlangte von dem Präsidenten der Republik sofortige Untersuchung. Dieser that nichts und ließ die jedermann wohlbekannten Attentäter frei herumlaufen. Auf den Bericht des Konsuls eröffnete die Reichsregierung Unterhandlungen mit der Regierung von Nicaragua. Staatssekretär v. Bülow verlangte in einer Note vom 1. April 1877 volle Genugthuung von Nicaragua und stellte folgende Forderungen auf: „Bestrafung der an den beiden Attentaten beteiligten Personen; Bestrafung der Beamten, welche die gerichtliche Verfolgung in ungesetzlicher Weise verzögert und welche bei dem zweiten Attentat dem mörderischen Ueberfall des Konsuls durch Ueberlassung einer Abtheilung Soldaten Vorschub geleistet haben;“ Zahlung von 30,000 Dollars an den Konsul zu dessen freier Verfügung; feierliche Salutirung der deutschen Konsulatsflagge durch eine Abtheilung der bewaffneten Macht, als öffentliches Zeichen des Bedauerns der Regierung von Nicaragua über die dem Deutschen Reiche in den Personen seiner Vertreter widerfahrne Beleidigung und als öffentliche Anerkennung der durch die amtliche Stellung eines deutschen Konsuls bedingten

Achtung vor dessen Person und des ihm gebührenden Schutzes.“ Im Fall der Verweigerung einer Genugthuung drohte die Reichsregierung mit Abfendung von deutschen Kriegsschiffen. Darauf erwiderte der Minister des Auswärtigen in Nicaragua, die Sache sei von dem deutschen Konsul und dem Konsulatsverweser falsch dargestellt worden; wenn Deutschland seine Drohungen ausführe, so werde die Regierung der Republik gegen die ungerechte Anwendung von Gewalt seitens einer Großmacht gegen eine schwache und unschuldige Bevölkerung protestiren. Die Regierung von Nicaragua ließ das ganze Jahr 1877 verfließen, ohne die geringste Genugthuung zu geben, ohne auch nur ein Bedauern auszudrücken. Der Deutschen Reichsregierung gieng endlich die Geduld aus. Die Zeit war vorüber, in welcher man an fernen Gestaden der deutschen Flagge ungestraft jede Schmach bieten durfte. Drei deutsche Kriegsschiffe waren bereit, mit Kanonenkugeln zu erzwingen, was der Hochmuth einer Duodez-Republik nicht freiwillig leisten wollte.

# Chronik

der

## Ereignisse des Jahres 1877.

Tag	Januar.	Seite
1	Feier des Militärdienstjubiläums des Kaisers Wilhelm . . .	1
1	Vierte Konferenzsitzung in Konstantinopel . . . . .	106
1	Proklamation der Königin von England als Kaiserin von Indien . . . . .	238
3	Rumänien protestirt gegen die Benennung Ottomanen . . .	139
4	Fünfte Konferenzsitzung in Konstantinopel . . . . .	107
6	Absetzung der bonapartistischen Präsekten . . . . .	205
8	Sechste Konferenzsitzung in Konstantinopel . . . . .	107
9	Eröffnung der französischen Kammern . . . . .	205
10	Reichstagswahlen in Deutschland . . . . .	2
10	Vorlegung des Budgets in der französl. Kammer . . . . .	205
11	Siebente Konferenzsitzung in Konstantinopel . . . . .	108
12	Eröffnung des preußischen Landtags . . . . .	44
13	Ungarische Studenten überreichen Abdul Kerim einen Ehrenfäbel	199
15	Präsidentenwahl im preuß. Abgeordnetenhaufe . . . . .	45
15	Achte Konferenzsitzung in Konstantinopel . . . . .	108
16	Camphausen legt im preuß. Abg.-Haufe das Budget vor . . .	45
17	Der Papst ernennt einen Kanzler der Universität Lille . . .	210
17	Eröffnung des schwedischen Reichstags . . . . .	258
18	Tod der Prinzessin Karl in Berlin . . . . .	73
18	Berfammlung des Großen Rathes in Konstantinopel . . .	110
18	Generaldebatte in d. ital. Kammer über d. Gesetz bez. der Mißbräuche der Kultusbeamten . . . . .	233
19	Erste Berathung des Budgets im preuß. Abg.-Haus . . . . .	46
20	Neunte und letzte Konferenzsitzung in Konstantinopel . . .	111
20	Erste Lesung des Gesetzes über das Berliner Zeughaus im preuß. Abg.-Haus . . . . .	49
22	Der Kassationshof von Mainz entscheidet gegen Ketteler . . .	89
22	Sieg der Ultramontanen im Kanton Tessin . . . . .	251
24	Die ital. Kammer nimmt d. Gesetz über die Mißbräuche der Kultusbeamten an . . . . .	234

Tag		Seite
24	Schatzkanzler Northcote spricht gegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei . . . . .	118
24	Antrag Reichensperger's bez. der Leitung des Religionsunterrichtes . . . . .	45
25	Abreise der Botschafter und Bevollmächtigten von Konstantinopel	112
25	Türkisches Rundschreiben über die Konferenzverhandlungen .	112
26	Die Pforte ladet Serbien und Montenegro zur Eröffnung von Friedensunterhandlungen ein . . . . .	112
26	Auflösung des Landtags von Tirol . . . . .	247
27	Volljährigkeit des Prinzen Wilhelm von Preußen . . . . .	73
27	Tod des Prinzen Eugen von Württemberg . . . . .	98
31	Debatte im preuß. Abg.-Haus über d. Dispositionsfonds . .	46
31	Kardinal Ledochowski erhält einen Vorladungsbefehl . . .	65
31	Gortschakow's Rundschreiben an die Großmächte . . . . .	115

### Februar.

1	Eröffnung der brasilianischen Kammern . . . . .	263
5	Interpellation im preuß. Herrenhaus über d. Welfenfonds .	51
5	Vertrag der preuß. Regierung mit d. Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft . . . . .	52
5	Eröffnung des Landesauschusses in Straßburg . . . . .	68
5	Absetzung und Verbannung Midhat Pascha's . . . . .	112
6	Das Ministerium Tisza reicht seine Entlassung ein . . . .	243
6	Eröffnung des württemb. Landtags . . . . .	94
7	Eröffnung des Storting in Norwegen . . . . .	258
8	Das preuß. Abg.-Haus genehmigt d. Gesetz über d. Berliner Zeughaus . . . . .	49
8	Berurtheilung des Kardinals Ledochowski . . . . .	65
8	Präsidentenwahl in d. württemb. II. Kammer . . . . .	94
8	Eröffnung des englischen Parlaments . . . . .	116
8	Adressdebatte im englischen Oberhaus . . . . .	118
8	Neubildung des rumän. Ministeriums Bratiano . . . . .	139
9	Ansprache des Kaisers an Prinz Wilhelm bei dessen Eintritt in die Garde . . . . .	73
10	Auflösung des Senats in Spanien . . . . .	253
12	Tarifreform-Konferenz in Berlin . . . . .	51
14	Gesetz über Abänderung des Wahlgesetzes in Holland . . .	255
15	Vermählung des Prinzen Wilhelm von Württemberg . . . .	98
16	Gladstone gegen eine Intervention zu Gunsten der Türkei .	118
20	Kompromiß der östr.-ungar. Minister in d. Bankfrage . . .	244
20	Friedensverhandlungen zwischen d. türk. u. serb. Bevollmächtigten . . . . .	113
20	Das östr. Herrenhaus lehnt die Ehegesetz-Novelle ab . . . .	246
20	Rechnenschaftsbericht des Präsidenten von Venezuela . . . .	262
22	Eröffnung des deutschen Reichstags . . . . .	4

Tag		Seite
23	Präsidentenwahl im Reichstag . . . . .	4
23	Das preuß. Abg.-Haus nimmt das Gesetz über Theilung der Provinz Preußen an . . . . .	50
23	Antrag auf Herabsetzung der militärischen Dienstzeit in Frankreich . . . . .	205
24	Erklärung der östr. Verfassungspartei über d. Bankfrage . . . . .	244
26	Das Ministerium Tisza bleibt wieder im Amt . . . . .	244
26	Das preuß. Abg.-Haus lehnt d. Antrag des dänischen Abg. Lassen ab . . . . .	51
27	Berathung des Kultusetats im preuß. Abg.-Haus . . . . .	47
28	Der Bundesrath votirt für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts . . . . .	27
28	Das preuß. Abg.-Haus nimmt d. Gesetz über d. Berlin-Dresdener Bahn an . . . . .	53
28	Das Bezirksgericht zu Mainz verurtheilt Ketteler . . . . .	90
<b>März.</b>		
1	Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen der Türkei und Serbien . . . . .	113
1	Ankunft der montenegrinischen Bevollmächtigten in Konstantinopel . . . . .	113
2	Hayes wird im Kongreß als Präsident der Vereinigten Staaten proklamirt . . . . .	259
3	Schluß des preuß. Landtags . . . . .	55
3	Audienz der elsäß.-lothr. Autonomisten bei Bismarck . . . . .	22
3	Schreiben Gortschakow's an d. Großmächte . . . . .	119
4	Hayes legt den Präsidenten-Eid ab . . . . .	259
4	Ignatjew in Berlin . . . . .	120
5	Botschaft des Präsidenten Hayes . . . . .	259
6	Ministerwechsel in Portugal . . . . .	253
7	Das Ministerium Komunduros reicht seine Entlassung ein . . . . .	188
7	Manifest des Grafen Chambord . . . . .	208
8	Türkische Note über Durchführung von Reformen . . . . .	119
8	Ignatjew in Paris . . . . .	120
10	Erste Berathung des Reichshaushaltsetats im Reichstag . . . . .	6
10	Bismarck über seine Differenzen mit Stosch . . . . .	44
10	Das Ministerium Deligeorgis . . . . .	189
10	Die ital. Kammer nimmt das Gesetz über den obligatorischen Elementarunterricht an . . . . .	234
10	Der Senat der Vereinigten Staaten bestätigt d. neue Kabinet . . . . .	261
11	Schuwalow legt dem Lord Derby den Protokoll-Entwurf vor . . . . .	121
12	Eröffnung der Eisenbahndebatte in d. franzöf. Kammern . . . . .	206
12	Allokution des Papstes bezüglich seiner Unfreiheit . . . . .	209
13	Zweite Berathung des Reichshaushaltsetats im Reichstag . . . . .	10
13	Interpellation im Reichstag über den Fall Kanteki . . . . .	37
14	Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes im Reichstag . . . . .	12



Tag		Seite
15	Pius hält ein zweites Konsistorium . . . . .	237
16	Ignatjew in London . . . . .	121
16	Der Bundesrath verweist den preuß.-sächsl. Eisenbahnstreit an das Lübecker Oberappellationsgericht . . . . .	53
17	Erste Lesung des Gesetzes über elsäß-lothr. Landesgesetzgebung	23
17	Der Reichstag lehnt d. Antrag Winterer's auf Einschränkung der Befugnisse des Oberpräsidenten ab . . . . .	26
18	Schreiben Mancini's an die Generalprokuratoren . . . . .	237
18	Der Landtag von Guipuzcoa gegen d. Aufhebung d. Privilegien	252
19	Eröffnung des türk. Parlaments . . . . .	114
19	Erste Lesung des Gesetzes über den Sitz des Reichsgerichts . . . . .	29
20	Tod des Prinzen Karl von Hessen . . . . .	89
20	Pius hält ein drittes Konsistorium . . . . .	237
20	Absendung einer klerikalen Deputation an Decazes . . . . .	209
20	Zweite Lesung des Gesetzes über elsäß-lothring. Landesgesetzgebung . . . . .	25
21	Schreiben des Staatssekretärs Simeoni an die Nuntiaturen	237
21	Zweite Lesung des Gesetzes über d. Sitz des Reichsgerichts . . . . .	32
22	Feier des Geburtstages des Kaisers . . . . .	75
23	Dritte Lesung des Gesetzes über elsäß-lothring. Landesgesetzgebung . . . . .	25
24	Dritte Lesung des Gesetzes über d. Sitz des Reichsgerichts . . . . .	34
24	Bertagung der Reichstags . . . . .	5
25	Ignatjew in Wien . . . . .	121
27	Bismarck gibt sein Entlassungsgesuch ein . . . . .	37
27	Depretis legt den ital. Kammern den Finanzbericht vor . . . . .	235
29	Die griech. Kammer nimmt das Militärgesetz an . . . . .	189
29	Klerikale Intoleranz in Cadix . . . . .	251
30	Layard geht als provisorischer Botschafter nach Konstantinopel	126
31	Unterzeichnung des Londoner Protokolls . . . . .	122

## April.

1	Note des Staatssekretärs Bülow an Nicaragua . . . . .	264
1	Verlobung der Prinzessin Charlotte von Preußen mit dem Prinzen von Meiningen . . . . .	75
3	Das Londoner Protokoll wird der Pforte übergeben . . . . .	124
3	Katholischer Kongreß in Paris . . . . .	208
4	Bertagung des dänischen Reichstags . . . . .	256
4	Auflösung des rumänischen Senats . . . . .	139
5	Berurtheilung Cassagnac's . . . . .	205
5	Eröffnung der östr. Landtage . . . . .	247
7	Manifest der dänischen Opposition . . . . .	256
7	Schreiben des Bischofs von Nevers . . . . .	210
9	Die Pforte lehnt das Londoner Protokoll ab . . . . .	125
10	Wiederzusammentritt des deutschen Reichstags . . . . .	5

Tag		Seite
11	Erste Berathung des elsass-lothr. Budgets . . . . .	23
11	Der Kaiser unterzeichnet d. Gesetz über den Sitz des Reichsgerichts . . . . .	35
11	Schreiben Bismarck's an den Reichstags-Präsidenten . . . . .	40
11	Debatte im türk. Parlament über die montenegrinischen Forderungen . . . . .	114
12	Memorandum des dänischen Ministeriums . . . . .	257
12	Beröfentlichung des provisorischen Finanzgesetzes in Dänemark . . . . .	257
12	England annektirt die Transvaal-Republik . . . . .	240
13	Debatte im Reichstag über Bismarck's Entlassungsgesuch . . . . .	40
13	Wiederbeginn der Feindseligkeiten zwischen Türken und Montenegrinern . . . . .	114
13	Kriegsminister Harby spricht gegen einen Krieg Englands mit der Türkei . . . . .	126
13	Kriegsrath in Petersburg . . . . .	127
13	Der Kanton Bern erkennt das katholische Nationalbisthum an . . . . .	251
14	Weihbischof Janiszewski wird seines Amtes entsetzt . . . . .	66
14	Cogalniceanu rumänischer Minister des Auswärtigen . . . . .	139
16	Rundschreiben Cogalniceanu's . . . . .	140
16	Abschluß der russisch-rumänischen Konvention . . . . .	140
16	Bischofskonferenz in Wien . . . . .	247
17	Abdul Kerim übernimmt das Commando der Donauarmee . . . . .	145
18	Militärdienstjubiläum des Erzherzogs Albrecht . . . . .	200
18	Kassirung der Wahl Hasenclever's . . . . .	36
19	Der Reichstag lehnt den Antrag Krüger's ab . . . . .	36
19	Derby vertheidigt die Politik der freien Hand . . . . .	126
20	Die schwedische II. Kammer lehnt das Armeegesetz ab . . . . .	258
20	Mobilisirung der rumänischen Armee . . . . .	140
20	Das spanische Amnestiedekret . . . . .	252
20	Der Reichstag genehmigt den Freundschaftsvertrag mit Tonga . . . . .	35
21	Eintritt des Prinzen Heinrich von Preußen in die Marine . . . . .	75
22	Kaiser Wilhelm in Wiesbaden . . . . .	69
23	Kaiser Alexander in Rischnew . . . . .	127
23	Abreise des russ. Geschäftsträgers von Konstantinopel . . . . .	130
24	Nichter's Antrag über Verwendung des Reichsinvalidenfonds . . . . .	10
24	Moltke's Rede über deutsches und französ. Militärbudget . . . . .	13
24	Kriegsmanifest des Kaisers Alexander . . . . .	129
24	Gortschakow's Rundschreiben über die Kriegserklärung . . . . .	127
24	Einmarsch der Russen in Rumänien. . . . .	143
24	Einmarsch der Russen in Türkisch-Armenien . . . . .	169
24	Türkisches Rundschreiben auf die russ. Kriegserklärung . . . . .	130
24	Das engl. Unterhaus lehnt den Antrag auf Wiederherstellung des irischen Parlaments ab . . . . .	241
25	Eröffnung der spanischen Cortes . . . . .	253
26	Eröffnung der rumänischen Kammern . . . . .	140

Tag		Seite
26	Dritte Lesung des Reichshaushaltsetats . . . . .	19
27	Der Reichstag lehnt d. Gesetz über Erhebung einer Ausgleichs- abgabe ab . . . . .	35
28	Zweite Lesung des elsäß-lothr. Budgets . . . . .	23
28	Kaiser Wilhelm in Karlsruhe . . . . .	90
29	Regierungsjubiläum des Großherzogs von Baden . . . . .	90
29	Die rumän. Kammern genehmigen d. russ.-rumän. Konvention	141
29	Deputation der Sosta in Pesth . . . . .	199
30	Tergufassow nimmt Bajazid . . . . .	169
30	Oestreich. Katholikentag in Wien . . . . .	247
30	Der Reichstag nimmt das Gesetz über die Untersuchung von Seeunfällen an . . . . .	35
<b>Mai.</b>		
1	Derby's Antwort auf die russ. Kriegserklärung . . . . .	181
1	Kaiser Wilhelm in Straßburg . . . . .	69
2	Türk. Rundschreiben gegen Rumänien . . . . .	141
3	Dritte Lesung des elsäß-lothr. Budgets . . . . .	23
3	Der Reichstag nimmt das Patentgesetz an . . . . .	35
3	Schluß des Reichstags . . . . .	44
3	Interpellation in der franzöf. Kammer über die klerikale Agitation . . . . .	212
4	Porfirio Diaz Präsident von Mexiko . . . . .	262
4	Tergufassow besetzt Diadin . . . . .	169
4	Interpellation in Wien und Pesth über d. orientalische Politik	200
4	Gambetta's Rede gegen die Klerikalen . . . . .	212
5	Franzöf. Wallfahrer bei Pius . . . . .	238
5	Kaiser Wilhelm in Mex . . . . .	71
6	Derby's Schreiben über die unantastbaren Punkte . . . . .	181
7	Dekret über Gleichstellung der baskischen Provinzen mit den anderen spanischen Provinzen . . . . .	252
7	Der ital. Senat verwirft das Gesetz über die Mißbräuche der Kultusbeamten . . . . .	234
7	Debatte im engl. Unterhaus über die fünf Gladstone'schen Resolutionen . . . . .	134
8	Gladstone bekämpft die oriental. Politik des Ministeriums . . . . .	135
9	Erzherzog Albrecht in Agram . . . . .	200
9	Schreiben des Kaisers an den Oberpräsidenten von Elsäß- Lothringen . . . . .	72
11	Ein türk. Panzerschiff fliegt in die Luft . . . . .	144
11	Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung in der franzöf. Kammer . . . . .	207
11	Die ital. Kammer nimmt die Novelle zum Wahlgesetz an . . . . .	235
12	Schuwalow besucht Bismarck in Friedrichsruhe . . . . .	132
14	Berathung des Gemeindegesetzes in der franzöf. Kammer . . . . .	207

Tag		Seite
14	Die ital. Kammer genehmigt das Gesetz über Erhöhung der Civilliste . . . . .	235
14	Das Unterhaus verwirft die Gladstone'schen Resolutionen .	136
15	Berathung des Preßgesetzes in der franzöf. Kammer . . .	207
15	Abreise der deutschen Kommissäre von Wien . . . . .	245
15	Wiederzusammentritt des württemb. Landtags . . . . .	95
16	Schuwalow in Petersburg . . . . .	132
16	Derby's Depesche über Neutralisirung des Suezkanals . . .	136
16	Die Türken nehmen Suchum-Kale . . . . .	170
16	Schreiben Mac Mahon's an Simon und Simon's Entlassungsgesuch . . . . .	214
16	Protest der Republikaner gegen Simon's Entlassung . . .	215
17	Debatte in der württ. II. Kammer über die Gesandtschaften .	95
17	Pius spricht vom deutschen Attila . . . . .	100
17	Gambetta's Rede über das Schreiben Mac Mahon's . . .	216
17	Das Kabinet Broglie . . . . .	217
17	Die Russen erstürmen Ardahan . . . . .	169
18	Bertagung der franzöf. Kammern . . . . .	218
18	Gortschakow's Antwort auf Derby's Schreiben vom 6. Mai .	132
19	Manifest der franzöf. Republikaner . . . . .	218
21	Die rumän. Kammern erklären sich für die Unabhängigkeit des Landes . . . . .	141
22	Eröffnung der altkatholischen Synode in Bonn . . . . .	66
22	Proklamation der Unabhängigkeit Rumäniens . . . . .	141
22	Auflösung des Landtags von Krain . . . . .	247
24	Verhaftungen in Madrid und in Biscaya . . . . .	252
24	Die Softa's wollen wieder Politik machen . . . . .	146
24	Schreiben des Papstes an Viktor Emanuel . . . . .	238
25	Ankunft Bismard's in Rissingen . . . . .	79
26	Kaiserlicher Erlaß über Verstärkung der Besatzungen in Elsaß-Lothringen . . . . .	19
26	Prinz Reuß überreicht dem Sultan seine Beglaubigungsschreiben	85
26	Ein türk. Panzerschiff wird in die Luft gesprengt . . . .	144
27	Socialistenkongreß in Gotha . . . . .	86
29	Die Russen überfallen ein Tscherkessen-Lager in Armenien .	169
30	Abfahrt des deutschen Panzergeschwaders nach dem Mittelmeer	85
31	Das Ministerium Komunduros . . . . .	189

## Juni.

1	Der Magistrat in München untersagt die Pius-Procession .	100
1	Verhaftung Bonnet-Duverbier's in Paris . . . . .	221
2	Sarakiotis verlangt Abschaffung der den Christen auferlegten Militärsteuer . . . . .	193
2	Czechische Demonstration gegen Pius . . . . .	248

Tag		Seite
3	Tod der Königin Sophie von Holland . . . . .	98
3	Rundschreiben Coganiceanu's über Rumäniens Unabhängig- keitserklärung . . . . .	142
3	Ali Saib rückt in Montenegro ein . . . . .	163
3	Feier des Verfassungsfestes in Rom . . . . .	235
3	Bischofsjubiläum des Papstes . . . . .	238
4	Kämpfe bei Novoselo in Montenegro . . . . .	163
4	Suleiman verdrängt die Montenegriner aus dem Duga-Paß	163
4	Tergukassow besetzt Karakilissa . . . . .	169
4	Konferenz der Gotthardbahn-Gesellschaft in Luzern . . . . .	250
5	Interpellation in der belgischen Kammer über die Ansprache des Nuntius . . . . .	254
5	Türkischer Protest gegen Rumäniens Aufkündigung der Ba- jallenschaft . . . . .	142
6	Kaiser Alexander und Gortschakow in Plojesti . . . . .	144
6	Polnische Wallfahrer bei Pius . . . . .	238
6	Pius verleiht Mac Mahon das Großkreuz des Pius-Ordens .	238
7	Das Ministerium Kanaris . . . . .	190
8	Unterredung Schuwalow's mit Derby . . . . .	146
8	Berurtheilung Bonnet-Duverdiers . . . . .	221
8	Die ital. Kammer genehmigt das Budget . . . . .	235
9	Staatssekretär Bülow über Gortschakow's Schreiben vom 18. Mai . . . . .	134
10	Suleiman verproviantirt Niksich . . . . .	163
11	Unterredung Schuwalow's mit Derby . . . . .	149
12	Derby's Depesche an Lahard . . . . .	149
12	Das Storching lehnt den Militärfredit ab . . . . .	258
13	Der Bischof von Limburg wird abgesetzt . . . . .	66
13	Tod des Großherzogs Ludwig III. von Hessen . . . . .	89
14	Schuwalow übergibt Derby ein Telegramm Gortschakow's's .	150
15	Ergänzungswahlen in Holland . . . . .	255
15	Ansprache des Kaisers Wilhelm an die Minister . . . . .	77
15	Hafenclaver wird in Berlin wieder gewählt . . . . .	36
16	Kaiser Wilhelm in Ems . . . . .	77
16	Die ägyptische Flotte läuft im Hafen von Konstantinopel ein	192
16	Die französl. Kammern treten wieder zusammen . . . . .	221
18	Suleiman erzwingt den Marsch durch den Paß von Ostrog .	163
18	Die Türken nehmen Bajazid wieder . . . . .	170
19	Mißtrauensvotum der französl. Kammer gegen das Kabinet Broglie . . . . .	222
20	Der Kongreß für Erforschung des inneren Afrika in Brüssel	255
21	Die französl. Kammer verweigert die Bewilligung der direkten Steuern . . . . .	222
21	Die Pforte ist gegen die Neutralisirung des Suezkanals . .	136
22	Uebergang der Russen über die Donau bei Galatz . . . . .	151

Tag		Seite
22	Der französ. Senat erteilt seine Zustimmung zu der Auflösung der Kammer . . . . .	223
23	Die Russen besetzen Matschin . . . . .	151
23	Mehemed Ali rückt in Montenegro ein . . . . .	163
23	Oskobjio wird von Derwisch Pascha zurückgeschlagen . . . . .	169
23	Erklärung über die Solidarität der republikan. Kandidaten in Frankreich . . . . .	223
24	Suleiman vereinigt sich mit Ali Saib . . . . .	163
25	Niederlage der Russen bei Sewin . . . . .	169
25	Die französ. Kammer wird aufgelöst . . . . .	223
27	Einstimmige Annahme des Finanzetats d. württ. II. Kammer	96
27	Uebergang der Russen über die Donau bei Simniza . . . . .	151
27	Proklamation des Kaisers Alexander an die Bulgaren . . . . .	152
28	Schiedsspruch des Lübecker Oberappellationsgerichts . . . . .	53
29	Das engl. Unterhaus lehnt den Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechtes ab . . . . .	241
30	Verhaftung Zorilla's in Paris . . . . .	252
<b>Juli.</b>		
1	Die Russen bemächtigen sich der Jantra-Brücke bei Bjela . . . . .	152
1	Dekret über die innere Zwangsanleihe in der Türkei . . . . .	194
2	Eröffnung des hairischen Landtags . . . . .	101
2	Eröffnung der Stuptschina . . . . .	183
3	Die Präsidentenwahl in der hair. II. Kammer . . . . .	101
3	Die englische Panzerflotte in der Besika-Bai . . . . .	155
4	Sabullah-Bey überreicht dem Kaiser Wilhelm seine Beglaubigungsschreiben . . . . .	86
5	Tergukassow kommt wieder in Jgdir an . . . . .	170
7	Pferdeausfuhrverbot im Deutschen Reich . . . . .	19
7	Die Russen nehmen Tirnowa . . . . .	152
7	Die Verhandlungen in Wien über das Quotenverhältniß zer- schlagen sich . . . . .	245
7	Annahme der Wahlgesetz-Novelle in der belgischen Kammer . . . . .	255
8	Abzug der Russen aus der Cernirungslinie vor Kars . . . . .	169
9	Mukhtar Pascha rückt wieder in Kars ein . . . . .	169
9	Die engl. Regierung legt das südafrikanische Konföderations- gesetz vor . . . . .	240
10	Die Russen nehmen Drenowa und Gabrowa . . . . .	152
10	Tergukassow entsetzt die Citabelle von Bajazid . . . . .	170
12	Nikolai verlegt sein Hauptquartier nach Tirnowa . . . . .	152
13	Tod des Bischofs Ketteler . . . . .	90
13	Militärdebatte in der hair. II. Kammer . . . . .	102
13	Gurko's Uebergang über den Balkan . . . . .	152
16	Suleiman schiffet sich in Antivari ein . . . . .	164
16	Die Russen nehmen Nikopoli . . . . .	152

Tag		Seite
17	Mezelei unter den Christen in Kavarna . . . . .	173
17	Kaiser Wilhelm in Gastein . . . . .	77
19	Eisenbahndebatte im Schweiz. Nationalrath . . . . .	249
19	General Zimmermann nimmt am Trajanswall Stellung . .	151
19	Die Russen nehmen den Schipka-Paß . . . . .	153
19	Türkisches Rundschreiben über den Christenmord . . . . .	154
19	Orientdebatte im engl. Oberhaus . . . . .	156
19	Osman Pascha trifft in Plewna ein . . . . .	157
19	Die Russen nehmen Lowaß . . . . .	152
20	Sabfet Pascha, Kebif Pascha, Abdul Kerim werden abgesetzt.	153
20	Erster Angriff der Russen auf Plewna . . . . .	157
22	Mehemed Ali übernimmt d. Commando über d. Donauarmee	166
24	Volljährigkeit des Kronprinzen Rudolf von Oestreich . . .	248
25	Stapellauf der Korvette Bismarck . . . . .	79
25	Russische Reiter in Kaschi und Hermanly . . . . .	153
25	John Bright gegen Unterstützung der Türken . . . . .	156
26	Türkenfreundliche Volksversammlung in Pesth . . . . .	201
27	Gurko bezieht eine feste Stellung bei Eski-Sagra . . . . .	164
27	Konferenz in Bern wegen der Gotthardbahn . . . . .	250
27	Osman Pascha nimmt Lowaß . . . . .	157
28	Mac Mahon in Bourges . . . . .	223
28	Berurtheilung des abgesetzten Erzbischofs Melchers von Köln	66
29	Prinz Reuß protestirt gegen die Aufhebung zum Christenmord	154
29	Eine rumänische Division in Nikopoli als Besatzung . . . .	159
30	Zweiter Angriff der Russen auf Plewna . . . . .	160
30	Keouf Pascha wird von Gurko zurückgeschlagen . . . . .	164
31	Nikolai verläßt Tirnowa . . . . .	160
31	Keouf Pascha wird zum zweitenmal zurückgeschlagen . . .	164
31	Abfahrt der türk. Landungstruppen von Suchum-Kale . . .	170
31	Beschlüsse d. Ministerraths in Wien bezüglich d. Mobilisirung	202

## August.

1	Serber Pascha Minister des Auswärtigen . . . . .	154
1	Suleiman schlägt die Russen bei Eski-Sagra . . . . .	164
4	Rundschreiben der griech. Regierung über die Gewaltthaten der Tscherkessen . . . . .	190
5	Schluß der Skuptschina . . . . .	184
5	In Agram wird Allianz Oestreichs mit Rußland gefordert . .	201
6	Wellesley's Bericht über die Kriegführung der Russen . . .	194
8	Türkische Note über angebliche Grausamkeiten der Russen . .	194
8	Kaiser Wilhelm besucht den Kaiser Franz Josef in Ischl . .	77
13	Geschichts- und Alterthumsverein in Nürnberg . . . . .	86
13	Das russ. Hauptquartier in Gornji-Studen . . . . .	160
14	Schluß des engl. Parlaments . . . . .	241
15	Gambetta in Lille . . . . .	224

Tag		Seite
15	Suleiman macht einen Umgehungsversuch . . . . .	165
16	Mac Mahon in Evreux . . . . .	223
18	General Fadejew in Belgrad . . . . .	184
19	Suleiman nimmt das Dorf Schipka . . . . .	165
19	Wahlversammlung der Nationalliberalen in Offenburg . . . . .	91
19	Journalistentag in Dresden . . . . .	86
20	Mac Mahon in Cherbourg . . . . .	223
23	Nadezki führt Verstärkungen nach dem Schipka-Paß . . . . .	165
23	Bismarck reist nach Gastein . . . . .	80
25	Muhtar Pascha nimmt den Kifil-Tepe . . . . .	171
26	Einweihung der Kanossa-Säule in Harzburg . . . . .	87
29	Protest des Prinzen Reuß gegen die Freilassung der Mörder von Saloniki . . . . .	195
30	Bergebliche Angriffe Osman's auf Pelisat und Selvi . . . . .	162
30	Die Russen werden bei Karahassankibi zurückgeschlagen . . . . .	166
31	Der galizische Landtag wird geschlossen . . . . .	202
<b>September.</b>		
2	Die rumänische Armee rückt vor Plewna . . . . .	161
3	Kaiser Wilhelm in Düsseldorf . . . . .	77
3	Verein der Forstwirthe in Bamberg . . . . .	86
3	Die Russen nehmen Lowak wieder . . . . .	162
4	Note Trikupis' an England . . . . .	191
4	Thiers' Tod . . . . .	224
5	Ansprache des Kaisers an die evangelische Geistlichkeit des Niederrheins . . . . .	78
5	Gustav-Adolf-Verein in Frankfurt . . . . .	86
5	Die Russen werden bei Kazelowa zurückgeschlagen . . . . .	166
6	Kongreß der Anarchisten in Verbiers . . . . .	255
7	Die Russen werden bei Kabikiwi zurückgeschlagen . . . . .	166
8	Beerdigung Thiers' . . . . .	224
8	Proklamation des Fürsten von Rumänien . . . . .	161
8	Die Montenegriner zwingen die Festung Niksch zur Kapitu- lation . . . . .	164
10	Note Trikupis' an England . . . . .	191
10	Mac Mahon in Bordeaux . . . . .	223
10	Kongreß der Socialdemokraten in Gent . . . . .	255
11	Toast des Kaisers Franz Josef auf den Kaiser Alexander . . . . .	203
11	Verurtheilung Gambetta's . . . . .	224
11	Dritter Angriff der Russen auf Plewna . . . . .	162
12	Katholikentongreß in Würzburg . . . . .	86
12	Skobelew wird die genommene Verschanzung wieder entrisfen . . . . .	162
13	Abmarsch der serbischen Truppen nach der südlichen Grenze . . . . .	184
13	Server Pascha's Schreiben über die Freilassung der Mörder von Saloniki . . . . .	195



Tag		Seite
14	Die Russen werden bei Sinantiöi zurückgeschlagen . . . . .	167
15	Tod des Ministers Kanaris . . . . .	191
16	Kaiser Wilhelm bei der Grundsteinlegung des Nationaldenk- mals auf dem Niederwald . . . . .	77
16	Verein der Frenärzte in Nürnberg . . . . .	86
17	Kaiser Wilhelm bei den Manövern bei Karlsruhe . . . . .	77
17	Bergeblücher Sturm Suleiman's auf St. Nikolas . . . . .	165
17	Eröffnung der Session der Generalstaaten . . . . .	256
18	Bismarck und Andrassy in Salzburg . . . . .	80
18	Verein der Naturforscher und Aerzte in München . . . . .	86
18	Bergeblücher Angriff der Rumänen auf die Plewniza-Redoute	175
18	Türkenschwindel in Pesth . . . . .	202
19	Mac Mahon's Wahlmanifest . . . . .	224
19	Ergänzungswahlen in Sachsen . . . . .	87
20	Gegenmanifest der franzöf. Republikaner . . . . .	225
21	Kardinal Pecci wird zum „Kämmerer der heil. römischen Kirche“ ernannt . . . . .	238
21	Mehemed Ali wird bei Tscherkowna zurückgeschlagen. . . . .	167
22	Der Großherzog von Baden wird zum General-Inspektor ernannt . . . . .	91
23	Festmahl in Berlin zu Ehren Crispis . . . . .	84
23	Verein der Aerzte in Nürnberg . . . . .	86
25	Kaiser Wilhelm in Baden-Baden . . . . .	77
25	Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Nürnberg . . . . .	86
26	Waffendepot an der südlichen Grenze Siebenbürgens . . . . .	202
26	Philologen-Versammlung in Wiesbaden . . . . .	86
27	Gefecht bei Basardschit in der Dobrudscha . . . . .	168
27	Note Trikupis' an England . . . . .	191
27	Das holländ. Ministerium Heemskerk reicht seine Entlassung ein	256
28	Eröffnung des Ultrakatholiken-Kongresses in Mainz . . . . .	67
28	Wiederzusammentritt des bair. Landtags . . . . .	102

### Oftober.

1	Eröffnung des dänischen Reichstags . . . . .	257
2	Bergeblücher Angriff der Russen auf die Stellung Muthtar's .	171
4	Suleiman übernimmt das Commando über die Donauarmee	167
4	Manifest der republikanischen Senatoren . . . . .	225
8	Versammlung der Socialpolitiker in Berlin . . . . .	86
10	Delegirte des Protestantenvereins in Berlin . . . . .	86
10	Chefket Pascha bringt Proviant nach Plewna . . . . .	176
11	Unterredung zwischen Osman und Chefket Pascha . . . . .	176
12	Manifest der republikanischen Senatoren . . . . .	225
12	Gambetta zum zweitenmal verurtheilt . . . . .	225
12	Mac Mahon's zweites Wahlmanifest . . . . .	225
14	Wahl der Abgeordneten in Frankreich . . . . .	226

Tag		Seite
15	Minister Eulenburg erhält einen sechsmonatlichen Urlaub . . .	54
15	Niederlage Mukhtar's am Madscha-Dagh . . . . .	171
15	Eröffnung der außerordentlichen Session des Kongresses der Vereinigten Staaten . . . . .	261
16	Schluß der Session der brasilianischen Kammern . . . . .	263
18	Anerkennung der Altkatholiken in Oestreich . . . . .	247
18	Kaiser Wilhelm in Frankfurt . . . . .	77
19	Bergeblücker Angriff der Rumänen auf die Plewnika-Redoute	175
21	Eröffnung des preussischen Landtags . . . . .	53
21	Volkssabstimmung in der Schweiz über drei Gesetze . . . . .	249
22	Präsidentenwahl im preuß. Abg.-Haus . . . . .	54
22	Schreiben des Staatsministeriums über die Beurlaubung Eulenburg's . . . . .	54
22	Arbeiterkongreß in Gera . . . . .	86
22	Landtagswahlen in Baden . . . . .	92
22	Die Verhandlungen über d. deutsch-östr. Handelsvertrag werden abgebrochen . . . . .	245
24	Tod des Erzbischofs von München-Freising . . . . .	100
24	Interpellation in der bair. II. Kammer über Wahlgesetzreform	103
24	Prinz Sergius von Leuchtenberg fällt bei einer Recognoscirung	167
24	Gurko nimmt Gornji-Dubnik . . . . .	176
24	Veröffentlichung des Schreibens Thiers' an seine Wähler . . .	225
25	Schreiben Camphausen's über die Beurlaubung Bismarck's . .	54
26	Debatte im preuß. Abg.-Haus über d. Beurlaubung Bismarck's und Eulenburg's . . . . .	55
26	Eröffnung des sächsischen Landtags . . . . .	88
27	Fortsetzung der Debatte im preuß. Abg.-Haus über die Beurlaubung . . . . .	57
28	Gurko nimmt Telißch . . . . .	176
28	Stichwahlen in Frankreich . . . . .	226
31	Die Russen nehmen Teteven . . . . .	177
31	Antrag auf Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots im preuß. Abg.-Haus . . . . .	58
31	Erste Berathung des Budgets im preuß. Abg.-Haus . . . . .	59
31	Budgetdebatte im sächsischen Landtag . . . . .	88
31	Dösman räumt Dolnji-Dubnik . . . . .	176

#### November.

1	Das Ministerium Kappeyen in Holland . . . . .	256
4	Mukhtar Pascha wird bei Dewe-Bohun zurückgeschlagen . . .	172
4	Wahl der Generalräthe in Frankreich . . . . .	226
5	Beschluß des Repräsentantenhauses über Ausprägung von Silbermünzen . . . . .	261
6	Gerücht von einem Ministerium Pouyer-Quertier . . . . .	226
6	Debatte in der bair. II. Kammer über die Gesandtschaften . .	103

Tag		Seite
7	Antrag im preuß. Abg.-Haus auf Ausdehnung der Verwaltungsreform . . . . .	58
7	Das Ministerium Broglie zieht sein Entlassungsgesuch zurück	226
7	Eröffnung der franzöf. Kammern . . . . .	226
8	Die Monarchisten fordern Mac Mahon zum Widerstand auf .	227
8	Annahme des. interimistischen Finanzgesetzes im dän. Reichstag	257
9	Debatte im preuß. Abg.-Haus über die Geheimen Ausgaben .	59
9	Stauffenberg legt sein Mandat als Landtagsabgeordneter nieder . . . . .	105
9	Bergeblicher Angriff der Russen auf die Vorwerke von Erzerum	172
9	Beaconsfield's Rede beim Lordmayorsbanket . . . . .	172
9	Skobelew erstürmt den Grünen Hügel . . . . .	177
10	Das ungar. Abg.-Haus genehmigt den Bankausgleich . . . .	244
12	Die Rumänen nehmen Stellung bei Sufurlu . . . . .	177
12	Schreiben Nikolai's an Osman . . . . .	177
12	Antrag Leblond's auf Abänderung der Geschäftsordnung . .	227
12	Antrag Grévy's auf Einsetzung einer Untersuchungskommission	227
12	Rücktritt des ital. Ministers Zanardelli . . . . .	236
12	König Ludwig von Baiern empfängt den Nuntius Masella . .	100
13	Antwort Osman's an Nikolai . . . . .	177
13	Eröffnung der Debatte über den Bankausgleich in dem östr. Abg.-Haus . . . . .	244
13	Eröffnung der belgischen Kammern . . . . .	255
14	Steckbrief gegen den abgesetzten Erzbischof Melchers . . . .	66
15	Eröffnung des badischen Landtags . . . . .	92
16	Wahl der Mitglieder der franzöf. Untersuchungskommission .	227
16	Die altösterreichischen Reichsrathsabgeordneten legen ihr Mandat nieder . . . . .	247
17	Präsidentenwahl in der badischen II. Kammer . . . . .	92
17	Die Russen erstürmen die Festung Kars . . . . .	172
18	Suleiman greift bei Birgos und Metscha an . . . . .	167
19	Großfürst Michael zieht in Kars ein . . . . .	172
19	Interpellation im franzöf. Senat über die Untersuchungskommission . . . . .	227
20	Mac Mahon nimmt das Entlassungsgesuch des Ministeriums Broglie an . . . . .	227
21	Interpellation über Verwendung des Welfenfonds . . . . .	60
21	Die Rumänen nehmen Rahova . . . . .	177
22	Kulturkampfdebatte im preuß. Abg.-Haus . . . . .	62
22	Wiederzusammentritt des württ. Landtags . . . . .	97
23	Interpellation im preuß. Abg.-Haus über kathol. Staatspfarrer	64
23	Die bair. II. Kammer lehnt das Gesetz über Verlegung der Forstschule ab . . . . .	104
23	Der bair. Finanzminister Verr nimmt seine Entlassung . . .	104
23	Das Ministerium Rochebouët . . . . .	228

Tag		Seite
24	Mißtrauensvotum der franzöf. Kammer gegen das Kabinet Rochebouët . . . . .	228
25	Die Russen nehmen Tropol . . . . .	177
26	Ausfall in d. sächs. I. Kammer gegen den preuß. Richterstand	89
26	Kiebel zum hair. Finanzminister ernannt . . . . .	104
28	Adressdebatte in der badischen II. Kammer . . . . .	92
28	Adresse der Pariser Handelskammer an Mac Mahon . . . . .	231
28	Die ital. II. Kammer beschließt Abschaffung der Todesstrafe .	237
28	Rede Derby's über die britischen Interessen . . . . .	173
29	Mac Mahon beruft die beiden Kammerpräsidenten . . . . .	229
30	Die sächs. II. Kammer lehnt den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab. . . . .	88
30	Die türk. Kriegsschiffe vor Antivari . . . . .	164
<b>December.</b>		
3	Debatte in der sächs. II. Kammer über die Gesandtschaften .	88
3	Dufaure wird ins Elysée berufen . . . . .	229
3	Adresse d. Pariser Kaufleute u. Industriellen an Mac Mahon	231
3	Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten . . . . .	261
4	Die franzöf. Kammer verweigert die Genehmigung d. direkten Steuern . . . . .	229
4	Fuad Pascha wirft die Russen bei Elena zurück . . . . .	168
5	Birchow's Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung . .	61
5	Die hair. II. Kammer lehnt den Antrag auf Erhöhung der Besoldung der Volksschullehrer ab . . . . .	104
6	Richter's Antrag betreffend die Verwendung des Welfenfonds	62
6	Fuad Pascha wird bei Jafowika zurückgeschlagen . . . . .	168
6	Dufaure wird mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt .	229
7	Interpellation im preuß. Abg.-Haus über den deutsch-östr. Handelsvertrag . . . . .	65
7	Dufaure's Ministerliste wird von Mac Mahon beanstandet .	229
8	Eröffnung des Landesauschusses in Straßburg . . . . .	68
8	Batie wird mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt . .	229
9	Erklärung Andrassy's in der ungar. Delegation . . . . .	203
10	Osman's Durchbruchversuch und Kapitulation . . . . .	178
11	Einzug des Kaisers Alexander in Plewna . . . . .	180
12	Suleiman wird bei Mettscha zurückgeschlagen . . . . .	168
12	Proklamation Milan's an das serbische Volk . . . . .	185
12	Batie bringt kein Kabinet zu Stande . . . . .	230
12	Die Pforte richtet ein Vermittlungsge such an die Großmächte	195
13	Eröffnung des türkischen Parlaments . . . . .	195
13	Dufaure wird aufs neue mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt . . . . .	231
13	Wahl des Bundespräsidenten Schenk . . . . .	249
14	Verkündigung des Kriegszustandes in Serbien . . . . .	185

Tag		Seite
14	Proklamation der Unabhängigkeit der Insel Kreta . . . . .	187
14	Das Ministerium Dufaure . . . . .	231
14	Botschaft Mac Mahon's an die Kammern . . . . .	232
15	Die Russen besetzen Elena und Slatariça wieder . . . . .	180
15	Die franzöf. Kammer bewilligt die Steuern . . . . .	232
15	Königin Viktoria macht dem Lord Beaconsfield einen Besuch	242
16	Fürst Milan geht zur Armee ab . . . . .	186
16	Die Serben nehmen Adlie . . . . .	186
16	Eine Volksversammlung in Pesth verlangt Krieg mit Rußland	204
16	Das ital. Ministerium Depretis reicht seine Entlassung ein .	236
18	Berathung des Kultusetats im preuß. Abg.-Haus beendigt .	65
18	Dufaure bringt in der Kammer ein Amnestiegesetz ein . . .	232
18	Bertagung der franzöf. Kammern . . . . .	232
19	Erklärung Andrassy's in der östr. Delegation . . . . .	204
20	Bertagung des preuß. Landtags . . . . .	65
22	Bertheilung der Departements im schweizerischen Bundesrath	249
22	Kaiser Alexander trifft in Petersburg ein . . . . .	181
24	Der Sultan erklärt den Fürsten Milan für abgesetzt . . . .	186
24	Die Serben beschießen die Festung Nisch . . . . .	186
25	Gurko beginnt seinen Uebergang über den Etropol-Balkan .	182
26	Bennigsen reist nach Warzin . . . . .	82
27	Fürst Karl trifft wieder in Bukarest ein . . . . .	181
28	Die Serben nehmen Pirot . . . . .	186
28	Das neugebildete Ministerium Depretis . . . . .	236
31	Gurko nimmt die Stellung von Taschköfen . . . . .	183

# Alphabetisches Verzeichniß

der

## hervorragenden Personen.

---

- Abdul Kerim Pascha Oberbefehlshaber der Donauarmee 145, abgesetzt 153, erhält einen ungarischen Ehrenfäbel 199.
- Achenbach über die Berlin-Dresdener Bahn 53, über Verwendung des Welfenfonds 62.
- Albrecht, Erzherzog, Militärdienstjubiläum 200, in Agram 200.
- Aleko Pascha Schreiben über d. türk. Willkürherrschaft 193.
- Alexander, Kaiser, in Kischeneu 127, Kriegsmanifest 129, in Moskau 129, in Plojesti 144, Proklamation an die Bulgaren 152, begrüßt Totleben 179, Osman 180, nach Petersburg 181.
- Andrassy Zusammenkunft mit Bismarck in Salzburg 80, Beschluß des Ministerrathes 203, Erklärung in d. Delegationen über Orientpolitik 203, 204, Indemnität für d. Budget 248.
- Audiffret-Pasquier, Herzog von, Präsident des Senats 205, zu Mac Mahon berufen 229, 231.
- Avila Ministerpräsident in Portugal 253.
- Bamberger für Berlin als Sitz des Reichsgerichts 33.
- Bathie bringt kein neues Kabinet zu Stande 229, 230.
- Beaconsfield über Zwangsmaßregeln gegen d. Pforte 118, Rede beim Lordmayorsbanket 172, erhält einen Besuch von der Königin 242.
- Bennigsen über Bismarck's Entlassungsgesuch 41, Präsident des Abgeordnetenhauses 45, 54, Unterhandlungen in Varzin 82, in Rom 84.
- Berr, bair. Finanzminister, nimmt seine Entlassung 104.
- Bethusy-Guc, Graf, für Berlin als Sitz des Reichsgerichts 33, über Bismarck's Entlassungsgesuch 43, zweiter Vicepräsident des Abgeordnetenhauses 45, 54.
- Bismarck über Steuerreform und Reichsministerien 7, 8, 9, 11, für Erhöhung des Gehalts für d. Petersburger Botschafterposten 12, reicht seine Entlassung ein 37, verurlaubt 40, Differenzen mit Stosch 43, Korvette „Bismarck“ 79, in Kissingen 79, in Gastein 80, Zusammenkunft mit Andrassy in Salzburg 80, unterhandelt mit Bennigsen 82, Times über Bismarck 83.
- Blanco, Guzman, Präsident in Venezuela, Rechenchaftsbericht 262.
- Bratiano, rumän. Ministerpräsident 138, gegen d. Bezeichnung „Otto-

- manen“ 138, Ansprache an den Fürsten 141.
- Bright gegen eine Intervention Englands zu Gunsten der Türkei 156.
- Brogie, Herzog v., Ministerpräsident 217, Rathgeber des Marschalls 219, fällt bei den Generalrathswahlen durch 226, Entlassungsgesuch wird nicht angenommen 226, über d. Untersuchungskommission 227, Entlassungsgesuch angenommen 227.
- Bülow v. Stellvertreter Bismarck's in d. auswärtigen Angelegenheiten 40, Erklärung über Gortschakow's Schreiben 133, Note an Nicaragua 264.
- Camphausen über d. Berlin-Dresdener Bahn 53, verliest die Thronrede 53, über Verwaltungsreform 53, gegen Windthorst 58, über den Welfenfonds 61.
- Canovas del Castillo Ministerpräsident in Spanien 252.
- Chambord, Graf, Manifest 208.
- Cheffet Pascha in Orkhanje 175.
- Cogalniceanu rumän. Minister des Auswärtigen 139, Schreiben über Unabhängigkeits-Erklärung 142.
- Crispi, Präf. d. ital. Abg.-Kammer, in Gastein bei Bismarck 80, in Berlin 84, Adresse an d. König beim Verfassungsjubiläum 236, Minister des Innern 237.
- Decazes, Herzog v., tritt in das Ministerium Broglie ein 217.
- Deligeorgis griech. Ministerpräsident 189, übernimmt die Finanzen 190.
- Depretis, ital. Ministerpräsident, legt d. Finanzbericht vor 235, reicht seine Entlassung ein 236, aufs neue Ministerpräsident 236.
- Depretis, östr. Finanzminister, über d. Bankfrage 244.
- Derby gegen eine Unterstützung der Pforte 118, Erklärung bei Unterzeichnung des Protokolls 123, über das Protokoll 126, über Rußlands Kriegserklärung 131, Schreiben vom 6. Mai 131, über d. Gültigkeit des Pariser Vertrags 135, über Neutralisirung des Suezkanals 136, Unterredung mit Schuwalow 146, 149, 150, über d. günstigsten Zeitpunkt zur Einmischung 156, über die britischen Interessen in Asien 173.
- Diaz, Porfirio, Präsident der Republik Mexiko 262.
- Dufaure Präsident des juristischen Ueberwachungscomité's 223, soll ein neues Cabinet bilden 229, scheidert an Mac Mahon 229, Ministerpräsident 231, Amnestiegesetz 232.
- Edvard leitet d. Offenburger Wahlversammlung 91.
- Edhem Pascha Bevollmächtigter bei d. Konferenz 106, Großbezier 113.
- Eisenstuck deutscher Consul in Nicaragua 264.
- Elben aus seinem Wahlbezirk verdrängt 93, gegen d. Gesandtschaften 96.
- Eulenburg, Graf, reicht seine Entlassung ein 54, beurlaubt 54.
- Falk über Leitung des Religionsunterrichtes 45, gegen Revision der Maigesetze 47, 64, über d. Unterrichts-gesetz 65.
- Ferry, Jules, von d. Gefahren einer klerikalen Regierung 227, Antrag gegen das Cabinet Rochebouët 228, Erklärung über Verweigerung der direkten Steuern 229.
- Forckenbeck Präsident des Reichstags 4.
- Fourtou Minister des Innern 217, über d. Konflikt mit d. Kammermehrheit 221, gegen d. Grévy'schen Antrag 227, Entlassung 227.

- Frankenburger für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts 29.
- Frère-Orban Interpellation über d. Ansprache des Nuntius 254.
- Friedberg, Präs. des Reichsjustizamtes, über den Sitz des Reichsgerichts 29.
- Friedenthal Stellvertreter des Ministers des Innern 54, über Verwaltungsreform 57, über. Gewissenszwang 64.
- Friedrich, Großherzog v. Baden, Regierungsjubiläum 90, General-Inspektor 91.
- Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Anrede an d. Kaiser 1, in Straßburg 70, in Hamburg u. Kiel 75.
- Gambetta Rede gegen d. Klerikalismus 212, über d. Schreiben Mac Mahon's an Simon 215, Tagesordnung u. Begründung derselben 216, 217, republikanische Bankette 221, Präsident der Budgetkommission 221, über d. „Pflaffenstreich“ vom 16. Mai 222, il faudra se soumettre ou se démettre 224, verurtheilt 224, Manifest an die Wähler 225, zum zweitenmal verurtheilt 225, gegen Steuerbewilligung 229.
- Gerber über Ausgaben für d. Schulen 23, gegen Landesausschuß 24, 25.
- Gladstone über d. türk. Verwaltung 117, Resolutionen über d. oriental. Frage 134, gegen d. türk. Willkürherrschaft 175.
- Geißt für Berlin als Sitz d. Reichsgerichts 29.
- Gortschakow Rundschreiben vom 31. Jan. 115, über eine Probefrist 119, Rundschreiben vom 3. März 119, Rundschreiben vom 24. April 127, Schreiben vom 18. Mai 132, in Ploesti 145, Friedensvertragsentwurf 147, nach Petersburg 181, vertritt Serbien 184.
- Götting gegen das Welfenthum 49, gegen die Klerikalen 64.
- Grévy, Albert, Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission 227.
- Grévy, Jules, Präsident der Abgeordnetenversammlung 205, 226, als Führer der Demokratie proklamiert 224, zu Mac Mahon berufen 229.
- Gurko über den Schipka-Paß 152, Kämpfe bei Esti-Sagra 164, zurückgedrängt 165, nach Petersburg 165, Befehlshaber der Westarmee 176, Operationen im westlichen Bulgarien 176, 177, Uebergang über d. Eropol-Balkan 182.
- Hänel über Bismarck's Entlassungsgesuch 40.
- Hayes Präsident der Vereinigten Staaten 259, Botschaft 259, zweite Botschaft 261.
- Heimann, russischer General, am Madtscha-Dagh 171, gegen Erzerum 172.
- Helfh, ungar. Abgeordneter, für Krieg mit Rußland 200, 201.
- Herbst über die Bankfrage 244, 245.
- Herzog, Unterstaatssekretär, über Elsaß-Lothringen 23, 24.
- Hofmann, Präs. des Reichskanzleramtes, über Erhöhung der Matrularbeiträge 6, Stellvertreter Bismarck's in den inneren Angelegenheiten 40.
- Hohenlohe-Langenburg, Fürst, zweiter Vicepräsident des Reichstags 5.
- Hölder Präsident der württ. Abgeordnetenversammlung 94.
- Ignatjew Schlußrede bei der Konferenz 112, Rundreise 120.
- Imeretinski, russ. General, nimmt Lowak 162. Chef des Generalstabs 175.



- Jörg Rede über d. orient. Krisis 19, Anerkennungsbreve vom Papst 99.
- Kanaris griech. Ministerpräsident 190, stirbt 191.
- Kappehen van der Copello Ministerpräsident in Holland 256.
- Karl, Fürst v. Rumänien, Thronrede 140, Unabhängigkeits-Erklärung 142, Oberbefehl über die rumän. Armee 142, übernimmt den Oberbefehl vor Plewna 161, Angriff auf Plewna 162, begrüßt Osman 179, nach Bukarest 181.
- Ketteler angeklagt 89, stirbt 90.
- Kiefer über d. Wahlprogramm der Offenburger Versammlung 91, Vicepräsident 92, bei d. Adreßdebatte 92.
- Kleist-Regow für Berlin als Sitz des Reichsgerichts 30.
- Komunduros griech. Ministerpräsi. 188, übernimmt das Innere 190.
- Krüdener, russ. General, nimmt Nikopoli 152, Angriff auf Plewna 157, zweiter Angriff 160.
- Lamey Präsident der bad. Abgeordneten-Kammer 92.
- Lasfer gegen Erhöhung der Matrikularbeiträge 6, über auswärtige Politik 20, für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts 32, über Verwaltungsreform 58, für Bewilligung des geheimen Fonds 60.
- Lasfer, östr. Minister, über Stellung Ostreichs zur orient. Frage 200.
- Layard Botschafter in Konstantinopel 126, über d. russ. Friedensbedingungen 149, Anfrage wegen Dardanellen u. Gallipoli 155, im türkischen Ministerrath 197.
- Leblond Interpellation über d. Maßregeln gegen die Afrikanen Agitationen 212.
- Ledochowski, Kardinal, verurtheilt 65, vom Vatikan beschützt 238.
- Leonhardt, Justizminister, f. Berlin als Sitz des Reichsgerichts 31.
- Leopold II., König von Belgien, übernimmt d. Vorsitz in der Afrika-Kommission 255.
- Loris-Melikow, russ. General 169, bei Sewin 169, siegt am Madscha-Dagh 171, nimmt Kars 172.
- Ludwig, Großherzog v. Hessen 89.
- Mac Mahon Schreiben an Jules Simon 214, Brief an Decazes 215, Rundreisen 223, bei Thiers' Tod 224, Wahlmanifest 224, zweites Manifest 225, beruft die Kammerpräsidenten 229, beauftragt Dufaure mit Bildung eines Kabinetts 229, macht unerfüllbare Bedingungen 229, beruft Batbie 229, spricht von Rücktritt 230, Deputationen 231, beruft noch einmal Dufaure 231, unterzeichnet alles 231, erhält den Pius-Orden 238.
- Mahmud Damad Pascha intrigirt gegen Midhat 113, 155.
- Mancini, ital. Justizminister, vertheidigt das Gesetz über die Mißbräuche der Kultusbeamten 234, übernimmt in dem neuen Cabinet Justiz u. Kultus 237, Rundschreiben an d. Generalprokuratoren 237.
- Marcère Interpellation über d. Bildung des Kabinetts Rochebouët 228, Minister des Innern 231.
- Masella Nuntius in München 100.
- Mehemed Ali Pascha Oberbefehlshaber der Donauarmee 154, in Montenegro 163, Kämpfe am Lom-Fluß 166, bei d. Sofia-Armee 177.
- Michael, Großfürst, Oberbefehlshaber in Armenien 169, Einzug in Kars 172.
- Midhat Pascha beruft den Großen Rath 110, abgesetzt und verbannt 112, in Wien 154.

- Milan, Fürst v. Serbien, über die nationale Mission 183, Proklamation 185, geht zur Armee 186.
- Mittnacht, württ. Staatsminister, für die Gesandtschaften 96.
- Mohl f. d. Gesandtschaften 96, gegen das Steuergesetz 96, gegen Mayer 97.
- Moltke Rede über Militärbudget u. über franzöf. Armee 13, 21.
- Mukhtar Pascha Oberbefehlshaber in Armenien 169, Stellung am Madtscha-Dagh 171, Niederlage 171, nach Erzerum 172.
- Nikita, Fürst v. Montenegro, zurückgebrängt 163, nimmt Niksch 164, vor Antivari 164.
- Nikolai, Großfürst, Oberbefehlshab. der Armee 127, in Tirnowa 152, Abreise von Tirnowa 160, Schreiben an Osman 177, begrüßt Osman 179.
- Osman Pascha von Wibdin nach Plewna 158, will sich nicht ergeben 177, Durchbruchversuch u. Kapitulation 178, 179, nach Charkow 180.
- Petro II., Kaiser, Thronrede 263, Reisen 264.
- Petri über Bismarck's Schicksalstragödie 62.
- Pius Allocution vom 12. März 209, Allocutionen 237, über d. deutschen Attila 100, 238, Bischofsjubiläum 238.
- Pouyer-Duertier soll ein neues Cabinet bilden 226, lehnt d. Finanzministerium ab 230.
- Reichensperger Antrag bezüglich der Leitung des Religionsunterrichtes 45, gegen Falk 62.
- Reuß, Prinz, Botschafter in Konstantinopel 85, übernimmt d. Schutz der russ. Unterthanen in d. Türkei 130, protestirt gegen die Aufhebung zum Christenmord 154, Note wegen Freilassung der Mörder von Salonik 195.
- Richter Antrag über Verwendung des Reichsinvalidenfonds 5, über die Finanzverwaltung 6, Interpellation über Verwendung des Welfenfonds 60.
- Riedel, bair. Bevollmächtigter im Bundesrath, über d. Sitz d. Reichsgerichts 33, Finanzminister 104.
- Ristic serb. Ministerpräsident 184.
- Rochebouët franz. Ministerpräsident 228.
- Rudolf, Kronprinz, wird volljährig 248.
- Salisbury, Marquis v., über die Garantien der Pforte 107, begründet die neuen Vorschläge 108.
- Savjet Pascha Bevollmächtigter bei d. Konferenz 106, Unterhandlungen mit Serbien 113, mit Montenegro 114, kündigt Durchführung der Reformen an 119, lehnt d. Protokoll ab 125, über Rußlands Kriegserklärung 130, Antwort an Rumänien 139, abgesetzt 153.
- Schenk schweizerischer Bundespräsident 249.
- Schneegans gegen Gerber 23, für Landesauschuß 24, verlangt für Elsaß-Lothringen eine Verfassung 69.
- Schorlemer-Alst über Terrorismus der Regierung 47, über Verwendung des Welfenfonds 62.
- Schurz, Karl, Minister des Innern 260.
- Schuwalow, Botschafter in London, Protokoll-Entwurf 121, Erklärung bei d. Unterzeichnung des Protokolls 122, reist nach Petersburg 131, bei Bismarck 132, Unterredung mit Derby 146, 149, 150.
- Sergius, Prinz von Leuchtenberg, fällt 167.

- Ser ver Pascha Minister des Auswärtigen 154, Antwort an Prinz Reuß 195.
- Simon, Jules, französ. Ministerpräsident 205, gegen Cassagnac 205, über Preßgesetz 207, Antwort auf d. klerikale Interpellation 212, 214, nimmt seine Entlassung 215, Rede bei der Beerdigung Thiers 224.
- Simonis gegen Landesausschuß 24, gegen die Diktaturgewalt des Oberpräsidenten 26.
- Skobeljew, russ. General, vor Plewna 160, 162, erstürmt den Grünen Hügel 177, befehlt die Kriechina-Redoute 178.
- Stämpfli Antrag auf Uebernahme sämtlicher Bahnen seitens des Staates 249.
- Stauffenberg, Freih. v., erster Vicepräsident d. Reichstags 5, über Elsaß-Lothringen 24, Kompromiß-Antrag 25, 26, legt sein Abgeordnetenmandat nieder 105.
- Stosch Differenzen mit Bismarck 43, beim Eintritt des Prinzen Heinrich in die Marine 75, bei d. Taufe der Korvette „Bismarck“ 79.
- Suleiman Pascha in Montenegro 163, nach Rumelien 164, vor dem Schipka-Paß 164, Kämpfe am Lom-Sluß 167, zieht sich zurück 180.
- Sybel über den Kulturkampf 47.
- Tergukassow, russ. General, nimmt Bajazid 169, 170, gegen Erzerum 172.
- Thiers gegen Herabsetzung der militärischen Dienstzeit 206, stirbt 224, Brief an die Pariser Wähler 225.
- Tisza, ungarisch. Ministerpräsident, über Stellung Oestreich-Ungarns zur oriental. Frage 200, 201, gegen Straßendemonstrationen 204, reicht seine Entlassung ein 243, bleibt wieder im Amt 244.
- Totleben trifft vor Plewna ein 175, vom Kaiser begrüßt 179.
- Treitschke für Berlin als Sitz des Reichsgerichts 30.
- Trevelyan Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts 241.
- Trikupis, griech. Minister des Auswärtigen 190, Antwort an die Türkei 191.
- Turban, bad. Staatsminister, über socialistische Agitation 90, gegen d. Klerikalen 93.
- Unger, östr. Minister, über d. Bankfrage 245.
- Victor Emanuel beim Verfassungsjubiläum 235.
- Virchow über die Berlin-Dresdener Bahn 53, über Minister-Beurlaubung 57, über Militäretat 59, Antrag zur Geschäftsordnung 61.
- Völk für Leipzig als Sitz d. Reichsgerichts 33, bei d. Forstschuldebatte 104.
- Wehrenpennig Bericht über das Militärbudget 13.
- Wellelesky Bericht über russ. Kriegsführung 194.
- Wheeler Vicepräsident der Vereinigten Staaten 259.
- Wilhelm, Kaiser, Militärdienstjubiläum 1, Thronrede 4. beantwortet das Entlassungsgesuch Bismarcks mit „niemals“ 39, Thronrede bei Eröffnung des Landtags 44, in Wiesbaden 69, in Straßburg 69, in Metz 71, Anrede an Prinz Wilhelm 73, Geburtstagsfeier 75, Reisen 77, Antwort an evangelische Geistliche 78, lehnt das Entlassungsgesuch Hegels ab 81, in Karlsruhe beim Regierungsjubiläum 91.
- Wilhelm, Prinz, volljährig 73, tritt in die Garde ein 73, Officiersprüfung 75.

- Windthorst über die oriental. Frage 21, über Bismarcks Entlassungsgesuch 43, gegen Bismarck 57, gegen Bewilligung d. geheimen Fonds 59, über d. Kulturkampf 63, über Gezwissenszwang 64.
- Winterer Antrag auf Wiedereinführung des akademischen Rathes 23.
- Wöllwarth, Freih. v., gegen d. Gesandtschaften 96.

